

PERSPECTIVES ON YOUTH 2020 – Was sehen Sie ?



1. Ausgabe

Youth Partnership

Partnership between the European Commission
and the Council of Europe in the field of youth



EUROPEAN UNION

COUNCIL OF EUROPE



CONSEIL DE L'EUROPE

PERSPECTIVES ON YOUTH

2020 – Was sehen Sie ?

1. Ausgabe

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG DER REDAKTION	5
INTERVIEW MIT CHIARA GARIAZZO	13
INTERVIEW MIT ÓLÖF ÓLAFSDÓTTIR	17
DER GENERATIONENVERTRAG WURDE AUFGEKÜNDIGT, <i>Karl Wagner</i>	21
GENERATIONSWANDEL, GENERATIONSUNTERSCHIEDE UND -KONFLIKTE: ANSICHTEN AUS DEM SÜDEN, <i>Magda Nico</i>	27
JUGENDJUSTIZ IN EINEM SICH WANDELNDEN EUROPA: KRISE UND ALTERNATIVE VISIONEN, <i>Barry Goldson</i>	37
DIE ZUKUNFT DER SOZIALEN DIMENSION IN DER EUROPÄISCHEN HOCHSCHULBILDUNG: UNIVERSITÄT FÜR ALLE, ABER OHNE STUDENTENFÖRDERUNG?, <i>Lorenza Antonucci</i>	51
ZUKUNFTSVISION FÜR DIE KATEGORIE DER NEET, <i>Valentina Cuzzocrea</i>	69
2020 GEHÖRT JUNGEN UNTERNEHMERN, <i>Ajsa Hadzibegovic</i>	85
INFRAGESTELLUNG STRUKTURIERTER MITSPRACHEMÖGLICHKEITEN, <i>Tomi Kiilakoski und Anu Gretschel</i>	105
ACTIVE CITIZENSHIP 3.0/2020 KRITIK UND PERSPEKTIVEN EINES AMBIVALENTEN BEGRIFFS, <i>Benedikt Widmaier</i>	129
IDEENSCHMIEDE FÜR JUGENDPOLITIK IN EUROPA, <i>Hans-Joachim Schild, Howard Williamson, Hans-Georg Wicke und Koen Lambert</i>	145
ÜBER DAS REDAKTIONSTEAM	161
ABSTRACTS / RÉSUMÉS / ZUSAMMENFASSUNGEN	163
ÜBER DIE AUTOREN	177

Einleitung der Redaktion

Liebe Leser,

herzlich willkommen bei *Perspectives on youth: European youth partnership series*. Wir, die Gruppe der Herausgeber und das Redaktionsteam dieser neuen Reihe sind glücklich, die erste Ausgabe präsentieren zu können.

Warum *Perspectives on youth*? (oder: Was ist die Logik hinter *Perspectives on youth*?)

Die Publikation *Perspectives on youth* ist keine (reine) wissenschaftliche Reihe, sie ist keine (reine) Ansammlung visionärer politischer Erklärungen, noch ist sie ein (reines) Echo von Gedanken zu Praktiken im Jugendbereich. Sie ist nichts von alledem und doch alles zugleich. Seien Sie bitte nicht überrascht, wenn Sie auf einer Seite einen wissenschaftlichen Artikel mit Fußnoten, Literaturangaben und empirischen Daten finden, und auf einer anderen Seite einen Artikel, den Sie auch in einem Internet-Blog lesen könnten. Seien Sie nicht überrascht, wenn Sie journalistische Interviews mit politischen Entscheidungsträgern finden, und gleichzeitig eine persönliche Darstellung eines Jugendarbeiters oder eines Jugendforschers einer konkreten Situation, die junge Menschen in einem bestimmten Land betrifft, die als Denkanstoß für andere Staaten dienen könnte (oder sogar auf europäischer Ebene). Seien Sie nicht überrascht, denn dies ist die eigentliche Absicht der Publikation, i. e. ein Überraschungselement einzubringen und einen Dialog zwischen politischen Entscheidungsträgern, Forschern und Fachleuten im Jugendbereich zu entfachen.

In diesem Dreieck aus Forschung, Praxis und Politik möchte die Publikation die Jugendpolitik der einzelnen Länder näher zusammenbringen und den laufenden (vorwiegend europäischen) Dialog über die größten Probleme der nationalen und supranationalen Jugendpolitik im Hinblick auf Inhalt, Fachwissen und Politik auf ein solides Fundament stellen. Daher hat die Reihe zum Ziel, eine engere europäische und internationale Zusammenarbeit im Bereich Jugendpolitik zu unterstützen und den Dialog zwischen politischen Entscheidungsträgern, Forschern und Fachleuten zu erleichtern. Die Entwicklung und Förderung der Jugendpolitik und der Jugendarbeit, die auf Wissen und Belegen und gegenseitigem Lernen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie des Europarats basieren, sind Schlüsselemente der Jugendpolitik in Europa.

Die erste Ausgabe...„2020 – Was sehen SIE?“

Die erste Ausgabe befasst sich mit dem Thema „2020 – Was sehen SIE?“, und sie enthält eine Zukunftsperspektive für das Leben junger Menschen in Europa und darüber hinaus, auf der Grundlage von Forschung, gesellschaftlichen Trends, politischer Planung, einer sich verändernden Demografie, von Beschäftigungsaussichten, einer nachhaltigen Entwicklung, Sicherheit, usw.

„Werden die Aussichten von heute Bestand haben in der realen Welt? Können wir eine Vision für 2020 entwerfen, einschließlich einer Kritik der „Agenda 2020, Europa 2020“, um eine kritische Analyse der zeitgenössischen europäischen Jugendpolitik durchzuführen, ihrer Beziehung zu globalen Jugendthemen und wohin sie zu gehen scheint? Was ist für junge Menschen ÜBRIG geblieben, was ist im Rahmen einer Zukunftsperspektive für junge Menschen RICHTIG? Was wären die Reaktionen auf Wirtschaftskrisen, politische Krisen und kulturelle Krisen? Selbst wenn das, was wir Leser auffordern zu machen, dem Blick in eine Kristallkugel gleicht, können wir evidenzbasierte begründete Spekulationen anstellen, um den Horizont der Jugendpolitik und die Aussichten der Jugend zu ergründen...?“ (aus dem Autorenaufruf für diese Ausgabe)

Man kann auf vielfältige Weise in die Zukunft blicken. Es spiegelt den Zeitgeist einer bestimmten historischen Zeit. Im Bestseller *Die Welt in hundert Jahren*, 1910 von Arthur Brehmer veröffentlicht¹, vier Jahre vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs, sind die Beiträge einheitlich optimistisch, im Aufbruch zu neuen Horizonten, im Wunsch nach Veränderung, im Vertrauen und Glauben an den Fortschritt verfasst. Nahezu 100 Jahre später, im Jahr 2012 – für europäische Staaten eine relativ friedliche Periode – steht das Buch *2112 – Die Welt in 100 Jahren*, veröffentlicht von Ernst A. Grandits², für soziokulturelle Bedenken, Pessimismus, politische Angst und Skeptizismus im Hinblick auf technische Entwicklungen und Auswirkungen auf die Umwelt. Es beschreibt im Kapitel „Die soziale Welt im 22. Jahrhundert“ die Zeit des trennenden Eisernen Vorhangs und des Kalten Kriegs nahezu als idyllisch im Vergleich zu dem, was wir in einigen Jahren erwarten könnten. In dieser „Vision“ hängen junge Menschen in einer kommerzialisierten Welt dösend herum.

In die Zukunft zu schauen, war bei den Menschen schon immer sehr beliebt. Aber ein Spekulieren über die Zukunft ist auch ziemlich kompliziert. So hat z. B. der US-Außenminister Donald Rumsfeld die berühmte Vorhersage gemacht, der Krieg im Irak wäre in sechs Tagen vorbei! Auf einem Symposium des Europarats im Bereich Jugendforschung zum Thema „Jugend in der Informationsgesellschaft“ im Jahr 1997 wurde geäußert, keine sich selbst achtende junge Person würde nach dem kommenden Weihnachtsfest noch ohne Computer sein wollen. Aber das am stärksten nachgefragte Geschenk in vielen Teilen Europas waren nicht die modernsten Elektronikgeräte, sondern „Pods“, einfache Plastikscheiben, die man anderen Personen zuwirft! Einige Jahre zuvor hatten viele in der Musikindustrie den Tod des auftretenden Künstlers vorhergesagt und hatten behauptet, die Superstars der Zukunft würden Techniker

-
1. „Die Welt in 100 Jahren“ („The World In 100 Years“), veröffentlicht 1910 in der Verlagsanstalt Buntdruck von Arthur Brehmer (Herausgeber; 1858-1923) und Ernst Lübbert, Berlin.
 2. „2112 – Die Welt in 100 Jahren“, veröffentlicht 2012 im Georg Olms Verlag von Ernst A. Grandits (Autor), Hildesheim, Zürich, New York.

und Produzenten sein, da die Musik komplexer und technischer würde; sie hatten nicht mit der Popularität der „unplugged“-Versionen gerechnet, als Rockstars ihre Fender Strats mit akustischen Gitarren tauschten, um in einem intimen Rahmen vor Publikum aufzutreten, was dann in die ganze Welt übertragen wurde. Hundert Jahre zuvor machte man sich Sorgen, dass die steigende Popularität von Kutschen in London die Stadt bis zur Jahrhundertwende in Pferdemit ersticken lassen würde; die Erfindung des in Masse produzierten Model T Ford wurde nicht vorhergesehen.

Man sieht also mit einer gewissen Ironie, dass wir vorsichtig sein sollten! Es ist aber auch wichtig, sich Szenarien für die Zukunft vorzustellen, wenn es eine Zukunftsplanung geben soll. Dafür muss man nicht in eine Kristallkugel blicken, sondern auf plausible Weise auf den Belegen aufbauen, die wir gegenwärtig besitzen.

Wie immer stellen junge Menschen eine Chance und eine Bedrohung dar, in ihrem persönlichen Verhalten, ihrem gesellschaftlichen Engagement, ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit oder in ihrem politischen Engagement. Sie werden sowohl aktiv als auch passiv zu den verschiedenen Szenarien beitragen und die glücklichen oder unglücklichen Empfänger davon sein. Zweifelsfrei fest steht, dass, was immer in Nationalstaaten und lokalen Gemeinden geschehen wird, die europäische Ebene auch weiterhin wichtig sein wird. Auch wenn es vielleicht nicht das Leben einer großen Anzahl von jungen Menschen berühren wird, können sowohl die Europäische Union als auch der Europarat die Parameter formen und wegbereitend sein, und viele junge Menschen in ganz Europa beeinflussen. Daher die Notwendigkeit, mit kluger Mutmaßung in die Zukunft zu schauen.

Was werden Sie in dieser ersten Ausgabe finden?

Chiara Gariazzo, Direktorin für Jugend und Sport in der Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission und Ólöf Ólafsdóttir, ehemalige Direktorin für Demokratische Bürgerschaft und Partizipation des Europarats wurden interviewt und teilen den Lesern ihre Gedanken zu den großen Herausforderungen mit, mit denen sich junge Menschen im heutigen Europa konfrontiert sehen, sowie zu zukünftigen Herausforderungen. Sie geben Antworten auf das, was die beiden Institutionen machen und machen werden, um diesen Herausforderungen zu begegnen und wie Forschung und Praxis im Jugendbereich diesbezüglich ihren Beitrag leisten kann.

Pessimismus ist eine Haltung und keine Wiedergabe der Realität. Daher bekundet Karl Wagner in seinem Artikel „Der Generationenvertrag wurde aufgekündigt“ seinen Glauben an eine kommende junge Generation, die ab den 1980ern geboren wurde, die in der Lage sein wird, den Übergang zu einer sichereren und nachhaltigeren Welt zu schaffen. Nach dem Lesen des Artikels werden Sie aufgefordert, sich umzuschauen und die Frage zu stellen: Sehe ich Anzeichen für diese kommende Entwicklung der jungen Menschen? Wo kann dies geschehen? Wie können wir helfen? Und was können die Jugendpolitik und die Politik leisten, um diese Generationen in ihren Wünschen zu unterstützen?

Magda Nico argumentiert in ihrem Artikel „Generationswandel, Generationsunterschiede und Generationskonflikte: Ansichten aus dem Süden“, dass die Wirtschaftskrise im heutigen Europa ein kritischer Moment für Jugendforscher ist, die das Konzept

der Generation prüfen, nutzen und adaptieren müssen, um die Prozesse des sozialen Wandels und die politischen und sozialen Folgen für junge Menschen zu analysieren und aufzugreifen. Mit Schwerpunkt Portugal als eines der Länder, das am schwersten unter der Krise leidet, behauptet Nico, dass junge Menschen unter den direkten und indirekten Folgen neuer Formen der sozialen Ungleichheit, der sozialen Reproduktion und unter Mechanismen leiden, die die Armut fortführen. Ihre Zukunft könnte daher auf zahlreiche und komplexe Weise gefährdet sein, auf eine Weise, die in diesem laufenden Prozess noch zu bestimmen ist.

In einem kontemplativen Artikel mit dem Titel „Jugendjustiz in einem sich wandelnden Europa: Krisenbedingungen und alternative Visionen“ lässt Barry Goldson uns an seinem umfangreichen Wissen und seinen bestechenden Perspektiven zur Jugendjustiz in Europa teilhaben. Er argumentiert, die Zukunft der europäischen Jugendjustizsysteme sollte Elemente dessen enthalten, was er „humanen Pragmatismus“ nennt. Er verwirft nicht nur utopische Vorstellungen einer bedingungslosen Straftoleranz gegenüber Minderjährigen, sondern auch Gesamtdarstellungen, die das Aufsteigen einer harschen Kontrollkultur betonen. Sein Essay schließt mit einer gut begründeten Darstellung dessen, was erforderlich ist, um einen progressiven Ansatz für die Jugendjustiz in Europa aufzubauen, im Hinblick auf Werte, die politische Auseinandersetzung, das kulturelle Verständnis und die berufliche Ethik. Politiker und politische Entscheidungsträger sind aufgerufen, Humanität und Pragmatismus zu verbinden, um eine solide und bedeutsame Zukunftsvision der Jugendjustiz zu stärken.

Lorenza Antonucci, die ihre Analyse auf die aktuellen Entwicklungen in der höheren Bildung in Europa gründet, warnt in ihrem Artikel „Die Zukunft der sozialen Dimension in der europäischen Hochschulbildung: Universität für alle, aber ohne Studentenförderung?“ im Hinblick auf die negativen Auswirkungen der Sparmaßnahmen bei der Studentenförderung auf die Erfahrungen bestimmter Gruppen der Studentenschaft. Ihr Beitrag provoziert ein Nachdenken, wie scheinbar angemessene Sparmaßnahmen die wirtschaftlichen Nöte unter jungen Menschen verzögern und letztendlich verstärken könnten. Die Autorin beschreibt, wie sie sich die Zukunft der Hochschulbildung in Europa vorstellt und betont die Notwendigkeit der sozialen Dimension.

Valentina Cuzzocrea untersucht in dem Artikel „Zukunftsvision für die Kategorie der NEET“ die Entstehungsgeschichte des Begriffs „NEET“ (nicht in Schule, Beschäftigung oder Ausbildung) und dessen Gebrauch in der Jugendpolitik und der akademischen Debatte in Europa. Sie stellt fest, dass die aktuelle Verwendung des Begriffs sehr viel weiter gefasst wird, als zunächst beabsichtigt; er deckt einen sehr viel größeren Umfang ab als die 16-17-Jährigen, auf die er sich ursprünglich im britischen Kontext bezog, und dass darüber hinaus eine wörtliche Interpretation von „NEET“ nicht nur extrem benachteiligte junge Menschen meint, sondern auch relativ privilegierte Personen, die eine Wahl haben. Am Beispiel Italiens argumentiert sie, dass die Nützlichkeit und Anwendbarkeit des NEET-Konzepts in hohem Maße von den Merkmalen des Sozialsystems (und dadurch bedingten typischen Übergangsmustern für Jugendliche) der verschiedenen nationalen und sogar regionalen Kontexte abhängen.

Ajsa Hadzibegovics eher journalistisch als akademisch verfasster Essay „Jungunternehmern gehört 2020“ ist ein Aufruf für ein Konzept einer ganzheitlichen

Bildung. Er unterstreicht die Notwendigkeit, formale und informelle Bildung miteinander zu verbinden. Hadzibegovic spricht sich für eine Unterstützung junger Menschen aus, um neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Mit einem besonderen Schwerpunkt auf Jugend in Übergangsgesellschaften in Südosteuropa betont sie, wie wichtig es ist, diese Generation nicht als verloren zu brandmarken, sondern ihr Potenzial zu erkennen, das sich in den Zeiten des politischen und wirtschaftlichen Wandels in diesem Gebiet offenbart hat.

Demokratie lebt von der aktiven Partizipation der Bürger. Tomi Kiilakoski und Anu Gretschel unterstreichen in ihrem Beitrag „Hinterfragen strukturierter Partizipationschancen“ die Bedeutung von aktivem Engagement und aktiver Einbeziehung von jungen Menschen in Entscheidungsprozesse. Ihr gedanklicher Ausgangspunkt ist, „den Pluralismus und den Reichtum der demokratischen Kultur zu erkennen“ und wie junge Menschen mit diesen verbunden sind. Die Autoren beziehen sich auf „Instrumente zur Förderung der Partizipation“ und schließen mit Beispielen, die die Mitwirkung von jungen Menschen an demokratischen Prozessen zeigen. Es wird jedoch den Lesern überlassen, zu ergünden, wie man diese Beispiele auf andere Kontexte und Bereiche übertragen kann und wie die Verbindungen zwischen der politischen Debatte und dem täglichen Leben junger Menschen verbessert werden könnten.

Der Artikel „Active Citizenship 3.0/2020: Kritik und Perspektiven eines ambivalenten Begriffs“ von Benedikt Widmaier ist eine umfassende Reflexion über die diversen Formen, wie man Engagement in und für die Gesellschaft interpretieren kann. Der Autor berücksichtigt dabei die verschiedenen soziologischen Konzepte; er erörtert die verschiedenen Auffassungen der verschiedenen „Denkschulen“, beurteilt sie vor dem Hintergrund seiner Bildungspraxis und schlägt ein weiterentwickeltes Konzept für den Bereich vor. Diese demokratietheoretischen Diskussionen sind nicht nur äußerst wichtig für die Zukunft der Demokratie (Post-Demokratie?), sondern auch für die Ausarbeitung neuer Konzepte der Bürgererziehung.

Der letzte Artikel in dieser Ausgabe, „Ideenschmiede für die Jugendpolitik in Europa“, besteht eigentlich aus drei zusammengefassten Artikeln. Hans-Joachim Schild, Howard Williamson, Hans-Georg Wicke und Koen Lambert, Mitglieder der Ideenschmiede, die sich im Frühjahr 2012 zum ersten Mal in Berlin und dann im Frühjahr 2013 in Brüssel traf, um den aktuellen Status der „Jugend in Europa“ zu diskutieren und Zukunftsaussichten zu erörtern, teilen den Lesern ihre Gedanken zu den Diskussionen und den wichtigsten Problemen mit, die bei den Treffen aufgeworfen wurden. Im Rahmen der weiter bestehenden wirtschaftlichen und politischen Krise, die das Leben junger Menschen in ganz Europa beeinflusst, werfen die Autoren Fragen darüber auf, welche Art von Jugendpolitik wir wollen und tatsächlich brauchen, um eine bessere Zukunft für junge Menschen zu schaffen.

Die Zukunft dieser Reihe und Beiträge der Leser

Während die erste Ausgabe von *Perspectives on youth* erstellt wurde, war der Aufruf für Beiträge für die zweite Ausgabe bereits veröffentlicht worden und bat um

Einreichungen, die sich konkret mit den „Verbindungen“ und „Abkopplungen“ im Leben junger Menschen befassen sollten. Die zweite Ausgabe wird im Frühjahr 2014 erscheinen.

Das Redaktionsteam hat bereits ein Thema für die dritte Ausgabe, „Gesundes Europa“, vorgeschlagen, und es wird ein Aufruf für Beiträge veröffentlicht, falls dieses Vorhaben sich als Erfolg erweist, das Feedback, das wir von der Leserschaft erhalten, positiv ist und falls die Ziele der Publikation erreicht werden. Dies würde uns weitere Gründe geben, weiter in dieses Abenteuer zu investieren.

Wir würden uns freuen, von Ihnen Kommentare und Vorschläge zur Verbesserung dieser Publikation zu erhalten. Sie können diese über die nachstehende E-Mail-Adresse zuschicken: perspectivesonyouth@gmail.com. Wir würden uns des Weiteren freuen, wenn Sie uns bei der Verbreitung dieser Publikation in Ihrem Netzwerk unterstützen und Menschen einladen würden, aktiv an ihren Inhalten mitzuwirken.

Gruppe der Herausgeber:

- ▶ Seija Astala, Ministerium für Bildung und Kultur, Abteilung Jugendpolitik, Finnland
- ▶ Gordon Blakely, British Council, Education and Society, Großbritannien
- ▶ Marie-Luise Dreber, IJAB - Fachstelle für Internationale Jugendarbeit, Deutschland
- ▶ Alexis Ridde, Ministère de l'Éducation Nationale, de la Jeunesse et de la Vie associative, Frankreich
- ▶ Jan Vanhee, flämische Gemeinschaft in Belgien, Agentur für soziokulturelle Arbeit für Jugendliche und Erwachsene

Das Redaktionsteam:

- ▶ Maurice Devlin, Centre for Youth Research, Department of Applied Social Studies, National University of Ireland, Maynooth
- ▶ Günter Friesenhahn, Universität für angewandte Wissenschaften Koblenz, Deutschland
- ▶ Koen Lambert, JINT, Belgien
- ▶ Matina Magkou (Kordinatorin des Redaktionsteams), Griechenland
- ▶ Hanjo Schild, EU-CoE Partnerschaft für Jugend, Frankreich
- ▶ Reinhard Schwalbach, IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland
- ▶ Alex Stutz, National Youth Agency, Großbritannien
- ▶ Leena Suurpää, finnisches Netzwerk für Jugendforschung, Finnland
- ▶ Tineke Van de Walle, Universität Gent – Seminar für Sozialhilfe-Studien, Belgien
- ▶ Howard Williamson, Centre for Social Policy – School of Humanities and Social Sciences, Faculty of Business and Society, University of Glamorgan, Wales
- ▶ Antonia Wulff, Organising Bureau of European School Students Unions (OBESSU), Finnland

Die Geschichte (noch zu schreiben) dieser Publikationsreihe und ihrer Menschen

Die neue Publikationsreihe soll als Forum für Informationen, Diskussionen, Reflexion und Dialog über europäische Entwicklungen im Bereich Jugendpolitik, Jugendforschung und Jugendarbeit fungieren. Die konzeptionelle Strategie ist kritisch und antizipativ, die europäische Jugendpolitik und deren Relevanz für und die Wirkung auf junge Menschen werden reflektiert und darüber hinaus Trends im Bereich Jugend untersucht, die innovative und zukunftsorientierte Antworten und Strategien verlangen. Alle Beiträge sollten sich mit Fragen der Transnationalität und interkultureller Positionen befassen, anstatt sich auf den Kontext eines bestimmten Landes zu beschränken, obwohl manchmal einzelne Länderperspektiven angenommen werden können. Darüber hinaus sollten Zukunftsvisionen über Europa und seine Jugend nicht nur in transnationaler Hinsicht, sondern auch auf eine Weise kreiert werden, die europäische Angelegenheiten in den globalen Kontext stellt, über die Grenzen von Politik hinaus, ungeachtet der Frage, ob wir über soziale, politische, kulturelle, wirtschaftliche, moralische oder tägliche Angelegenheiten sprechen.

Die Reihe basiert auf einer zweijährigen Kooperationsvereinbarung (2012-2013), daher werden die ersten beiden Ausgaben in diesem Zeitraum als Pilotausgaben betrachtet. Nach der Veröffentlichung der ersten zwei (Pilot-)Ausgaben der Reihe und ihrer kritischen Beurteilung (die Leser sind aufgerufen, uns ihr Feedback zu schicken) wird die Gruppe der Herausgeber bis Ende 2013 über die Zukunft des Projekts entscheiden.

Die Reihe verfolgt das Ziel, eine größere Leserschaft auf allen Ebenen zu erreichen (politische Entscheidungsträger, Jugendarbeiter, Fachleute, Studenten und Wissenschaftler). Sie ergänzt andere bestehende europäische Angebote im Bereich Jugend, z. B. die Zeitschrift *Coyote* (die sich mit der Praxis der Jugendarbeit, Ausbildung und außerschulischem Lernen befasst) oder die Informationsplattform des Europäischen Wissenszentrums für Jugendpolitik (eine virtuelle Informationsplattform für europäische und nationale Jugendpolitik).

Die Reihe wird in den drei Arbeitssprachen der Europäischen Union herausgegeben (Englisch, Französisch und Deutsch); in den Druckversionen werden die Artikel in einer der drei möglichen Sprachen verfasst und von detaillierten Zusammenfassungen in den beiden anderen Sprachen begleitet³.

Für die Veröffentlichung der neuen Serie wurde eine zweigleisige Struktur gewählt, bestehend aus der Gruppe der Herausgeber und einem Redaktionsteam:

- ▶ Die Gruppe der Verleger, die die politische Verantwortung trägt und eine beratende Funktion hat, schließt all jene ein, die dem Projekt politische

3. Eine elektronische Fassung wird im Europäischen Wissenszentrum für Jugendpolitik veröffentlicht, die Komplettübersetzungen der Texte in Englisch, Französisch und Deutsch enthält: <http://youth-partnership-eu.coe.int/youth-partnership/ekcyp/index>.

und finanzielle Unterstützung gewähren, ohne jedoch in die tägliche konzeptionelle Arbeit des Redaktionsteams einzugreifen. Sie besteht aus Vertretern aus Belgien, Finnland, Frankreich, Deutschland, Großbritannien und der EU-CoE Jugendpartnerschaft. Der Nordische Rat trägt finanziell zu diesem Projekt bei.

- ▶ Das Redaktionsteam ist für den Inhalt der Reihe verantwortlich. Es besteht aus zehn Mitgliedern, die von der Gruppe der Herausgeber ernannt werden, und wird von einem zusätzlichen Mitglied des Redaktionsteams koordiniert.

Beide Gremien werden fachlich, organisatorisch, finanziell und redaktionell durch die Partnerschaft zwischen der Europäischen Kommission und dem Europarat im Bereich Jugend unterstützt. Die Reihe wird von Council of Europe Publishing herausgegeben (wie auch andere Publikationen der EU-CoE Jugendpartnerschaft).

Interview mit CHIARA GARIAZZO

*Direktorin für Jugend und Sport der Generaldirektion Bildung und Kultur,
Europäische Kommission*

Was sind die größten Herausforderungen, mit denen sich junge Menschen heute in Europa konfrontiert sehen?

Junge Menschen sind mit den Folgen der Wirtschaftskrise konfrontiert. Die Jugendarbeitslosigkeit hat ein historisches Hoch erreicht: Die Jugendarbeitslosenrate lag im Januar 2013 bei 23,6 %, wobei sie in manchen Staaten mehr als die Hälfte aller arbeitssuchenden jungen Menschen betrifft. 14 Millionen junge Menschen in der EU im Alter zwischen 15 und 29 Jahren sind weder in Beschäftigung, Schule oder Ausbildung.

Längere Perioden der Untätigkeit ziehen bedauerliche Nebeneffekte nach sich, z. B. das Risiko von Armut, Ausgrenzung, einer verspäteten Eigenständigkeit, eines verspäteten selbständigen Wohnens oder das Fehlen der Möglichkeit, eine eigene Familie zu gründen. Dies kann zu gesundheitlichen, insbesondere psychischen Problemen führen.

In diesem Kontext ist es schwierig, die Beschäftigung nicht als Hauptproblem zu betrachten.

Und was werden Ihrer Meinung nach die Hauptprobleme für junge Menschen im Jahr 2020 sein?

Die Europäische Union hat umfassende Maßnahmen ergriffen, um entschlossen die Krise zu überwinden und um insbesondere junge Menschen zu unterstützen, die mit den Folgen der Krise kämpfen. Wir hoffen alle, dass die Folgen der Krise bis 2020 behoben sein werden.

Sobald wir wieder positive Wachstumszahlen haben, müssen wir ein Wachstumsmodell entwerfen, das nicht nur klug ist, auf Technologie und Innovation basiert, sondern auch integrierend und nachhaltig ist. Das Verfolgen eines Wirtschaftsmodells, das unsere natürlichen Ressourcen erschöpft, unsere Umwelt verschmutzt oder eine ausgegrenzte Klasse ohne Zugang zu den Chancen und Vorteilen des Wachstums enthält, ist keine Option.

Es gibt keine schnellen Lösungen für diese Probleme. Daher werden wir uns 2020 vielleicht mit den Fragen beschäftigen müssen, wie man die Folgen des Klimawandels mindert, wie man umweltneutrale Produktionsmethoden erreicht, wie man eine faire Verteilung des Einkommens erreicht oder wie man Integration gewährleistet.

Die Vision der EU für ein kluges, nachhaltiges und integrierendes Wachstum ist ehrgeizig und erfordert neue Ideen und innovative Denkansätze. Junge Menschen sind gut aufgestellt und sollten in die Suche nach zukünftigen Lösungen für anstehende Herausforderungen einbezogen werden. Wir fordern sie auf, sich an unseren Entscheidungsprozessen, an der Zivilgesellschaft zu beteiligen und sich Gehör zu verschaffen.

Denken Sie, dass die aktuelle politische Agenda diesen Herausforderungen gerecht wird?

Ich bin überzeugt, dass dies der Fall ist. Die EU muss sich gleichzeitig mit kurz- und längerfristigen Problemen befassen. Kurzfristig gesehen zielt z. B. ihre Initiative „Chancen für junge Menschen“ darauf ab, die aktuellen dringenden Probleme im Bereich Beschäftigung zu lösen.

Die EU-Jugendstrategie läuft bis 2018 und fördert einen bereichsübergreifenden Ansatz aller politischen Maßnahmen, die für junge Menschen relevant sind, und betont die Notwendigkeit für junge Menschen, sich zu selbständigen Bürgern zu entwickeln, die unabhängig leben können und sich in eine Zivilgesellschaft einbringen. Beschäftigung, Bildung, gute Gesundheit usw. sind häufig miteinander verbunden. Aus diesem Grund betonen wir die Notwendigkeit, junge Menschen nicht nur in einem Aspekt ihrer Entwicklung zu unterstützen. So kann z. B. die Jugendarbeit jungen Menschen helfen, Lösungen für viele verschiedene Probleme zu finden.

Zusammen mit dem Programm „Jugend in Aktion“ betont die EU-Jugendstrategie die Partizipation, das außerschulische und informelle Lernen, wie z. B. Freiwilligentätigkeit, und Jugendarbeit. Das zukünftige Programm „Erasmus für alle“ wird dies weiter unterstützen.

Die EU-Jugendstrategie erleichtert die Einbeziehung von jungen Menschen in die Politikgestaltung im Rahmen des strukturierten Dialogs, der ihnen ermöglicht, gemeinsam mit politischen Entscheidungsträgern Empfehlungen zu formulieren. Diese Empfehlungen münden direkt in Entschlüssen oder Erkenntnissen, die von den Jugendministern angenommen werden. Der erste Zyklus des strukturierten Dialogs war der Jugendbeschäftigung gewidmet, wohingegen sich der aktuelle Zyklus auf die soziale Integration junger Menschen konzentriert.

Wie trägt die Europäische Union zu einer besseren Zukunft für junge Menschen im Jahr 2020 bei?

Wie bereits gesagt, verfolgt die EU ihre Maßnahmen zur Unterstützung der Jugend in diesen Krisenzeiten. Lassen Sie mich aber auch auf die Instrumente der EU-Jugendstrategie hinweisen. Diese Instrumente befassen sich mit dem Ausbau unseres Wissens über die Jugend in Europa, unseren Kenntnissen über erfolgreiche

Jugendpolitikansätze oder unser Verstehen, was junge Menschen beschäftigt, indem wir ihnen zuhören. Diese Instrumente helfen uns, vor uns liegende Probleme der Jugend zu erkennen und rechtzeitig auf sie zu reagieren. So versammeln sich z. B. im Rahmen von Treffen die Mitgliedstaaten, um ihre Erfahrungen auszutauschen, beste Praktiken zu suchen und gemeinsame Probleme anzugehen. Außerdem sammeln wir Wissen und Forschungsergebnisse, vor allem durch unsere Partnerschaft mit dem Europarat.

Darüber hinaus unterstützt die EU, und wird dies auch zukünftig tun, über Finanzinstrumente, wie z. B. das Programm „Jugend in Aktion“ und dessen Nachfolger oder die Strukturfonds Projekte für junge Menschen und mit jungen Menschen.

Wie trägt die Forschung zur Ausarbeitung von Lösungsansätzen für diese Probleme bei?

Wir brauchen einen wissensbasierten Ansatz in der Jugendpolitik, und die Jugendforschung ist diesbezüglich eine unverzichtbare Komponente. Wenn politische Entscheidungsträger auf allen Ebenen, von der lokalen bis zur europäischen, Strategien und politische Ansätze für die Jugend entwickeln, müssen wir sicherstellen, dass sie auf der realen Situation der jungen Menschen basieren und eine solide Analyse auf der Grundlage von Wissen und Daten bieten. Die Forschung kann auch belegen, dass einige Maßnahmen effektiver sind als andere, und neue Erkenntnisse liefern, die uns neue Denkansätze geben.

So wird z. B. immer stärker anerkannt, dass das außerschulische Lernen eine wichtige Ergänzung zur schulischen Bildung im Hinblick auf den Erwerb von Fähigkeiten und Kompetenzen ist. Obwohl sich die Fachleute des europäischen Jugendbereichs schon lange des Werts des außerschulischen Lernens und der Jugendarbeit bewusst sind, haben weitere Daten und Forschungsarbeiten geholfen, die Debatte auch außerhalb der Fachkreise zu entfachen und eine größere Anerkennung in diesem Bereich, z. B. durch die formale Bildung, erzielt. Die Kommission hat vor Kurzem eine Studie über den Wert der Jugendarbeit in Auftrag gegeben, für die man die Ergebnisse Mitte 2013 erwartet.

Wie ist die Qualität der Praxis, die erforderlich ist und angewandt wird, um die Probleme zu lösen?

Die vereinbarten politischen Ansätze der EU müssen umgehend und auf die bestmögliche Weise mit dem Ziel umgesetzt werden, eine entscheidende Wirkung auf das Leben junger Menschen zu haben. Zu diesem Zweck benötigen wir engagierte und erfahrene Fachleute, die zusammen mit jungen Menschen sorgfältig und qualifiziert Orientierungsdokumente zum Leben erwecken. Schlüsselbegriffe in diesem Kontext sind Qualität der Jugendarbeit, Ausbildung der Ausbilder, Mobilität jener, die mit jungen Menschen arbeiten, um das Konzept zu verstehen und besser fördern zu können. Es ist ein kontinuierliches Engagement erforderlich, um eine hohe Qualität sicherzustellen, die nicht nur junge Menschen, sondern auch politische Entscheidungsträger und jene, die über die Finanzierung entscheiden, überzeugen wird.

Bezogen auf die Themen des ersten Bandes von *Perspectives on youth*, welche Artikel würden Sie zuerst lesen und warum?

Alle Themen sind gut ausgewählt und ich freue mich darauf, sie zu lesen. Ich würde mich für Demokratie-/Bürgererziehung, die strukturierten Partizipationschancen und NEETs entscheiden, und ich werde dies auch begründen. Die Gründe für diese Auswahl werden in den Prioritäten der aktuellen EU-Jugendpolitik widerspiegelt: In Krisenzeiten und der Möglichkeit, extremistischen Gedanken zu verfallen, ist es wichtig, uns daran zu erinnern, dass junge Menschen über die Werte der Demokratie Bescheid wissen sollten und wie sie ihre Rechte als aktive Bürger ausüben. Eine exzellente Methode für die Einbeziehung junger Menschen in die Politik ist, ihnen die Gelegenheit zur Partizipation zu geben, wie beim strukturierten Dialog. NEETs benötigen unsere volle Aufmerksamkeit, besonders in diesen Zeiten, da immer mehr junge Menschen von Armut bedroht sind, und Ausgrenzung und Langzeitarbeitslosigkeit ein Gefühl der Entfremdung oder der Aufgabe nähren können. Wir müssen auf unsere konkreten Bedürfnisse achten. Aus diesem Grund hat die aktuelle dreigeteilte EU-Präsidentschaft die soziale Integration für die 18 Monate bis Mitte 2014 gewählt.

Wenn Sie einen Wunsch frei hätten für junge Menschen im Jahr 2020, wie würde dieser lauten?

Der kürzlich verstorbene große europäische Visionär Stéphane Hessel sagte: „Ich bin der Überzeugung, dass die Zukunft der Gewaltlosigkeit gehört, der Versöhnung der unterschiedlichen Kulturen. Auf diesem Weg wird die Menschheit die nächste Stufe erreichen.“

Für 2020 wünsche ich mir, dass wir der Zukunft, die Hessel sich vorstellte, einen Schritt näher gekommen sein werden. Eine Gesellschaft, die jungen Menschen die Chance bietet, sich selbst zu verwirklichen, keine Angst vor der Zukunft zu haben und die Freiheit und Mittel bereitstellt, um Freunde und Gleichgesinnte in jedem europäischen Land und darüber hinaus zu finden. Ich hoffe, sie können in einem Europa leben, in dem sie sich sicher fühlen und in dem sie vertrauensvoll sein können, einem Europa, das sie inspiriert und ihnen ermöglicht, sich in vollem Umfang am Aufbau seiner Zukunft zu beteiligen.

Interview mit Ólöf Ólafsdóttir

*Ehemalige Direktorin für Demokratische Staatsbürgerschaft und Teilhabe,
Europarat*

Welches sind die größten Herausforderungen, vor denen junge Menschen heute in Europa stehen?

Millionen von Jugendlichen haben weder Beschäftigung noch Lehrstelle. Viele von ihnen sind gut ausgebildet und hoch qualifiziert. Die Herausforderung liegt darin, dafür zu sorgen, dass die nächste Generation nicht daran gehindert wird, vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft zu werden. Soziale Inklusion und Absicherung zählen daher sicherlich zu den Hauptzielen der Jugendlichen in Europa heute.

Was glauben Sie werden 2020 die wichtigsten Herausforderungen für Jugendliche sein?

Ich hoffe, dass die Zukunft der Jugendlichen dann nicht länger von den wirtschaftlichen Problemen geprägt sein wird, mit denen viele Länder heute zu kämpfen haben. Demografischer Wandel bedeutet, dass Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt bessere Chancen haben werden, möglicherweise unter der Voraussetzung, dass sie bereit sein müssen, noch mobiler als heute zu sein. In der Folge wird die Notwendigkeit, erfolgreich in unterschiedlichen und demokratischen Gesellschaften zusammenzuleben, eine große Herausforderung sein. Der Schutz und die Integration von Minderheitengruppen von Jugendlichen, Migranten und anderen wird eine weitere Herausforderung sein.

Glauben Sie, dass die gegenwärtige politische Agenda relevant ist für diese Herausforderungen?

Viele Politiker, sowohl im Europarat als auch in der Europäischen Union und in ihren Mitgliedstaaten, haben festgestellt, dass den Herausforderungen, die ich beschrieben habe, mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Daher gibt es zahlreiche politische Initiativen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und Förderung der demografischen Staatsbürgerschaft. Wenn ich mir das Ausmaß der Krise und die vielen ausgegrenzten Gruppen und benachteiligten Regionen ansehe, würde ich allerdings sagen, es muss noch mehr getan werden.

Wie trägt der Europarat zu einer besseren Zukunft für Jugendliche 2020 bei?

Die Aufgabe des Europarates ist es, die Menschenrechte, Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit für alle Europäer jeden Alters zu schützen. Entscheidungen über Politik, Programme und Prioritäten für Jugendliche werden mit den Jugendlichen selbst getroffen über die Co-Management-Struktur der Organisation, in der Repräsentanten von Jugendorganisationen Seite an Seite mit den Regierungsvertretern die Entscheidungen treffen. Die Organisation verfügt auch über eine Jugendabteilung, die Projekte speziell für Jugendliche durchführt.

Wir koordinieren zum Beispiel eine online Jugendkampagne zur Bekämpfung von Hassreden, die *No Hate Speech* Bewegung, an der Aktivisten aus ganz Europa beteiligt sind, damit das Internet sicherer wird für Jugendliche. Wir haben ein Projekt laufen zur Verbesserung der sozialen Inklusion von Jugendlichen – *ENTER!* – und setzen den *Roma Jugendaktionsplan* um, der die vermutlich am meisten ausgegrenzte Gruppe von Jugendlichen in Europa unterstützt. Wir haben auch ein Netz von *Jugendfriedensbotschaftern* in Europa aufgebaut.

Wir führen regelmäßige Workshops, Seminare und Ausbildungsprogramme für Jugendleiter und Jugendarbeiter durch, die dann das Erlernte an ihre Verbände weitergeben, hauptsächlich in unseren beiden Trainingszentren, dem Europäischen Jugendzentrum in Straßburg und Budapest. Unsere Europäische Jugendstiftung gewährt Jugend-NROs Stipendien und unsere Abteilung für Jugendpolitik fördert die Zusammenarbeit zwischen den 47 Mitgliedstaaten des Europarates. Wir arbeiten auch gemeinsam mit der Europäischen Kommission im Rahmen eines Partnerschaftsprogramms an der Verbesserung der Jugendpolitik und Jugendarbeit.

Welche Informationen kann die Forschung darüber geben, wie man am besten mit diesen Herausforderungen fertig werden kann?

Es ist wesentlich, dass beide, Jugendpolitik und Praxis, gut informiert sind und über ein besseres Fachwissen im weitesten Sinne verfügen. Wir streben nach Belegen und einer wissensbasierten (Jugend) Politik. Ich bevorzuge den Begriff „Wissen“, da er nicht nur akademisches und wissenschaftliches Wissen umfasst, sondern auch Wissen, das sich aus der Erfahrung ergibt. Wir sollten keine politische Strategie entwickeln und umsetzen, die nicht wissensorientiert ist. Die Bewertung der Jugendpolitik der Mitgliedstaaten des Europarates ist sicherlich ein gutes Beispiel dafür, wie solches Wissen gesammelt werden kann. Ich schätze auch die Initiative einiger unserer Mitgliedstaaten, diese Zeitschrift *Perspectives on Youth* herauszugeben sowie die Unterstützung dieses Projekts durch unsere Partnerschaft mit der Europäischen Kommission. Es wird uns sicherlich helfen, die vor uns liegenden Herausforderungen anzugehen.

Was ist erforderlich, um mit den Herausforderungen fertig zu werden?

Ich habe bereits einige der Qualitätsprojekte des Europarates im Bereich Jugendarbeit erwähnt: *No Hate Speech*, das *ENTER!* Projekt, den *Roma Jugendaktionsplan* und

Jugendfriedensbotschafter. Diese könnte man als unsere Leitinitiativen bezeichnen. Unser reguläres Arbeitsprogramm wird jedoch ebenfalls aufmerksam verfolgt und evaluiert, damit hohe Qualitätsstandards eingehalten werden. Natürlich können wir nicht alle Probleme der Jugendlichen behandeln. Da wir jedoch hauptsächlich mit Jugendleitern und Jugendarbeitern zusammenarbeiten, zählen wir auf den Schneeballeffekt, wenn sie ihre Erfahrungen weitergeben, sowohl was die Quantität als auch was die Qualität angeht. Ich denke, die Bewegung *No Hate Speech* ist ein gutes Beispiel dafür. Sie wird von den nationalen Komitees durchgeführt und daher viele Jugendliche in ganz Europa erreichen.

Welchen Artikel haben Sie in der ersten Ausgabe von *Perspectives on Youth* als Erstes gelesen und warum?

Alle Artikel interessierten mich in der ersten Ausgabe. Das Thema der Ausgabe – Jugend 2020 – ist wichtig und gut gewählt. Ich glaube, wir müssen auf die vor uns liegenden Herausforderungen blicken und Lösungen für sie finden. Angesichts meines Interesses an sozialer Ausgrenzung werde ich mir vermutlich zuerst den Artikel über NEETs ansehen. Als Direktorin für Bildung werde ich dann den Artikel über die soziale Dimension der europäischen Hochschulbildung und andere Beiträge lesen.

Wenn Sie einen Wunsch für Jugendliche 2020 frei hätten, welcher wäre das?

Mein Wunsch für 2020 wäre, dass alle Jugendlichen in Frieden und Harmonie zusammenleben könnten, die Menschenrechte und demokratischen Werte achten und selbst geachtet würden und frei von Ausgrenzung und Diskriminierung wären. Es ist wichtig, alles zu tun, um diese Ziele zu erreichen. Ich weiß, das ist ein Traum, aber Träume sind in der Vergangenheit Wirklichkeit geworden. Der Fortschritt beginnt mit einem Traum, ohne Träume kann es keine Fortschritte geben.

Der Generationenvertrag wurde aufgekündigt

Karl Wagner

Im Allgemeinen lieben Eltern ihre Kinder. Sie möchten, dass sie glücklich und in der Lage sind, ein sicheres und bedeutungsvolles Leben zu führen.

Eltern tendieren auch zu dem Wunsch, dass ihre Kinder ein besseres Leben haben als sie selbst, besonders wenn man bedenkt, dass die Menschheitsgeschichte eine Geschichte von Armut, Kriegen, Hunger, Krankheiten, Leiden, Zerstörung und Katastrophen ist – wahrscheinlich mehr als eine Geschichte erfüllter Leben und glücklicher Beziehungen und Partnerschaften. Eltern erwarten auch tendenziell von ihren Kindern, für sie zu sorgen, wenn sie alt werden und ihre Kraft und ihre Fähigkeiten schwinden.

Der Familienverband hat immer als Puffer gegen individuelle Not gedient. Man wurde älter und die Fähigkeiten nahmen ab, aber es gab immer noch eine Rolle, die man im Familienkreis einnahm. Für die Gruppe wesentliche Funktionen, die man nicht mehr leisten konnte, wurden von jüngeren Mitgliedern der Familie übernommen, in der Regel gekoppelt mit einem Anstieg ihres Ansehens, ihres Status und ihrer Macht.

In reichen OECD-Staaten wurde die durch die Familie gewährte Sicherheit von zumeist staatlichen Renten- und Sozialversicherungssystemen übernommen, bei denen man in das System einzahlt, während man im Arbeitsleben steht, und aus dem man anschließend im Alter und Bedarfsfalls Bezüge erhält. Dies entspricht einem Generationenvertrag, der dem des Familienverbandes ähnelt, und den dieser größtenteils ersetzt.

In den vergangenen 65 Jahren haben wir eine stete Zunahme von Reichtum und von Chancen und Erwartungen erlebt, verbunden mit einer bisher nie gesehenen sozialen Mobilität auf globaler Ebene. Wir erfreuen uns heute der vielfältigen Leistungen unserer modernen Technologie, die uns ermöglicht, Nahrung, Energie, Waren und Dienstleistungen für Milliarden von Menschen zu produzieren, die vielen von uns gestatten, größtenteils unabhängig von den Härten der Natur, des Wetters und Klimas und von regionalen und lokalen Beschränkungen zu leben.

Die menschliche Gesellschaft hat es geschafft, Millionen von Menschen von der Armut zu befreien; sie hat den Zugang zur Massenbildung bereitet und das Gesundheitswesen massiv verbessert. Demokratie (in unterschiedlichen Formen) ist keine Ausnahme mehr, sondern vielmehr die Regel.

Es scheint, dass wir in der Lage sind, unseren Kindern eine bessere, gesündere, reichere, gebildete Welt mit mehr Sicherheit, Freiheit und Chancen als jemals zuvor zu übergeben. Aber ist dies wirklich so?

Lassen Sie uns einen Blick auf diese Welt werfen, als sei sie eine Farm. Ein Farmer würde es sich zum Ziel stecken, seinen Kindern eine Farm zu hinterlassen, die in einem besseren Zustand ist als er sie von seinen Eltern übernommen hat. Wenn also die Welt eine Farm wäre und die Generation von Ende der 1940er bis in die 1950er Jahre hinein die Farmer, die im Begriff sind, ihren Kindern die Farm zu übergeben, wie sähe dann diese Farm heute aus?

Sie wäre zum einen hochverschuldet. Dem Farmer gehört seine Farm nicht; sie gehört den Banken und ihren Aktionären. Seine Fähigkeit zur Produktion (Öko-Dienste) ist erheblich eingeschränkt, ebenso die Vielfalt der Tier- und Pflanzenwelt und die Vielfalt jedes anderen Systems, an das die Menschen Hand angelegt haben. Ganz zu schweigen von Bodenerosion, erschöpften Grundwasserreserven und der Anhäufung toxischer Substanzen in der Farmumgebung. Darüber hinaus unsere Bastelei mit dem einen System, das am wichtigsten für eine funktionierende Farm ist: ein moderates und größtenteils verlässliches Klima.

Um das Ganze noch schlimmer zu machen, bitten wir die kommende Generation von Farmern, das Chaos aufzuräumen, das wir in den letzten 60 Jahren geschaffen haben. Darüber hinaus erwarten wir von ihnen, uns monatlich einen Scheck ins Altenheim auf den Balearen zu schicken.

Einige Generationen haben eine exzessive Party gefeiert. Wir befinden uns heute in den frühen Morgenstunden und es wird deutlich, dass es einen bisher nie da gewesenen Kater geben wird. Aber trotzdem wollen wir die Party fortsetzen, weil wir es mittlerweile einfach nicht mehr besser wissen und es immer noch Menschen gibt, die uns Alkohol verkaufen und uns sagen: „Es ist alles gut, wir haben gerade erst angefangen, es gibt kein Ende des Feierns.“

Unser Umgang mit diesem Planeten und seinen Ressourcen schafft eine steigende Ungleichheit und damit einhergehend Instabilität und Unsicherheit für eine steigende Zahl von Menschen. Wir haben junge Menschen zu immer höheren Bildungsabschlüssen gedrängt, aber unser Wirtschaftssystem bietet keine entsprechenden Jobs, während das Verständnis der Wirtschaft von Effizienz und Profit produzierende Arbeitsplätze zerstört hat.

Die Konsumgesellschaft hat zu einer Fragmentierung der Gesellschaft geführt. Der Single-Haushalt ist der Traum aller Vermarkter und Produzenten, besonders wenn der Einzelne ängstlich, isoliert, problembeladen, egoistisch und narzisstisch ist. Menschen, die zusammenleben und alles miteinander teilen, sind der Alptraum aller Hersteller von Kühlschränken, Kraftfahrzeugen oder anderen materiellen Waren.

Unsere Konsumgesellschaft hebt die materiellen Erwartungen an, ohne die Gelegenheiten zu schaffen, ihnen gerecht zu werden. Die Welt wird für immer mehr Menschen stressiger, ungesünder und unbequemer. Die Linie, die die Bevölkerung in Besitzende und Besitzlose teilt, verschiebt sich nach oben durch die sozialen Schichten und wenn man diesen Trend nicht stoppt, werden wir in ein feudalistisches System zurückkehren, in dem sehr wenige alles besitzen und der Rest arbeitet, um

am Leben zu bleiben. Viele, die sich einmal als Teil einer angenehmen, sicheren gehobenen Mittelschicht sahen, fühlen sich heute wie Hamster im Hamsterrad, die immer schneller laufen müssen, um an derselben Stelle zu bleiben.

Wenn man in den 1960er und 1970er Jahren erfolgreich war, dann war es nicht schwierig, Geld zu sparen und sich eine nette Wohnung oder ein Haus und ein schönes Grundstück außerhalb der Stadt zu kaufen. Die Arbeitsplätze waren sicher und zahlreich. Die Unternehmen stellten Talente ein, bevor sie die Universität abgeschlossen hatten, und mit einem Universitätsabschluss hatte man die Eintrittskarte, um Teil der reichen Mittelschicht zu werden. Dies hat sich erheblich verändert: In südeuropäischen Staaten lebt eine große Zahl von 35-Jährigen bei ihren Eltern, nicht weil sie sich das schon immer gewünscht haben, sondern weil es schwierig ist, einen gut bezahlten Job mit ausreichender Sicherheit zu bekommen, der einem ermöglicht, eine anständige Wohnung zu mieten oder eine Familie zu gründen.

Dies ist also die Welt, die wir unseren Kindern und Enkeln überlassen wollen, und es wundert nicht, dass Menschen aller Altersgruppen pessimistisch im Hinblick auf die Aussichten sind, diesem Chaos zu entkommen. Pessimismus ist jedoch eine Haltung, die als Entschuldigung für Untätigkeit und für Wegschauen dienen kann. Er spiegelt nicht die Realität wider. Pessimismus ist eine Haltung, die wir uns nicht leisten können.

Wenn wir es ernst meinen mit dem Generationenvertrag, dann müssen wir über die simplen Verbrauchsgüter hinausschauen, die unsere Nachkriegsweltsicht kennzeichnen. Wir leben heute in einer wahrhaft globalen Welt und unser Einfluss als globale Gesellschaft ist aufgrund unserer Anzahl und unserer Technologie in allen Aspekten global zu sehen. Wenn wir den Generationenvertrag ernst nehmen, dann können wir keine natürlichen Ressourcen, wie z. B. fossile Brennstoffe und hochwertige Erze, die sich in Jahrmillionen gebildet haben, in einer gigantischen 100-Jahr-Party verschwenden, als gäbe es niemanden mehr, der uns nachfolgen würde. Wir können nicht die Zukunft unserer Enkel riskieren, indem wir ihnen ein Klima schaffen, das den Planeten in ein größtenteils unbewohnbares Gebiet verwandelt, ohne dass sie die kleinste Chance hätten, in nicht-lineare Prozesse einzugreifen, die dann jenseits jeder menschlichen Kontrolle sein werden. Wenn wir als Spezies eine Zukunft auf einem endlichen Planeten haben wollen, müssen wir in der Lage sein, innerhalb seiner physischen Grenzen zu leben; das Prinzip der physischen Beschränkung zu verstehen und Zeitpläne zu erstellen, die mindestens die kommenden 100 Jahre einrechnen, und nicht nur die nächste Generation, die nächste Wahl oder den nächsten Quartalsbericht. Und wir müssen lernen, wie wir eine auf Verantwortung und Achtung basierende Gesellschaft aufbauen – für unsere Mitmenschen, andere Spezies, die Natur und den Planeten.

Wenn wir den Generationenvertrag ernst nehmen, dann werden wir eine Wirtschaft entwickeln, die die benötigten Arbeitsplätze schaffen wird. Wenn wir ihn ernst nehmen, dann übergeben wir eine Welt, in der alle eine Chance haben.

Tatsächlich ist es für die Menschheit schwierig, über unmittelbare Belohnungen und Vergnügungen hinauszuschauen, obwohl sie sich immer mehr in der Rolle des Zauberlehrlings befindet. Wir behaupten, wir würden uns um zukünftige Generationen sorgen, und obwohl dies wahrscheinlich für unsere Kinder im Einzelnen stimmt, gilt es nicht für uns als Gesellschaft. Als Gesellschaft kümmern wir uns nicht um

die langfristige Zukunft der Menschheit oder um das Wohlergehen zukünftiger Generationen. Zumindest lässt unser Handeln dies nicht erkennen.

Wenn unser aktuelles System nicht über die eingebaute Fähigkeit verfügt, sich im Bedarfsfall selbst anzupassen und zu ändern, werden jene, die immer stärker entrechtet sind, dies selbst in die Hand nehmen. Historisch haben so grundlegende Veränderungen stattgefunden: in Sprüngen und Schleifen, nicht linear. Ein System, das die von ihm selbst geschaffenen Probleme nicht lösen kann, und ganz im Gegenteil, den Karren noch tiefer in den Dreck fährt, kann nicht überleben.

Jene, die ein systemisches Problem geschaffen haben, sind in der Regel nicht diejenigen, die die erforderliche systemische Lösung finden und umsetzen können. Sie sind zu sehr Teil des Problems der zugrunde liegenden Glaubenssysteme und Paradigmen. Sie profitieren in der Regel am stärksten von den Problemen, die sie geschaffen haben.

Der erforderliche Wandel wird von anderen kommen, und in diesem Fall wahrscheinlich von den Generationen, die denen aus den 1940er, 1950er und 1960er Jahren folgen. Aber gibt es Anzeichen dafür, dass die „heutigen jungen Generationen“ in der Lage, willens und befähigt sind, diese grundlegende Umkehr zu schaffen? Sind sie nicht in der gleichen oberflächlichen Konsumwelt gefangen? Ist ein iPad wichtiger als das Klima, wenn es hart auf hart kommt? Ist meine Welt heute nicht wichtiger als eine Welt einer Person, die in 20 oder 50 Jahren lebt? Sind wir alle in der Lage, uns um Menschen zu sorgen, die wir nie getroffen haben, um Generationen, von denen wir keine Ahnung haben, um unsere Spezies?

Oberflächlich betrachtet mögen junge Menschen in der gleichen Konsumwelt gefangen sein wie ihre Eltern, aber geht man unter die Oberfläche, dann taucht eine ganz andere Generation auf, eine, die international, gebildet, miteinander verbunden, politisch, global und grundsätzlich perfekt in der Lage ist, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen.

Veränderungen werden durch Individuen und kleine Gruppen herbeigeführt. Am Anfang wird ihre Botschaft nicht gehört, sie werden ignoriert, lächerlich gemacht oder sogar verfolgt. Aber wenn die Idee richtig ist, dann wird die Botschaft immer mehr Menschen erreichen und langsam wird sich eine kritische Masse bilden. Sobald diese kritische Masse erreicht ist, braucht es nur einen Funken und die Zeit für einen Wandel ist gekommen. Es ist möglich, die Unausweichlichkeit des Aufbaus einer kritischen Masse über einen bestimmten Umfang von Veränderungen hinaus zu verstehen und diese vorherzusehen, aber es ist nicht möglich, tatsächlich den Moment der „Eruption“ vorherzubestimmen. Wir hören das Rumoren des Vulkans, aber wir wissen nicht, wann er ausbrechen und wann sein Kegel zerbersten wird.

Wir neigen dazu, Wandel als linear und graduell zu verstehen, und wir finden es schwierig, exponentielle Entwicklungen oder Veränderungen zu verstehen, die in Sprüngen kommen. Wir neigen auch dazu, die Zukunft vorrangig als Kontinuum der Gegenwart zu betrachten. Als die Sowjetunion auseinanderbrach, sahen die Medien und die meisten Politiker voraus, dass sie durch eine westliche kapitalistische Demokratie ersetzt werden würde. Nur sehr wenige prophezeiten das Entstehen neuer Formen von politischen Regimen. Heute haben wir jede nur erdenkliche Hybridform zwischen stalinistisch-kommunistisch, kapitalistisch und demokratisch.

Wir durchlaufen gegenwärtig vielleicht einen ähnlichen Wandel, ohne jedoch bereits die wahre Natur dessen zu verstehen, was bereits geschieht. Politische Systeme haben vor einiger Zeit in vielen, wenn nicht den meisten Staaten begonnen, zu fluktuieren. Eine Wahl wird von einer „linken“ Partei erdrutschartig gewonnen, bei der nächsten Wahl gewinnt eine rechte Partei das Mandat zur Regierungsbildung. Neue Parteien und Bewegungen flammen über Nacht auf, werden immens populär und gehen dann schneller unter als sie aufgetaucht sind. Diese Fluktuationen sind vielleicht bereits Anzeichen für einen anstehenden Wandel zu einer anderen politischen Ordnung. Es ist auf jeden Fall wahrscheinlich, dass diese Fluktuationen größer werden, wenn die aktuellen Regierungen und politischen Systeme nicht die Probleme lösen können, mit denen die globale Gesellschaft konfrontiert ist. An einem nicht so fernen Tag könnten diese Fluktuationen uns aus unserer virtuellen demokratischen Stabilität in ein neues politisches System katapultieren, ein System, das besser geeignet ist, den Herausforderungen der Menschheit und der jungen Generationen zu begegnen. Dies kann über Nacht geschehen, und es werden die jungen Generationen sein, die entscheiden, wie dieses politische System aussehen wird, und nicht die alten Generationen, trotz ihrer so genannten Verbrauchermacht. Es wird auch nicht das eine Prozent sein, da das aktuelle System bereits an ihrem Nutzen ausgerichtet und indirekt eine Triebfeder vieler Bewegungen ist, die Veränderungen fordern.

Im Großen und Ganzen ist die Politik vom Weg abgekommen und ist nun eine Hürde für Veränderungen, anstatt ihre Triebfeder. Es gab vielleicht einmal eine Zeit, in der Politiker Visionen für die Gesellschaft hatten, aber heute schauen sie auf Umfragen, die ihnen sagen, was die Menschen denken und fühlen. Sie betrachten Veränderung als die Richtung, die man klugerweise einschlagen sollte, um die nächste Wahl zu gewinnen. Die politische Klasse versteht ihren Job als Mediation zwischen Interessengruppen und Sonderinteressen. Sie dient als primäres Instrument und als Agent für die Aufrechterhaltung des „wie gehabt“-Zustands, sie gestattet Korrekturen am Rande, solange diese nicht das System als solches in Frage stellen. Wird das ausreichen? Nein.

Die Menschheit hat im Wesentlichen zwei Optionen: sich weiter im Loch verstecken, ohne dies zu begreifen, und sich immer tiefer einzugraben. Dies ist der Weg, der sehr wahrscheinlich zu größerer Ungleichheit, sozialen Unruhen, steigenden Preisen für natürliche Ressourcen, Ressourcenknappheit und einem unkontrollierbaren Klimawandel führen wird. Die andere Option bedeutet, sich der Situation zu stellen, in der wir uns befinden, und klar und deutlich die erforderlichen Veränderungen zu formulieren. Wenn wir uns für den zweiten Weg entscheiden, können wir die Menschheit im Kontext der globalen Technologie und Beschränkungen des 21. Jahrhunderts verstehen, und wir werden in der Lage sein, uns dem Ausmaß der erforderlichen Veränderungen zu stellen.

Pessimismus ist eine Einstellung und kein Spiegel der Realität, daher ist das Glas entweder halb voll oder halb leer. Die Menschheit wird sich der Situation gewachsen zeigen, und wir werden mit klarem Verstand und Mut den Herausforderungen begegnen. Die Veränderungen werden von denen kommen, die 1980 und später geboren wurden. Sie werden den älteren Generationen beweisen, dass es in der Tat möglich für die menschliche Spezies ist, ihr Verhalten grundlegend zu ändern.

Generationswandel, Generationsunterschiede und -konflikte: Ansichten aus dem Süden

Magda Nico

Junge Menschen in wirtschaftlich schweren Zeiten

Bisherige bekannte Längsschnittstudien über die Langzeitwirkung von erlebter Existenznot während der Kindheit, wie z. B. jene, verursacht durch die Weltwirtschaftskrise von 1929, haben gezeigt, dass ein Gefühl von Unsicherheit, Angst vor Arbeitslosigkeit und Hunger sowie ein generelles Gefühl der Machtlosigkeit im Hinblick auf eine kollektive und individuelle Zukunft noch viele Jahre nach der tatsächlichen historischen Wirtschaftsphase andauert, wenn nicht sogar für den Rest des Lebens der Betroffenen (Elder 1974; ILO 2012) und ihrer Nachfahren. Diese Folgen manifestieren sich nicht nur als konkrete negative Auswirkungen, die im Hinblick auf die verfügbaren Möglichkeiten im Leben entstehen, sondern auch als Lebensstile, Bildungsstrategien, elterliche Erziehungsansätze und allgemeine soziale Werte und Identitäten ganzer Generationen. Diese Längsschnittuntersuchung und dieser zeitnahe Ansatz könnten dazu beitragen, die aktuelle Situation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu reflektieren, wobei stets die möglichen zukünftigen Folgen bedacht werden müssen, vor allem in den europäischen Ländern, die die schwersten wirtschaftlichen Bedingungen aufweisen.

Die kollektive Hoffnungslosigkeit, die heute in den Ländern erlebt wird, die am stärksten von der globalen oder Weltrezession betroffen sind, könnte darüber hinaus als Krebsgeschwür in der Arbeit der EU und in den Zielen der Mitgliedstaaten betrachtet werden, eine „kluge, nachhaltige und inklusive Wirtschaft“ zu werden, die „hohe Beschäftigungsraten, eine hohe Produktivität und einen starken sozialen Zusammenhalt“ erreicht (Europa 2020 – Europas Wachstumsstrategie), für die die Einbindung der Jugend und ihr aktiver Beitrag absolut unverzichtbar sind. Die europäischen Strategien, die angewandt und in diesen Ländern erwartet werden, sind potenziell paradox. Sie haben auch offensichtlich negative Auswirkungen auf die Verwirklichung des Wohlergehens von Hunderttausenden von Jugendlichen und ihrer Familien, die nachweislich besonders stark von diesen wirtschaftlichen Problemen und Umständen betroffen sind. Junge Menschen sind ein Teil der „innenpolitischen Gleichung“ und die Tatsache, dass sie eine der sozialen Schichten bilden, die am schwersten von den wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen betroffen ist, stellt in der Realität eine „Familienangelegenheit“ dar (Derosas 2004), da alle Leben miteinander verbunden sind und „jede Generation an schicksalhafte Entscheidungen und Ereignisse im Lebensverlauf der anderen gebunden ist“ (Elder 1994: 6). Dieser Haushaltskontext muss ebenfalls berücksichtigt werden. Junge Menschen leiden somit an direkten und indirekten Folgen der neuen, sichtbarereren, aber ganzheitlicheren Formen der sozialen Ungleichheit, der sozialen Reproduktion und Weiterführungsmechanismen der Armut, i. e. den Folgen von unterbrochenen Verläufen der sozialen Mobilität und der Abnahme der Qualität der sozialen Existenzbedingungen. Aus diesem Grund könnte ihre Zukunft auf zahlreiche und komplexe Weisen gefährdet sein, die noch im Einzelnen in diesem laufenden Prozess zu benennen sind.

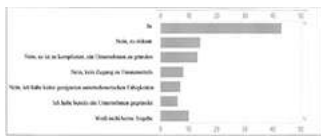
Erfahrungen durchgängiger und historischer Zeiträume einer wirtschaftlichen und sozialen (und vielleicht generationsübergreifenden) Krise können den Lebensverlauf ganzer Generationen formen und neu ausrichten. Dieser Rahmen kann uns darin unterstützen, die Zukunft der Generationen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Ländern zu erörtern, die am schwersten von der europäischen Wirtschaftskrise betroffen sind, wie Portugal, Spanien, Griechenland und Irland. Vielleicht verhindert dies nicht, dass wir erhebliche Bedenken und einen pessimistischen Ausblick auf diese Zukunft haben werden, angesichts der aktuellen Arbeitslosenzahlen, Migrationsströme (z. B. aus Portugal), einer steigenden sozialen Ungleichheit, Einsparungen in Bildung und Wissenschaft und bei den allgemeinen sozialen Rechten (die manche irreführend „Leistungen“ nennen), einer Abnahme der Fruchtbarkeitsraten, einer steigenden Gefahr der Nichtnachhaltigkeit der Sozialversicherungssysteme, usw.

Jugendsoziologie, sozialer Wandel und der Fall Portugal

Die Jugendsoziologie im Speziellen und Jugendstudien im Allgemeinen haben sich stets bemüht, die Klassen- und generationenbezogenen Ansätze bei der Analyse der Lebensläufe, Lebensbedingungen und des sozialen Hintergrunds von jungen Erwachsenen miteinander zu versöhnen, und sie haben manchmal den einen oder den anderen zugunsten bestimmter wissenschaftlicher, argumentativer oder statistischer Zwecke oder aufgrund von nationalen Umständen oder Umständen der

Jugendlichen selbst verworfen. Für die Klassenansätze sind Generationsunterschiede im Vergleich zu relevanteren und politisch wichtigen Unterschieden zwischen sozialen Klassen und Stellungen weniger wichtig, selbst innerhalb derselben Kohorte oder Generationseinheit. Bei den generationenbezogenen Ansätzen darf die soziale Heterogenität innerhalb derselben Kohorte oder Generationseinheit, wenn diese betrachtet wird, als Ersatz für Echtzeitdaten nicht von Generationsvergleichen losgelöst werden, die einen sozialen Wandel erfassen können.

Wenn es aber einerseits ziemlich unwissenschaftlich erscheint, sich stark unterscheidende Individuen, sei es sozial, ideologisch oder beruflich, allein auf der Grundlage der Homogenität von Geburtskohorten zusammenzufassen (Nunes, 1998), wodurch die Probleme der sozialen Ungleichheit und Heterogenität innerhalb dieser Kohorten unterminiert werden, kann es auch unklug sein, die Analyse der Jugend mit „hier-und-jetzt“-Interpretationen von Daten zu umschreiben, ohne zeitlichen Bezug und ohne echte Intention, den sozialen Wandel durch die konkrete Messung der Fluktuationen, Variationen und der Weiterentwicklung im Laufe der Zeit der wichtigsten Indikatoren des „demographisch dichten“ Übergangs zum Erwachsenenalter zu verstehen (Rindfuss 1991). Generationen sollten, in einem weiter gefassten Sinn, vielleicht als eine zeitliche Einheit benutzt werden. Ihre konzeptionelle und theoretische Komplexität (Mannheim 1952) sollte uns, die Jugendforscher, nicht daran hindern, sie für die Analyse des sozialen Wandels zu benutzen, besonders in Zeiten wie diesen, in denen die Vergangenheit uns etwas über die zukünftigen Folgen einer bestimmten wirtschaftlichen und politischen Situation sagen kann.



Darüber hinaus kann man die aktuelle wirtschaftliche Lage, die u. a. Portugal gerade erlebt, „im Rahmen einer nationalen Krise als Notfall eines solchen Ausmaßes interpretieren, dass sie den normalen Lebensstil bedroht“ und sie revitalisiert die kollektive Erfahrung selbst (Elder 1974), was ein analytisches Verwerfen des Klassen- oder des generationenbezogenen Ansatzes kontraproduktiv macht. Lassen Sie uns als Beispiele die zwei wichtigsten Demonstrationen in Portugal betrachten, die von den Menschen organisiert wurden und die nicht mit politischen Parteien oder Gewerkschaften verbunden waren und die in Folge der Wirtschaftskrise und der politischen Reaktion auf diese Krise durchgeführt wurden (eine 2011 und die andere 2012).

**Abb. 1: 12. März 2012
Demonstrationsplakat**

Der Begriff *geração à rasca* (Generation in Not) tauchte als politische Antwort auf den Begriff *geração rasca* auf, der, wenn auch in ähnlichen Worten, inhaltlich sehr verschieden ist. *Geração rasca* meint armselige, vulgäre, rohe oder abstoßende Generation. 1994 taufte ein Politiker und Journalist diese Generation mit dem Begriff *geração à rascal*, als Antwort auf einige polemische Ereignisse auf einer Studentendemo (zum Thema Reformen im Bildungssystem). Diesen Begriff konterte ein Politiker aus einem anderen politischen Spektrum mit dem Terminus „*geração à rasca*“. Dieser Begriff wurde gegenläufig mit der Vorstellung von einer Generation

geschaffen, deren Chancen für eine soziale Mobilität auf Grundlage eines leistungsorientierten und egalitären Systems bedroht waren. Die Ähnlichkeit mit den sozialen Bedingungen der jungen Erwachsenengeneration im Jahr 2011 ist tatsächlich bemerkenswert (Abb. 1).



**Abb. 2: 15. September 2013
Demonstrationsplakat**

aller miteinander verbunden ist und wie Unterschiede zwischen den Generationen beiseitegeschoben werden, wenn es darum geht, das Überleben und die Zukunft der jüngsten Generationen zu verteidigen. Es handelte sich um ein pazifistisches, spontanes Volks- und Massenbeispiel der generationenübergreifenden Solidarität, das seine Bedeutung mit der aktuellen Geschichte Portugals rechtfertigt.

Das zweite Beispiel einer neueren Volks- und Massendemonstration in Portugal, die in 33 Städten stattfand (ebenso in anderen Ländern in ganz Europa) ist ein weiterer Beleg dafür, wie die kollektive Erfahrung wirtschaftlicher Not uns zwingt, soziale Kategorien einzuschließen, die wir in leichter vorhersagbaren Zeiten für wissenschaftliche oder argumentative Zwecke vernachlässigen können (Abb. 2). Diese Demonstration unterstrich die Bedeutung des Klassenansatzes für die Studie über Jugend und sozialen Wandel. Diese Demonstration, an der mehr als 500 000 Menschen teilnahmen (was in etwa 5 % der Gesamtbevölkerung von Portugal entspricht, einschließlich Kindern und Minderjährigen), war sowohl sozial als auch generationenbezogen sehr vielfältig. Es nahmen unterschiedliche soziale Schichten und verschiedene Generationen teil, die wütend auf die neusten politischen Maßnahmen reagierten, die mutmaßlich als Reaktion auf die Troika und die Ziele und Forderungen des IMF erlassen worden waren. Sie sprachen nicht nur für sich selbst, sondern auch, vielleicht sogar ausschließlich, für die anderen. Personen aller Parteien, links wie rechts, stimmen in Bezug auf die Portugal aufgezwungenen strukturellen sozialen Veränderungen überein. Ein von allen bewusst wahrgenommener Anstieg sozialer Ungleichheit, sowohl durch die Verarmung der Bevölkerung als Ganzes als auch durch ein fehlendes Gespür für den Schutz von Bevölkerungsgruppen, die weniger immun gegen soziale Ausgrenzung sind, einschließlich der Jugend, ist übereinstimmend das Motiv für die Auseinandersetzung. Dies ist teilweise berechtigt, weil sie die Generationen

unterschiedlich beeinflusst und sich in Folge nahezu auf jede Familie aus dem einen (Generation) oder dem anderen Grund auswirkt, i.e. die Jüngsten, die am wenigsten Qualifizierten, die Ärmsten, die Älteren, die am stärksten sozial Ausgegrenzten oder Schutzbedürftigsten im allgemeinen Sinne. Sowohl die generationenbezogene als auch die Klassenperspektive sind notwendig, um die aktuelle und zukünftige Lage der Jugend in Fällen zu verstehen, die, wie Portugal, die Konstanz der jüngsten Generationen im Land gefährdet.

Vom Generationsunterschied zum Generationenkonflikt oder zur Generationsdiskontinuität?

Der Gebrauch des Begriffs „Generation“ wird vielleicht nicht immer korrekt angewendet, da er viele verschiedene Dinge beinhalten kann. Der Begriff „Generationsunterschied“ war in den 1960er Jahren bis in die 1980er Jahre sehr populär. Er verkörperte die Idee, dass sich aufgrund eines rasanten sozialen Wandels die Werte und Einstellungen der Eltern erheblich von denen ihrer Kinder unterschieden. Dies trug in der Regel zu den Fehleinschätzungen einiger Jugendkulturen und Subkulturen, von Musik, sozialen Werten, Ästhetik und täglichen Einstellungen bei. Der Begriff ist heute nicht mehr so populär und die Unterschiede haben abgenommen. Im Hinblick auf soziale Werte, der problematischste Unterschied in Bezug auf das gegenseitige Missverständnis zwischen den Generationen, sind die heutigen Jugendlichen nicht mehr so verschieden wie in der Vergangenheit (Smith 2005). Dessen ungeachtet scheint der Unterschied in Ländern größer zu sein, in denen diese Prozesse des sozialen Wandels grundlegender und rasanter waren, wie z. B. Portugal (Torres und Lapa 2010). Aber selbst unter diesen Umständen wird ein populärer Begriff wie „Generationenkonflikt“ heute nicht sachgemäß verwendet, wie an der Demonstration vom 12. März 2011 zu erkennen ist und wie anhand der zu diesem Anlass gesammelten Reden belegt. Ein Generationenkonflikt würde bedeuten, dass anstelle eines Unterschieds, der zu Missverständnissen führt, die wiederum zu einem Generationenkonflikt führen können oder nicht, die Werte der jungen Generationen und von deren Eltern nicht nur in Bezug auf ihre Nichtübereinstimmung definiert würden, sondern dahingehend, dass sie diesen Werten widersprechen oder diese in Frage stellen. Selbst in Ländern wie Portugal und trotz der Tatsache, dass der Begriff sowohl explizit von Fachleuten als auch implizit in politischen Reden und Kommentaren hochrangiger Vertreter der Regierung regelmäßig benutzt wird, scheint dies nicht der Fall zu sein.

Es besteht ein Konflikt für das Fortbestehen der unterschiedlichen sozialen Verläufe und Mobilitätsparadigmen, die von beiden Generationen erlebt werden, oder mit anderen Worten ein Kampf um die Erhaltung der vorausgegangenen Form des Übergangs zum Erwachsenenalter, der in einer Zeit wirtschaftlichen Wachstums auftrat, in dem die Mechanismen für die soziale Mobilität vielleicht nicht allen offen standen, aber klar waren (in Bezug auf den Übergang zum Erwachsenenalter nach der Revolution, als die Diktatur beendet war). Daher waren sowohl die Eltern als auch die Jugendlichen von einer leistungsorientierten Gesellschaft überzeugt, die auf einer Arbeitsethik und auf harter Arbeit basierte, die unmittelbar auf den Arbeitsmarkt Anwendung fanden, und sie lebten danach. Andere, die die Chance hatten, investierten zunächst lange in Bildung, Ausbildung und Qualifikationen.

Soziale Ungleichheiten konnten zwar nicht eliminiert werden, aber es war möglich, diese zu überwinden. Trotz der rasanten Veränderungen stehen die Generationen nicht in Konflikt zueinander, sondern ihr Weg zu einer leistungsorientierteren Gesellschaft ist gefährdet.

Diese Überzeugung eines unterbrochenen Wegs zu einer leistungsorientierten Gesellschaft ist teilweise auf die Tatsache zurückzuführen, dass die sozialen Veränderungen in Portugal in den letzten fünf oder sechs Jahrzehnten so massiv waren. 1960 waren nahezu 40 % der portugiesischen Bevölkerung Analphabeten, während 2010 laut Beschäftigungserhebung (Nationale Statistik, Portugal) der Prozentsatz der Personen mit einem höheren Bildungsabschluss bereits höher war als der Prozentsatz an Personen ohne Abschluss (11,8 % und 10,3 %). Bei den Kohorten 1931-1950 lag die Religiosität bei 6,5; während sie bei der Kohorte 1971-1992 bei 5 lag (auf einer Skala von 1 bis 10, laut den Daten der European Social Survey 2006). Gesetze zur Legalisierung der Abtreibung und über gleichgeschlechtliche Ehen wurden ebenfalls im letzten Jahrzehnt verabschiedet, was zusammen mit anderen Indikatoren zeigt, dass die soziale und kulturelle Entwicklung der Länder weniger stark von der katholischen Kirche beeinflusst wurde. Zwischen 1981 und 2011 nahm der Anteil der Mietwohnungen, die sich besser für weniger formale eheliche Situationen und für die geografische Mobilität eignen, die typisch ist für den Übergang zum Erwachsenenalter, um mehr als die Hälfte ab (von 44 % auf 20 %) (Nationale Statistik, Portugal). Die demokratischen und demografischen Übergänge sowie die „Bildungsrevolution“, eine massive Demokratisierung der höheren Bildung, der Globalisierung und des Wachstums des Dienstleistungssektors, haben dazu beigetragen, die aktuelle Generation der Jugend und jungen Erwachsenen in der Geschichte des Landes zu den am höchsten Qualifizierten zu machen.

Wie kann in diesem Kontext das Land die am besten ausgebildete Generation optimal nutzen, die es zusammen mit den emotionalen und finanziellen Investitionen ganzer Familien selbst geschaffen hat? Neuere politische Maßnahmen und Tendenzen scheinen darauf hinzudeuten, dass dieses Potenzial vom Land selbst nicht mehr genutzt werden wird. Es gibt die typischen und heute außergewöhnlichen Nachteile für junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt (zu denen auch die weniger geschützte Jugend in südeuropäischen Staaten gehört) und eine Jugendpolitik und deren Beziehung zur Arbeitslosenrate und zu den Auswanderungsströmen (wird im nächsten Abschnitt dieses Artikels erörtert). Junge Menschen sind, laut Beschäftigungserhebung und anderer Datenquellen (Internationale Arbeitsorganisation, 2012), daher besonders stark und immer umfangreicher von prekären Arbeitsverhältnissen, Arbeitslosigkeit und ungeschützten parallelen Beschäftigungsverhältnissen bedroht. Aus Sicht des Einzelnen ist es leicht zu verstehen, dass der Ausgangspunkt des eigenen beruflichen Werdegangs, i. e. der Moment des Eintritts in den Arbeitsmarkt, einer der schwierigsten ist. Aus diesem Grund befinden sich junge Menschen an einem der schwierigsten Punkte ihres Berufslebens. Aus Sicht des Einzelnen sind die jungen Menschen stärker prekären Beschäftigungsverhältnissen ausgesetzt. Aus einer anderen Perspektive, wenn wir die historische Zeit und den Beginn der Rezession berücksichtigen, vereinen einige Geburtskohorten zwei Benachteiligungen, wenn man dies so formulieren kann, i. e. neu auf den Arbeitsmarkt zu kommen und dies in Zeiten einer Wirtschaftsrezession. Darüber hinaus unterscheiden sich in Europa

nicht nur die strukturellen Bedingungen für junge Menschen im Vergleich zu anderen Altersgruppen (dies war immer der Fall), sondern die Wirtschaftsrezession wirkt sich nicht in allen Ländern gleich stark aus. Im Fall der südeuropäischen Staaten verbinden sich langfristige Nachteile im Hinblick auf den sozialen Schutz für Menschen im Übergang zum Erwachsenenalter mit einem historischen Ereignis, i. e. einer Wirtschaftsrezession.

In Bezug auf den Übergang galten in Europa Portugal und andere Staaten immer als die am stärksten benachteiligten Länder, so genannte „minder geschützte“ (Walther 2006). Italien, Spanien und Portugal gehören zu einer minder geschützten Gruppe¹ mit nicht selektiven Schulen, einer Ausbildung, die von niedrigen Standards und geringen Inhalten gekennzeichnet ist, einer sozialen Absicherung, die sich vorwiegend auf die Familie stützt, und einem geschlossenen und informellen Beschäftigungsansatz, im Gegensatz zu Dänemark und Schweden (mit einem universellen Übergangsregime)², Deutschland, Frankreich und die Niederlande (mit einem ausbildungszentrierten Übergangsregime)³ oder Großbritannien und Irland (mit einem liberalen Übergangsregime)⁴. Dies galt auch schon vor der Krise, die wiederum die Lage nicht vollständig verändert, sondern nur verschlimmert hat.

Junge Menschen aus diesen Staaten vereinen aus diesem Grund historische Benachteiligungen von Zeit und Ort, und aus diesem Grund verdienen sie auf der politischen, nationalen oder europäischen Bühne mehr Aufmerksamkeit.

Die Jugendpolitik

Politische Ansichten und Handlungen, die auf Jugendthemen ausgerichtet sind, spiegeln die Nichtbeachtung dieser generationsbedingten Dynamiken und historischen Kontexte wider und verstärken diese in einigen Fällen. 2012 argumentierte z. B. der portugiesische Minister für Jugend und Sport, die Emigration sei eine vielversprechende Lösung für die steigende Jugendarbeitslosigkeit des Landes. Er stützte seine Bemerkung auf seine eigenen Vorstellungen der portugiesischen Jugend. Er führte aus, die jungen Menschen müssten ihre „Wohlfühlzonen“ (das Haus ihrer Eltern) verlassen und dorthin ziehen, wo Jobs verfügbar seien. Arbeitslosigkeit als persönliche Erfahrung wird seiner Ansicht nach durch die Apathie der Jugend verursacht

1. Gekennzeichnet durch nicht selektive Schulsysteme, niedrige Ausbildungsstandards und -inhalte, soziale Absicherung durch die Familie, einen geschlossenen Beschäftigungsansatz mit hohen Risiken und informeller Arbeit (Walther 2006: 126).
2. Gekennzeichnet durch nicht selektive Schulsysteme, Ausbildung mit flexiblen Standards, soziale Absicherung durch den Staat, offener Beschäftigungsansatz mit geringen Risiken und ein Jugendkonzept auf Grundlage der persönlichen Entwicklung und Bürgerschaft (Walther 2006: 126).
3. Gekennzeichnet durch selektive Schulsysteme, ein standardisiertes Ausbildungssystem, soziale Absicherung durch Staat und Familie, einen geschlossenen Beschäftigungsansatz mit Risiken für die Bevölkerung am Rande der Gesellschaft und einem Jugendkonzept auf Grundlage einer Adaption der sozialen Stellungen (Walther 2006: 126).
4. Gekennzeichnet durch nicht selektive Schulsysteme, Ausbildung mit flexiblen und niedrigen Standards, soziale Absicherung durch Staat und Familie, einen offenen Beschäftigungsansatz mit hohen Risiken und ein Jugendkonzept auf Grundlage einer frühen wirtschaftlichen Unabhängigkeit (Walther 2006: 126).

und könnte problemlos durch individuelles Engagement gelöst werden. Viele weitere Aussagen seitens hochrangiger Regierungsvertreter bedienen sich ebenfalls dieser Idee und ermutigen die jungen Menschen, ihre Pläne aufzugeben, in ihrem Land zu bleiben, und in andere Länder auszuwandern, in denen Arbeitsplätze ggf. nicht so rar sind. Dies, zusammen mit dem aktuellen Szenario in diesem Land, wird, laut Experten, enorme Auswirkungen auf die ferne Zukunft haben und erhebliche Unterschiede zu vorherigen Auswanderungswellen hervorrufen (namentlich die in den 1960er und 1970er Jahren).

Diese vereinfachende Darstellung der Beziehung zwischen Jugend und Arbeitslosigkeit, die von einigen portugiesischen Politikern getätigt wurde, ist nicht nur eine kühne Behauptung (und eine abwegige) über den Zusammenhang zwischen Struktur und Eigeninitiative, sondern auch ein stereotypes Verständnis des (kulturellen) Kontextes der südeuropäischen Staaten. Die portugiesische Jugend ist, wie auch die Jugend in anderen Ländern, ein „leichtes Ziel“ für diese irregeleiteten Generationen- und nationalen Vergleiche, die vielfach von der Wissenschaft selbst geliefert werden. Im politischen Kontext werden die Begründungen für die Zeitpunkte, die „Verzögerungen“ oder Synchronisierungen der Übergänge zum Erwachsenenalter häufig auf eine angenommene „Generationspersönlichkeit“ basiert. Dies sind schwerwiegende Hürden für die Jugendpolitik und für die Anerkennung ihrer wichtigen Rolle.

Diese Hürden sind z. B. sichtbar im neusten Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation aus dem Jahr 2012. Während viele europäische und südamerikanische Staaten mit einer Politik zum Abbau der Hürden für ein Wirtschaftswachstum auf die hohen Arbeitslosenzahlen reagiert haben oder durch Maßnahmen, die auf die Beschäftigungsunterschiede zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt ausgerichtet waren, oder durch Ausweitung der sozialen Absicherung, tendierte Portugal dazu, seine Maßnahmen auf eine Unterstützung „junger Unternehmer“ zu beschränken (ILO 2012). Offensichtlich stehen diese Maßnahmen nicht allen Schichten der jungen Bevölkerung gleichermaßen zur Verfügung, auch ist der Arbeitsmarkt, besonders in diesen Zeiten, nicht in der Lage oder darauf vorbereitet, neue Unternehmen in diesem Umfang aufzunehmen; es werden täglich 50 neue Insolvenzen in Portugal gemeldet (im Oktober 2012).

Angesichts des vollständigen Fehlens einer Politik, das unbestrittene Potenzial jüngerer und hochqualifizierter Generationen in Portugal bestmöglich zu nutzen, könnte diese, wenn es sie denn gäbe, im Gegenzug dem Land helfen, die schwierige Situation, die es erlebt, zu überwinden, indem man die in Schule und Ausbildung erworbenen Fähigkeiten dieser Generation einsetzt, die Fortpflanzungsrate steigert und die zukünftige Nachhaltigkeit des Sozialnetzes bewahrt, und indem man auf dem Arbeitsmarkt produktiver ist, nicht aus Angst, entlassen zu werden, sondern aus der Überzeugung heraus, dass dies individuell und kollektiv positiv ist. Stattdessen ist das Jahr 2012 und darüber hinaus von Emigration gekennzeichnet. Die am besten qualifizierte Generation in der Geschichte Portugals trägt zur Entwicklung anderer Staaten bei und nach allem, was wir bisher wissen, wird sie dies auch zukünftig tun. Anders als die Emigrationswellen in den 1960er Jahren sind diese Emigranten sehr viel besser ausgebildet und führen nicht zu so vielen Überweisungen in das Heimatland wie damals. Die große Mehrzahl ist 25-34 Jahre alt. 2012 verließen 65.000 junge Menschen das Land. Der Verlust dieser qualifizierten jungen Menschen beschäftigt sogar den

Weltwährungsfonds, der erklärt hat, es sei wichtig für die portugiesische Regierung, die unwiderruflichen und negativen Auswirkungen dieser Auswanderungswellen für die Erholung des Landes zu erwägen, i. e. der „Generationendiskontinuität“. Während die aktuelle portugiesische Jugend dazu bestimmt zu sein scheint, Weltbürger zu werden, könnte Portugal, falls die Regierung weiterhin dieses Problem ignoriert, dazu verurteilt sein zuzusehen, wie seine jungen Menschen, jungen Eltern und deren Kinder, die hochqualifiziert sind, sowie paradoxerweise Jungunternehmer das Land verlassen, Rückkehr ungewiss. Der Beginn des 21. Jahrhunderts könnte in Portugal und in Staaten mit ähnlicher Situation im Hinblick auf die Wirtschaft gekennzeichnet sein von einer gewissen Generationendiskontinuität und von einer erzwungenen Abwanderung.

Schlussbemerkungen

Ein Ansatz, der über das Hier und Jetzt hinausreicht und die Lebensbedingungen der Jugend versteht, inspiriert von den Konzepten und Methoden der Generationenanalyse, könnte die dringende Notwendigkeit hervorheben, eine langfristige Jugendpolitik und strukturelle, stimmige und integrierte europäische Ansätze zu fördern. Zum einen kann es uns daran erinnern, dass uns die Umsetzung der Europäischen Wachstumsstrategie 2020 kaum ohne die Mitwirkung junger Menschen gelingen wird, insbesondere der Ziele „hohe Beschäftigungs- und Produktivitätszahlen und sozialer Zusammenhalt“, die dort enthalten sind. Zweitens muss die steigende und damit verbundene geografische Mobilität und die Arbeitslosigkeit junger Menschen, besonders in Ländern, die stärker unter der Wirtschaftskrise leiden, konkrete und dringende Aufmerksamkeit in der europäischen Politik in Bezug auf Mobilität, Migration und demografische Trends junger Menschen erhalten. Und drittens muss die Forschung zu den Prozessen des sozialen Wandels, der durch diese neuen Muster der Mobilität und der Generationendiskontinuität in Gang gesetzt wurde, gefördert und finanziert werden. Die jungen Menschen sind die Protagonisten des sozialen Wandels und ihre Lebensläufe und persönlichen Berichte sind wichtig, um aktuelle Gesellschaften zu verstehen und zu antizipieren und um die wissenschaftlichen Belege zu produzieren, die für politische Entwürfe und Entscheidungen grundlegend sind.

Die Bedeutung der Untersuchung des sozialen Wandels kann auf die jungen Menschen ausgerichtet oder auf den Entwurf und die Förderung einer langfristigen und integrierten Jugendpolitik ausgerichtet sein. Zunächst durch die Förderung der Jugendforschung, vorzugsweise gekennzeichnet durch umfassende Entwürfe. Eine evidenzbasierte Jugendpolitik hängt letztendlich von der Erfassung, Zusammenstellung und anschließenden Interpretation von Daten (qualitativ oder quantitativ) über die sozialen Lebensbedingungen und Lebensverläufe der Jugend ab; und die Beurteilung des Einflusses wichtiger wirtschaftlicher Ereignisse, wie die Wirtschaftsrezession in Europa, muss sich mit diesen Daten befassen. Zweitens hängt sie von der Anerkennung neuer Mobilitäts- und Migrationsmuster junger Menschen und der Förderung von Programmen und politischen Ansätzen ab, die verhindern, dass diese neuen Muster neue Formen der sozialen Ausgrenzung und sozialen Ungleichheit werden. In Europa sollten die mobilitätsfördernden Mechanismen verstärkt werden und die positiven Aspekte der Mitwirkung junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt sollten sowohl

den empfangenden als auch den entsendenden Ländern verdeutlicht werden. Drittens sollten die nationalen überarbeiteten Politikansätze und die anschließende Beurteilung der Politik auch die Jugendpolitik und die informellen Botschaften an junge Menschen und deren Partizipation sowohl an der Zivilgesellschaft als auch am Arbeitsmarkt berücksichtigen, und diese sollten an die Regierungsvertreter und die Medien weitergeleitet werden.

Bibliografie

Derosas, R. (2004), A family affair. Marriage, mobility, and living arrangements in nineteenth-century Venice, 1850-1869. van Poppel, F., Oris, M., Lee, J. (Hrsg.), The road to independence. Leaving home in Western and Eastern societies, 16th-20th centuries. Peter Lang European Academic Publishers, Bern.

Elder, G. H. (1974), Children of the Great Depression. Chicago Press, Chicago.

European Social Survey 2006 data, verfügbar unter <http://www.europeansocial-survey.org/>.

Elder, Glen H. (1994), Time, Human Agency, and Social Change: Perspectives on the Life Course. *Social Psychology Quarterly*, 57(1), S. 4-15.

International Labour Organization (May 2012), Global employment trends for youth 2012. International Labour Office, International Labour Organization, Genf.

Mannheim, K. (1952 [1923]), The problem of generations. Mannheim, K. (Hrsg.), Essays on the sociology of knowledge. RKP, London.

Nunes, João Sedas (1998), Perfis Sociais Juvenis. In: Pais, J. M. (Hrsg.), Cabral, M. V., Jovens Portugueses de Hoje. Secretaria de Estado da Juventude, Lissabon, Portugal.

Rindfuss, R. R. (1991), The young adult years: diversity, structural change and fertility. *Demography*, 28(4), S. 493-512.

Smith, T. (2005), Generation gaps in attitudes and values from the 1970s to the 1900s. In: Settersten, Jr. R. A., Furstenberg, Jr. F. F., Rumbaut, R. G. (Hrsg.), On the frontier of adulthood. Chicago Press, Chicago.

Statistics Portugal, verfügbar unter http://www.ine.pt/xportal/xmain?xpid=INE&xpgid=ine_main&xlang=en.

Torres, A., Tiago, L. (2010), Família e jóvenes en Europa. Convergencia e diversidad. *Revista de Estudio de Juventud*, Instituto de la Juventud, Madrid, Spanien.

Walther, A. (2006), Regimes of youth transitions. Choice, flexibility and security in young people's experiences across different European contexts. *Young*, 14(2), S. 119-139.

Jugendjustiz in einem sich wandelnden Europa: Krise und alternative Visionen

Barry Goldson

Einleitung

Angesichts der Wirtschaftskrise steht Europa derzeit vor außergewöhnlichen Herausforderungen und durchläuft einen tief greifenden Wandel. In diesem Artikel werden die Auswirkungen der Krise auf Kinder und Jugendliche dargestellt und die Folgen für die Jugendjustiz behandelt: „Utopische“ und „dystopische“ Visionen werden geprüft und es wird festgestellt, dass eine nuanciertere Analyse notwendig ist, um den Wandel in der Politik für Jugendjustiz in Europa und darüber hinaus zu erfassen. Zum Abschluss beschäftigt sich dieser Artikel mit den Aussichten für die europäische Jugendjustiz 2020.

Krise

In vielen Ländern war die Zeit zwischen 2000 und 2009 von nachhaltigem Wirtschaftswachstum und daraus resultierenden verstärkten Sozialinvestitionen und Schutz geprägt. Seit 2009 jedoch herrscht in Europa ein sehr viel feindlicheres Wirtschaftsklima und die Konsolidierung der Krise führte unter anderem zu drastischen Kürzungen der Sozialinvestitionen und öffentlichen Dienste, zu weniger Beschäftigung, Bildung und Ausbildungschancen, zu steigenden Kosten für Nahrungsmittel, Kraftstoff, Verkehr und Kürzung der Gesundheits- und Sozialdienste für die Bedürftigsten. Millionen junger Europäer waren und werden durch die Wirtschaftskrise besonders benachteiligt. Zwischen 2009 und 2010 zum Beispiel stieg der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die durch Armut oder soziale Ausgrenzung gefährdet waren, beträchtlich an und 2012 waren 27,1 % der Kinder und 29,1 % der Jugendlichen von Armut und/oder sozialer Ausgrenzung in den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union bedroht (Europäische Kommission, 2012: 48-49).

Die zunehmende Jugendarbeitslosigkeit ist ein besonders offensichtlicher Aspekt der Krise. Die Vereinten Nationen (2012: 15) stellten fest: „Jugendliche sind unverhältnismäßig von Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung, prekärer Beschäftigung und Arbeitsarmut betroffen ... Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat insbesondere junge Menschen hart getroffen“. Global verzeichnete die Jugendarbeitslosigkeitsrate, die seit Langem höher war als die anderer Altersgruppen, den „höchsten jährlichen Zuwachs in den letzten 20 Jahren weltweiter Schätzungen“ 2009 (Vereinte Nationen, 2012, 16. Siehe auch Internationale Arbeitsorganisation, 2011a). In Europa lag die Jugendarbeitslosigkeit Ende 2012 zwischen 8,1 % (in Deutschland) und 57,6 % (in Griechenland) mit einer durchschnittlichen Rate von 25,8 % in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (siehe Tabelle 1), mehr als 10 % höher als die Rate 2008 (15 %) (Goldson, 2013).

**Tabelle 1: Jugend- (unter 25 Jahren) Arbeitslosenrate
in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union: November 2012**

Land	Jugendarbeitslosigkeit in %
Deutschland	8,1
Österreich	9,0
Niederlande	9,7
Dänemark	14,2
Malta	16,4
Estland	17,5 ¹
Luxemburg	18,6
Finnland	19,0
Belgien	19,7
Vereinigtes Königreich	20,2 ²
Tschechische Republik	21,3
Rumänien	23,0 ³
Slowenien	23,5 ⁴
Litauen	24,2
Schweden	24,8
Zypern	27,0 ⁵
Frankreich	27,0
Bulgarien	27,4

1. Daten von Oktober 2012.

2. Daten von September 2012.

3. Daten von September 2012.

4. Daten von September 2012.

5. Daten von September 2012.

Land	Jugendarbeitslosigkeit in %
Polen	28,4
Ungarn	29,3 ⁶
Irland	29,7
Lettland	31,9 ⁷
Slowakei	35,8
Italien	37,1
Portugal	38,7
Spanien	56,5
Griechenland	57,6 ⁸

Quelle: Tabelle mit Daten von Eurostat (Europäische Kommission, 2013).

Zu der hohen Jugendarbeitslosigkeitsrate in Europa kommt noch die ebenfalls große Anzahl von Kindern und Jugendlichen hinzu, die von Bildungs- und Ausbildungsprogrammen ausgeschlossen sind. Die Zahl junger Menschen, die nicht in Bildung, Beschäftigungsverhältnissen oder Ausbildungsmaßnahmen (NEET) eingebunden sind, „hat seit 2008 stark zugenommen“ und erreicht Rekordraten (Europäische Kommission, 2012: 6). 2011 waren 7,5 Millionen junge Menschen in Europa vom Arbeitsmarkt und von Bildungsmaßnahmen ausgeschlossen. Dies entspricht einem beträchtlichen Anstieg der NEET Rate: 2008 lagen die Zahlen bei 11 % bei den 15-24 Jährigen, 2011 stieg die Zahl auf 13 % (Mascherini et al., 2012: 1). In einigen europäischen Ländern ist die NEET Rate beträchtlich höher und überschreitet zum Beispiel in Bulgarien, Irland, Italien und Spanien 17 % (ibid: 1).

Während die Länder in Europa und woanders mit den Auswirkungen der Wirtschaftskrise kämpfen, – viele sind stark überschuldet – setzen ihre Regierungen weitreichende „Austeritätsmaßnahmen“ um und legen starke Kürzungen der Staatsausgaben auf. Solche Maßnahmen wirken sich katastrophal auf die Bedürftigsten aus und „in vielen Fällen (führt dies zu) Kürzung oder sogar Einstellung von Programmen, die Arbeitsplätze im Bildungs- und Gesundheitswesen oder andere unterstützende Maßnahmen für die Öffentlichkeit vorsehen, insbesondere für einkommensschwache und ausgegrenzte Menschen“ (Vereinte Nationen, 2012: 43). Die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen eines solchen Phänomens auf (benachteiligte) Kinder und Jugendliche sind besonders besorgniserregend. Die Internationale Arbeitsorganisation (2011b: 6) stellt fest: „Immer mehr junge Menschen ziehen in die Städte oder wandern in Länder aus mit mehr Beschäftigungschancen und werden so getrennt von ihren Familien und sozialen Netzen“. Die Entfernung von Familie und Heimat führt zu der „Gefahr der Ausbeutung und des Menschenhandels, insbesondere bei schutzbedürftigen Jugendlichen“ (ibid: 2). Unabhängig davon, ob junge Menschen auswandern oder statisch bleiben,

6. Daten von Oktober 2012.

7. Daten von September 2012.

8. Daten von Oktober 2012.

erhöht die Krise „signifikant das Risiko von ... Gesundheitsproblemen, (die) oft ein Leben lang andauern“ (Europäische Kommission, 2012: 7).

Die vielfältigen Folgen der Krise beeinträchtigen auch das demokratische Engagement und die bürgerliche Teilhabe junger Menschen, was dazu führen kann, dass einige „sich aus der Teilhabe an der Zivilgesellschaft ausklinken“ (Mascherini et al., 2012: 82). Alternativ dazu gehen andere junge Menschen Wege, die problematisch sind. Die Vereinten Nationen (2012: 11) stellten zum Beispiel fest, dass Jugendarbeitslosigkeit zu bürgerlichen Unruhen führen kann: „Es besteht kein Zweifel daran, dass die beunruhigend hohe Jugendarbeitslosigkeit im Nahen Osten und Nordafrika einer der Faktoren der Aufstände des Arabischen Frühlings war“. Ähnliche „Aufstände“ gab es vor kurzem auch in Europa und Chang (2012) weist darauf hin, dass sie ernsthafte und dauerhafte Folgen haben könnten:

„... Austerität, Privatisierung und Deregulierung... Die Bedrohung der Existenzgrundlage hat ein solches Ausmaß erreicht, dass neue Aufstände nun Griechenland, Spanien und selbst das sonst so ruhige Portugal erschüttern... Die Gefahr ist nicht nur, dass diese Austeritätsmaßnahmen die europäische Wirtschaft zerstören, sondern auch die Legitimität selbst der europäischen Demokratien bedrohen – nicht nur direkt durch die Bedrohung der Existenzgrundlage so vieler Menschen und den Sturz der Wirtschaft in eine Abwärtsspirale, sondern auch indirekt durch Untergrabung der Legitimität des politischen Systems durch die Umgehung des Sozialpaktes. Angesichts der Wirtschaftsschwierigkeiten in den nächsten Jahren, im Hinblick auf den globalen Wandel im wirtschaftlichen Kräftegleichgewicht und die großen ökologischen Herausforderungen können es sich ganz besonders die europäischen Länder nicht leisten, dass die Legitimität ihres politischen Systems dermaßen zerstört wird“.

Chronische soziale Ausgrenzung, Verarmung, Arbeitslosigkeit, NEET Status, tief greifende und weitreichende „Austeritätsmaßnahmen“, Zwangsmigration, die Aussichten auf Ausbeutung und Menschenhandel, multiple Gesundheitsprobleme, potenzielle Entfremdung und bürgerliche Entfremdung oder im Gegenzug direkte Maßnahmen und Aufstände in den Städten. Das sind die Krisenbedingungen, vor denen derzeit Millionen junger Europäer stehen. Die gleichen Bedingungen stellen die politischen Systeme in Europa vor große Herausforderungen. Sie schaffen auch ein soziales und wirtschaftliches Umfeld, das Jugendkriminalität und der disproportionalen Kriminalisierung bestimmter Gruppen von Jugendlichen Vorschub leistet. Die Jugendjustizsysteme auf der ganzen Welt belangen (und bestrafen) die ärmsten Kinder und Jugendlichen. Das soll nicht heißen, dass alle armen Kinder und Jugendliche Verbrechen begehen oder dass nur arme Kinder und Jugendliche straffällig werden, aber die Verbindung zwischen wirtschaftlichem Bruch, sozialer Ausgrenzung, Armut, Jugendkriminalität und Kriminalisierung ist unbestreitbar. Anders gesagt, die derzeitige Krise stellt das paternalistische Wohlfahrtssystem und die protektionistischen Prinzipien infrage, die historisch die Jugendjustizsysteme in Europa bestimmten. Bailleau et al. (2010: 13) stellen fest:

„Diese Prinzipien, oder zumindest einige von ihnen, werden derzeit in unterschiedlichem Ausmaß in den meisten Ländern Europas infrage gestellt. Diese Schwächung der Grundprinzipien der Jugendjustiz geht einher mit einem verschlechterten Zugang zu Arbeitsplätzen für die am wenigsten ausgebildeten

Jugendlichen, mit den Änderungen des Sozialgefüges und den Beziehungen zwischen den Generationen und einem Wandel unserer Beziehung zu den Sozialnormen.“

Es ist an der Zeit, über die Art und Weise nachzudenken, wie die Justizsysteme in Zukunft darauf reagieren können. Dies ist jedoch noch lange nicht geklärt und zu solchen Überlegungen gehören auch alternative Visionen.

Alternative Visionen

Jugendjustizsysteme waren und sind sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart gekennzeichnet von Ambiguität, Paradoxen und Widersprüchen. Die Frage, ob Kinder und Jugendliche als „schützenswert *Werdende*“ gesehen werden sollten, die des Schutzes, der Hilfe, Anleitung und Unterstützung bedürfen oder als undisziplinierte und gefährliche *Wesen*, die der Korrektur, Regulierung, Kontrolle und Bestrafung bedürfen, ist zentral für diese Unsicherheit und Flux“ (Goldson und Muncie, 2009: vii). Im 20. Jahrhundert war die Jugendjustiz in den meisten europäischen Staaten von einem paternalistischen Sozialmodell geprägt (Bailleau und Cartuyvels, 2002: 2010), in den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts ist sie jedoch komplexer geworden, da Begriffe wie „Kinderschutz, Wiederherstellung, Bestrafung, öffentlicher Schutz, Verantwortung, Justiz, Rehabilitation, Wohlfahrt, Vergeltung, Resozialisierung, Menschenrechte usw. widersprüchlich auf das Geratewohl verwendet werden“ (Goldson und Muncie, 2009: vii). Die Frage, wann und unter welchen Umständen die *schutzbedürftigen Jugendlichen* zu *voll schuldfähigen Tätern* werden, führt immer wieder zu Spannungen und Streitigkeiten. Mit anderen Worten, die Grundfrage bleibt: Wann, wenn überhaupt, ist es besser, Verantwortung übernehmen zu lassen und zu bestrafen, anstatt zu schützen und zu unterstützen?

Viele sehen weiterhin die „kindgerechte Justiz“ als Standardansatz in Europa für Kinder und Jugendliche, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten. Andere erklären, dass bestimmte Bedingungen der späten Moderne, darunter aber nicht nur die Krise, die tief greifenden sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen, die verstärkte Unsicherheit und die neoliberale Politik, zu neuen „Bestrafungen“ führen, die von einem harten „strafrechtlichen Populismus“ geprägt sind. Solche alternative und stark widersprüchliche Perspektiven können jeweils als utopische und dystopische Visionen bezeichnet werden.

Eine utopische Vision

Das, was wir als utopische Vision bezeichnen, sieht die Jugendjustiz als stetigen Fortschritt hin zu einem Staat der strafrechtlichen Toleranz, in dem „das beste Interesse“ des Kindes und des Jugendlichen im Vordergrund steht und in dem Besserungsmaßnahmen, insbesondere Freiheitsentzug – nur als letztes „Mittel“ gesehen werden. Diese Vision wird durch die globalen und europäischen Menschenrechtstandards unterstützt.

Auf globaler Ebene sind drei Menschenrechtsinstrumente besonders signifikant. Zunächst die Mindestgrundsätze der Vereinten Nationen für Jugendgerichtsbarkeit (Beijing Regel), die die Generalversammlung der Vereinten Nationen 1985 verabschiedete.

Die „Grundsätze“ betreffen den Schutz der Menschenrechte von Kindern und Jugendlichen bei der Entwicklung getrennter und spezieller Jugendjustizsysteme, die „wesentlicher Bestandteil des nationalen Entwicklungsprozesses jedes Landes im Rahmen eines umfassenden Konzeptes für soziale Gerechtigkeit für alle Jugendlichen“ sind (Generalversammlung der Vereinten Nationen 1985: Ziffer 4.1). Zweitens die *Richtlinien der Vereinten Nationen für die Prävention von Jugendkriminalität* (die Riad Leitlinien), die die Generalversammlung der Vereinten Nationen 1990 verabschiedete. Die Richtlinien werden untermauert durch non-punitiv Sozialmaßnahmen: „Eine erfolgreiche Verhütung der Jugendkriminalität setzt Anstrengungen der gesamten Gesellschaft voraus, eine harmonische Entwicklung der Heranwachsenden zu gewährleisten“ (Ziffer 2); „formale Einrichtungen der Sozialkontrolle sollten nur ‚als letztes Mittel‘ in Anspruch genommen werden“ (Ziffer 5) und „Kinder und Jugendliche dürfen weder zuhause noch in der Schule oder in anderen Institutionen harten oder erniedrigenden Besserungs- oder Strafmaßnahmen unterworfen werden“ (Ziffer 54) (Generalversammlung der Vereinten Nationen, 1990a). Drittens die *Regeln der Vereinten Nationen zum Schutz von Jugendlichen unter Freiheitsentzug* (die Havanna Regeln), die die Generalversammlung der Vereinten Nationen 1990 verabschiedete. Die Regeln umfassen eine Reihe von Kernprinzipien: Entzug der Freiheit sollte als „letztes Mittel“ eingesetzt und nur „für die erforderliche Mindestzeit“ genutzt werden; in Fällen, in denen Kindern ihre Freiheit entzogen wird, gelten die Prinzipien, Verfahren und Schutzklauseln der internationalen Menschenrechtsnormen als Mindest- und nicht verhandelbare Standards (Generalversammlung der Vereinten Nationen, 1990b).

Auf europäischer Ebene ist der Begriff der „kindgerechten Justiz“ entscheidend. Durch die Ausweitung der Menschenrechtsnormen, die den *Europäischen Grundsätzen für die von Sanktionen und Maßnahmen betroffenen jugendlichen Straftäter* zugrunde liegen (Europarat 2009), hat das Ministerkomitee des Europarates jüngst offizielle spezifische Leitlinien für eine kindgerechte Justiz verabschiedet (Europarat 2010). In den Leitlinien steht, dass jeder Jugendliche unter 18 Jahren als „Kind“ zu sehen ist (ibid: Teil II(a)) und die Leitlinien sollten immer dann Anwendung finden, „wenn zu erwarten steht, dass Kinder – auf welche Weise, warum und in welcher Eigenschaft auch immer – mit den zuständigen straf-, zivil- oder verwaltungsrechtlichen Instanzen und Diensten in Berührung kommen“ (ibid: Teil I, Ziffer 2). Der Europarat hob auch hervor, dass es das Ziel des Europarates ist,

„einen engeren Zusammenschluss unter seinen Mitgliedern zu verwirklichen, insbesondere durch die Annahme gemeinsamer Vorschriften in Rechtsangelegenheiten... und die wirksame Umsetzung der bestehenden, verbindlichen, universellen und europäischen Standards zum Schutz und zur Förderung der Rechte der Kinder sicherzustellen“ (ibid: Präambel)

und:

„dass die Einhaltung und wirksame Umsetzung aller Rechte der Kinder auf dem höchstmöglichen Niveau garantiert ... und dabei den Reifegrad des Kindes, seine Verständisfähigkeit sowie die Umstände des Falls angemessen berücksichtigt. Eine kindgerechte Justiz ist zugänglich, altersgerecht, zügig, sorgfältig und auf die Bedürfnisse und Rechte des Kindes zugeschnitten. Sie achtet die Rechte des Kindes“ (ibid: Teil II(c)).

Zusammen stellen die Menschenrechtsnormen der Vereinten Nationen und des Europarates einen „einheitlichen Rahmen“ für ein Jugendjustizstatut dar und prägen die Politik und Praxis in allen Nationalstaaten, in denen sie Anwendung finden (Goldson und Hughes, 2010). So erscheint es, dass diese Instrumente die Grundlage für „globalisierte“ Jugendjustiz darstellen, die die Menschenrechte einhält und „kindgerecht“ ist (Goldson und Muncie, 2012).

Eine dystopische Vision

Im Gegensatz zu dem Begriff der Jugendjustiz, die von strafrechtlicher Toleranz, dem Prinzip des „besten Interesses“, „letztes Mittel“ und den Menschenrechten geprägt ist, hebt die dystopische Vision die Entstehung, Konsolidierung und Entwicklung einer strengen „Kontrollkultur“ hervor (Garland, 2001), in der der besondere Schutz von Kindern und Jugendlichen abnimmt; der Wohlfahrtspaternalismus zurück geht, Kinder und Jugendliche immer mehr in die Verantwortung genommen und „zu Erwachsenen erklärt“ werden, die Menschenrechtsnormen regelmäßig gebrochen und die Menschenrechte von Kindern und Jugendlichen systematisch verletzt werden. Die strafrechtliche Toleranz wird ersetzt durch das, was Muncie (1999) als „institutionalisierte Intoleranz“ bezeichnet. Die Zahl der jugendlichen Häftlinge nimmt zu, die Jugendjustiz wird immer politisierter und Strafen werden zur bevorzugten Strategie des Staates, um gegen „Ausgestoßene in den Städten“ im Rahmen der „fortgeschrittenen Ausgrenzung“ vorzugehen (Wacquant, 2008).

Quantitative und qualitative Dimensionen der „neuen Bestrafungen“ sind sichtbar (Garland, 2001; Goldson, 2002; 2009; Muncie, 2008; Pratt et al., 2005; Pratt und Eriksson, 2012; Wacquant, 2008; 2009). Steigende Zahlen bei der Inhaftierung Jugendlicher (in Untersuchungshaft) – mehr Haftstrafen und/oder längere Haftstrafen zeigen die quantitative Dimension, wogegen die entsprechende qualitative Dimension belegt ist durch „einen Rückgang von Resozialisierungsbestrebungen, strengeren Haftbedingungen, mehr emotionalen und expressiven Formen der Bestrafung, darunter Beschämung und Erniedrigung oder verstärkte Aufmerksamkeit für die Rechte der Opfer statt der Rechte der Täter“ (Snacken und Dumortier, 2012: 2-3). Bailleau et al. (2010: 7) führen an, dass ein „neo-konservatives Paradigma inzwischen in der Europäischen Union vorherrscht“ und in der Folge die „Jugendjustiz in den letzten Jahren in Europa einen großen Wandel durchlaufen hat“ (ibid: 8):

„Die soziale Intoleranz nimmt angesichts der Tendenz zu einer Hardliner Sicherheitspolitik in mehreren Staaten zu. Abweichlerische Jugendliche werden zuerst einmal als soziales Problem gesehen... auf Kosten einer Vision, die das ‚Kind in Not‘ als jemanden sah, den die Gesellschaft schützen musste... Es besteht die Tendenz, die Umgebung des Jugendlichen verantwortlich zu machen für seine/ihre Handlungen, indem die Verantwortung der Familie und der Gemeinde zugeschoben wird (der geografischen oder kulturellen oder ethnischen Gemeinde)... Auch die strategische Ausrichtung des Staates bei der Handhabung abweichlerischer Jugendlicher. ... Die Hauptkonsequenz dieser neuen Ausrichtung ist die verstärkte Überwachung von Jugendlichen und Familien durch Einrichtungen und die Ausweitung der Kriminalisierung, auf bestimmte Verhaltensarten, die als bloße Abweichung von der Norm und/oder Kleinkriminalität betrachtet wurden“ (ibid: 8-9).

Der vielleicht bekannteste Analyst der dystopischen Vision ist Loïc Wacquant (2009: 1), der die Verbreitung dessen aufzeigt, was er als „neue punitive Vernunft“ bezeichnet, die in den USA von einem Netz konservativer Denkfabriken, insbesondere dem Manhattan Institut, das in der Reagan Ära entstand, erdacht wurde, bevor es nach Westeuropa und in den Rest der Welt exportiert wurde“. Wacquant führt an, dass der Westen eine Wandlung vom „Sozialstaat“ hin zum „Strafstaat“ durchläuft. Der „Sozialsektor schrumpft“ und der „Strafsektor blüht“. Über allem die „eiserne Faust“ eines sich ausweitenden und immer intrusiveren Strafapparats. Diese „allgemeine Methode, um mit der ausufernden sozialen Unsicherheit fertig zu werden“ (ibid: 167) bedeutet, dass die Räume, die durch die wirtschaftliche Deregulierung und Einsparung im Sozialwesen entstanden, mit einem neoliberalen Strafsystem und zunehmender aggressiver Bestrafung gefüllt werden. Laut Wacquant finden fünf einander überlappende Prozesse statt: „vertikale Expansion“ (zunehmende Bevölkerung in den Haftanstalten), „horizontale Expansion“ (Verbreitung und Diversifizierung der Technologien zur Regulierung, Kontrolle und Überwachung), gleichzeitig jedoch widersprüchliche Systemexpansion und Kontraktion (jeweils strafrechtlich und sozial) die steigende Privatisierung der Justizindustrie und schließlich eine Politik der „Gefängnisstrafen“ (Rassifizierung von Bestrafung und Freiheitsentzug).

Über die binären Visionen hinaus

Beide, die utopische wie auch die dystopische Vision, bieten interessante konzeptuelle Typologien oder „totalisierende Diskurse“ (Goldson und Muncie, 2012) für das Verständnis der gesamteuropäischen (sogar globalen) Trends in der Jugendjustiz. Paradoxerweise sind beide angesichts ihrer analytischen Unstimmigkeit plausibel, aber schließlich doch jede inadäquat. Trotz der Vorstellbarkeit von alternativen widersprüchlichen Visionen bietet keine eine vertretbare umfassende Erklärung für die Komplexität, widersprüchliche Natur und tiefe Inkohärenz der transnationalen Jugendjustiz in Europa und/oder darüber hinaus. Einerseits wird das Potenzial solcher Standards für eine progressive Jugendjustizreform durch wiederholte „Beschränkungen“ bei der Ausführung und Umsetzung (Goldson und Kilkelly, 2013. Siehe auch Goldson und Muncie, 2012), trotz der fast universellen Annahme der Menschenrechtsstandards, die zusammen mit der Konvention über die Rechte der Kinder der Vereinten Nationen zu den am weitesten verabschiedeten Menschenrechtsinstrumenten weltweit zählen. Andererseits gibt es trotz „vieler besorgniserregender Entwicklungen“ bei den „Bestrafungen in Europa“ Hinweise darauf (Snacken und Dumortier, 2012: 2), dass die „neue punitive Vernunft“ (Wacquant, 2009: 1) auf Widerstand stößt. Laut Wacquant (2009: 173) sind zwar die Prozesse der Verbreitung und der politische Transfer offenbar global, der „Neoliberalismus ist jedoch von Beginn an ein multifazettenreiches, polyzentrisches und geografisch unregelmäßiges Gebilde“. Mit anderen Worten, es gibt Gebiete des Widerstands, in denen der „Neoliberalismus vereitelt wurde... und der Drang nach Bestrafung gebrochen oder umgelenkt wurde“ (ibid: 172-173. Siehe auch Goldson und Muncie, 2006; Lappi-Seppälä, 2012; Muncie und Goldson, 2006; Pratt, 2008a; 2008b; Pratt und Eriksson, 2012). Zusammenfassend lässt sich sagen, es gibt Gründe, an der utopischen Vision zu zweifeln, aber auch „Grund zu Optimismus, dass die dystopischen Analysen übertrieben waren“ (Downes, 2012: 32). Anders gesagt, die utopisch-dystopische Binäre ist mangelhaft und bedarf einer nuancierteren Analyse, damit die zeitgenössischen Trends der Jugendjustiz in Europa besser begriffen und die künftige Richtung beurteilt werden kann.

Das Ausmaß, in dem sich die nationale Gerichtsbarkeit bei der utopischen Vision, der dystopischen Vision irrt oder Mischmodelle der Jugendjustiz einrichtet, ist bedingt durch die spezifischen historischen, politischen, sozioökonomischen, kulturellen, justiziellen und organisatorischen Traditionen. *Inter*-nationale komparative Analysen zeigen daher sowohl *Konvergenz* als auch *Divergenz* zwischen den verschiedenen Nationalstaaten auf. Ebenso wichtig sind jedoch die *intra*-nationalen Analysen. Das *Nationale* ist in vieler Hinsicht eine inadäquate Einheit der komparativen Analyse, da es *lokale* und/oder *regionale* Unterschiede in sonst eigenständigen territorialen Gerichtsbarkeiten und/oder Nationalstaaten verbergen oder zumindest verdunkeln kann. In vielen Ländern Europas und darüber hinaus ist es schwierig, *nationalen* Entwicklungen vor den sehr unterschiedlichen *regionalen* Unterschieden Vorrang einzuräumen, insbesondere angesichts des unterschiedlichen Strafmaßes („Justiz nach geografischer Lage“). Kurz gesagt, wenn einmal anerkannt ist, dass die Variationen *innerhalb* der Grenzen der Nationalstaaten genauso groß oder sogar größer als *zwischen* ihnen sein können, wird das Heranziehen der nationalen Ebene (oder der europäischen oder globalen) als Grundeinheit für das Verständnis der politischen Veränderungen in der Jugendjustiz sehr problematisch (Goldson und Hughes, 2010; Goldson und Muncie, 2006; Muncie, 2005; Muncie und Goldson, 2006).

Die Bedeutung der professionellen Werte, Prinzipien, Ermessen und Kultur der Jugendjustizpfleger ist außerordentlich wichtig in diesem Zusammenhang. Selbst stark zentralisierte staatliche Agenturen und nationale Organe sind – zumindest teilweise – „abhängig“ von der Macht der regionalen und lokalen Organe bei der Durchführung ihrer Politik. Rechtspfleger können die nationale Politik einhalten und umsetzen oder sich widersetzen und sie untergraben. Daraus ergibt sich, dass dieser Beziehungs-, Macht- und Abhängigkeitsprozess sowohl den Fortschritt der spezifischen Strategien der Jugendjustiz (z. B. Bestrafung) als auch die Verwässerung – sogar Leugnung – anderer beurteilen kann (z. B. menschenrechtfreundliche Praxis) oder sogar das Gegenteil, bei dem es Widerstand gegen Punitivismus gibt und der Menschenrechtsansatz verbreitet wird.

Zusammenfassend lässt sich sagen, egal wie groß die Versuchung der binären Visionen und totalisierenden Diskurse ist, Jugendjustizsysteme nehmen vielfältige unüberschaubare und unterschiedliche Formen an und es ist nicht möglich, eine globale einheitliche oder europäische Norm festzustellen. Komparative Analysen, Theorien und empirische Untersuchungen sind auf internationaler, nationaler und sub-nationaler Ebene nötig, um die Mittel zu verstehen, mit denen Recht, Politik und Praxis der Jugendjustiz gebildet, angewandt, fragmentiert und bedingt sind durch historische, politische, sozioökonomische, kulturelle, justizielle, organisatorische und individuelle Filter (Goldson und Hughes, 2010; Goldson und Muncie, 2012).

Schlussfolgerung: humaner Pragmatismus - Jugendjustiz 2020?

Die Krise, die die zeitgenössische sozioökonomische Landschaft in Europa prägt, wirft große Herausforderungen auf. Ein Scheideweg wurde erreicht und Snacken und Dumortier (2012: 17) führen an: „Europa als institutionelle Struktur und die einzelnen

europäischen Staaten stehen derzeit vor grundlegenden Entscheidungen darüber, welche Art von Gesellschaft sie für die Zukunft aufbauen wollen“. Es ist unklar, was dies für die Jugendjustiz 2020 bedeuteten wird. Es sind grundlegend unterschiedliche Szenarien vorstellbar. Europa hat eine starke Affinität zu Menschenrechten, die vielleicht die Neigung zu angstinduziertem strafrechtlichem Populismus mäßigen wird. Alternativ dazu kann das Gefühl der verstärkten Unsicherheit möglicherweise überschwappen und zu einer starken Politisierung der Jugendjustiz führen sowie einem harten Punitivismus. Außerdem ist Europa keine monolithische oder homogene Einheit und die Herausforderungen, vor denen die Nationalstaaten stehen, werden unterschiedlich erlebt und verteilt. Es kann zum Beispiel sein, dass einige Länder (im Süden und Osten) intensiver und länger nachteiligen Bedingungen ausgesetzt sein werden als andere (im Norden und Westen), was zu unterschiedlichen Antworten führt. Aber es gibt auch Gründe zu glauben, dass trotz der Krise ein sogenannter „humaner Pragmatismus“ letztendlich vorherrschen wird. Drei Punkte, jeder durch empirische Forschung belegt, sind als Schlussfolgerung geeignet.

Der erste bringt uns zu der Frage nach der politischen Legitimität zurück, die wir früher bereits behandelt haben. Dies ist eng verbunden mit dem Begriff der sozialen Kohäsion und dem Vertrauen. Ausgehend von detaillierten und komplexen komparativen Analysen von 25 Ländern macht Tapio Lappi-Seppälä (2012: 53) geltend:

„Vertrauen ist auch für die soziale Kohäsion wichtig und die (informelle) soziale Kontrolle. Allgemeines Vertrauen und Vertrauen in Menschen ist ein Indikator für soziale Bindung und soziale Solidarität... Es gibt eine Beziehung zwischen Vertrauenssolidarität und sozialer Kohäsion und einer effektiven informellen Sozialkontrolle. Vertrauen in Institutionen und Legitimität ist auch förderlich für Anpassung an Normen und das Verhalten... Die Bedingung dafür ist, dass Menschen das System als fair und legitim sehen. Ein System, das Normenerfüllung durch Vertrauen und Legitimität erreichen will, anstatt Angst und Abschreckung, sollte mit weniger schweren Sanktionen funktionieren können, wie die Ergebnisse zeigen... Zusammen mit der Normenerfüllung, die auf Legitimität gegründet ist, verringert dies die Notwendigkeit, auf formelle Sozialkontrollen und das Strafrechtssystem zurückzugreifen.“

Lappi-Seppälä's Beobachtungen lassen sich mit den Schlussfolgerungen von David Downes (2012: 33) nach der Vollendung der vier großen komparativen Studien kombinieren:

„Ein Sozialstaat wird zunehmend zum größten Schutz vor Masseninhaftierung... die Beibehaltung und Stärkung der Grundlagen der sozialen demokratischen politischen Wirtschaft sollte allzu offensichtlich sein.“

Mit anderen Worten „ein Sozialstaat“ und die „Grundlagen der sozialdemokratischen politischen Wirtschaft“ stellen die Kernbestandteile für die „soziale Kohäsion“, „Vertrauen“, „Legitimität“ und „informelle Sozialkontrolle“ dar. Dies hat nicht nur einen großen Wert für das „Strafmaß, das auf den Menschenrechten und der sozialen Inklusion gründet, das viele Europäer begrüßen“ (Snacken, 2012: 257), sondern bietet auch eine pragmatische Wende für Politiker, die Integrität, Vertrauen und Legitimität in Zeiten der Wirtschaftskrise beibehalten möchten. Die Beibehaltung des Sozialstaates kann finanzielle Herausforderungen in einer Zeit der „Austerität“

mit sich bringen, aber die Alternative, eine Orientierung an harten Strafsystemen zur Aufrechterhaltung der Sozialordnung „Regieren durch Verbrechen“ (Simon, 2007) – bringt nicht nur gleichermaßen hohe (wenn nicht höhere) finanzielle Kosten mit sich, sondern droht auch die politische Legitimität zu untergraben.

Der zweite Punkt setzt die Finanzkosten mit den Humankosten in Verbindung, die durch das übertriebene Eingreifen der Jugendjustiz anfallen. Lesley McAra und Susan McVie (2007: 337 und 340) stellen aufgrund ihrer ausführlichen Forschung nach Wegen in und aus der Kriminalität an 4 300 Kindern und Jugendlichen aus Edinburgh, Schottland und der steigenden Anzahl internationaler Studien fest, dass:

„In einigen Fällen weniger statt mehr den Schaden begrenzen kann, den der Kontakt mit dem System mit sich bringt... gezielte Frühinterventionsstrategien ... können das Netz erweitern... Mehr Kinder werden als gefährdet eingestuft und ein frühes Eingreifen führt zu einem konstanten Recycling im System... Wie wir gezeigt haben, sind Resozialisierungsmaßnahmen ... ohne offizielles Eingreifen ... verbunden mit dem Rückgang von schweren Straftaten. Diese Ergebnisse sprechen für maximale Resozialisierungsmaßnahmen. Zu akzeptieren, dass es in einigen Fällen besser ist weniger als mehr zu tun, erfordert Mut und Visionen von den Politikern... Da Systeme jungen Menschen zu schaden scheinen und ihre Fähigkeit zu Veränderung beeinträchtigen, bringen und werden sie nie Gerechtigkeit bringen“ (McAra und McVie, 2007: 337 und 340).

Eine solche Forschung verbreitet eine starke kontra-intuitive Botschaft: Frühes Eingreifen durch die Jugendjustizsysteme ist kontra-produktiv gemessen an Verbrechensbekämpfung und Sicherheit der Gemeinschaft. Unsere Kinder und Jugendlichen werden dadurch unnötigen „Schäden“ ausgesetzt. Letztendlich ist es kontraproduktiv, kostspielig und schädlich, sich zu stark auf das Eingreifen der Jugendjustiz zu verlassen. Der humane und pragmatische Ansatz macht es daher nötig, dass Politiker nach nicht kriminalisierenden Lösungen als Reaktion auf die Übergriffe der Jugendlichen suchen.

Der dritte Punkt betrifft die „gefährliche“, „unnütze“, „unnötige“ und „inadäquate“ Inhaftierung von Jugendlichen. Mendel (2011, *passim* 5-25) fasst die vielfältigen Forschungsergebnisse zusammen und stellt fest, die Praktiken der Inhaftierung von Jugendlichen sind:

„Gefährlich: Jugendhaftanstalten setzen inhaftierte Jugendliche nicht tolerierbaren Schwellen von Gewalt, Missbrauch und anderen Formen der Misshandlung aus.

Unwirksam: Die Ergebnisse der Haftstrafen sind schlecht. Die Rückfallquote ist allgemein hoch und die Inhaftierung in Jugendeinrichtungen beeinträchtigt die Erfolgchancen der Jugendlichen in Bildung und Beschäftigung.

Unnütz: Ein großer Teil der inhaftierten Jugendlichen in Jugendhaftanstalten stellt nur ein geringfügiges Risiko für die öffentliche Sicherheit dar.

Unnötig: Die meisten Staaten geben einen Großteil der Steuergelder aus und lassen einen Großteil ihres Budgets für Jugendjustiz in Haftanstalten und andere Einrichtungen fließen, obgleich ambulante Programme für einen Bruchteil der Kosten ähnliche oder bessere Ergebnisse zeitigen könnten.

Inadäquat: Trotz der exorbitanten laufenden Kosten sind die meisten Jugendhaftanstalten nicht gut auf die Bedürfnisse der Jugendlichen ausgerichtet. Oft fehlt es sogar an den Mindestdiensten für Versorgung und Resozialisierung der inhaftierten Jugendlichen“.

Wie sehen also die Form und die Art der Jugendjustiz in Europa 2020 aus? Wenn Politiker die Botschaft der Forschung beachten, werden sie Humanität mit Pragmatismus kombinieren und einen Ansatz suchen, der auf dem Sozialstaat aufbaut, Vertrauen und Legitimität schafft, Eingriffe beschränkt, Sozialmaßnahmen maximiert und schlussendlich die katastrophalen Praktiken der Inhaftierung von Jugendlichen vermeidet.

Bibliografie

Bailleau, F., Cartuyvels, Y. (Hrsg.), (2002), *La justice pénale des mineurs en Europe. Déviance et Société*, 26(3), (Sonderausgabe).

Bailleau, F., Cartuyvels, Y. (Hrsg.), (2010), *The Criminalisation of Youth: Juvenile Justice in Europe, Turkey and Canada*. VUBPress (Brussels University Press), Brüssel.

Bailleau, F., Cartuyvels, Y., de Fraene, D. (2010), *The criminalisation of youth and current trends: the sentencing game*. In: F. Bailleau, Y. Cartuyvels (Hrsg.), *The Criminalisation of Youth: Juvenile Justice in Europe, Turkey and Canada*. VUBPress (Brussels University Press), Brüssel.

Chang, H.-J. (2012), *The root of Europe's riots*. *The Guardian*, 28.9.2012. Verfügbar unter <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2012/sep/28/europe-riots-root-imf-austerity> (aufgerufen am 20.1.2013).

Council of Europe (2009), *European Rules for juvenile offenders subject to sanctions or measures*. Council of Europe Publishing, Straßburg.

Council of Europe (2010), *Guidelines of the Committee of Ministers of the Council of Europe on Child Friendly Justice*. (Adopted by the Committee of Ministers on 17 November 2010 at the 1098th meeting of the Ministers' Deputies). Council of Europe, Straßburg.

Downes, D. (2012), *Political economy, welfare and punishment in comparative perspective*. In: S. Snacken, E. Dumortier (Hrsg.), *Resisting Punitiveness in Europe? Welfare, human rights and democracy*. Routledge, London.

European Commission (2012), *EU Youth Report, Commission Staff Working Document: Status of the situation of young people in the European Union*. SWD (2012), 257. European Commission, Brüssel.

European Commission (2013), Eurostat. Aufgerufen am 20.1.2013: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home>.

Garland, D. (2001), *The Culture of Control: Crime and Social Order in Contemporary Society*. Oxford University Press, Oxford.

Goldson, B. (2002), *New Punitiveness: The politics of child incarceration*. In: Muncie, J., Hughes, G., McLaughlin, E. (Hrsg.), *Youth Justice: Critical Readings*. Sage, London.

Goldson, B. (2009), *Child Incarceration: Institutional Abuse, the Violent State and the Politics of Impunity*. In: Scraton, P., McCulloch, J. (Hrsg.), *The Violence of Incarceration*. Routledge, London.

Goldson, B. (2013, im Druck), Comparative Analytical Review of National Youth Reports submitted by Member States on the implementation of the first work cycle of the EU Youth Strategy 2010-2012: Social Inclusion. European Commission, Brüssel.

Goldson, B., Hughes, G. (2010), Sociological Criminology and Youth Justice: Comparative policy analysis and academic intervention. *Criminology and Criminal Justice*, 10(2), S. 211-230.

Goldson, B., Kilkelly, U. (2013, im Druck), International human rights standards and child imprisonment: Potentialities and limitations. *The International Journal of Children's Rights*.

Goldson, B., Muncie, J. (2006), Rethinking Youth Justice: Comparative Analysis, International Human Rights and Research Evidence. *Youth Justice: An international journal*, 6(2), S. 91-106.

Goldson, B., Muncie, J. (2009), Editors Introduction. In: Goldson, B., Muncie, J. (Hrsg.) *Youth Crime and Juvenile Justice, Volume 2, Juvenile Corrections*. Sage, London.

Goldson, B., Muncie, J. (2012), Towards a global child friendly juvenile justice? *International Journal of Law, Crime and Justice* 40(1), S. 47-64.

International Labour Organization (2011a), *Global Employment Trends for Youth: 2011 update*. International Labour Office, Genf.

International Labour Organization (2011b), *Global Employment Trends 2011: the challenge of a jobs recovery*. International Labour Office, Genf.

Lappi-Seppälä, T. (2012), Explaining national differences in the use of imprisonment. In: Snacken, S., Dumortier, E. (Hrsg.) *Resisting Punitiveness in Europe? Welfare, human rights and democracy*. Routledge, London.

Mascherini, M., Salvatore, L., Meierkord, A., Jungblut, J.-M. (2012), *NEETs Young people not in employment, education or training: Characteristics, costs and policy responses in Europe*. European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (Eurofound), Dublin.

McAra, L., McVie, S. (2007), Youth Justice? The Impact of System Contact on Patterns of Desistance from Offending. *European Journal of Criminology*, 4(3), S. 315-345.

Mendel, R. (2011), *No Place for Kids: The Case for Reducing Juvenile Incarceration*. Annie E. Casey Foundation, Baltimore.

Muncie, J. (1999), Institutionalised Intolerance: Youth Justice and the 1998 Crime and Disorder Act. *Critical Social Policy*, 19(2), S. 147-175.

Muncie, J. (2005), The globalization of crime control – The case of youth and juvenile justice: Neo-liberalism, policy convergence and international conventions. *Theoretical Criminology*, 9(1), S. 35-64.

Muncie, J. (2008), The punitive turn in juvenile justice: Cultures of control and rights compliance in western Europe and the USA. *Youth Justice: An International Journal*, 8(2), S. 107-121.

Muncie, J., Goldson, B. (Hrsg.), (2006), *Comparative Youth Justice: Critical Issues*. Sage, London.

Pratt, J. (2008a), Scandinavian Exceptionalism in an Era of Penal Excess: Part I: The Nature and Roots of Scandinavian Exceptionalism. *British Journal of Criminology*, 48(2), S. 119-137.

Pratt, J. (2008b), Scandinavian Exceptionalism in an Era of Penal Excess: Part II: Does Scandinavian Exceptionalism Have a Future? *British Journal of Criminology*, 48(3), S. 275-292.

Pratt, J., Brown, D., Brown, M., Hallsworth, S., Morrison, W. (Hrsg.), (2005), *The New Punitiveness: Trends, theories, perspectives*. Willan, Cullompton.

Pratt, J., Eriksson, A. (2012), *Contrasts in Punishment: An explanation of Anglophone excess and Nordic exceptionalism*. Routledge, London.

Simon, J. (2007), *Governing Through Crime: How the War on Crime Transformed American Democracy and Created a Culture of Fear*. Oxford University Press, New York.

Snacken, S. (2012), Conclusion: Why and How to resist Punitiveness in Europe. In: Snacken, S., Dumortier, E. (Hrsg.), *Resisting Punitiveness in Europe? Welfare, human rights and democracy*. Routledge, London.

Snacken, S., Dumortier, E. (2012), Resisting Punitiveness in Europe? An Introduction. In: Snacken, S., Dumortier, E. (Hrsg.), *Resisting Punitiveness in Europe? Welfare, human rights and democracy*. Routledge, London.

United Nations (2012), *United Nations World Youth Report 2011 - Youth Employment: Youth Perspectives on the Pursuit of Decent Work in Changing Times*. United Nations Department of Economic and Social Affairs, New York.

United Nations General Assembly (1985), *United Nations Standard Minimum Rules for the Administration of Juvenile Justice*. United Nations, New York.

United Nations General Assembly (1989), *United Nations Convention on the Rights of the Child*. United Nations, New York.

United Nations General Assembly (1990a), *United Nations Guidelines for the Prevention of Juvenile Delinquency*. United Nations, New York.

United Nations General Assembly (1990b), *United Nations Rules for the Protection of Juveniles Deprived of their Liberty*. United Nations, New York.

Wacquant, L. (2008), *Urban Outcasts: A Comparative Sociology of Advanced Marginality*. Polity Press, Cambridge.

Wacquant, L. (2009), *Prisons of Poverty*. University of Minnesota Press, Minneapolis.

Die Zukunft der sozialen Dimension in der europäischen Hochschulbildung: Universität für alle, aber ohne Studentenförderung?

Lorenza Antonucci

Einleitung

Eine der relevantesten Veränderungen, die die europäischen Gesellschaften in den letzten 40 Jahren erlebt haben, ist die massenhafte Ausweitung der Hochschulbildung und die damit verbundene Entwicklung von Systemen zur Studentenförderung. Die Ausweitung der Hochschulbildung in Europa wurde mit dem doppelten Ansatz begründet, Chancengleichheit sicherzustellen (durch die Förderung der sozialen Dimension der Hochschulbildung) und durch die Notwendigkeit, eine wettbewerbsfähige wissensbasierte Wirtschaft zu schaffen, um auf dem globalen Markt konkurrieren zu können. Die soziale Dimension der Hochschulbildung bleibt jedoch in der europäischen Hochschulbildung ein eher abstraktes Konzept, während die Systeme zur Studentenförderung immer noch größtenteils auf nationaler Ebene verwaltet werden.

Dieser Artikel argumentiert, dass im Jahr 2020, wie im Jahr 2013, die Universitaterfahrung und die Qualität dieser Erfahrung von ausschlaggebender Bedeutung für das Leben junger Menschen in Europa sein werden. Die massenhafte Ausweitung der Hochschulbildung stellt eine langfristige Veränderung der europäischen Gesellschaften dar, die nicht leicht umzukehren ist. Momentan gibt es jedoch viele Veränderungen: Die Systeme zur Studentenförderung, die die Ungleichheit der studentischen Erfahrung begrenzen sollen, sind nun von Sparmaßnahmen betroffen, und die Folgen gekürzter Sozialleistungen werden sich wahrscheinlich auf die Erfahrung der jungen Menschen in der Universität auswirken. Insbesondere laufen junge Menschen Gefahr, finanziell stärker von der Familie und von Arbeit abhängig zu sein, und dies schafft „differenzierte“ Erfahrungen der Hochschulbildung. Der Artikel argumentiert außerdem, dass, um die kommenden Trends umzukehren, wir die aktuellen Prozesse der europäischen Integration abschließen und Systeme der Studentenförderung entwerfen müssen, die gezielt die soziale Dimension des Europäischen Hochschulraums (EHEA) unterstützen. Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, die nationalen Unterschiede in Europa im Hinblick auf die Trennung von beruflicher Bildung und akademischer Hochschulbildung zu erornern, und daher beschränkt er sich konkret auf die Hochschulbildung. Diese Entscheidung spiegelt auch die Tatsache wider, dass, wie nachstehend ausgeführt wird, die konkrete Idee der Ausweitung der und der Partizipation an der Hochschulbildung, die in Europa propagiert wird, im Wesentlichen eine Idee einer allgemeinen Bildung ist und sich nicht speziell auf die berufliche Weiterbildung konzentriert.

Nach einer Beschreibung der wichtigsten Trends der Ausweitung der Hochschulbildung in Europa werden die Hauptunterschiede der einzelnen Modelle zur Studentenförderung erörtert. Der dritte Abschnitt beschreibt die neusten Veränderungen, welche diese Systeme beeinflussen, und konzentriert sich insbesondere auf das Studium in Schweden, Italien und England. Dieser Teil weist auf eine Angleichung immer stärker reduzierter Systeme der Studentenförderung hin, die auf den ärmsten Teil der Studentenschaft abzielen. Schließlich befasst sich das letzte Kapitel mit einer Vision junger Menschen im Jahr 2020, diskutiert die Auswirkungen der neusten politischen Reformen und bietet eine Übersicht möglicher Szenarien, die diesen Trend umkehren könnten.

1. Die Ausweitung der Hochschulbildung in Europa

Trotz der bemerkenswerten Unterschiede im Hinblick auf den Zeitpunkt der Ausweitung in Europa, wird der Zugang zur Hochschulbildung nach dem Zweiten Weltkrieg als echter europäischer Trend betrachtet (EQUNET 2010), der mit Veränderungen der politischen Auseinandersetzung einherging: Obwohl die höhere Bildung ein immanent elitärer Teil der europäischen Bildung war, begann sie von den Entwicklungen egalitärer Werte beeinflusst zu werden (Trow 2005). Die höhere Bildung in Europa kann heute als „massenhafte höhere Bildung“ bezeichnet werden; auch wenn Studenten, die sich für ein Hochschulstudium entscheiden, nicht immer einen Abschluss erreichen, geht ein Großteil der jungen Menschen diesen ubergangsweg. Die Ausweitung der Hochschulbildung spiegelt nicht nur eine Verschiebung innerhalb der Bildungspolitik wider, sondern ist auch Ausdruck veränderter Wünsche und Vorstellungen in den

europäischen Gesellschaften. Ein zentrales Ziel der Hochschulbildung waren in der Tat verbesserte Chancen für Arbeiterkinder und die Förderung einer flächendeckenden Partizipation, eine Idee, die besonders in Großbritannien entwickelt wurde (Spohrer 2011). Gemäß der Terminologie, die von Wissenschaftlern der Hochschulbildung angewendet wird, bezieht sich in diesem Artikel „Hochschulbildung“ auf „höhere Bildung an Universitäten“, im Gegensatz zur beruflichen Weiterbildung (vgl. Powell und Solga 2010). Der konkrete Gebrauch dieser Terminologie spiegelt auch die Tatsache wider, dass, wie nachstehend hervorgehoben wird, die Prozesse der Europäisierung der Hochschulbildung Netzwerke von Universitäten involvieren, als Anbieter der (universitären) höheren Bildung.

Die erste europäische Welle des Zugangs begann Ende der 1980er Jahre: Im Zeitraum 1987-88 bis 1996-97 gab es einen Anstieg von mindestens 50 % junger Menschen im Alter von 20-29 Jahren in den untersuchten Staaten (Eurydice 1998, 139). Allerdings ist die massenhafte Ausweitung der Hochschulbildung, bestehend aus einer mehr als 50 %igen Teilnahme der jungen Kohorten, neueren Datums und trat in den 2000er Jahren auf. Im Durchschnitt erreichte der Anteil in vielen Staaten der EU die Marke von 50 % der Generation der 20-29-Jährigen (EQUNET 2010): von den Spitzenwerten von rund 65-70 %, die in osteuropäischen Staaten und im Baltikum erreicht wurden (Lettland, Polen und Slowakei), über 60 % in den nordischen Staaten (Finnland und Schweden) bis zu den niedrigsten Raten in Kontinentaleuropa (Österreich, Belgien und Deutschland), in denen der Anteil rund 40 % betrug.

Die Rolle der europäischen Politikgestaltung für die Förderung einer größeren Teilnahme an der Hochschulbildung war elementar. Seit Ende der 1990er/Anfang der 2000er Jahre haben europäische Institutionen verstärkt auf den zweigleisigen Ansatz der Ausweitung des Zugangs zur Hochschulbildung verwiesen, wie z. B. in den Zielen der Lissabon-Strategie, die „Gleichheit“ zu verbessern (als Ersatz des gleichberechtigten Zugangs zur Hochschulbildung) und um eine wissensbasierte Wirtschaft zu schaffen. Der Bologna-Prozess (2003), kreierte um einheitliche Systeme der Hochschulbildung in Europa zu schaffen, hat verdeutlicht, dass „Die Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, mit dem Ziel abgeglichen werden muss, die sozialen Merkmale des Europäischen Hochschulraums zu verbessern, der darauf abzielt, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und soziale und geschlechtsbezogene Ungleichheiten auf nationaler und europäischer Ebene zu reduzieren“. Dieses Prinzip wurde im Londoner Kommuniqué bestätigt (2007): „Die Studentenschaft, die sich auf allen Ebenen an der Universität einschreibt, studiert und Abschlüsse erzielt, sollte die Vielfalt der Bevölkerung widerspiegeln.“ Die Bildungs- und Ausbildungsstrategie 2020 (ET: Education and Training 2020), ein Rahmen für die europäische Kooperation in Bildung und Ausbildung, im Mai 2009 vom Europäischen Rat angenommen, nennt als sich abzeichnende Ziele: „die Förderung von Gleichheit, sozialem Zusammenhalt und aktiver Bürgerschaft“. Das Treffen des Europäischen Rates für Bildung, Jugend und Kultur im Hinblick auf die Hochschulbildung im Mai 2010 unterstrich ebenfalls die Notwendigkeit, „einen ausgeweiteten Zugang zu fördern“, indem man Studenten finanziell unterstützt (vgl. EQUNET 2010).

In der Zwischenzeit wurden Prozesse zur Integration der Hochschulpolitik eingeführt, die 2010 in die Gründung des Europäischen Hochschulraums (EHEA) mündete. Es sei hervorgehoben, dass der EHEA spezifisch auf die Förderung der universitären

höheren Bildung ausgerichtet ist, wenn man die Unterschiede innerhalb der „Weiter-“ Bildungssysteme bedenkt, die bereits erwähnt wurden. Der EHEA entspringt tatsächlich dem Bologna-Prozess, bei dem es sich um ein Kooperationsnetzwerk von Universitäten handelt. Wie von Powell und Solga (2010) vertreten, hat dieses Modell Systeme einer allgemeinen höheren Bildung privilegiert und Systeme der beruflichen Weiterbildung in Frage gestellt.

Außerdem weist die soziale Dimension des EHEA eine dreiseitige Begründung auf, die zwei Ziele miteinander vermischt. Zum einen hat die Stärkung der Chancengleichheit das Potenzial, allen Personen „die gleiche Chance zu geben, die höhere Bildung für die persönliche Entwicklung zu nutzen“, da „die starke soziale Dimension eine notwendige Voraussetzung für alle Studenten ist, um erfolgreich ein Studium zu beginnen, durchzuführen und abzuschließen“ (Bologna-Prozess 2007, S. 12). Zum anderen ermöglicht sie, „die soziale, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung unserer Gesellschaften“ zu stärken, i. e. in der Annahme, dass „Ungleichheiten in den Bildungs- und Ausbildungssystemen das Risiko von Arbeitslosigkeit, sozialer Ausgrenzung und letztendlich höheren Kosten für die Gesellschaft erhöhen“ (S. 12). Der letzte Punkt betont daher die sozialen Kosten einer mangelnden Ausweitung der höheren Bildung. Es gibt auch einen konkreten Verweis auf die Wettbewerbsfähigkeit; die dritte Begründung lautet: „eine starke soziale Dimension stärkt die Qualität und Attraktivität der europäischen Hochschulbildung“ für andere Staaten und Kontinente (S. 12).

Andererseits hat dieses doppelseitige Argument funktioniert. Wie vom Eurostudent-Projekt (2008) betont, ist die Studentenschaft in Europa in ihrer sozialen Zusammensetzung heterogener geworden. Mehr Studenten aus den unteren sozioökonomischen Schichten gehen seit der Ausweitung zur Universität, obwohl sie proportional unterrepräsentiert sind (Furlong und Cartmel 2009). Die Hochschulbildung führt jedoch nicht notwendigerweise zu einem entsprechenden Job, so neuste Studien, und die Erwartungen, ein Universitätsstudium führe zu einem hochqualifizierten Arbeitsplatz, bleiben immer häufiger unerfüllt. So zeigt z. B. die Studie von Bell und Blanchflower (2010) die Beschäftigung von jungen Menschen mit Universitätsabschluss in Europa. Auch der Artikel von Green und Yu Zhu (2008) legt Beweise für Überqualifizierung, Unzufriedenheit im Job und abnehmende Einkünfte bei einem Universitätsabschluss vor.

Die soziale Dimension an unseren europäischen Universitäten schließt nicht nur die Frage auf Zugang zur Universität ein (was Schwerpunkt der europäischen Politik ist), sondern auch die Qualität der universitären Erfahrung. Es gibt Belege in der Fachliteratur, die darauf hinweisen, dass das Hochschulstudium an sich immer stärker zu einer Herausforderung für junge Menschen wird. Studien in Schweden (Christensson et al. 2010) haben die Frage untersucht, wie wohl sich junge Menschen an der Universität fühlen, und sie argumentieren, dass „es Anzeichen für eine hohe Prävalenz von psychologischem Stress bei Universitätsstudenten gibt“ (S. 1), als Übergangsfolgen, die die Zeit des Hochschulstudiums prägen. Auch eine Studie von El Ansari et al. (2011) in sieben britischen Einrichtungen kommt zu dem Schluss, dass die Zahl der gesundheitlichen Beschwerden und psychologischen Probleme relativ hoch ist, und fordert die Universitätsverwaltungen auf, die Förderung des Wohlbefindens von Studenten zu einem integralen Teil ihrer Tätigkeit zu machen. Das

Wohlbefinden von Studenten hängt nicht allein von individuellen Eigenschaften ab und stellt einen inhärenten Teil der sozialen Dimension der Hochschulbildung dar, wie an der steigenden Nutzung von psychologischen Diensten zu erkennen ist, die an europäischen Universitäten angeboten werden. Wie von kritischen sozialpolitischen Theoretikern hervorgehoben, wird das Wohlbefinden von Studenten von der Politik und den Richtlinien der Hochschulbildung, der Art der Studentenförderung und von dem Versuch beeinflusst, individuelle Studienerfahrungen zu entwickeln (vgl. Baker et al. 2006). Zusammenfassend kann man feststellen, dass nationale und europäische Institutionen nicht mehr länger ihre Funktion darauf beschränken können, „immer mehr junge Menschen an die Universitäten zu bringen“. Neben den Einschreibungszahlen könnte die Qualität des Universitätsstudiums von dem Vorhandensein diffuser Probleme des psychischen Wohlbefindens beeinflusst werden, was ein weiterer Bereich von Interesse für die Hochschulpolitik ist.

Das doppelte Argument, in Hochschulbildung zu investieren, um Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und die soziale Integration und Gleichstellung zu gewährleisten, hat die soziale Dimension der Hochschulbildung, insbesondere die Rolle der Studentenförderung, indem sie die Ungleichheiten des Universitätsstudiums begrenzt hat, aber auch das Herbeiführen einer positiven Universitätserfahrung vernachlässigt.

2. Vergleich der unterschiedlichen Systeme der Studentenförderung in Europa

Die Systeme der Studentenförderung sind die natürlichen Begleiter von Universitätsstudenten; sie haben unmittelbare Folgen für die Qualität und die Ungleichheiten des Studiums. Die Erfahrung junger Menschen an den Universitäten wird wesentlich von der Möglichkeit zur Finanzierung ihres Studiums beeinflusst, i. e. ihre Unterhaltskosten zu decken, und von den Quellen, die zu diesem Zweck eingesetzt werden.

Mehrere Studien, insbesondere in Großbritannien, haben gezeigt, dass die Finanzierung eines Hochschulstudiums durch eine Tätigkeit auf dem Arbeitsmarkt die universitäre Erfahrung sehr ungleich macht (Metcalf 2003). Jene, die arbeiten gehen, um ihr Studium zu finanzieren, haben weniger Zeit und Energie, an akademischen und Curriculum-unabhängigen Aktivitäten teilzunehmen. Darüber hinaus stammen jene Studenten, die arbeiten gehen, auch eher aus unteren sozioökonomischen Schichten (Metcalf 2003; Purcell et al. 2009) und dies verstärkt die bestehende Ungleichheit, die bereits vor Antritt des Studiums vorlag. Dies bedeutet auch, dass junge Menschen aus eher benachteiligten Schichten es im Studium schwerer haben werden, was paradoxerweise dem Ziel der Universitäten widerspricht, alle im Rahmen von erweiterten Partizipationsprogrammen einzubinden.

Die erste Quelle für Ungleichheit im Universitätsstudium ist mit den Mitteln verbunden, die junge Menschen von ihrer Familie erhalten, was *per definitionem* von ihrem sozialen Hintergrund abhängt. Eine Fortsetzung des Universitätsstudiums bedeutet eine Fortführung des Abhängigkeitsverhältnisses junger Menschen von der Familie. Catan, unter Verweis auf den mit einer Hochschulbildung verbundenen verlängerten

Übergang, fragt provokant, wer „den fortlaufenden Bedarf an Material, Finanzmitteln und institutioneller Unterstützung in diesen verlängerten Abhängigkeitsperioden tragen soll“ (2004: 3). Laut Eurostudent-Daten (2008) trägt häufig die Familie diese steigenden Kosten eines Universitätsstudiums, was den paradoxen Effekt hat, die Unabhängigkeit und das Erwachsenwerden hinauszuzögern und Ungleichheiten zu verstärken. Außerdem können die Familien diese Kosten nicht tragen und aus diesem Grund beschränkt diese Unfähigkeit, zusätzliche Einkommensquellen zu erschließen, die Universitätserfahrung und die Möglichkeit, ein Studium zu beginnen.

Das staatliche System der Studentenförderung wurde mit dem Ziel eingeführt, allen Studenten einen gleichberechtigten Zugang zu ermöglichen. Der Europäische Hochschulraum (EHEA) verweist auf die soziale Dimension. Allerdings haben die Arbeitsgruppen des EHEA, aufgrund der bestehenden Vielfalt der 45 Staaten, die dem EHEA beigetreten sind, keine konkrete Einigung erzielt, wie man die soziale Dimension definieren soll. Während die Prozesse zur Europäisierung in den Hochschulen durchgeführt werden, wird die „soziale Dimension“ der Hochschulbildung nach wie vor auf nationaler Ebene verwaltet. Dies wird auch in einem offiziellen Dokument des EHEA unterstrichen:

„In vielen Staaten wird den Studenten und ihren Familien Unterstützung gewährt, um die finanziellen Hürden der Hochschulbildung zu mildern. Staatliche Förderhilfen, die den Studenten unmittelbare monetäre Zuschüsse gewähren, variieren in den Bologna-Staaten. [...]. Innerhalb des Bologna-Raums lag 2005 der Anteil der staatlichen Ausgaben für die tertiäre Bildung, der auf beide Formen der Förderung entfällt (Stipendien und Darlehen) zwischen weniger als 5 % bis zu mehr als 20 %“ (Eurostat 2009: 13).

Insbesondere können wir mehrere Modelle der Studentenförderung erkennen, die zu Gruppen von Staaten mit den gleichen Merkmalen führen. Diese „Modelle“ stellen ideale Formen der Studentenförderung dar und folgen der Tradition der sozialpolitischen Forschung. So hat z. B. Esping-Andersen (1990) bekanntermaßen verschiedene Sozialsystemmodelle identifiziert: sozialdemokratisch, kontinental und liberal, die unterschiedliche Merkmale aufweisen und die auf einer unterschiedlichen Sozialpolitik basieren. In der gleichen Tradition hat Walther (2006) unterschiedliche Modelle von Jugendpolitik in Europa identifiziert, u. a. soziale Integrations-, Beschäftigungs- und Bildungspolitik.

Auf ähnliche Weise haben Willemse und Beer (2012) vor Kurzem diese Modelle in der Hochschulpolitik getestet. Sie untersuchten Dekommodifizierung und soziale Verteilung in den Universitätsrichtlinien und stellten Diskrepanzen zu der traditionellen Aufteilung nach Esping-Andersen (1990) fest. Trotz dieser Unterschiede kann das Identifizieren von Modellen als analytische Basis zur Untersuchung der vergleichenden Unterschiede der Studentenförderung in Europa dienen. Die Prozesse zur Harmonisierung und Europäisierung der Hochschulbildung haben keine Auswirkung auf die unterschiedlichen Modelle der Studentenförderung, die die unterschiedlichen „Kulturen“ der Studentenförderung in der Hochschulbildung in Europa reflektieren. Diese Modelle unterstreichen, dass junge Menschen an den Universitäten in Europa unterschiedliche Erfahrungen machen und dass die Studentenförderung in der Tat dazu beiträgt, ihr Leben während des Studiums zu formen.

Man kann sich kritisch mit den Modellen befassen, indem man sich mehrere Aspekte der sozialen Dimension in der Hochschulbildung anschaut:

- ▶ Die Höhe der Gebühren: Diese Dimension variiert in Europa erheblich. In einigen Staaten stellen die Gebühren den größten Ausgabeposten für junge Menschen dar, die ein Studium beginnen wollen (liberale Staaten). Dies ist jedoch z. B. in den nordischen Staaten kein Problem, in denen einheimische Studenten keine Studiengebühren zahlen.
- ▶ Die Instrumente (oder Tools) der Politik: Höhere Bildungskosten (Gebühren) und Lebenshaltungskosten (Unterkunft, Bücher, usw.) werden häufig von der Studentenförderung gedeckt, insbesondere mit Darlehen oder Stipendien. Stipendien sind das vorrangige Mittel, das bei der Studentenförderung eingesetzt wird. Einige Staaten haben bereits in den frühen Phasen des Aufbaus der Fördersysteme Darlehen eingeführt (z. B. Schweden), während andere diese zu einem späteren Zeitpunkt eingeführt haben (z. B. wurden sie in Großbritannien 2004 eingeführt). Der Einsatz von Stipendien und Darlehen hat sich unterschiedlich auf die Erfahrung der jungen Menschen ausgewirkt. Während Stipendien eine Unterstützung darstellen, die nicht zurückgezahlt werden muss, wirken sich Darlehen langfristig aus und beeinflussen das Einkommen junger Menschen nach Abschluss des Studiums, da diese Unterstützung zurückgezahlt werden muss. Darlehen stellen im Wesentlichen eine „Wette“ auf die Zukunft junger Menschen dar, in dem Sinne, dass Darlehen auf Berechnungen über das zukünftige Einkommen von Hochschulabsolventen basieren. Obwohl die Möglichkeit, dass sie zurückgezahlt werden, in einer Zeit mit hoher Arbeitslosigkeit unter Akademikern gegenwärtig geringer ist, wurden in Europa immer mehr Darlehen zur Unterstützung von Studenten vergeben. Auf gewisse Weise sind Darlehen eine Möglichkeit, strikte Vorgaben bei der Auswahl der studentischen Leistungsempfänger zu umgehen. Selbst die großzügigsten Sozialstaaten der nordischen Länder waren nicht in der Lage, einheitliche Fördersysteme auf der Grundlage nicht rückzahlbarer Stipendien zu schaffen. Im Gegenteil, Darlehen mit günstigen Zinsen wurden vollständigen Studentenschaften angeboten, um den Umfang der Fördersysteme für Studenten zu vergrößern. Die Wirkung von Darlehen ist zweischneidig, da sie die Einheitlichkeit des Systems der Studentenförderung sicherstellen, aber sie können in einer Zeit, in dem die Arbeitslosigkeit von Akademikern besonders hoch ist, auch riskant sein. Darüber hinaus kann der Rückgriff auf Darlehen Studenten aus niedrigeren sozioökonomischen Schichten abschrecken und aus diesem Grund eine Hürde für ein Studium darstellen.
- ▶ Der Grad der Einheitlichkeit und Einkommensnachweise: Obwohl dies als ein sehr technischer Aspekt gesehen werden kann, hat es direkte Auswirkungen auf das tägliche Leben junger Menschen. Dies ist eine Dimension des Vergleichs, die uns sagt, ob die Systeme der Studentenförderung Stipendien oder Darlehen an alle jungen Menschen als Studenten geben (einheitliches System) oder nur an junge Leute auf der Grundlage ihrer familiären Umstände oder ihrer Einkünfte aus einer Beschäftigung (bedarfsorientiert), im Fall von selbständigen und erwachsenen Studenten. Dahingehend gibt es in Europa keine einheitliche Meinung. Einige Systeme behandeln junge Menschen als vollkommen selbständige Personen, losgelöst von ihrer Familie (typisch für

nordische Staaten), während andere Modelle die Zuwendung auf Grundlage des Familieneinkommens berechnen, mit der Annahme, dass die Familien immer noch die jungen Menschen während ihres Studiums unterstützen (Eurydice 1998: 115).

- ▶ Der Umfang der Studentenförderung (Angebot): Diese Dimension betrachtet, wie großzügig diese Studentenförderungen sind bei der Unterstützung junger Menschen in der Hochschulbildung. Während einige Systeme alle Bildungs- und Lebenshaltungskosten decken, tragen andere nur „ergänzenden“ Charakter. Wer soll diese steigenden Kosten übernehmen? Zwei wichtige Formen werden von jungen Menschen im Studium eingesetzt: familiäre Quellen, sowohl in Form von Bargeld als auch durch das Vermeiden von Kosten für eine Unterkunft (z. B. zu Hause bei den Eltern zu wohnen) und die Quellen aus eigenständiger Arbeit. Eine steigende Zahl von Studenten nimmt während des Studiums eine Arbeit an, um ihre Lebenshaltungskosten zu decken und arbeitet häufig in nichtakademischen Berufen. Beiträge aus dem Arbeitsmarkt, von den Eltern und vom Staat variieren in den europäischen Staaten. Die Eurostudent-Studie (2008) zeigt die Unterschiede in der Rolle des Arbeitsmarktes und der Familie beim Studenteneinkommen: In osteuropäischen Staaten, wie z. B. Slowakei und Tschechische Republik, sind die Einkünfte durch Arbeit unverzichtbar (92 % bzw. 72 % des Studenteneinkommens); Staaten, in denen der Beitrag der Familie wichtiger ist, sind südeuropäische Staaten (Portugal und Griechenland: 72 % bzw. 69 % familiärer Anteil am Gesamteinkommen der Studenten) und Kontinentalstaaten, wie z. B. Deutschland (58 %) und Belgien (56 %).

Alle diese Dimensionen ermöglichen uns, vier unterschiedliche Systeme der Förderung zu identifizieren, die sich mit der Sozialsystemeinteilung von Esping-Andersen (1990) teilweise überschneiden:

- ▶ Nordische Staaten (Finnland, Schweden, Dänemark und Norwegen): In diesen Ländern ist der Staat besonders großzügig bei der Unterstützung junger Studenten und sie bieten eine Kombination aus Stipendien und Darlehen an, die nahezu alle Studenten einschließen. Wie von Schwarz und Rehburg hervorgehoben, haben die meisten Studenten in diesen Ländern eigene Unterkünfte und „sie werden als erwachsene Menschen betrachtet, die ihren eigenen Weg gehen, mit finanzieller Unterstützung durch die Allgemeinheit“ und auch als „eigenverantwortliche Investoren“ (2004: 531).
- ▶ Kontinentalstaaten (Frankreich, Belgien, Deutschland und Österreich): Der Staat hat in diesen Staaten die wichtige Funktion, Studentenförderung bereitzustellen, aber mit einer spezifischen Logik: „die Eltern sind für die Ausbildung ihrer Kinder verantwortlich, und der Staat greift nur ein, wenn die Eltern nicht oder nur unzureichend in der Lage sind zu zahlen“ (Schwarz und Rehburg, 2004: 531). In diesem System werden junge Studenten als junge Lernende betrachtet. Die Rolle der Eltern ist besonders wichtig bei der Bereitstellung von Unterkunft oder Deckung der Unterkunfts-kosten, während die Gebühren in diesen Ländern niedrig sind.
- ▶ Südosteuropäische Staaten (Italien, Spanien, Portugal und Griechenland): Der Staat bietet rudimentäre Formen von Unterstützung und nur den Studenten, die diese am dringendsten benötigen. Die Hauptaufgabe der Studentenförderung liegt bei den Familien der Studenten. Aus diesem Grund werden junge

Studenten hier noch immer als „Kinder betrachtet, die Unterschlupf bei ihren Familien finden“ (Schwarz und Rehburg, 2004: 531). Die Gebühren sind gering oder nicht-existent.

- ▶ Liberale Staaten (Großbritannien): In diesen Staaten sind die Gebühren besonders hoch, und die Studenten werden als „Investoren in ihre eigene Zukunft betrachtet“ (Schwarz und Rehburg 2004: 531). Viele Studenten beziehen staatliche Unterstützung, die bedarfsorientiert und abhängig vom Einkommen der Familie ist. Außerdem nehmen die Studenten häufig während des Studiums eine Arbeit an (Tabelle 1).

Tabelle 1: Merkmale der verschiedenen Modelle der Studentenförderung in europäischen Staaten

	Skandinavien	Südeuropa	Kontinental-europa	Liberal
Gebühren	Keine Gebühren	Mittel	Mittel	Hoch
Stipendien	Universell	Sehr rudimentär	Mittel	Nur Studenten unterhalb einer bestimmten Grenze
Darlehen	Universell	Nicht verbreitet	Nicht verbreitet	Bedarfsorientiert
Gehen einer Arbeit nach	Von mittel (Schweden) bis hoch (Finnland)	Niedrig-mittel	Niedrig	Mittel/hoch
Familiäre Unterstützung	Niedrig	Hoch	Hoch	Mittel

Tabelle 1 fasst einige der qualitativen Unterschiede der Studentenförderung zusammen; diese Systeme entspringen der Geschichte des Sozialstaates und den Kulturen der Studentenförderung in Europa. Aus diesem Grund implizieren Kenntnisse, wie junge Menschen in Zukunft leben werden, auch Kenntnisse, wie diese lange bestehenden Systeme sich entwickeln. Wird die aktuelle Krise diese Systeme vereinheitlichen? Wie wirken sich Prozesse der Europäisierung, die in der Hochschulbildung stattfinden, auf diese Systeme aus?

3. Ein Blick auf die Zukunft: Auswirkungen aktueller politischer Veränderungen

Mehrere Kommentatoren haben kürzlich die Auswirkungen der aktuellen Trends des Rückzugs des Sozialstaats und des Einsatzes von Sparmaßnahmen diskutiert, die die europäischen Sozialstaaten beeinflussen (Taylor-Gooby 2012). Einige dieser

Wissenschaftler haben eine „neoliberale Revolution“ vorhergesagt (Hall 2011), die in Europa stattfinden wird. Während sich die Analysen der Auswirkungen staatlicher Kürzungen unterscheiden können, scheint in der wissenschaftlichen Debatte Einstimmigkeit bezüglich eines europäischen Trends der staatlichen Kürzungen nach der Wirtschaftskrise zu herrschen, die sich auf den europäischen Sozialstaat auswirkt und insbesondere auf Südeuropa (Spanien, Italien und Griechenland) und die angelsächsischen Sozialstaatsmodelle (Großbritannien) (King et al., 2012).

Hochschulpolitik und die Systeme der Studentenförderung sind integraler Bestandteil des Sozialstaates (Willemse und Beer, 2012). Der Spartrend könnte zu einer steigenden Angleichung hin zu einem europäischen Modell führen, das von einer größeren Rolle des Marktes geprägt ist, i. e. hin zu einem liberalen Modell. Neben diesen allgemeinen Trends weist die Hochschulbildung spezifische Merkmale auf. Die Studentenförderung bezeichnet Hacker (2004) als einen Fall, bei dem das Risiko privatisiert wird, ohne den Sozialstaat zu privatisieren, insbesondere aufgrund der Tatsache, dass die europäische Sozialpolitik einen „unvollständigen Risikoschutz in einem Bereich mit einem dramatischen sozialen Wandel bietet“, in diesem Fall die dramatische Ausweitung der Hochschulbildung bei jungen Menschen. Hackers (2004) Beitrag betont, wie die Prozesse des Rückzugs des Sozialstaates zu bewerten sind, indem man sich den äußeren Druck auf das Sozialsystem anschaut. In diesem Fall wird der äußere Druck repräsentiert von der Nachhaltigkeit des Systems im Kontext einer massenhaft ausgeweiteten höheren Bildung. Mehrere Veränderungen haben die Systeme der Studentenförderung beeinflusst; insbesondere die Tatsache, dass Hochschulsysteme sich nicht dramatisch verändert oder an den Massenzugang in den 2000er Jahren angepasst haben, hat diese Systeme bereits unfähig gemacht, auf den steigenden Bedarf junger Menschen nach höherer Bildung zu reagieren. Dieses Problem hat insbesondere die Modelle der Studentenförderung beeinflusst, die, wie wir bereits gesehen haben, nicht universell sind, sondern nur für die ärmsten Studenten gelten. In diesen Fällen wurde es immer schwieriger, die Bedingungen für einen Anspruch zu erfüllen, und das Fördersystem selbst wurde immer rudimentärer.

Neben diesen mittelfristigen Änderungen wurden die Systeme der Studentenförderung durch die letzten Reformen unter Druck gesetzt, die nach der Wirtschaftskrise durchgeführt wurden. Im Rahmen dieses Artikels werde ich kurz einige politische Veränderungen zusammenfassen, die sich auf drei Staaten ausgewirkt haben, die zu drei verschiedenen Modellen der Studentenförderung gehören, um aufzuzeigen, wie diese Änderungen sich auf die verschiedenen Systeme ausgewirkt haben: Schweden, England und Italien.

Schweden hat keine großen Reformen im Hinblick auf die Systeme der Studentenförderung schwedischer Studenten durchgeführt. Allerdings wurde das generell gebührenfreie System (sowohl für schwedische als auch EU-Staatsbürger, aber auch internationale Studenten) durch das staatliche Gesetz „Wettbewerb auf Grundlage von Qualität – Studiengebühren für ausländische Studenten“ in Frage gestellt. Gemäß diesem Gesetz, das 2009 verabschiedet wurde, bleibt die Hochschulbildung für schwedische Bürger und Bürger der EU-/EWR-Staaten oder der Schweiz gebührenfrei, aber Studenten aus Drittstaaten zahlen ab Herbstsemester 2011 Studiengebühren. Obwohl diese Reform sich nicht auf das System der Studentenförderung auswirkt, das *per definitionem* schwedischen Bürgern gewidmet ist, signalisiert es einen Wandel der

Grundprinzipien der Hochschulbildung. Die konkrete Änderung in Richtung Qualität ist, dass die Einführung von Studiengebühren für Studenten aus Drittstaaten Teil eines neuen Fördersystems der Hochschulbildung würde: Der Hochschulminister Tobian Krantz schlug das neue Qualitätssystem vor und verabschiedete dieses, dessen Einführung Studiengebühren von Studenten aus Drittstaaten in Höhe von 500-600 Millionen (€55-66 Mio.) für die ranghöchsten Universitäten erbringen würde. Diese Reform signalisiert eine Verschiebung des Schwerpunkts hin zur Wettbewerbsfähigkeit. Dieser Entscheidung folgten Proteste der Hochschulen, die in der Entscheidung des Universitätskanzlers Anders Flodstrom gipfelte, in einem offenen Schreiben von seinem Sitz in der nationalen Agentur zurückzutreten. Der Konflikt wird geschürt von der Messung der Qualität der Hochschulbildung (anhand studentenunabhängiger Arbeit, ohne Berücksichtigung „der Inhalte und der Prüfung der Ausbildung“) und einer Verschiebung der Leistungsindikatoren. Die Verschiebung hin zu liberalen Grundsätzen des Wettbewerbs und der Leistung ist sicherlich ein Zeichen für die Veränderungen im sozialdemokratischen schwedischen System, auch wenn der Umfang der Stipendien und Darlehen stabil und das schwedische System im Vergleich immer noch eines der großzügigsten für junge Menschen in Europa ist.

Die meisten unmittelbaren Veränderungen im Fördersystem für Studenten gab es in England und Italien. In England wurde das Darlehenssystem in den 1990er Jahren eingeführt, und seit 2004 können Studenten Darlehen in Anspruch nehmen, nicht nur zur Deckung ihrer Lebenshaltungskosten, sondern auch zur Deckung der Studiengebühren. Aus diesem Grund nehmen in England die Studenten sowohl Unterhaltsdarlehen (wenn sie keinen Anspruch auf ein Stipendium haben) und Darlehen für die Studiengebühren auf. Die neusten Änderungen, die nach Beginn der Krise eingeführt wurden, betrafen den Umfang der „Großzügigkeit“ des Systems und der Studentenförderung. Das System der Stipendien, das allen in Schweden garantiert wird, ist in England nur rudimentär vorhanden; ein Stipendium von bis zu £2 800 bei einem Einkommen unter £25 000. Das ursprüngliche Ziel der letzten Reformen war, das System „progressiver“ zu machen. Das Endergebnis ist, dass das System rudimentärer geworden ist: Für Studenten, deren Eltern bis zu £25 000 verdienen, gibt es eine geringe Erhöhung des Unterhaltsstipendiums um £27 pro Monat (BIS 2010). Familien mit einem Einkommen von bis zu £42 000 haben nun Anspruch auf ein Teilstipendium. Die Grenze wurde also abgesenkt (vormals lag sie bei £50 020 pro Jahr) und das System wird immer rudimentärer. Die größte Veränderung, die in England von der Koalitionsregierung eingeführt wurde, betrifft jedoch den dramatischen Anstieg der maximalen Studiengebühren (von £3 290 auf £9 000). Diese Änderung riskiert eine Anhebung der Verschuldung der jungen Studenten in einem System, das sich bereits auf verstreute Darlehensformen verlässt, um Studiengebühren und Lebenshaltungskosten der Studenten zu decken.

In Italien wurde die Studentenförderung nach Beginn der Wirtschaftskrise bei zwei Gelegenheiten reformiert. Die erste Reform wurde unter Berlusconi im Jahr 2010 mit der „Gelmini-Reform“ (Gesetz 240/2010) durchgeführt, die einen „Leistungsfonds“ (Artikel 4) schuf, um im Rahmen eines nationalen Tests „die leistungsstärksten Studenten zu belohnen“. Dieser „Leistungsfonds“ wird von privaten Sponsoren finanziert, bezieht aber auch staatliche Gelder, die zuvor für die am stärksten benachteiligten Studenten eingesetzt wurden (die auf dem „Recht auf ein Studium“ basierende

Finanzierung, in Italienisch: *Diritto allo studio*). Wie von mehreren Wissenschaftlern hervorgehoben, ist die bestehende Form der Studentenförderung für die am stärksten benachteiligten Studenten nach der massenhaften Ausweitung der italienischen Hochschulbildung immer rudimentärer geworden (Prato 2006). Nicht nur der Eintritt in dieses System ist besonders schwierig, sondern viele Studenten, die Anspruch hätten, erhalten keine Stipendien und Zuschüsse aufgrund fehlender Mittel auf regionaler Ebene, was das Phänomen „anspruchsberechtigter Studenten schafft, die aufgrund fehlender Mittel keine Leistungen beziehen“ (in Italienisch: *studenti ideonei non beneficiari*). Die Reform im Rahmen der Gelmini-Reform stellt daher eine Änderung des Umfangs und der Ziele der Studentenförderung dar, indem sie die knappen Mittel, die den am stärksten benachteiligten Studenten zur Verfügung stehen, auf die Studenten überträgt, die hohe Leistungen erzielen (Antonucci 2011).

Die neusten Reformen haben sich indirekt auf die Studentenförderung ausgewirkt. Die größten Änderungen gab es bei der Ausgabenprüfung durch die Monti-Regierung 2012, wodurch die öffentlichen Ausgaben auch in der Hochschulbildung beschränkt wurden. Diese Änderungen haben die Gebühren für eine spezifische Kategorie von Studenten erhöht, die ihren Abschluss nicht in der dafür vorgesehenen Zeit machen (*fuori corso*). Diese Studenten, die häufig arbeiten gehen (In Italien werden Teilzeitaabschlüsse nur von einer Minderheit der Einrichtungen angeboten.), erleben eine Erhöhung ihrer Studiengebühren, die dann zur Finanzierung eines allgemeinen Systems der Studentenförderung verwendet werden (Laudisia 2012). Während die Studentenförderung mit immer mehr Bedingungen verknüpft wird, sind die Regionen mit fehlenden Mitteln des Staates konfrontiert, was sich in einer Erhöhung der Steuern widerspiegelt, die alle Studenten zahlen, um die Studentenförderung zu finanzieren (Eurydice 2011).

Die oben beschriebenen Änderungen scheinen den neusten Erklärungen des EHEA über die soziale Dimension zu widersprechen, die wie folgt gefördert werden soll: Indem man die Hochschulen für alle zugänglich macht, aber auch indem man die Lebenshaltungskosten eines Studiums finanziert. Die letzten Arbeitsgruppen des EHEA erklären tatsächlich, dass „die [S]tudenten angemessene Studien- und Lebensbedingungen haben sollten, damit sie ihr Studium innerhalb einer angemessenen Zeitspanne ohne Hürden für ihren sozialen und wirtschaftlichen Hintergrund beenden können“ (Bildungsministerium 2007: 13). Darüber hinaus sollten mehr Mittel in die höhere Bildung fließen, um Beratungssysteme zu schaffen und einen größeren Zugang zu ermöglichen. Schließlich „sollten die [R]egierungen Maßnahmen ergreifen, um Studenten, besonders denen aus sozial benachteiligten Schichten, in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht mit dem Ziel eines ausgeweiteten Zugangs zu unterstützen“ (Bildungsministerium 2007: 13). Alle diese Aspekte scheinen momentan laut dem letzten Bericht des Eurydice-Netzwerks (2011) über die Modernisierung der Hochschulbildung, der Belege für die laufenden Kürzungen der staatlichen Mittel für die Studentenförderung präsentiert, übersehen zu werden.

Der offensichtlichste Widerspruch zwischen Erklärungen und der europäischen Politik ergibt sich aus der „sozialen Dimension der Studentenmobilität“, die unmittelbar auf europäischer Ebene verwaltet wird. In den Erklärungen der EHEA wird argumentiert, die „Mobilität sollte gefördert werden, indem man die Hürden für eine wirksame Wahrnehmung der Freizügigkeit überwindet“, mit besonderem Schwerpunkt auf

Studenten (aus der Bologna-Erklärung). Aufgrund fehlender Finanzierung hat die Kommission für Bildung und Ausbildung ein neues „Erasmus für alle“-Programm (2014-2020) vorgeschlagen, das zur Einführung einer „Erasmus-Darlehensgarantie“ für Master-Studenten im Rahmen von Erasmus rät (Europäische Kommission 2011). Die Instrumente in Krisenzeiten zu verändern, weg von Stipendien und hin zu Darlehen birgt das Risiko, die bereits hohe Verschuldung junger Menschen, die studieren, weiter zu erhöhen. Tatsächlich haben junge Menschen verstärkt Probleme, diese Darlehen zurückzuzahlen, aufgrund einer hohen Jugendarbeitslosigkeit und gesunkener Einkommen für Akademiker. Dieser Vorschlag wurde in der Tat von der Europäischen Studentunion mit dem Argument abgelehnt, Darlehen würden nicht die Kosten für die attraktivsten Orte für Studenten im Erasmus-Programm decken und würden Studenten aus sozioökonomisch schwachen Familien benachteiligen und deren Mobilität verhindern (ESU 2012).

4. Das Leben junger Studenten im Jahr 2020 und was wir machen können

Die Bedingungen für junge Studierende im Jahr 2020 werden hochgradig von den Folgen der letzten Reformen abhängen, die auf den vorausgegangenen Seiten beschrieben wurden. In einem Klima, das immer stärker von rudimentären Formen der Studentenförderung, gesunkenen staatlichen Zuschüssen, einem stärkeren Wettbewerb und der Finanzierung weniger herausragender Studenten geprägt ist, besteht die Gefahr, dass die Erfahrung einer Hochschulbildung immer unterschiedlicher wird. Die Aufnahme eines Studiums wird nicht nur schwieriger, sondern wird auch für junge Menschen unterschiedliche Auswirkungen haben, abhängig von ihrem sozioökonomischen Status und ihrer Fähigkeit, sich ein Studium leisten zu können und die mit diesem Studium verbundenen Kosten zu tragen. Mit anderen Worten, die Vielfalt der studentischen Erfahrung (Ainley 2008) vervielfältigt sich.

In den Staaten, die einen Anstieg der Studiengebühren erlebt haben, wie z. B. England, ist eine mögliche Konsequenz, die von Analysten befürchtet wird, eine unmittelbare Abnahme der Einschreibungsraten. Die Daten zeigen, dass, obwohl die Einschreibungsraten gesunken sind (von 1 % bis zu 8 %), diese Reduzierung nicht dramatisch war und gegen jede Intuition vorwiegend Studenten aus mittleren und unteren Schichten angezogen werden (UCAS 2012). Diese Studenten, wie in der obigen Beschreibung des liberalen Systems, werden wahrscheinlich weniger Stipendien von einem System erhalten, das sich zunehmend auf die Ärmsten konzentriert, und sie werden aus diesen Grund stärker als andere die Folgen der neusten Änderungen spüren, die sie zu höheren Darlehen zwingen (Guardian 2012a).

Es ist wichtig hervorzuheben, dass der massenhafte Studienabbruch in den Staaten, die eine Veränderung hin zu höheren Studiumskosten erlebt haben, nicht stattgefunden hat und wahrscheinlich 2020 auch nicht stattfinden wird. Wie von Welby (Guardian, 2012b) bestätigt, ist es nicht die Angst vor Schulden, die ärmere Studenten von einem Studium abhält; einige dieser Studenten sind bereits *a priori* vom Zugang zur Hochschulbildung ausgeschlossen. Darüber hinaus stellt die Partizipation an der Hochschulbildung einen großen kulturellen Wandel in Europa dar. Die

Hochschulbildung wird nun als grundlegender Schritt für das Erreichen einer bestimmten „Vermittelbarkeit“ betrachtet. Allen und Ainley (2010) beschreiben in *Lost generation?* den Beginn des Studiums als Wettkampf, nicht auf der Leiter abzusteigen: Der Arbeitsmarkt ist immer wettbewerbsorientierter, und der Zugang zur Universität stellt einen wesentlichen Schritt dar, um auf den europäischen Arbeitsmärkten konkurrieren zu können. Dies bedeutet nicht, dass Hochschulabsolventen in der Lage sein werden, eine Stelle als Akademiker zu finden, da sie der Gefahr der Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind; sicherlich verstärkt dieser Wettlauf die Diskrepanzen zwischen Universitätsabsolventen und jungen Menschen, die ein Studium abgebrochen haben. Noch wichtiger ist, dass diese politischen Veränderungen nicht ohne Folgen für die Erfahrung der Hochschulbildung an sich sein werden. Junge Menschen werden höhere Schulden haben, mehr Darlehen und sich verstärkt auf die Familie verlassen, um die Kosten eines Studiums zu tragen. Schulden beeinflussen das Leben junger Menschen nach Abschluss des Studiums und möglicherweise zukünftige berufliche Chancen. Junge Menschen werden wahrscheinlich während ihres Studiums vermehrt arbeiten gehen, um die steigenden Kosten zu decken; aufgrund des knappen Angebots an Stellen für Akademiker werden junge Menschen Gefahr laufen, in unterqualifizierten Jobs stecken zu bleiben.

Die Zukunft der Universität wird wahrscheinlich von den Bedingungen des Arbeitsmarktes beeinflusst: In Zeiten der Krise und hoher Jugendarbeitslosigkeit bleibt die Aufnahme eines Studiums hoch. Wir wissen nicht, ob 2020 Europa eine Wirtschaftskrise haben wird, aber wenn dies der Fall ist, werden die politischen Entscheidungsträger immer noch zu einem Studium aufrufen. Aus politischer Sicht kann ein Studium junger Menschen eine billigere Lösung darstellen, als eine Finanzierung mit Arbeitslosengeld. Darüber hinaus beschönigt der hohe Anteil an Studierenden die Jugendarbeitslosenzahlen, wie dies gegenwärtig der Fall ist.

Zu diesem Zeitpunkt wird der Leser denken, dass das Bild, das ich von jungen Menschen in der Hochschulbildung zeichne, hoffnungslos düster ist. Obwohl die Beurteilung der aktuellen politischen Veränderungen nicht ermutigend ist, kann man dennoch alternative Szenarien untersuchen. Zunächst kann man alle in vielen Staaten durchgeführten politischen Maßnahmen in den nächsten Jahren durch Gegenreformen zurücknehmen, die die Ausgaben für die Hochschulbildung erhöhen und Systeme der Studentenförderung entwickeln.

Darüber hinaus bietet der wachsende Anwendungsbereich der europäischen Politik einen wesentlichen Handlungsspielraum in diesem Bereich. Die Diskussion über die Studentenförderung wird verstärkt auf europäischer Ebene stattfinden, wie an der Institutionalisierung des EHEA zu erkennen. Dies muss nicht notwendigerweise positiv sein: Wie kürzlich von Garben (2012) belegt, wurden viele Reformen im Bereich höhere Bildung und in Richtung von Kürzungen staatlicher Zuschüsse über faktisches Recht in einer Umgebung mit demokratischen Defiziten umgesetzt, während soziale Aspekte in der europäischen Politik größtenteils vernachlässigt wurden. Die Grundlage für verstärkt partizipatorische Reformen in der Hochschulbildung, wie von Garben dargelegt, muss man im EU-Recht finden. Für 2020 sehe ich, vielleicht zu optimistisch, eine stärkere politische Partizipation an der europäischen Politikgestaltung im Bereich junger Menschen und Hochschulbildung und die

Schaffung europäischer Instrumente zur Verteidigung der sozialen Dimension der Hochschulbildung. Laut Garben (2012: 26):

„Obwohl ‚das Gewicht Europas‘ ausgebaut wird, um Reformen in eine wirtschaftliche Richtung zu lenken, sind es nicht Europa oder die Europäisierung *per se*, die Bildungsfragen eine neoliberale Sichtweise aufzwingen. Es ist durchaus möglich, ein starkes und vereintes Europa ohne Grenzen für die Bildungsmobilität und mit einer aktiven Rolle in der Bildungspolitik, auch aus nicht-wirtschaftlichen Gründen, anzustreben“.

Die höhere Bildung wird ein wesentlicher Teil der politischen Debatte und dies wird im Jahr 2020 noch stärker der Fall sein. Viele junge Universitätsstudenten haben sich europäischen Protesten gegen Sparmaßnahmen angeschlossen, insbesondere in Südeuropa (Guardian, 2012c). Dies bedeutet, dass die Aufstellung der Universitäten und die Studentengewerkschaften ebenfalls die Politik verwandeln, da sie neuen Raum für den politischen Austausch schaffen, und sie zu wichtigen Akteuren werden, die die politische Sozialisation junger Menschen formen. In gewissem Umfang ersetzen sie auch traditionelle Akteure der politischen Sozialisation, z. B. Gewerkschaften. Studentenproteste konzentrieren sich auf konkrete politische Maßnahmen und Richtlinien, die auf europäischer Ebene angenommen wurden, und sie wenden sich nicht *per se* gegen Europa und die EU-Institutionen; im Gegenteil, sie zeigen tendenziell Muster der Europäisierung und Formen transnationaler Zusammenarbeit, während ihre Auseinandersetzungen die europäische Vision der Hochschulbildung aufdecken. 2020 wird dieser Prozess der Integration weiter fortgeschritten sein und zu einer allgemeinen europäischen Auseinandersetzung in der Studentpolitik und der Gestaltung der Hochschulbildung führen. Politische Entscheidungsträger sind gefordert, diese neuen Akteure auf dem politischen Parkett zu integrieren, anstatt diese politischen Manifestationen externer Elemente zu ignorieren.

Schließlich befinden wir uns heute in einer Situation, in der sich die spezifische Rolle der Universität gewandelt hat: Von einem Ort für Eliten haben sich die Universitäten zu Massenstätten für junge Menschen verwandelt, die nach besseren Berufsperspektiven streben. Gleichzeitig hat die europäische Politik nahezu immer die Systeme der beruflichen Bildung vernachlässigt, die eine engere Verbindung zwischen Bildung und Arbeitsmarkt aufweist. Gleichzeitig wurden die Universitäten von Anbietern akademischen Wissens zu Optimierern der beruflichen Vermittelbarkeit, als seien sie Massensysteme für die berufliche Bildung. Wie ich zusammen mit Kollegen in einem anstehenden Artikel in *Queries for the Foundation of European Progressive Studies* (Antonucci et al. 2013) analysiert habe, besteht keine automatische Verbindung zwischen der Tatsache, mehr Menschen ein Studium absolvieren zu lassen, und dem Anstieg der Beschäftigung. Dies hängt tatsächlich auch von der Schaffung von Stellen für Akademiker im Rahmen der Beschäftigungspolitik und dem Vorhandensein von anbieterbezogenen politischen Maßnahmen ab. Obwohl eine Vorhersage, was 2020 geschehen wird, nicht möglich ist, bleibt zu hoffen, Universitäten in Orte zu entwickeln, die von der primären Funktion losgelöst sind, bessere Ergebnisse für den Arbeitsmarkt zu erzielen, und die sich auf ihre soziale Rolle konzentrieren werden, allen Menschen eine Chance zum Lernen zu garantieren. Dies schließt die Möglichkeit junger Leute ein, das zu studieren, was sie mögen und nicht das, was ihnen einen Job verschafft, damit sie ihre Darlehen bezahlen können, und dass sie ihre Studentenzzeit genießen, ohne Angst, dass sie ihr Studium und

ihre Lebenshaltungskosten nicht decken können. Obwohl dies ein riskantes Argument sein kann in Zeiten einer hohen Jugendarbeitslosigkeit, wird es von der positiven (und vielleicht naiven) Hoffnung angetrieben, dass die Studienerfahrung junger Menschen 2020 besser sein wird als jene junger Menschen im Jahr 2013.

Bibliografie

Ainley, P. (2008), The varieties of student experience – an open research question and some ways to answer it. *Studies in Higher Education*, 33(5), S. 615-624.

Ainley, P., Allen, M. (2010), *Lost Generation? New strategies for youth and education*. Continuum, London.

Antonucci, L., Bazillier, R., Palumsa, P., Watherburn, M. (2013 – im Erscheinen), Discussing the Broken promises of higher education. *Queries*, FEPS.

Antonucci, L. (2011), University Students in Transition to Adult Age. Comparing Italy and England. *Italian Journal of Social Policy*, Special Issue *The Dispossessed* (3), Juli-August, S. 271-298.

Baker, S., Brown, B. J., Fazey, J. (2006), Mental health and higher education: Mapping field, consensus and legitimation. *Critical Social Policy*, 16(2), S. 31-56.

Bell, D.G., Blanchflower, D. G. (2009), *Young People and Recession: A Lost Generation?* Centre for Economic Policy.

BIS (Department for Business, Innovation & Skills) (2009), *Higher Ambitions. The future of university in a knowledge economy*. Verfügbar unter <http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/+bis.gov.uk/policies/higher-education/shape-and-structure/higher-ambitions> (aufgerufen am 22.12.2012).

Bologna Process (2007), *Key issues for the European Higher Education Area – Social Dimension and Mobility*. Report from the Bologna Process Working Group on Social Dimension and Data on Mobility of Staff and Students in Participating Countries. Verfügbar unter <http://www.ond.vlaanderen.be/hogeronderwijs/bologna/documents/WGR2007/Socialdimensionandmobilityreport.pdf> (aufgerufen am 07.01.2013).

Catan, L. (2004), *Becoming Adult: Changing youth transitions in the 21st Century*. Trust for the Study of Adolescence, Brighton.

Christensson A., Runeson B., Dickman P., Vaez M. (2010), Change in depressive symptoms over higher education and professional establishment – a longitudinal investigation in a national cohort of Swedish nursing students. *BMC Public Health*, 10(1), S. 343-411.

Eurostat (2009), *The Bologna Process in Higher Education in Europe, Key indicators on the social dimension and mobility*. Verfügbar unter <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/education/documents/KS-78-09-653-EN-C.pdf> (aufgerufen am 31.12.2012).

El Ansari W., Moseley L., Mills C., Raybould L. (2011), Health Complaints in University Students in England: A European Comparison. In: Shulz, H., Wright, P. R., Hauser, T. (Hrsg.), *Exercise, Sports and Health*. Universitätsverlag Chemnitz, Chemnitz, S. 9-22.

EUNET (2010), *Evolving Diversity. An overview of equitable access to HE in Europe.* Verfügbar unter http://www.eurostudent.eu/download_files/documents/Evolving_Diversity.pdf (aufgerufen am 31.12.2012).

Esping-Andersen, G. (1990), *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Polity Press, Cambridge.

ESU (2012), *ESU non-paper on the Erasmus Loan Guarantee Facility for Master Students.* Verfügbar unter <http://www.esu-online.org/news/article/6065/ESU-non-paper-on-the-Erasmus-Loan-Guarantee-Facility-for-Master-Students/> (aufgerufen am 31.12.2012).

European Commission (2011), *Erasmus for All.* Verfügbar unter <http://ec.europa.eu/education/erasmus-for-all/> (aufgerufen am 31.12.2012).

Eurostudent (2008), *Social and Economic Conditions of Student Life in Europe, Synopsis of indicators. Eurostudent IV 2008-2011.* Verfügbar unter http://www.eurostudent.eu/download_files/documents/EIV_Synopsis_of_Indicators.pdf (aufgerufen am 21.12.2012).

Eurydice (1998), *Key Topics in Education, Financial Support for Students in Higher Education in Europe, Trends and Debates. Bd. I, European Commission, Luxemburg.*

Eurydice (2011), *Modernisation of Higher Education in Europe: Funding and the Social Dimension.* Eurydice Network, Brüssel.

Furlong, A., Cartmel, F. (2009a), *Higher Education and Social Justice.* Open University Press, London.

Garben, S. (2012), *Europe in Question. Discussion Paper Series. The Future of Higher Education in Europe: The Case for a Stronger Base in EU Law.* Verfügbar unter <http://www2.lse.ac.uk/europeanInstitute/pdfs/LEQSPaper50%5B1%5D.pdf> (aufgerufen am 21.12.2012).

Green, F., Zhu, Y. (2010), *Overqualification, job dissatisfaction, and increasing dispersion in the returns to graduate education.* *Oxford Economic Papers*, University Press, Oxford, 62(4), S. 740-763.

Guardian (2012a), *Middle class pupils as university fees rise.* Verfügbar unter http://www.guardian.co.uk/education/2012/nov/11/middle-classes-shun-university?CMP=tw_t_gu (aufgerufen am 31.12.2012).

Guardian (2012b), *It's not fear of debt that stops poorer young people going to university.* Verfügbar unter http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2012/jul/12/debt-poorer-young-people-university?CMP=tw_t_gu (aufgerufen am 31.12.2012).

Guardian (2012c), *Europe unites in austerity protests against cuts and job losses.* Verfügbar unter <http://www.guardian.co.uk/business/2012/nov/14/europe-unite-austerity-protests> (aufgerufen am 31.12.2012).

Hacker, J. (2004), *Privatizing Risk without Privatizing the Welfare State: The Hidden Politics of Social Policy Retrenchment in the United States.* *American Political Science Review*, 98(2), S. 246-260.

Hall, S. (2011), *The neoliberal revolution.* *Soundings*, 48, Summer, S. 9-28.

Higher Education Career Services Unit (HECSU) (2009), Plans, aspirations and realities: taking stock of higher education and career choices one year on'. Findings from the Second Futuretrack Survey of 2006 applicants for UK Higher Education. Verfügbar unter <http://www.agcas.org.uk/assets/download?file=1408&parent=526> (aufgerufen am 31.12.2012).

King, L. (2012), Making the same mistake again – or is this time different? *Cambridge Journal of Economics*, 36(1), S. 1-15.

Laudisia, F. (2012), Spending Review e tasse universitarie: quale relazione? Return on academic Research. Verfügbar unter <http://www.roars.it/online/spending-review-e-tasse-universitarie-quale-relazione/> (aufgerufen am 31.12.2012).

Metcalf, H. (2003), Increasing Inequality in Higher Education: The Role of Term-Time Working. *Oxford Review of Education*, 29(3), S. 315-329.

<http://www.ond.vlaanderen.be/hogeronderwijs/bologna/documents/WGR2007/Socialdimensionandmobilityreport.pdf> (aufgerufen am 31.12.2012).

Powell, J. J. W., Solga, H. (2010), Analyzing the nexus of higher education and vocational training in Europe: a comparative-institutional framework. *Studies in Higher Education*, 35(6), S. 705-721.

Prato, F. (2006), Il sostegno agli studenti universitari: gli strumenti e le risorse. In: Biggeri, L., Catalano, G. (Hrsg.), L'efficacia delle politiche di sostegno agli studenti universitari. L'esperienza italiana nel panorama internazionale, Il Mulino, Bologna.

Schumacher, G., Vis, B. (2011), Why Do Social Democrats Retrench the Welfare State? A Simulation. *Journal of Artificial Societies and Social Simulation*, 15(3).

Schwarz, S., Rehbarg, M. (2004), Study Costs and Direct Public Student Support in 16 European Countries – Towards a European Higher Education Area? *European Journal of Education*, 39(4), S. 521-532.

Spohrer, K. (2011), Deconstructing 'Aspiration': UK policy debates and European policy trends. *European Educational Research Journal*, 10(1).

Taylor-Gooby, P. (2012), A left Trilemma. Progressive Policies in the Age of Austerity. Policy Network, London.

Trow, M. (1987), Higher education and the comparative study of unique traditions. Paper prepared for the Anglo-American conference on access and quality in higher education, Princeton NJ. Mimeo. Berkeley: Center for Studies in Higher Education, University of California.

UCAS (2012), End of Cycle Report. Verfügbar unter http://www.ucas.com/documents/End_of_Cycle_Report_12_12_2012.pdf (aufgerufen am 31.12.2012).

Walther, A. (2006), Regimes of youth transitions: Choice, flexibility and security in young people's experiences across different European contexts. *Young*, 14(2), S. 119-139.

Willemse, N., de Beer, P. (2012), Three worlds of educational welfare states? A comparative study of higher education systems across welfare states. *Journal of European Social Policy*, 22(2), S. 105-117.

Zukunftsvision für die Kategorie der NEET

Valentina Cuzzocrea

1. Einleitung

Das Konzept der NEET („Not in Education, Employment or Training“, dt. nicht in Schule, Arbeit oder Ausbildung), i. e. die Gruppe Jugendlicher und junger Erwachsener, die keine Schule besuchen, keiner Arbeit nachgehen und sich nicht in beruflicher Ausbildung befinden, ist ein in den Medien weit verbreiteter Begriff. NEETs „fehlen die Kompetenzen, die für einen ersten Job notwendig sind“, erklärte BBC News am 23. Mai 2012; „Zahl junger Menschen, die keine Schule besuchen, keiner Arbeit nachgehen und sich nicht in beruflicher Ausbildung befinden auf Rekordhoch“ meldete der Bildungskorrespondent des Guardian am 24. Februar 2011; „NEETs: die vergessene Unterschicht“, schrieb der Telegraph am 15. November 2012 und fügte hinzu, „die Zukunft sieht trostlos aus für die Jugendlichen, die nicht die Schule besuchen, keiner Arbeit nachgehen oder keine Ausbildung machen“. Die Webseite, die Daten meldet, die von der Bank von Italien gesammelt werden, berichtete 2010, Italien habe 2,2 Millionen NEETs, d. h. 23,4 % der Bevölkerung im Alter von 15 bis 29, und aus diesem Grunde solle man sie die „NEET-Generation“ nennen. Nachrichten über die steigende Zahl von NEETs in Europa, die Bedingungen, denen sie ausgesetzt sind, und ihre unvorhersehbare Zukunft illustrieren den Ernst der Lage der Jugend in der EU. In diesem Sinne könnte man sagen, dass der Fokus auf NEETs die neuste globale Rezession und die verschlechterten Bedingungen der Jugend Hand in Hand gehen.

Dies belegt eindeutig der beständige Gebrauch des Begriffs auf internationaler Ebene, wobei viele internationale Organisationen und NRO ihn als Schlüsselindikator verwenden. So hat die Europäische Kommission, neben anderen Institutionen, durch die Europa 2020-Initiative „Jugend in Bewegung“ vor Kurzem die EU-Staaten aufgefordert, das Konzept auszubauen (Europäische Kommission 2010). Tatsächlich ist es so, dass „die Kosten der NEETs pro Jahr ca. €100 Mrd. betragen und im Jahr 2010 nahezu 13 % der jungen Generation (im Alter von 15-24 Jahre) – oder 7,5 Mio. junge Menschen – in der Europäischen Union entsprach“ (Eurofound 2011: 9). So erklärt der Eurofound-Bericht: „NEET wurde, neben Jugendarbeitslosenrate und Arbeitslosenverhältnis, als ein Schlüsselindikator für Jugendarbeitslosigkeit und die soziale Situation junger Menschen im Rahmen der Europa 2020-Wachstumsstrategie eingeführt“ (2012: 21).

Auch in der Jugendforschung dominiert diese Kategorie. Wissenschaftler wie z. B. Jones (2002), Roberts (2010) sprechen von einer Polarisierung zwischen so genannten „Wahl-Biografien“ (langsame Übergänge, gekennzeichnet von langen Perioden im Bildungssystem) und Übergängen von NEETs (Express-Übergänge) und behaupten, jenen Jugendlichen, die sich selbst keiner der extremen Positionen angehörig fühlten, sei zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet worden, und sie fordern mehr Forschung über „normale“ Jugendliche (Shildrick und MacDonald 2006; Roberts 2010). Dieses Argument hat eine lebhafte Debatte in den Jugendstudien angestoßen, eine Debatte, die die theoretischen Fundamente dessen berührt, was es für die heutige Jugend bedeutet, keine linearen Übergänge zu haben, ebenso die zukunftsweisende Arbeit von Ulrich Beck *Risikogesellschaft* (1992, überarb. oder 1986), in der er als Erster neue Interpretationen für vom Standard abweichende Biografien inspirierte (Woodman 2009; Roberts 2011, 2012).

Es wurden bisher aber nur Teilbeiträge im Hinblick auf das Diskutieren konzeptioneller Probleme und Unstimmigkeiten geleistet, die sich aus der Verwendung des Begriffs NEET ergeben, mit einigen Ausnahmen im Fall von Großbritannien (vor allem Furlong 2006, 2007; MacDonald 2011; Yates und Payne 2006), die als Ausgangspunkt für dieses Dokument dienen. Fest verwurzelt in dem so genannten „Dreieck“ aus Politik, Forschung und Praxis können wir davon ausgehen, dass die Kategorie die Debatte noch einige Jahre befeuern wird. Dieses Dokument, in dem diese aktuelle Streuung und Projektion in die Zukunft, die Vielfalt der möglichen Anwendungen und Bedeutungen und die Möglichkeit der Überarbeitung des Konzepts behandelt werden, soll zunächst die Kategorie NEET prüfen, um ihren Ursprung zurückzuverfolgen und es dient als Instrument für zukünftige Analysen der Übergänge und vollen Eingliederung der Jugend in die Gesellschaft. Ich werde anschließend meine Argumente mit dem Hinweis auf die Bedeutung der Merkmale des Wohlfahrtssystems, in dem die Jugendlichen leben, insbesondere mit Verweis auf Italien, ausarbeiten, um die dem Konzept zugrunde liegende Heterogenität zu illustrieren, mit der man sich befassen muss. Abschließend werde ich die Schwächen der Kategorie erörtern, die man lösen muss, will man das Konzept weiterhin in der europäischen Debatte verwenden.

2. Definition von NEETs

In den letzten Jahrzehnten haben wir uns an eine Situation gewöhnt, in der es nicht schwer ist, zum ersten Mal auf den Arbeitsmarkt zu kommen, es ist aber auch normal, nach diesem ersten Eintritt in den Arbeitsmarkt für einige Jahre mehrere Beschäftigungsverhältnisse zu erleben; und dies wurde durch die aktuelle Wirtschaftskrise verstärkt. In diesem Szenario ist die Bedeutung der eigenen Vermittelbarkeit sehr hoch. Der Begriff NEET existiert aber erst seit 1996. Davor wurden Themen in Bezug auf die Ausgrenzung und Schutzbedürftigkeit der Jugend mit dem Konzept der Jugendarbeitslosigkeit gesehen und erfasst. Es handelte sich um eine „simple Zweiteilung“ zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, ohne jede Grauzone (Furlong 2007: 101). In Bezug auf die Arbeitslosigkeit befürwortet Furlong, der über das Konzept der NEET sagt, es „habe heute das Konzept der Jugendarbeitslosigkeit ersetzt“ (2006: 553), nicht dessen Verwendung aufzugeben: „Wir können maßgebend über Aspekte ihrer Prävalenz, die Ursachen und Folgen und darüber sprechen, wie

man ihr Auftreten reduzieren kann. Es ist wichtig, dieses wesentliche Wissen nicht aufzugeben oder aus den Augen zu verlieren, wie Jugendarbeitslosigkeit, besonders Langzeitarbeitslosigkeit von Jugendlichen, zu Marginalisierung und Ausgrenzung führen kann“ (2006: 555). Wie konnte NEET angesichts dieser Meinung solch ein mächtiger Indikator werden? Welche zusätzliche Erklärungsmacht wohnt diesem Begriff inne, die anderen Kategorien bisher fehlte? Wurde sie mit dieser Intention geschaffen? In welchem Kontext gedeiht sie? Wird ein zukünftiges verändertes Szenario ihre Existenz stützen? Dies sind einige der Fragen, die ich versuchen werde, in diesem Dokument zu beantworten, beginnend mit einer Definition des Begriffs.

Der Begriff NEET wird verwendet als Bezeichnung für jene, die „weder in Beschäftigung noch in der Schule noch in Ausbildung sind“. Ein Bericht des Eurofound (2012), der sich mit den Merkmalen, Kosten und politischen Reaktionen in Europa in Bezug auf diese NEET-Gruppe befasst, erklärt, dass diese Definition „im Grundsatz unkompliziert ist“. Es werden jedoch in den einzelnen Staaten unterschiedliche Definitionen verwendet, und verschiedene internationale Organisationen haben in Folge eigene Definitionen oder Untergruppen festgelegt, um dieser Vielfalt Rechnung zu tragen.

Der erste Unterschied bezieht sich auf das Alter: Die meisten europäischen Staaten beziehen sich auf junge Menschen im Alter von 15-24 Jahren und können in Folge die nationalen Daten der Arbeitskräfteerhebung verwenden. Diese Version wurde 2011 von der Europäischen Union, der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verwendet und von Eurostat umgesetzt; und tatsächlich wird der Indikator als Referenz in der Europa 2020-Strategie benutzt (wie von Eurofound 2012: 21-22 festgestellt). In anderen Fällen sind die Altersgrenzen niedriger (z. B. in Schottland: 16-19 Jahre; Scottish Executive 2005). In einigen anderen Fällen sind sie höher: bis zu 34 Jahre, wie in Korea und Japan. Natürlich erschwert eine solche fehlende internationale Übereinstimmung einen Vergleich. Die NEET-Population ist eindeutig sehr heterogen:

„Folgt man der ILO-Definition, misst die Arbeitslosenrate jene ohne Beschäftigung, die aber im vorausgegangenen Monat nach Arbeit gesucht haben und in der Lage sind, in den nächsten zwei Wochen eine Arbeitsstelle anzunehmen. Sie protokolliert den Anteil der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung, der nicht in der Lage ist, einen Arbeitsplatz zu finden. [...] Im Gegensatz dazu protokolliert die Definition von NEET [...] den Bevölkerungsanteil *aller* jungen Menschen, die gegenwärtig weder einer Beschäftigung nachgehen noch in der Schule oder in einer Ausbildung sind“ (Eurofound 2012: 22, Hervorhebung durch die Verfasserin).

Der Eurofound-Bericht nennt fünf Untergruppen: die konventionell Beschäftigten; diejenigen, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen (i. e. junge Betreuende, Kranke und Behinderte); die nicht Eingegliederten (einschließlich entmutigte Arbeitslose sowie andere junge Menschen, die gefährlichen oder asozialen Lebensstilen nachgehen); die Chancensucher; und die freiwilligen NEETs: „jene jungen Menschen, die reisen, und jene, die sich konstruktiv in anderen Bereichen engagieren, z. B. Kunst, Musik und autodidaktisches Lernen“ (Eurofound 2012: 24). Die Scottish Executive schließt jene mit einer einschränkenden Langzeiterkrankung ein, familiäre Benachteiligungen und Armut, Drogenmissbrauch, junge Straftäter, jene mit zusätzlichem Förderbedarf und Schulabbrecher (2005: 1). Es gibt auch jene in Freiwilligenarbeit oder in Teilzeit.

Es gibt aber noch eine weitere, wesentlichere Ebene, die diese Unklarheiten kompliziert. Tatsächlich könnte diese Definition beabsichtigen, unterschiedliche Aspekte desselben sozialen Phänomens zu beschreiben. So wird vor allem in einigen Ländern die Anzahl der NEETs „ein Maßstab für die Loslösung vom Arbeitsmarkt und vielleicht von der Gesellschaft im Allgemeinen“ (Eurofound 2012: 1), eine Bedrohung der Integration, ein „Risiko“. Genauer gesagt wird ein NEET vorwiegend mit folgenden Bedingungen verbunden: „Entbehrung, finanzieller Ausgrenzung, geringen Errungenschaften, einer schwachen Familie und schwachen Unterstützungsnetzwerken (wie z. B. Gleichaltrige), Stigma und Ablehnung Anderer und Verschuldung“ (Scottish Executive 2005: 1); oder einer generellen Schutzbedürftigkeit mit geringem Humankapital (mit wahrscheinlicher Wirkung auf Beschäftigung und Einkommen), einem niedrigeren Bildungsabschluss und einer schlechten sozialen Herkunft (Furlong 2006), einer regelmäßigen Arbeitslosigkeit oder einer geringen Beteiligung am Arbeitsmarkt (Furlong 2007) und mit wenig politischem Engagement (Volontè 2012: 11). Diese Faktoren wirken sich negativ auf zukünftige Beschäftigungen und Einkommen sowie auf die psychische und körperliche Gesundheit aus (schwierige Beziehungen, Drogen- und Medikamentenmissbrauch, Beteiligung an kriminellen Aktivitäten). Die vorherrschende Interpretation lautet, dass diese Bedingungen ein Szenario sozialer Ausgrenzung (Eurofound 2012: 25), Benachteiligung und Loslösung definiert, was NEETs an den Rand der Gesellschaft drängt und sie nicht nur von finanzieller Hilfe abhängig macht. Obwohl einige diese Interpretation als verzerrt bezeichnet haben (Yates und Payne 2006), scheint es so zu sein, dass die Kategorie eine wichtige ist, nicht nur für eine Beurteilung der Jugend ohne Beschäftigung, sondern auch um zu erfassen, was das bei NEETs wahrgenommene Stigma ist, was die aktuelle Einstellung in Bezug auf diese soziale Gruppe ist und um die Bereitschaft abzuschätzen, das Anwachsen potenzieller Probleme einzudämmen.

Laut MacDonald ist es, obwohl es nur geringe Zweifel gibt, dass „junge Menschen, die NEETs sind, einer Reihe von Benachteiligungen ausgesetzt sind“, auch richtig, dass die Kategorie „Heranwachsende“ (in dem Sinn, den Arnett 2000 dieser Gruppe gibt) einschließt, denen es einfach besser geht und die „mit Lebensentwürfen spielen, eine feste Beschäftigung hinauszögern, und vielleicht Jahre anderweitig verbringen“; und dass ihre Bezeichnung als NEET eine Verzerrung darstellt. Es muss viel deutlicher gemacht werden, dass „unterschiedlichen Gruppen unterschiedliche Ressourcen zur Verfügung stehen“ (MacDonald 2011: 431). Zusammenfassend meint das Problem der Heterogenität der Gruppe, dass die Kategorie ein „fehlerhaftes Konzept“ darstellt, das die „extrem Benachteiligten“ mit anderen, die tatsächlich „eine Wahl haben“, in einen Topf wirft (Furlong 2006: 553) und daher wird diese Heterogenität übersehen (erneut Furlong 2006). MacDonald kommt zu dem Schluss, die Nützlichkeit der NEET-Kategorie sei aus diesem Grund „beeinträchtigt“ und könne bei der Identifizierung jener scheitern, die tatsächlich „besonders anfällig für Marginalisierung oder Ausgrenzung“ seien. Wir werden später noch auf die damit verbundenen politischen Implikationen zurückkommen. Ich wende mich nun den Ursprüngen zu, um diese Kategorie richtig zu verstehen.

3. Woher stammt das Konzept der NEETs?

Wie Furlong berichtet (2007), tauchte das Konzept der NEETs zum ersten Mal in Großbritannien als Reaktion auf ein konkretes politisches Klima und eine Veränderung

des Sozialversicherungssystems für Jugendliche auf. Der Begriff wurde zunächst anstelle von „Status ZerO“ verwendet, der das Fehlen eines jeglichen Status bezeichnete. Status ZerO wurde für 16-17-Jährige verwendet, die keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hatten, weil sie noch minderjährig waren, denen aber keine Jugendbeschäftigungsprogramme offen standen. Dieser Begriff, der von Istance et al. in einer 1994 veröffentlichten Studie zum ersten Mal verwendet wurde, wurde dann in Status A umbenannt, blieb aber nach wie vor ein Fachbegriff in den Unterlagen von Arbeitsvermittlungen. Einige Spannungen und politischen Probleme wurden sehr früh erkannt (Williamson 1997).

Furlong (2007) argumentiert, dass frühe Definitionen eine negative Konnotation aufwiesen, und er schlug eine konstruktive Auseinandersetzung über die Schutzbedürftigkeit junger Menschen in Großbritannien vor, die sich nicht an „positiven“ Aktivitäten beteiligten. Für Williamson (2005: 13) wurde dieses Etikett „ein kruder Ersatz, durch den weiter gefasste Formen der ‚sozialen Ausgrenzung‘ definiert werden können“.

Mit der Veröffentlichung des Berichts *Bridging the Gap* der britischen Regierung im Jahr 1999 (Social Exclusion Unit 1999) begannen Forscher, den Begriff NEET zu verwenden, ein Begriff, der „das Konzept konkretisierte, indem die unmittelbare Aufmerksamkeit auf die Heterogenität der Kategorie gelenkt wurde, und [...] die negativen Konnotationen vermied, ohne Status zu sein“ (Eurofound 2012: 19-20). Der Ursprung des Begriffs erklärt, warum die meisten Studien bisher in Großbritannien durchgeführt wurden (Eurofound 2012: 53), und tatsächlich ist dies in diesem Land auch weiterhin ein wichtiger Politikbereich (MacDonald 2011), auch wenn, wie wir gesehen haben, das Konzept heute international bekannt ist. Es ist jedoch wichtig, sich die frühe Entwicklung des Konzepts in Erinnerung zu rufen, besonders weil mit dem Begriff Status ZerO die Sorge um jene, die scheinbar „nichts zählten und nirgendwo hinkamen“ gut ausgedrückt worden war (Williamson 1997, zitiert in Eurofound 2012: 20).

Eben diesen Aspekt möchte ich eingehender erörtern. Dieser letzte Satz ist in der Tat sehr wichtig, weil er auf einen übersehenen Aspekt der NEET-Logik hinweist, i. e. junge Menschen in Schubladen zu stecken. Wie bereits im Eurofound-Bericht angemerkt, stand im Fall von New Labour, als sie 1997 an die Macht kamen und dessen Erscheinen das sich wandelnde politische Szenario dominierte, an erster Stelle, sich umfangreich zu engagieren, um die Vermittelbarkeit im Kontext des Plans „Von der Sozialhilfe zur Arbeit“ zu verbessern. Dies schloss die Gruppe der 16-18-Jährigen ein, die in dieser Zeit von sozialer Ausgrenzung bedroht war. Schätzungsweise 9 % dieser Gruppe, so fährt der Bericht fort, wurden als NEET betrachtet, und sie wurden in Folge aufgefordert, proaktiv zu sein und die Verantwortung dafür zu übernehmen, aus dieser misslichen Lage zu kommen. Sie wurden, außer wenn sie sich selbst in eine der Schubladen steckten (Beschäftigung, Schule, Ausbildung), als verantwortlich für eine Art von „Trotzhaltung“ betrachtet und gemäß der New Deal-Regeln sanktioniert (Eurofound 2012). Priorität war, „die Losgelösten einzubinden“ und „ihnen einen Job zu besorgen, wurde als Vermeidung der Ausgrenzung betrachtet“ (France 2007: 64); und all dies wurde im Kontext einer „Schuldkultur“ gesehen (France 2007: 65). Dies sollte erreicht werden, „indem man neue Arbeitskräfte mit beruflichen Fähigkeiten und Kompetenzen schuf, um soziale Veränderungen zu handhaben“. Soweit, so gut. Aber man wollte dies auch erreichen durch die „Aufforderung an die Armen und Ausgegrenzten, ihren ‚Platz‘ am unteren Ende des Arbeitsmarktes einzunehmen“

(France 2007: 64). Dies war nicht nur ein sehr spezifischer, sozial, wirtschaftlich und historisch gebundener Prozess, der einem konkreten politischen Szenario angepasst werden muss; er unterstrich auch eine konkrete Ideologie, bei der jede Person ihren eigenen Platz hatte und sich dementsprechend dort befinden sollte.

4. Schwächen und Mehrdeutigkeiten

In diesem Abschnitt werde ich einige Kritikpunkte untersuchen, die in Bezug auf die NEET-Kategorie vorgelegt werden, und wie diese zu der konkreten Diskussion führen, die ich einbringen möchte.

Eine Erinnerung an die Geschichte des Konzepts, woher es stammt und in Reaktion auf welches Klima es entstand, wurden hier erörtert, um darauf hinzuweisen, dass der aktuelle Gebrauch dieses Begriffs viel weiter ist, als ursprünglich beabsichtigt war. Generell „diente das ursprüngliche britische Konzept von NEET niemals dazu, auf 18-24-Jährige und schon gar nicht auf 25-29-Jährige Anwendung zu finden. Des Weiteren wies NEET nie das Potenzial für internationale Vergleichsarbeiten auf“ (Eurofound 2012: 26). In Vorwegnahme einer weiteren Verbreitung dieses Begriffs sollte dieser erste Kritikpunkt berücksichtigt werden.

Als zweiter Kritikpunkt sollte anerkannt werden, dass das Fehlen einer einheitlichen Definition eine vergleichende Forschung erschwert. Furlong sagt: „der Austausch von Arbeitslosigkeit durch NEET [...] als ein Schwerpunkt der Politik hat dazu geführt, dass konkrete Erfahrungskategorien (Arbeitslosigkeit, Betreuung, Reisen, Krankheit, Auszeit, Lernen) zu einer alles umfassenden Kategorie (NEET) zusammengefasst wurden, was eine Situation schafft, in der wir diese wieder *auseinanderpflücken* müssen, um sie zu verstehen oder um effektive politische Ansätze zu verabschieden“ (Furlong 2006: 554). Man kann jedoch, trotz seiner Heterogenität, NEET als ein sehr eng gefasstes Konzept sehen, dahingehend, dass angesichts der steigenden Prävalenz unsicherer Arbeitsverhältnisse jene, die zu diesen Bedingungen arbeiten, nicht notwendigerweise „als schutzbedürftig gesehen werden“ (Furlong 2006: 566). Mit anderen Worten, „ein weit gefasster Fokus politischer Maßnahmen würde all jene einschließen, die sich in prekären Positionen befinden oder denen moderne Kompetenzen fehlen, ungeachtet der Frage, ob sie gegenwärtig NEET sind oder sich in Arbeit oder Ausbildung befinden“ (S. 567). Aus diesem Grund ist es vorgesehen, dass man die Debatte über Schutzbedürftigkeit erweitern kann, wenn man NEETs als Maßstab für Schutzbedürftigkeit heranziehen möchte.

Gemeinsam mit der Notwendigkeit, neu zu definieren, welche schutzbedürftigen jungen Menschen NEET meint, birgt die Kategorie von NEET auch die Frage, wie viel Verantwortung die jungen Menschen übernehmen müssen. Vielleicht liegt es am ideologischen Klima, in dem der Begriff geprägt wurde, dass NEET „ein unausgewogenes Konzept ist, dass in ungebührlicher und häufig irreführender Weise den Voluntarismus betont“ (Furlong 2006: 553), weil „die Jugendpolitik dazu tendiert, die Zugehörigkeit zu NEET als Problem *mit* jungen Menschen auszulegen“ (meine Hervorhebung) (MacDonald 2011: 431). Sie könnten auf strukturelle Probleme auf dem Arbeitsmarkt hinweisen und darauf abzielen, diese zu reduzieren, anstatt auf die Anzahl der NEETs (wie in den meisten Fällen, wie z. B. Chen 2011, Mascherini et al. 2010).

Dies stellt eine signifikante Sackgasse dar, i. e. dass konzeptionell durch den Gebrauch der Kategorie einige Missverständnisse bei der Einschätzung und Interpretation der heutigen Jugendübergänge verstärkt werden. Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, die Debatte über die steigende Unsicherheit und Fragmentierung von beruflichen Lebensläufen junger Menschen in den westlichen Staaten nachzuzeichnen. Aber selbst minimale Verweise auf diese Literatur, die sich auf die fehlende Linearität konzentriert, verdeutlichen, dass junge Menschen häufig von einem Job in den nächsten, von der Ausbildung in den Beruf, vom Beruf erneut in die Ausbildung wechseln und dann pausieren und dann erneut in den Arbeitsmarkt eintreten, um eine neue Ausbildung auf dynamische Weise zu erhalten; wohingegen „NEET“ eine „statische politische Kategorie“ ist, wie MacDonald argumentiert (2011: 431-432). Gibt es dann nicht im Kern eines solchen Ansatzes eine oberflächliche Einschätzung dieser wachsenden Komplexität? Und besteht nicht ein falsches Verständnis, dass jene, die einen langsamen Übergang erleben, unproblematisch sind (weil sie lange Zeit in der Schule bleiben und dann unmittelbar im Anschluss eine Anstellung finden), wie bereits von McDonald dargelegt (2011), möglicherweise im Widerspruch zu den anfänglichen Absichten? Werden wir gerade Zeugen eines Versuchs, Menschen in Schubladen zu stecken, ohne tatsächlich zu erfragen, was diese Schubladen enthalten und warum überhaupt jemand eine dieser Schubladen besetzen möchte? Die verbleibende Arbeit wird aus diesem Grund der zeitlichen und räumlichen Ausweitung der Diskussion gewidmet. Insbesondere werde ich mich von der britischen Debatte abwenden und einem anderen Kontext widmen, i. e. dem eines Landes, das ein Wohlfahrtssystem hat, das diese Kategorie irrelevant macht (auch wenn sie immer noch benutzt wird). Ich werde anschließend einige allgemeine Gedankengänge darlegen, wie der Mechanismus in den kommenden Jahren funktionieren kann.

5. Ein anderer Kontext: der Fall der NEETs in Italien

Der restliche Teil des Dokuments befasst sich mit den Kritikpunkten des vorausgegangenen Absatzes und fügt eine weitere wichtige Dimension hinzu. Ich behaupte, dass die Nützlichkeit der Kategorie NEET mit bestimmten Wohlfahrtsmerkmalen des Landes verbunden ist, in dem der Jugendliche lebt. Allgemein gesprochen unterscheiden sich die Bedingungen der Jugendlichen erheblich, wenn man sie mit Jugendlichen in Staaten, in denen sie Anspruch auf staatliche Unterstützung haben, ungeachtet ihres Beschäftigungsstatus, und Staaten vergleicht, in denen dieser Status irrelevant ist; Staaten, in denen das Ausbildungssystem einen reibungslosen Übergang in ein Beschäftigungsverhältnis gewährleistet, mit Staaten, in denen dies ineffizient ist; oder Staaten, in denen Marker für das Erwachsensein sehr unterschiedliche kulturelle Bedeutungen haben. Lässt man diese Unterschiede außer Acht und nimmt man den Begriff NEET zu wörtlich, kann dies dazu führen, Menschen vorschnell „in Schubladen zu stecken“, was die Gefahr birgt, eine vergleichende Darstellung zu formulieren, die nicht repräsentativ ist für die wirklichen Bedürfnisse der Jugend und letztendlich zur Ausarbeitung ineffizienter Maßnahmen führt.

Ich werde nun, um diese Diskussion zu illustrieren, die Kategorie NEET in Bezug auf Italien darlegen. Italien wird hier als Beispiel für die EU und nicht als Ausnahme genommen. Tatsächlich ist der Kontext, in dem der Fokus auf NEET in Italien aufblühte,

der gleiche Kontext, der die Agenda der „Flexicurity“ in Europa befördert hat.¹ Diese wurde von der EU ins Leben gerufen und man dachte, sie würde die Vollbeschäftigung ermöglichen. Die so genannte OMK (Offene Methode der Koordinierung) „zielt darauf ab, ein Gleichgewicht zwischen europäischer Integration und nationaler Vielfalt zu erreichen, indem sie eine Annäherung der Ziele, Leistungen und allgemeinen politischen Ansätze, aber keine konkreten Programme fördert“ (Keune 2008: 51). Ebenso wäre es unfair, zu behaupten, dass es keine Bestrebungen gibt, die Jugendproblematik in Italien anzugehen. Tatsächlich wurde eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, u. a. *Diritto al futuro* (Recht auf Zukunft, November 2011), ein Paket an Maßnahmen, die zur Bekämpfung der prekären Bedingungen der Jugend verabschiedet wurden; Italien 2020, ein Aktionsplan für die Jugendbeschäftigung durch die Abstimmung von Schule und Arbeit; *Salva Italia* (Rette Italien), *Cresci Italia* (Werde erwachsen, Italien), *Semplifica Italia* (Vereinfachtes Italien) und *Partecipiamo!* (Mach mit!), alles Maßnahmen, die die Partizipation von Kindern und Heranwachsenden fördern sollen. Generell wurde ein bereichsübergreifender Ansatz verfolgt.

Auch wenn die Jugend als Gruppe anerkannt ist, die Schutz verdient, befasst man sich in fragmentierter Weise mit ihren Problemen. Nachstehend sehen Sie einen Auszug aus dem neusten Nationalen Bericht der Europäischen Kommission, der die Grundlage dieser Fragmentierung beschreibt:

„Italien hat kein nationales Jugendrecht, aber die Jugend ist verfassungsrechtlich geschützt (Art. 31 der italienischen Verfassung) und dementsprechend waren die politischen und gesetzlichen Entscheidungen des Staates, die das Eingreifen durch die amtierende Regierung zu dieser Zeit begleiteten, stets davon geprägt, junge Menschen abzusichern [...]. Die ersten Initiativen, die für die jüngeren Generationen umgesetzt wurden, wurden auf lokaler, kommunaler und regionaler Ebene entwickelt, und begannen in den 1970er Jahren. Sie wurden im Laufe der Zeit zu gut konstruierten und themenübergreifenden Konzepten, so dass sie einen umfassenden Ansatz verfolgten, um den Problemen und Bedürfnissen der jüngeren Generationen Rechnung zu tragen. Seit dem Verfassungsgesetz Nr. 3/2001 haben die Regionen Gesetzgebungs- und Exekutivgewalt in allen Angelegenheiten, die nicht ausdrücklich durch das staatliche Recht abgedeckt sind, wie z. B. Jugendpolitik. Aus diesem Grund gibt es viele Regionalgesetze zu Jugendthemen und viele Vereinbarungen zwischen der Regierung und den Gebietskörperschaften (Regionen, Provinzen und Gemeinden) für Interventionen, die im Hoheitsgebiet ausgeführt werden sollen“ (Nationaler Bericht, Italien 2012: 1).

Dementsprechend haben mehrere Regionen ihre eigene Jugendpolitik verfolgt, häufig auf eine Art und Weise, die nicht miteinander kompatibel sind. Einige Regionen, wie die Lombardei, haben dauerhafte Arbeitsgruppen,² und andere, wie die Region Apulien mit ihrem Programm *Bollenti Spiriti*,³ verfügen über laufende innovative und einfallreiche Projekte. Andernorts verdecken Programme mit innovativem Potenzial

-
1. Dies ist ein Versuch, die Ansprüche Flexibilität und Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt zu versöhnen.
 2. Vgl. http://www.politichegiovanili.regione.lombardia.it/cs/Satellite?cid=1213462586442&p=1213462586442&pagename=DG_Giovani%2FMILLayout&cid=1213462586442&p=1213462586442&pagename=DG_GSTSWrapper, aufgerufen am 13. Februar 2013, in italienischer Sprache.
 3. Verfügbar unter <http://bollentispiriti.regione.puglia.it>, aufgerufen am 13. Februar 2013, in italienischer Sprache.

und trotz großzügiger Finanzmittel tatsächlich interne Brüche und Unstimmigkeiten. Sie zeigen ein schlechtes Verständnis der realen Probleme der Jugend, wie die Programme Master und Back und Giovani Ricercatori in der Region Sardinien.⁴ In der Folge haben wir ein Szenario, in dem Jugendinitiativen sich allgemein erheblich voneinander unterscheiden, wobei die innovativsten wahrscheinlich von hoch motivierten Beamten gefördert werden (und damit Einzelpersonen), anstatt das Ergebnis der Maßnahmen und Koordinierung von Institutionen zu sein. Darüber hinaus laufen sie parallel zu traditionellen Maßnahmen, die auf eine Steigerung der Beschäftigungsrate bei jungen Menschen abzielen, indem man auf dem Arbeitsmarkt einen gewissen Raum für sie schafft oder eine existierende Stelle findet, wie im Fall des GRAL-Projekts (GRAL steht für *Gruppi di Ricerca Attiva di Lavoro*), das es in mehreren Regionen gibt. Daher können wir sagen, dass die meisten dieser Programme die Logik verfolgen, Menschen in Schubladen zu stecken, und um dies zu belegen, zitiere ich die hoch kontroverse Empfehlung, die die Arbeitsministerin Elsa Fornero unter der „Technokraten-Regierung“ von Monti am 23. Oktober 2012 der italienischen Jugend gab, als sie in einer öffentlichen Rede erklärte, sie „sollte nicht wählerisch sein“, wenn sie zum ersten Mal auf den Arbeitsmarkt käme.

Ich werde nun erörtern, warum ich denke, dass die Kategorie NEET nicht geeignet ist, um ein Bild der italienischen Jugend zu zeichnen, indem ich einige Themen anschneide, die wir hinterfragen sollten, und skizziere, wie sie im Fall Italiens dargestellt werden, und indem ich kurz mögliche Szenarien kommentiere.

Anspruch auf soziale Rechte

Italien folgt dem südeuropäischen Modell eines Wohlfahrtsstaates, eine Ausarbeitung der Arbeit von Esping-Andersen (1990, 1999), in dem es nur geringe Sozialleistungen und eine starke Betonung der Familie (nicht des Einzelnen) als Leistungsempfänger gibt (Ferrera 1996). Präziser ausgedrückt, zeichnet sich Italien durch ein Wohlfahrtssystem aus, das sich auf widerstreitende Grundsätze stützt: ein korporatistisches Prinzip im Hinblick auf Rente und Arbeitslosigkeit, basierend auf der Berufszugehörigkeit, und universalistischen Kriterien in Bezug auf die Bildungs- und Gesundheitssysteme, basierend auf den Staatsbürgerrechten (Colombo und Regini 2009). Aus diesem Grund erwarten junge Menschen nicht, dass man „sie am Spiel teilnehmen lässt“, und auch nicht, Verantwortung dafür zu tragen, sich eine Stellung zu suchen, bis sie eine bestimmte berufliche Laufbahn eingeschlagen haben, insbesondere wenn sie einen höheren Bildungsabschluss anstreben.

Aussicht auf 2020: Dieses unausgewogene System hat zweifellos eine desorientierende und antiegalitäre Wirkung. Es bleibt zu hoffen, dass die sozialen Rechte bis 2020 auf alle EU-Staaten ausgeweitet werden.

Homogenität/Heterogenität auf dem Arbeitsmarkt

In Italien gibt es auf dem Arbeitsmarkt tiefe Gräben zwischen jenen mit einer typischen Beschäftigung und jenen mit atypischen Beschäftigungsverhältnissen, die zu einer komplexen Situation führen (Borghi 2000, Paci 2005). Darüber hinaus knüpft das

4. Für einen Kommentar siehe Cuzzocrea und Tavani, unter Rezension.

italienische System Leistungen, wie z. B. Mutterschutz, an den Beschäftigungsstatus, daher haben nur jene mit einem typischen Job einen vollen Rechtsanspruch, wie z. B. Arbeitslosengeld, mit der Folge einer Verstärkung des sozialen Konflikts. Dies bedeutet, dass eine Zeitarbeit auf vielen Ebenen ein Ausschlusskriterium ist.

Aussicht auf 2020: Der NEET-Ansatz trägt nicht in vollem Umfang der Realität Rechnung, obwohl er in gewissem Maße davon abweicht, dass die Beschäftigung an sich in der Qualität abnimmt, insbesondere bei Neueinsteigern, und damit auch eine Gefahr darstellt, die Würde des Einzelnen anzugreifen. Das Szenario 2020 verlangt von uns eine genaue Untersuchung, welche Art von Beschäftigungschancen Institutionen und Regierungen für junge Menschen schaffen.

Übergangsregime

Italien ist gekennzeichnet durch einen besonders verzögerten Übergang zum Erwachsenenalter, selbst innerhalb des etablierten Modells der südeuropäischen Staaten (für eine Übersicht des Ansatzes vgl. Walther 2006). Junge Erwachsene sind hin- und hergerissen zwischen der Bereitschaft, ihren Platz im öffentlichen Raum einzunehmen, und der Erkenntnis, nicht in der Lage zu sein, die Anforderungen der Gesellschaft zu erfüllen (Donati, Scabini 1988, Diamanti 1999).

Aussicht auf 2020: In Italien wird im täglichen Sprachgebrauch das Wort „Jugend“ auf Erwachsene angewandt, die Ende 30 oder Anfang 40 sind. Demografen erwarten, dass Italien in den kommenden Jahren ein sehr altes Land sein wird, als sich potenzierendes Ergebnis der gestiegenen Lebenserwartung und einer gesunkenen Fortpflanzungsrate. Statistische Kategorien sollten sich auf ein Konzept von Jugend einigen, die den nationalen Mustern entsprechen, anstatt einfach die Altersspanne zu erhöhen.

Aufbau von beruflichen Karrieren

Italien fehlt es an strukturierten Berufsverläufen und es leidet unter einer generellen Schwäche der Institutionen, wie z. B. Berufsverbänden, Richtlinien für den beruflichen Werdegang und eine absehbare Weiterentwicklung bereitzustellen (Cuzzocrea 2011). Es gibt eine allgemeine Übereinstimmung, dass Karrieresprünge von der beruflichen Erfahrung abhängen, anstatt von der Erfüllung von Zielen.

Aussicht auf 2020: In Staaten wie Italien sollten die öffentlichen Dienste verstärkt werden, um junge Menschen bei der Arbeitssuche zu unterstützen und Orientierung in den verschiedenen Bereichen zu finden. Im gleichen Sinne sollten Unternehmen aufgefordert werden, eine hochwertige Einarbeitung und besser strukturierte Richtlinien für die ersten Berufsjahre anzubieten, um Karrierewege und allgemein berufliche Entscheidungen zu erleichtern.

Bildungssysteme

In Italien ist das Studentendasein mit sehr losen Fristen verbunden. Es wird eine gewisse Zeit bis zur Ablegung der Prüfungen empfohlen (immer stärker), aber größtenteils sind diese Empfehlungen nicht verbindlich. Dies ermöglicht einem hohen Prozentsatz an Universitätsstudenten, sehr lange an einer Universität eingeschrieben zu sein, sogar bis zu zehn Jahren. Während eine 21-jährige Studentin kein Problem

ist, kann eine 28-Jährige, die seit zehn Jahren studiert und noch keinen Abschluss hat, durchaus ein Problem darstellen, aber in der NEET-Terminologie wird sie nicht gezählt; solange man studiert, ist man kein Problem.

Aussicht auf 2020: Obwohl der Druck durch den Bologna-Prozess wahrscheinlich die Altersunterschiede der frisch Graduierten in der EU reduzieren wird, erlaubt uns diese tatsächliche Verzerrung nicht, das Problem der NEETs in Italien zu ermessen, wo das Phänomen der *fuori corso* (Studenten, die zusätzliche Jahre brauchen, um einen Abschluss zu machen, und in einem späteren Alter als ihre europäischen Kommilitonen in den Arbeitsmarkt eintreten) Auswirkungen hat. Das deutsche und österreichische Hochschulsystem könnten ein ähnliches Problem haben. 2020 wird diese Gruppe entweder reduziert oder es werden für dieses Land wahrscheinlich falsche Zahlen veröffentlicht.

Beziehung der Generationen

In Italien ist die Familie daran „gewöhnt“, als Ersatz für den Staat herzuhalten und eine wirtschaftlich instabile Jugend zu unterstützen. Arbeitslosengeld wird nur jenen gewährt, die eine bestimmte Zeit einer Beschäftigung nachgegangen sind. Daher ist es unmöglich, junge Schulabgänger zu unterstützen. Kulturell übernimmt die Familie diese Last. Laut Da Roit und Sabatinelli (2005) kann man das Familienmodell in Italien einfach als begrenztes Angebot an öffentlichen Diensten beschreiben, als Verantwortung der Familie. Man könnte argumentieren, der Staat gründe seine Politik auf ein Modell der traditionellen Familie, in der Jugendliche nur ein Teil des Ganzen sind. Tatsächlich erhalten sie nur eine sehr geringe konkrete Aufmerksamkeit, zumindest bis sie eine eigene Kernfamilie gründen. Es wurde ein prekäres Gleichgewicht durch ein System des gegenseitigen Schutzes ermöglicht, das jungen Erwachsenen gestattet, von ihren geringen Einkommen zu leben, weil sie auf die familiäre Unterstützung und letztendlich auf die Renten/Erwerbsunfähigkeitsbezüge älterer Generationen zählen können (Congi 2001).

Aussicht auf 2020: Ein echter ganzheitlicher Ansatz erfordert heute, die Möglichkeit zu betonen, dass eine Person im Jahr 2020 vollkommen selbständig sein kann. Obwohl informelle Netzwerke (wie die Familie) immer in einigen Kontexten von Bedeutung sein werden, sollte die Politik den Einzelnen in eine Situation stellen, in der er sich auf sich selbst verlassen kann, einen akzeptablen Lebensstandard zu erreichen.

Gleicher Status von Bildung, Beschäftigung und Ausbildung

Beschäftigung, Bildung und Ausbildung haben unterschiedliche soziale Status, und in Italien genießt insbesondere die Ausbildung nur ein geringes soziales Ansehen. Das Ausbildungssystem ist schlecht institutionalisiert und wird vor allem von jenen genutzt, die auf anderem Wege gescheitert sind. Die italienische populäre Version des Akronymes NEET lässt den letzten Buchstaben häufig außer Acht. Man hört häufig, NEETs seien „jene, die weder in Arbeit noch in der Schule sind“. Dies trifft auch auf Spanien zu, wo der Begriff *ni-ni* verwendet wird (auch hier: nicht in Arbeit oder Schule).

Aussicht auf 2020: Während die berufliche Ausbildung in Staaten wie Deutschland gut organisiert und angesehen ist, sind Bildung, Arbeit und Ausbildung drei unterschiedliche

Aktivitäten und erzielen mittel- und langfristig unterschiedliche Ergebnisse. Wenn man sie gleich behandelt und sie in allen Staaten auf die gleiche Ebene stellt, bekommt man jedoch eine Idee, wie viele Menschen heute „außerhalb von Schubladen“ leben. Es sagt aber nichts darüber aus, wie viele von ihnen eine berufliche Laufbahn eingeschlagen haben, die erfüllend und lohnenswert ist und sie 2020 „risikofrei“ halten wird. Oder im Gegensatz dazu, wie viele beim erstbesten niedrig qualifizierten Job zugreifen, um wirtschaftliche Bedürfnisse zu erfüllen, damit aber zutiefst unzufrieden sind. Gemäß der Rhetorik des NEETs-Ansatzes wird der Frage, wie gut und angemessen eine Arbeit, Bildung oder Ausbildung im Hinblick auf die eigenen Wünsche ist, keine Aufmerksamkeit geschenkt, und dementsprechend auch nicht der Frage, wie erfolgreich sie als Sprungbrett für die berufliche Karriere sein werden.

Neue Formen von Beschäftigung und Arbeit

Wie andere europäische Staaten zollt Italien der großen Menge an Arbeit, die junge Menschen außerhalb einer beruflichen Tätigkeit leisten, keine Anerkennung. Ich meine damit die Arbeit, die nicht in Auftrag gegeben, nicht bezahlt wird, aber vielversprechend ist für den Zugang zu Arbeitsplätzen, die ansonsten nicht angeboten würden. Diese Bemühungen, die wir Nebentätigkeiten nennen können, enthalten momentan hochkarätiges Potenzial und sind sehr wichtig, nicht nur, um jungen Menschen einen Platz auf dem Arbeitsmarkt zu verschaffen, sondern auch für die Gesellschaft als Ganzes, um sich selbst die größtmögliche Innovation zu sichern.

Aussicht auf 2020: Junge Menschen müssen eigene Wege einschlagen und sich selbst testen, um herauszufinden, wie sie die bestmöglichen Ergebnisse erzielen. Ganz im Gegenteil dazu werden gegenwärtig „junge Menschen in Ausbildung und Bildung gedrängt, für die sie sich nicht bereit halten, und junge Menschen, die ein hohes Risiko aufweisen, die sich aber bereits in Schule, Arbeit oder Ausbildung befinden, werden von diesem Angebot ignoriert“ (Yates und Payne 2006: 331), wohingegen es Teil der Europa 2020-Strategie ist, „das „Potenzial“ junger Menschen durch eine hochwertige Bildung und Ausbildung, eine erfolgreiche Einbindung in den Arbeitsmarkt und eine gewachsene Mobilität freizusetzen“ (MacDonald 2011: 439). Die Unterstützung der Bürger könnte hier tatsächlich dienlich sein, um nicht das Potenzial und das Talent junger Menschen zu verschwenden. Noch einmal, jungen Menschen diese Art von Unterstützung zu geben, wird in der Definition von NEET nicht erwogen, es sei denn, es nimmt die Gestalt formal anerkannter Schul- oder Berufsabschlüsse an, was natürlich nicht immer der Fall ist. Es bleibt zu hoffen, dass 2020 den jungen Menschen eine größere Unterstützung zur Verfügung stehen wird, um ihre eigenen Wünsche umzusetzen, sei es durch finanzielle Hilfen oder anderweitig.

6. Schlussfolgerungen

Das Konzept der NEET sollte als Grundlage für einen ganzheitlichen Ansatz für die Probleme der Jugend dienen, einer, der weiter gefasst war, als lediglich Beschäftigung, was zu dieser Zeit die Jugenddebatte dominierte. Ich habe jedoch die Gründe, warum diese Kategorie als zu eng und auch als irreführend betrachtet werden kann, dargelegt. Es wurden auch weiter gefasste Kategorien vorgeschlagen, wie z. B. die

„soziale Generation“ (Furlong et al. 2011), um „anhand einer systematischen Analyse der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bedingungen, die junge Menschen beeinflussen“ zu untersuchen, „wie die Bedeutung und die Erfahrung eines Alters von den sozialen Bedingungen geformt wird“ (S. 361).

Neben einer Beurteilung der Kategorie NEET, ihrer Verwendung und Geschichte habe ich einige Kritikpunkte angebracht und versucht, sie in einen anderen Kontext zu stellen, als den, für den sie beabsichtigt waren, i. e. das heutige Italien. Diese Vorgehensweise ist weder spekulativ noch futuristisch, da der Gebrauch der NEET-Kategorie in Italien bereits weit verbreitet ist. Sie geht jedoch einher mit einigen spekulativen Faktoren, da sie eine allgemeine Reflexion darüber fördern soll, wie die Kategorie heute in Europa verwendet wird, welche Unstimmigkeiten bei der Anwendung übersehen werden und welche Vorbehalte es hinsichtlich eines zukünftigen Gebrauchs gibt. Diese Einschränkungen beziehen sich vorwiegend auf die Vielfalt der Ansprüche der Bürgerrechte und Bildungs- und Berufsangebote sowie auf die Ausgewogenheit der Beziehungen zwischen den Generationen. Noch wichtiger ist die Tatsache, dass sich scheinbar neue Möglichkeiten für die Jugendbeschäftigung ergeben, die hoffentlich stärker auf die Wünsche und Neigungen der Jugend eingehen werden, im Gegensatz zu der Vorgehensweise, sie „in Schubladen zu stecken“. Dieser Prozess ist zu willkürlich und achtet nicht die Bedürfnisse der Jugend. Außerdem steht sie im Widerspruch zu den Empfehlungen der EU in diesem Bereich. Es sind nicht nur mehr Jobs vonnöten, sondern auch Arbeitsplätze, die besser und erfüllender sind. Zusammenfassend sollten wir anerkennen, dass das Konzept der NEETs länderspezifisch ist, durchdrungen von einer bestimmten Ideologie, die für eine vergleichende Forschung wenig nützlich ist; vor allem ist es ein statisches Konzept (wie in den meisten politischen Kontexten gebraucht), was diese Kategorie für die Unterstützung junger Menschen kaum geeignet macht, die ihren Platz in einem sich rasch verändernden, dynamischen Arbeitsmarkt finden müssen; außerdem verweigert das Konzept ihnen das Recht, bedeutsame Entscheidungen für sich selbst zu treffen. Junge Menschen bauen ihr Leben auf den institutionellen Mitteln auf, die sie in ihrem eigenen Referenzrahmen vorfinden, und ihr gesamtes Leben, wie in der erfundenen Geschichte von Tommy Butler (Williamson 2001), ist mit den politischen Maßnahmen verwoben, die Politiker in der Lage sind anzubieten, um auf ihre Bedürfnisse als vollwertige Bürger einzugehen. Es ist daher ratsam, dass diese Maßnahmen ihre sozialen, wirtschaftlichen und historischen Bedingungen widerspiegeln.

Bibliografie

Arnett, J. (2000), High hopes in a grim world, emerging adults' views of their futures and 'Generation X', *Youth & Society*, 31(3), S. 267-286.

Beck, U. (1992), *Risk society. Towards a new modernity*, Sage, London.

Chen, Y. W. (2011), Once a NEET always a NEET? Experiences of employment and unemployment among youth in a job training programme in Taiwan. *International Journal of Social Welfare*, 20, S. 33-42.

Colombo, S., Regini, M. (2009), Quanti 'modelli sociali' coesistono in Italia? *Stato e mercato*, 2, S. 234-261.

- Congi, G. (2001), Perché non emigrano. *Sociologia e Ricerca Sociale*, 22(65), S. 137-147.
- Coughlan, S. (2012), Neets lack skills needed for first jobs. BBC news, 23. Mai 2012.
- Cuzzocrea, V. (2011), Flexi-jobs or flexi-lives? Odoja, Bologna.
- Cuzzocrea, V., Tavani C., Superimposing discourses, exacerbating uncertainty: the case of 'Young Researchers' in the Law 7/2007 of the Autonomous Region of Sardinia, (im Erscheinen).
- Da Roit, B., Sabatinelli S. (2005), Il modello mediterraneo di welfare tra famiglia e mercato. *Stato e Mercato*, 74, S. 267-290.
- Davidson, M. (2012), NEETs: the forgotten underclass. The Telegraph, 15. November 2012.
- Diamanti, I. (1999), La generazione invisibile. Edizioni Il Sole 24 Ore, Milano.
- Esping-Andersen, G. (1990), Three worlds of welfare capitalism, Polity, Cambridge.
- Esping-Andersen, G. (1999), Social foundation of post-industrial economies, Oxford University Press, Oxford.
- Eurofound (2011), Young people and NEETs in Europe: first findings. Eurofound, Dublin.
- Eurofound (2012), NEETs – Young people not in employment, education or training: characteristics, costs and policy responses in Europe. Publications Office of the European Union, Luxemburg.
- European Commission (2010), Youth on the move. Publications Office of the European Union, Luxemburg.
- Ferrera, M. (1996), The Southern model of welfare in Social Europe. *Journal of European Social Policy*, 6(1), S. 17-37.
- France, A. (2007), Understanding youth in late modernity. McGraw-Hill International, Open University Press, Edinburgh.
- Furlong, A. (2006), Not a very NEET solution: representing problematic labour market transitions among early school-leavers. *Work, employment and society*, 20(3), S. 553-569.
- Furlong, A. (2007), The zone of precarity and discourses of vulnerability: NEET in the UK. *The Journal of Social Sciences and Humanities* (Jinbun Gakuho), 381, S. 101-121.
- Furlong, A., Woodman, D., Wyn J. (2011), Changing times, changing perspectives: reconciling 'transition' and 'cultural' perspectives on youth and young adulthood. *Journal of Sociology*, The Australian Sociological Association, 47(4), S. 355-370.
- Jones, G. (2002), The Youth divide: diverging paths to adulthood. Joseph Rowntree Foundation, York.
- Keune, M. (2008), Between innovation and ambiguity. The role of flexicurity in labour market analysis and policy making. In: Hendrickx, F. (Hrsg.), Flexicurity and the Lisbon Agenda. A cross disciplinary reflection. Intersentia, Antwerpen.
- Istance, D., Rees, G., Williamson, H. (1994), Young people not in education, training or employment in South Glamorgan, South Glamorgan Training and Enterprise Council, Cardiff.
- MacDonald, R. (2011), Youth transitions, unemployment and underemployment. Plus ça change, plus c'est la même chose? *Journal of Sociology*, 47(4), S. 427-444.

Mascherini, M., Vidoni, D., Manca, A. R. (2010), Exploring the determinants of civil participation in 14 European countries: one-size-fits none. *European Sociological Review*, 27(6), S. 790-807.

National Report (2012), First cooperation cycle of the EU Youth Strategy 2010-2012 Italy. Verfügbar unter http://ec.europa.eu/youth/documents/national_youth_reports_2012/italy.pdf (aufgerufen am 13. Februar 2013).

Roberts, S. (2012), One step forward, one step Beck: a contribution to the ongoing conceptual debate in youth studies. *Journal of Youth Studies*, 15(3), S. 389-401.

Roberts, S. (2011), Beyond, 'Neet' and tidy pathways: considering the, 'missing middle' of youth transition studies. *Journal of Youth Studies*, 14(1), S. 21-40.

Roberts, S. (2010), Misrepresenting choice biographies?: a replay to Woodman. *Journal of Youth Studies*, 13(1), S. 137-149.

Social Exclusion Unit (1999), Bridging the gap: new opportunities for 16-18 year olds, report by the Social Exclusion Unit, Cabinet Office Press Office.

Scottish Executive (2005), Literature review of the NEET group. York Consulting Limited, Scottish Executive Social Research 2005, Edinburgh.

Shepherd, J. (2011), Record Number of people not in education, work or training. The Guardian, education correspondent, 24. Februar 2011.

Shildrick, T., MacDonald, R. (2006), In defence of subculture: young people, leisure and social divisions. *Journal of Youth Studies*, 9(2), S. 125-140.

Volontè, L. (2012), The young generation sacrificed: social, economic and political implications of the financial crisis report. Speech, Doc 12951, Resolution 1885 and Recommendation 2002 (2012), Committee on Social Affairs, Health and Sustainable Development, Youth event on, 'young people's access to rights: development of innovative youth policies', 22.-23. September 2002. St. Petersburg.

Walther, A. (2006), Regimes of youth transitions. Choice, flexibility and security in young people's experiences across different European contexts. *Young*, 14(2), S. 119-139.

Williamson, H. (1997), Status Zero, youth and the, 'underclass': Some considerations. In: MacDonald, R. (Hrsg.), Youth, the, 'underclass' and social exclusion. Routledge, London.

Williamson, H. (2001), From Tommy Butler' to Tony Blair. A story of marginalised youth and public policy. *ESRC Youth, Citizenship and Social Change Newsletter*, Issue 3, Winter 2000/Spring 2001, S. 6-8.

Williamson, H. (2005), Young people and social inclusion. An overview of policy and practice. In: Barry, M. (Hrsg.), Youth policy and social inclusion. *Critical debates with young people*, Routledge, London.

Woodman, D. (2009), The mysterious case of the pervasive choice biography: Ulrich Beck, structure/agency, and the middling state of theory in the sociology of youth. *Journal of Youth Studies*, 12(3), S. 243-256.

Yates, S., Payne, M. (2006), Not so NEET? A critique of the use of, 'NEET' in setting targets for interventions with young people. *Journal of Youth Studies*, 9(3), S. 329-344.

2020 gehört jungen Unternehmern

Ajsa Hadzibegovic

Einleitung

Anstatt die Ideen einzuführen, die in diesem Dokument präsentiert und erörtert werden, würde ich gern meine „Definition“ dessen geben, was ich unter Unternehmer verstehe. Ich finde die existierenden Formulierungen, Definitionen und Beschreibungen unzureichend. In der sich wandelnden Welt, in der wir leben, verändert sich das, was Unternehmer bedeutet, sogar noch schneller. Es gibt jedoch bestimmte Merkmale, die meines Erachtens Unternehmer beschreiben, daher möchte ich sie Ihnen mitteilen und Sie bitten, über diese Arten von Unternehmern nachzudenken, denen „2020 gehört“ und die unsere Gesellschaften anführen. Unternehmer sind:

- ▶ *Rastlose Suchende*: Für Innovationen muss man in der Lage sein, jeden Aspekt der „traditionellen Methoden“ in Frage zu stellen;
- ▶ *Selbstbewusste Optimisten*: Wenn man eine Idee in die Tat umsetzt, muss man auf alle Arten von Problemen gefasst sein und diesen mit einem festen Glauben an den Erfolg begegnen;
- ▶ *Kooperierende Konkurrenten*: Um eine Idee umzusetzen, muss man ihre Nachteile untersuchen und sie durch die Zusammenarbeit mit anderen verbessern, wobei man gleichzeitig leidenschaftlich die eigene Umsetzungsform verfolgen muss.

Ich habe solche Unternehmer getroffen, und ich glaube, wir brauchen mehr von ihnen, und nicht nur im Geschäfts- und Wirtschaftssektor, sondern auch in der Politik und in den sozialen Bereichen. So stelle ich mir 2020 vor und auf den folgenden Seiten können Sie mehr über die Möglichkeiten und Hürden im Hinblick auf diese Zukunft erfahren.

Verändern des Bildungsparadigmas

„Unsere Schüler haben sich radikal verändert. Die Schüler von heute sind nicht mehr die Menschen, für deren Ausbildung unser Bildungssystem geschaffen wurde.“
(Prensky 2001)

In letzter Zeit höre ich häufig, dass unsere Schulen in ihrem Bildungsauftrag versagen, und es nicht schaffen, verantwortungsvolle Bürger zu erziehen. Noch schlimmer – sie scheitern daran, erfolgreiche Unternehmer zu schaffen. In vielen Staaten werden Bildungsreformen in der einen oder anderen Form durchgeführt, um ihre Bildungssysteme zu verbessern und zu modernisieren. Allerdings variiert die Vorstellung von „Verbesserung“ und lässt viel Raum für das Vermeiden des Wesentlichen. Wir diskutieren die Leistung der Lehrer und wie gut sie vorbereitet sind, im Zeitalter von IT zu unterrichten. Wir erörtern Wege für die Verbesserung standardisierter Tests, damit wir leichter die Mängel in den Lehrplänen erkennen. Wir versuchen zu ergründen, wie man die Jugend heute für die Jobs von morgen ausbildet. Und ich komme nicht umhin, mich zu fragen: Ist das die Aufgabe des Bildungssystems?

Phillips (2009) wirft die Frage auf, ob „Bildung im Wesentlichen konservativ ist oder ob sie ein Mittel (oder DAS Mittel) für den sozialen Wandel sein kann“. Ich würde argumentieren, dass Bildung „das“ Mittel für sozialen Wandel sein kann. Allerdings muss sich die Vorstellung dessen, was Bildung ist, drastisch ändern und sich auf das konzentrieren, was das individuelle Lernen für die Entwicklung und das Erreichen des eigenen Potenzials erfordert. Die Bildung müsste sich ändern und neue Technologien und die sozialen Medien als eine der wichtigen Lernressourcen und Lern-Tools einschließen. Bildung, als Mittel des sozialen Wandels, oder vielmehr eine „ganzheitliche Bildung“, würde sich erheblich von dem unterscheiden, was wir heute kennen. Große Veränderungen würden einen größeren Raum für „Learning by doing“ (Lernen durch Handeln) im Rahmen von gemeinschaftlichem Handeln und „experimentelles Lernen“ durch die Zusammenarbeit in einem Lernprozess verlangen, der von den einzelnen Lernenden selbst bestimmt wird. Dies würde bedeuten, dass die Form der Bildung, die man momentan als außerschulische Bildung kennt, eine zentrale Rolle im allgemeinen Bildungssystem spielen würde. Denn der Wert der außerschulischen Bildung im Kontext der Jugendarbeit in den Übergangstaaten von heute und morgen liegt in ihrer multiplen Funktion: Entwicklung von Selbstvertrauen, kritischem Denken und Kommunikationskompetenzen, Ermöglichen einer emotionalen Kompetenzentwicklung, Sicherstellen der Übernahme von Verantwortung für sich und andere, Steigerung der beruflichen Vermittelbarkeit, Entwicklung einer selbständigen Persönlichkeit, Förderung der europäischen Bürgerschaft, Förderung einer reflektierenden Kultur, Einsatz für den interkulturellen Dialog, Ermöglichen der sozialen Integration, Steigerung der Beteiligung... hat diese Liste überhaupt ein Ende? Die Zukunft wird im Bildungsbereich die Trennlinien zwischen formal und informell verwischen, und wir werden über eine „ganzheitliche Bildung“ sprechen, die in vielfältigen, aber gleichwertigen Rahmen stattfinden wird. Die Bezeichnung „ganzheitliche Bildung“ reflektiert schließlich die zugrunde liegenden Werte und Grundsätze der lernerorientierten Bildung, die den Geist (Wissen), die Hände (Fertigkeiten), die Herzen (Werte) und Seelen (die Essenz dessen, wer eine einzelne Person ist) anspricht.

Sir Ken Robinson (2008) sieht die Herausforderung darin, „nicht die Bildung zu reformieren, sondern sie in etwas Anderes umzuwandeln“. Er argumentiert, es seien andere Voraussetzungen zu berücksichtigen. Anstatt zu ergründen, was ein Staat braucht, schlägt er vor, dass wir uns betrachten, was Menschen motiviert, was sie an Lernen und Entwicklung spannend finden, was sie antreibt, welche Talente sie

haben und wofür sie Leidenschaft empfinden. Dies ist eine große Herausforderung, der wir uns stellen, wenn wir einen Ausblick auf 2020 wagen. Kann man die Prämissen für das neue Bildungssystem darauf basieren, jedes einzelne Talent in jedem Kind und in jedem jungen Menschen im Verlauf seines Lebens zu entdecken und zu fördern? Können wir ein Bildungssystem ohne eingetragene Wirtschaftsgrundsätze schaffen, das in Folge nicht notwendigerweise dem Fach Naturwissenschaften Vorrang vor Kunst einräumt? Können wir uns ein Jahr 2020 oder später vorstellen, in dem ein Abschluss implizieren würde, dass man eine anspruchsvolle Reise der Selbsterkenntnis durchlaufen hat, bei der man gelernt hat, wie man lernt, und bei der man sich als Person entwickelt hat? Ich kann das. Damit dies aber geschehen kann, müssen wir die Bildung völlig neu entdecken und dabei diese neuen Umstände berücksichtigen. Die Entscheidungsträger in den führenden Bildungsinstitutionen müssen den Zweck und die Philosophie von Bildung neu definieren. Die Lehrer müssen die Interdependenz von Unterrichten und Lernen neu entdecken, stetig ihr eigenes Lernen fortführen, um in der Lage zu sein, den Lernenden relevante Lerntipps und Unterstützung zu geben. Die Eltern müssen beharrlich ein Bildungssystem fordern und sich aktiv in dieses einbringen, das stärker auf die einzelnen Lernenden eingeht. Die Jugendarbeiter müssen die Anerkennung des Lernens intensivieren, das im Rahmen von Jugendaktivitäten sowie in verschiedenen nicht-formalen Bildungsrahmen stattfindet.

Robinson ist der Überzeugung, dass wir mit der heutigen Bildungsform systematisch (wenn auch nicht vorsätzlich) die Vorstellungskraft in unseren Kindern und in uns zerstören. Er sagt: „Wir tun dies routinemäßig, ohne darüber nachzudenken, und das ist das Schlimmste, weil wir bestimmte Ideen über Bildung, über Kinder, was Bildung ist, über soziale Bedürfnisse und gesellschaftliche Nützlichkeit, über wirtschaftliche Zwecke als gegeben betrachten. Wir betrachten diese Ideen als vorgegeben und sie erweisen sich als unwahr“ (Robinson 2008). Darüber hinaus behauptet Robinson, dass unsere Bildungssysteme sich nicht wesentlich verbessern, weil die Entscheidungsträger nicht verstehen, dass das Hauptproblem nicht lautet, wie man das System effizienter verwalten kann, sondern vielmehr, wie man die Qualität des Lernens verbessert. Es ist, so Robinson, besonders wichtig, die Erfahrung der einzelnen Lernenden zu verbessern und jede Schule einzeln und nicht alle Schulen als eine Masse zu behandeln. Er nennt diesen Ansatz „einen Wechsel von der industriellen Metapher von Bildung zu einer landwirtschaftlichen Metapher“ und erklärt: „Was geschieht, wenn man zu den Menschen durchdringt, etwas von ihnen fordert, ihnen die Gelegenheit gibt, das zu zeigen, was sie können, und ihre Talente einbindet? Dann erhält man eine Umgestaltung, das ist das Paradigma“ (Robinson 2008). Damit der „landwirtschaftliche“ Ansatz tatsächlich funktioniert, erfordert er gemeinsame Bemühungen aller Akteure, die im Bildungsbereich und bei der Erziehung junger Menschen tätig sind. Die Rolle der Eltern ist ausschlaggebend und ihr Verstehen und ihre Umsetzung dieses Ansatzes würden ihm großen Einfluss verleihen. Schließlich müssen auch die Jugendarbeiter, also jene, die bereits die Farmer in dieser Landwirtschafts-Metapher sind, eine wichtige Rolle spielen, in dem sie die Belege vorlegen, dass es funktioniert. Der erfolgreiche Prozess der Anerkennung von Kompetenzen, die im Rahmen der außerschulischen Bildung erlangt werden, würde eine solche Bestätigung sein.

Lassen Sie uns nun die technische Entwicklung in diese Gleichung einbringen und die Rolle, die sie bei der Bildung spielt und spielen könnte. Professorin Helen Haste spricht über fünf Kompetenzen, die den Lernenden vermittelt werden müssen, um ihnen die Anpassung an eine Welt der Veränderungen zu erleichtern:

- ▶ Umgang mit Mehrdeutigkeiten: Hierbei geht es darum, den jungen Lernenden das Multitasking zu vermitteln und sie darauf vorzubereiten, nicht angstvoll auf mehrdeutige Situationen zu reagieren. Damit ist es die Aufgabe der Erzieher und des Bildungssystems, die „eine lineare Lösung“ als vorherrschende Denk- und Verhaltensweise aufzugeben.

Ich verstehe diese „Kompetenz“ dahingehend, dass sie auch in erheblichem Umfang das vielfältige Denken fördert, über das Robinson spricht.

- ▶ Eigeninitiative und Verantwortung: Hierbei geht es darum, ein „aktiv Handelnder“ zu sein, der mit der Welt interagiert und in der Lage ist, im Vertrauen auf seine Fähigkeiten seiner Umwelt zu begegnen. Es geht auch darum, Verantwortung für das zu übernehmen, was in Folge einer solchen Interaktion oder des Fehlens derselben geschieht.

Daher würde ich es als die Aufgabe der Erzieher betrachten, solche Lernsituationen zu schaffen und derjenige zu sein, der jungen Lernenden Selbstvertrauen „einimpft“.

- ▶ Gemeinschaft finden und erhalten: Hierbei geht es um den Umgang mit den verschiedenen Gemeinschaften, in denen wir leben, einschließlich derjenigen im Internet. Es geht um Multitasking bei der Schaffung von Verbindungen und im interaktiven Umgang (einschließlich Einsatz von Technologien, um dies zu tun), aber auch um die Aufrechterhaltung dieser Verbindungen.

Ich glaube, die größte Herausforderung für die Erzieher würde es sein, eine Balance zwischen dem Schaffen und Erhalten von Verbindungen zu vermitteln. Beeinflusst von einer größeren Präsenz neuer Technologien in unserem Leben wird Letzteres ziemlich vernachlässigt.

- ▶ Umgang mit Emotionen: Hierbei geht es um die Abkehr von der Idee, dass Vernunft und Gefühl voneinander getrennt sind, und den jungen Menschen zu vermitteln, wie man beides miteinander verbindet, ohne eines überhand nehmen zu lassen.

Ich verstehe diese „Kompetenz“ als Streben nach Selbstentwicklung, die fest in der „ganzheitlichen Bildung“ verwurzelt sein sollte.

- ▶ Umgang mit technologischem Wandel: Hierbei geht es um den Umgang mit den Folgen technologischer Entwicklungen.

Dies bedeutet meines Erachtens eine hohe Anpassungsfähigkeit an und das Verstehen von Veränderungen, die durch Technologien in allen unseren Lebensbereichen herbeigeführt werden.

Der soziale Wandel verläuft eindeutig nicht linear, und wir wissen immer noch nicht, wohin uns die Veränderungen, die wir heute erleben, in Zukunft führen werden. Junge Menschen, so Professorin Haste, werden jedoch Handelnde bei ihrer eigenen Enkulturation und bei ihrem eigenen Lernen. Aus diesem Grund muss man sich die Bildung aus der Position anschauen, in der sich die jungen Menschen in Bezug zur Welt und in Bezug auf das, was sie bereits tun, befinden. Sie sagt: „Wir sollten uns Bildung als von unten nach oben, gemeinschaftlich und interaktiv

vorstellen.“¹ Aus diesem Grund muss die ganzheitliche Bildung sich an der Perspektive der jungen Menschen und gleichzeitig der Perspektive der Nutzer der neuen Technologien ausrichten, und die muss kooperativ, anstatt konkurrierend, gemeinschaftlich, anstatt isoliert sein und mit der Technologie fein abgestimmt werden.

Lassen Sie uns die Zweifel beiseite schieben und lassen Sie uns diesen Paradigmenwechsel vorstellen. Selbst wenn Sie aus dem Balkan kommen, fällt es nicht extrem schwer, sich eine plausible Zukunft voller entschlossener Personen vorzustellen, die mit sich im Reinen sind und Mitgefühl für andere haben. Die Zukunft, die die Science Fiction-Fernsehserie „Raumschiff Enterprise“ als denkbare Option vorstellte, als eine Zeit, in der die Werte nicht durch den Wirtschaftsrahmen vorgegeben sind. Dies scheint doch etwas abwegig zu sein. Der erste Schritt jedoch, den wir für 2020 erwarten können, ist greifbar. Ein richtungsweisender Leitfaden ist die „Study on the impact of non-formal education in youth organisations on young people’s employability“ (Studie über die Auswirkungen der außerschulischen Bildung in Jugendorganisationen auf die Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen), die anerkennt und empfiehlt, dass „Bildung über die rein instrumentellen Erwägungen hinausgehen muss, Menschen mit den Fähigkeiten auszustatten, die sie für eine aktive Beteiligung an der Gesellschaft und die persönliche Entwicklung benötigen“ (Bath University/GHK Consulting 2012). Selbst heute bilden sich junge Menschen laufend fort und sind innovativ, indem sie eigenständig relevante Informationen, Kenntnisse, Fähigkeiten suchen, die sie benötigen. Sie setzen die neuen Technologien selbstbewusst dafür ein und arbeiten zusammen, um individuelle Ziele zu erreichen. Es scheint, dass der primäre Faktor, der sie behindert, die Tatsache ist, dass sie verpflichtet sind, signifikante Zeit darauf zu verwenden, in traditionellen Klassenzimmern zu sitzen und Vorträgen zu lauschen (?). Wenn dieser vorgegebene Weg flexibler und weniger strikt wäre, könnten wir uns dann eine „ganzheitliche Bildung“ für diese jungen Menschen vorstellen? Und die Ergebnisse wären sehr wahrscheinlich äußerst schwer vorherzusagen, insbesondere zu Beginn. Es muss bei den jungen Menschen, die heute eigenorientierte Lernprozesse durchlaufen, ein bisher einzigartiger Bewusstseinswandel erfolgen. Die Herausforderungen im Hinblick auf die Beibehaltung des Fokus und die volle Übernahme der Verantwortung für alle möglichen Misserfolge scheinen überwältigend. Aus diesem Grund würde meines Erachtens dieser Ansatz am besten funktionieren, wenn er sehr früh in der Entwicklung einer Person eingeführt würde. Erneut sind die Eltern ausschlaggebend für einen solchen Wandel.

Junge Menschen im heutigen Europa

„Unsere Gesellschaften sind weit davon entfernt, positive soziale Bedingungen und Arbeitsbedingungen zu schaffen, in denen sie dies tun können [i. e. eine ‚lebensumspannende‘ Lebensqualität anstreben] – [daher] verlassen sich die jungen Menschen entweder auf ihre Familien oder auf ihren eigenen Einfallsreichtum und ihre eigenen Ressourcen.“

(Chisholm und Kovatcheva 2002)

1. Vgl. http://www.politichegiovani.li.regione.lombardia.it/cs/Satellite?cid=1213462586442&p=1213462586442&pagename=DG_Giovan%2FMILLayout&cid=1213462586442&p=1213462586442&pagename=DG_GSTSWrapper, aufgerufen am 13. Februar 2013, in italienischer Sprache.

Es bestehen gute Chancen, dass sich das wertvollste Lernen aus dem Umgang mit Krisen ergibt. Anstatt also über die täglichen Nachrichten von Europa in der Krise zu verzweifeln und wie Europa nie gekannte Arbeitslosenzahlen erlebt, denke ich lieber darüber nach, was wir aus dieser Situation lernen können. Wie sind wir hierher geraten und wie können wir es ändern? Aus diesem Grund betrachte ich die Situation junger Menschen im heutigen Europa, wie sie in verschiedenen Strategien, Übereinkünften und Aktionen der EU beschrieben wird. Sich auf junge Menschen zu konzentrieren, scheint laut den Verfassern der „Europa 2020“-Strategie der richtige Weg zu sein.

Die Strategie legt als Zielvorgabe fest, die Zahl der Schulabbrecher zu reduzieren und Abschlüsse im Tertiärbereich zu erhöhen. Wie sehr ich auch dieser Vorgabe in Bezug auf die Schulabbrecher zustimme, glaube ich jedoch, dass wir es mit den Abschlüssen im Tertiärbereich bereits übertrieben haben. Das Einschreiben für einen Master oder einen Doktor wird zum Ersatz für eine Anstellung und entspringt dem Fehlen einer Möglichkeit, ein selbständiges Leben zu beginnen. Insbesondere auf dem Balkan scheint die Untergrenze für Bildung auf einen Master angehoben worden zu sein. Leider hat diese Entwicklung zur Folge, die Erwartungen dieser jungen Abschlussinhaber zu erhöhen, dass sie hochrangige Positionen erreichen und bis an ihr Lebensende glücklich sein werden. Aus diesem Grund lautet die ausschlaggebende Frage für die ganzheitliche Bildung der Zukunft, wie man Menschen auf ihre persönliche Entwicklung fokussiert, bei gleichzeitiger Vermittlung, dass jeder Job wichtig ist, ungeachtet des Umfangs an Fachwissen oder theoretischem Wissen, diesen auszuüben. Die „neuen“ Jobs werden geschaffen, und die jungen Menschen können sie kreieren. Für Ende 2012 wurde für Serbien gemeldet, dass es Software im Wert von €200 Mio. exportiert. Das übersteigt zum ersten Mal den Export von Himbeeren (€140 Mio.), die bisher die führende Exportware Serbiens waren. Wenn man bedenkt, dass junge Menschen vorrangig die IT-Industrie ausmachen, besonders im Bereich Softwareentwicklung, wird deutlich, dass junge Menschen heute die Unternehmenswelle anführen.

Lassen Sie uns mehrere Initiativen betrachten, die der „Europa 2020“-Strategie entspringen, um zu verstehen, wie junge Menschen heute von den politischen Entscheidungsträgern gesehen werden. Die Vorzeige-Initiative „Jugend in Bewegung“ gibt uns den Hinweis, dass junge Menschen alle möglichen Grenzen überschreiten sollen, i. e. physische Grenzen mit Reisepässen und die schwierigeren (inter-)kulturellen Grenzen. Vielleicht auch, dass junge Menschen sich selbst an verschiedenen Fronten und in neuen Umgebungen fordern sollten. Die Programme „Jugend in Aktion“ und „Lebenslanges Lernen“ enthalten die Richtlinien für eine größere Lernmobilität, für eine verstärkte Beteiligung junger Menschen und für eine Förderung ihrer Vermittelbarkeit. Anfang 2014 wird es ein neues EU-Programm geben. Dies ist die ideale Chance, drastische Veränderungen vorzunehmen und den Weg für ein neues System festzulegen, das jungen Menschen ermöglicht, sich für eine „ganzheitliche Bildung“ zu entscheiden. Die „Youth Opportunities Initiative“ spricht ehrlich an, dass die Vermittelbarkeit und die Beschäftigung von jungen Menschen die Sorge der Entscheidungsträger sind. So gibt es viele Aussagen darüber, dass die Jugend Verantwortung und Führung übernehmen, dass man

sie bei der Umsetzung ihrer Ideen unterstützen und ihre Kapazitäten steigern muss – daher wären die verbleibenden Forschungsansätze die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit dieser Tools. Des Weiteren die Möglichkeit junger Menschen, ihre Weiterbildung voranzutreiben und wie sich diese Programme zu den anderen europäischen, nationalen und lokalen Programmen verhalten – wie gut sind sie aufeinander abgestimmt? Die Erkenntnisse aus dieser Forschung könnten neue Perspektiven eröffnen, was und wie man dies tun sollte.

Es gab in gewissem Umfang Forschung für den EU-Jugendbericht (2010-2012), der am 10. September 2012 angenommen wurde. Der Bericht fordert, dass Jugendbeschäftigung, soziale Eingliederung, Gesundheit und Wohlergehen von jungen Menschen zu den obersten Prioritäten der Jugendpolitik der EU gehören müssen. Der Bericht unterstreicht, dass „die EU und die Mitgliedstaaten mehr für die Unterstützung junger Menschen tun müssen, die die Hauptlast der Wirtschaftskrise erleben“ (Europäische Kommission 2012). Lassen Sie uns betrachten, wie der Bericht junge Menschen darstellt² und was wir „mehr tun“ können.

Bildung und Beschäftigung

Der Anteil von Studenten steigt, während der junger Angestellter zurückgeht. Selbst mit dem Trend, die Krise zu vermeiden, indem man „wieder zur Schule geht“, gibt es immer noch das Problem, dass eine signifikante Anzahl von Jugendlichen einfach „draußen“ steht – sie sind weder in einem Beschäftigungsverhältnis, in der Schule/Uni noch in einer Ausbildung. Die Arbeitslosenrate bei jungen Menschen (15-24 Jahre) steigt, aber laut Bericht steigt auch die Rate der selbständigen jungen Menschen.

Bei näherer Betrachtung zeigen die Grafiken jedoch, dass die durchschnittliche Selbständigkeit der EU-27 bemerkenswert niedrig ist, selbst für die aktivste Gruppe der 25-29-Jährigen (zwischen 8-9 %) und mit einer geringen Abnahme im Vergleich der Daten für die Jahre 2000 und 2010. Es ist schade, dass es keine weiteren Analysen dieses Trends gibt, die uns einen Ausblick auf 2020 gestatten würden. Da jedoch mehr als 40 % der jungen Menschen wünschen, ein eigenes Unternehmen zu gründen (siehe Abb. 1), glaube ich, dass es an der Zeit ist, die Entscheidungsträger zu drängen, ein förderndes Umfeld zu schaffen und den natürlichen Anstieg der Zahlen in diesem Bereich zu ermöglichen. Ich werde mich nicht mit der Frage befassen, warum so viele junge Menschen motiviert sind, ihr eigenes Unternehmen zu gründen: Ist es ihre Antwort auf die Krise – Verantwortung für ihre eigene Beschäftigung zu übernehmen? Oder ist es die Folge einer materialistischen und konsumistischen Welt, i. e. man muss mehr verdienen und den Status als Unternehmer, Boss bewahren?

2. Verfügbar unter <http://bollentispiriti.regione.puglia.it>, aufgerufen am 13. Februar 2013, in italienischer Sprache.

Abb. 1. EU-J: Jugendbarometer: Der Wunsch junger Menschen, ein eigenes Unternehmen zu gründen, EU-27 Durchschnitt, 2011



Quelle: 2011 Flash Eurobarometer 319b „Jugend in Bewegung“

Hinweis: Die Frage lautete: „Würden Sie gerne in der Zukunft ein eigenes Unternehmen gründen?“

Dessen ungeachtet kann die Einbindung in Freiwilligenprogramme, besondere Ausbildungsangebote und Praktika dazu beitragen, die Erfahrung von jungen Menschen zu erweitern und einen unproblematischeren Übergang von der Schule in die Beschäftigung ermöglichen. Darüber hinaus sollten europäische, nationale und lokale Strategien für Jugendliche Maßnahmen zur Förderung des Unternehmergeistes bei jungen Menschen und konkrete Maßnahmen zur Unterstützung ihrer Gründungsideen vorsehen. Außerdem könnten Lösungen in der jugendfreundlichen Anerkennung und Prüfung der Lernergebnisse liegen, die anderweitig erworben werden, was wiederum die jungen Menschen wieder in Bildung oder Beschäftigung einbinden würde. Dies würde jedoch auch einen stärkeren Glauben der jungen Menschen und des Jugendsektors an den Wert dieser Anerkennung und Prüfung erfordern und dementsprechend ihr koordiniertes Handeln in dieser Richtung. Im Bemühen um eine Anerkennung von Jugendkompetenzen könnte es sich lohnen, Kompetenzen, die durch Freiwilligentätigkeit erworben werden, mit jenen aus dem Arbeitsleben zu verbinden.

Ich glaube, wenn ich mir die globale Instabilität der Arbeitsmärkte und wie sie sich in Zukunft entwickeln werden betrachte, dass sich die Erfahrung von jungen Menschen mit Zeitverträgen und ungewöhnlichen Arbeitszeiten als Vorteil erweisen wird. Es bleibt jedoch die Herausforderung der Bildungssysteme, die Anpassungsfähigkeit junger Menschen an sich verändernde Umstände zu fördern.

Stellung in der Gesellschaft

Junge Menschen sind heute immer mobiler, nutzen die außerschulische Bildung und bringen sich stärker in das demokratische Leben ein. Das Wohlergehen junger Menschen ist jedoch einem starken Druck ausgesetzt, da sie am stärksten von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind.

Auch wenn neue Technologien Grenzen aufheben, trägt die Tatsache, dass auch die physische Mobilität steigt, zum Schnappschuss von 2020 bei, der im vorausgegangenen Abschnitt beschrieben wurde. Das wachsende Misstrauen im Hinblick

auf das politische Establishment zwingt die jungen Menschen dazu, alternative Wege für das Verfolgen von Plänen und politischen Themen zu gehen, die ihnen am Herzen liegen. Diese Energie und Bereitschaft der Jugend zur Mitwirkung sollte vom Bildungssystem gefördert werden, ebenso durch konkrete Maßnahmen, die im Rahmen der Jugendpolitik umgesetzt werden. Wie es die Schlussfolgerungen des Berichts bereits implizieren, erzielen strukturierte Angebote für Freiwilligentätigkeit, Einbeziehung in außerschulische Bildung und die Anerkennung erworbener Kompetenzen eine größere Partizipation von jungen Menschen.

Während jedoch, so Peter Lauritzen (2008), der Trend dahin geht, dass „Jugendarbeit sich immer stärker mit Arbeitslosigkeit, schulischem Scheitern, Marginalisierung und sozialer Ausgrenzung“ befasst, ist es grundlegend, die Reichweite zu erweitern. Im Bericht wird der Jugendarbeit eine wichtige Rolle „bei der Unterstützung junger Menschen in ihrer persönlichen Bildung und bei der Erfüllung und Festigung ihrer Identität unter Altersgenossen und innerhalb der Gesellschaft“ zugeschrieben, „da sie ermutigt werden, eine aktive Rolle in Bereichen zu übernehmen, die sie interessieren“. Wie können wir es zulassen, dass diese wichtige Unterstützung nur 9 % der Jugend offensteht? An der außerschulischen Bildung und der Jugendarbeit wird freiwillig teilgenommen. Aber wir stellen nicht den Einfluss in Frage. Warum stellen wir nicht in Frage, wie sehr sie anerkannt, gefördert und zugänglich gemacht wird? Wäre der Gedanke sehr blasphemisch, Jugendarbeit auch in den Schulen als Teil des (optionalen) Lehrplans zuzulassen? Der Jahreswachstumsbericht 2012 fordert Reformen für das Arbeitsrecht und für die Bildung und Ausbildung. Es könnte die Chance bestehen, die Bereiche Bildung und Jugendarbeit in Abgrenzung zum Hardliner „Wirtschaft“ neu zu definieren und besser zu positionieren.

Letztendlich ist es jedoch so, dass, mit all den Risiken, denen junge Menschen ausgesetzt sind, und mit all den Chancen, auf denen sie aufbauen und die sie nutzen wollen, die Zukunft zumindest unentschieden und wandelbar ist. Und genau hier liegt die Herausforderung für junge Menschen: nicht aufzugeben und nicht auf andere zu warten. Und auch herauszufinden, wo sich die Chancen verstecken: die Chancen zu finden, die vielleicht nicht so offensichtlich erscheinen, und weiterhin Chancen und Vorteile in diesen scheinbar unzuträglichen Umständen zu schaffen.

Wo steht bei all dem die Jugend aus Nicht-EU-Staaten? Die politische Führung der ehemaligen Staaten von Jugoslawien streben einen raschen EU-Beitritt an in der Hoffnung, als Mitglieder dieser Gemeinschaft weniger Probleme zu haben und einen höheren Lebensstandard zu erreichen (was sie ihren Wählern unermüdlich versprechen). Wenn die Jugend in der EU sich heute mit diesen Herausforderungen konfrontiert sieht und die Aussichten zumindest unsicher sind, worauf können junge Menschen auf dem Balkan hoffen? Zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch des Kommunismus oder des jugoslawischen Sozialismus befinden sich die jungen Menschen in einer weniger günstigen Situation und werden größtenteils immer noch von den neuen Eliten ignoriert. Die jungen Menschen auf dem Balkan haben jedoch erhebliche Erfahrungen mit dem Leben in Unsicherheit und Wege und Mittel in Übergangsphasen zu finden. Dies könnte ihnen zum Vorteil bei der Entdeckung gereichen, was es bedeutet und wie man in einem vereinten Europa lebt. Die jungen Menschen, die in den EU-Staaten leben, und jene, deren Länder noch nicht Mitglied der EU sind, kämpfen immer noch darum, ihren Platz in der europäischen Gesellschaft

einzunehmen über nationale Grenzen hinweg. Mit all den vorstehend beschriebenen Elementen bleibt aber die Frage nach der europäischen Staatsbürgerschaft und nach der Verantwortung für die Gestaltung der Zukunft Europas, die auf den Schultern der jungen Menschen liegt.

Außerschulische Bildung und Vermittelbarkeit

„Vermittelbarkeit wird hier verstanden als die relative Chance, unterschiedliche Arten von Beschäftigung zu finden und zu behalten.“ (Brown et al. 2002)

Ich bin der Überzeugung, dass der Begriff „Vermittelbarkeit“ häufig falsch verstanden und mit der tatsächlichen Beschäftigung, besonders von jungen Menschen, verwechselt wird. Vielleicht weil die vorherrschende Frage eines jungen Menschen, der über die Zukunft nachdenkt, lautet: „Wenn das Endergebnis kein Job ist, wen kümmert es dann, ob ich auf einer Skala eine hohe Vermittelbarkeit aufweise?“ Vielleicht sollten wir prüfen, ob diese Skala gut ist? Wir sehen uns jedoch mit Problemen der Anerkennung der Kompetenzen junger Menschen konfrontiert, die außerhalb der formalen Bildung erworben werden. Warum schaffen wir es nicht, jungen Menschen die Freiheit und die Flexibilität zu geben, ihren eigenen Entwicklungsweg zu verfolgen? Selbst wenn wir über gute Anerkennungsinstrumente verfügen und wenn Personen sich entscheiden, eigene Lernwege einzuschlagen, sollten wir unseren Fokus nicht von der Bildung des jungen Menschen ablenken. Junge Menschen brauchen immer noch Unterstützung in ihrem Lernen und wir müssen neue Möglichkeiten finden, diese anzubieten.

Die außerschulische Bildung stellt heute einen wesentlichen Teil des lebenslangen Lernkonzepts dar, das von den europäischen Institutionen gefördert wird. Im Kontext rasant fortschreitender und sich verändernder Gesellschaften nennt Andreas Karsten (2006) drei primäre Punkte, die die Rolle der außerschulischen Bildung erklären:

- ▶ Sicherstellen der Beschäftigungsmobilität von Personen und die nicht vermittelbaren „Schulabbrecher“ der Vergangenheit vermittelbar zu machen;
- ▶ bereits gut ausgebildete Menschen auf dem aktuellen Stand der Fachkenntnisse und Technologien zu halten, die für ihre fortlaufende hohe Produktivität in ihren jeweiligen Bereichen unverzichtbar sind;
- ▶ die Qualität und Zufriedenheit von einzelnen Personen zu verbessern, indem man ihre wachsende Freizeit kulturell bereichert.

Darüber hinaus sehen wir heute die außerschulische Bildung (im Kontext der Jugendarbeit), neben ihrer eindeutigen pädagogischen Rolle, im Hinblick auf die für sie erwartete politische Funktion, während sich in den letzten Jahren der Schwerpunkt auf die Vermittelbarkeit verlagert hat. Meines Erachtens sollte sich eine solche Verlagerung nur um die Aufklärung der jungen Menschen über die von ihnen erworbenen und entwickelten Kompetenzen drehen, über ihr eigenes Lernen und die Möglichkeiten, dieses zu zeigen und auf verschiedene Szenarien zu übertragen. Alles Weitere könnte uns dazu verleiten, die Lernenden selbst zu vernachlässigen und uns auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes zu konzentrieren. Während es die Herausforderung für alle, und nicht nur für junge Menschen sein wird, die „Gewohnheit des fortgesetzten Lernens“ von Peter Drucker anzunehmen,

das uns flexiblere Beschäftigungsvereinbarungen gestatten würde. In diesem Sinne muss ich die Bedeutung der Beschäftigung nicht nur in Bezug auf die wirtschaftliche Sicherung, sondern auch als Instrument der sozialen Eingliederung unterstreichen, ein Mechanismus, der potenzielle soziale Krisen vermeiden soll, indem er den Boden bereitet für die Gestaltung von Beziehungsfragen, für soziale Partizipation und soziale Integration.

Die Jugendarbeitslosigkeit in der EU bei den 15-24-Jährigen ist seit Beginn der Krise um 50 % gestiegen, von durchschnittlich 15 % im Februar 2008 auf 22,5 % im Juli 2012, mit Raten von 53,8 % in Griechenland und 52,9 % in Spanien. Dessen ungeachtet ist die Europäische Kommission hoffnungsvoll für die Zukunft und in ihrem Jugendbericht erklärt sie, dass „die EU-Jugendstrategie die bestehenden Prioritäten auf nationaler Ebene in nahezu allen Mitgliedstaaten verstärkt hat, die mehr und bessere Chancen für junge Menschen schaffen und die aktive Bürgerschaft, die soziale Eingliederung und die Solidarität fördern. Seit dem letzten Bericht 2009 haben die Mitgliedstaaten auf junge Menschen abzielende Initiativen für Bildung, Beschäftigung und Unternehmertum verstärkt. Der Umfang der Jugendpartizipation in Verbänden und sozialen Bewegungen ist nach wie vor hoch“ (Europäische Kommission 2012). Es besteht die offensichtliche Notwendigkeit, eine solche Beurteilung zu hinterfragen. Beginnen wir mit schwierigen Fragen: Wenn die Situation sich nicht verbessert, wen interessieren dann verstärkte Prioritäten und Initiativen? Ist es nicht an der Zeit herauszufinden, ob wir die Dinge anders machen können und sollten?

Gleichzeitig werteten Jugendorganisationen, die sich vorwiegend mit dem Ausbau der Jugendbeschäftigung befassen, aus, wie ihre Programme und Aktivitäten zur Vermittelbarkeit der Jugend beitragen. Die Studie über den Einfluss der außerschulischen Bildung in Jugendorganisationen auf die Vermittelbarkeit junger Menschen liefert relevante Daten und mögliche Leitlinien für Organisationen, die sich stärker auf die Vermittelbarkeit konzentrieren möchten (Bath University/GHK Consulting 2012). Die Studie blieb jedoch im Rahmen dessen, was wir bereits machen und wie wir es machen, und sie schlägt lediglich mögliche Verbesserungen innerhalb dieses Rahmens vor. Leider, denn die präsentierten Daten belegen viele der möglichen Paradigmenwechsel, die in diesem Dokument erörtert werden. Vor allem, wenn Sie sich die Tabelle mit der Einstufung der Fähigkeiten betrachten, die am häufigsten von Arbeitgebern verlangt werden (Bath University/GHK Consulting 2012: 42), werden Sie feststellen, dass Kommunikation und Organisationstalent ganz oben stehen, während Unternehmertum, Anpassungsfähigkeit und Netzwerken die unteren Plätze belegen. Ich versuche zu verstehen, warum die letzten drei auf der Skala so weit unten stehen. Könnte es sein, dass diese wichtig für eine Selbständigkeit sind, während man als Angestellter nur in der Lage sein muss, Aufgaben zu verstehen (Kommunikation) und diese fristgerecht auszuführen (Organisationstalent)? Oder wird diese Kurzsichtigkeit der Arbeitgeber überschattet von der Tatsache, dass Unternehmen auf der Jagd nach „den Klügsten“ im Hinblick auf das Stereotyp der Rolle des jungen Angestellten sind, der nicht für Denken, Fragen, Neugestalten, Suchen nach Gelegenheiten, usw. zuständig ist. Später wird jedoch in der Tabelle über die individuelle Kompetenzentwicklung in Jugendorganisationen unter den ersten fünf „Selbstbewusstsein“ und „Anpassungsfähigkeit/Flexibilität“ genannt (Bath University/GHK Consulting 2012: 45). Dieses Ergebnis beweist einerseits, wie gut die Jugendarbeit

und die außerschulische Bildung in Jugendorganisationen aufgestellt sind, andererseits aber auch, dass „junge Menschen manchmal ihre Zukunft klarer erkennen als Erwachsene. Und häufig wissen sie, was sie brauchen, um dorthin zu gelangen“, so Professor Morino (1997). Die heutige Realität und noch stärker die Realität im Jahr 2020 werden zeigen, wie wichtig sie sind. Professorin Haste argumentiert: „Bei der Kompetenz geht es nicht nur um Fähigkeiten, sondern um Adaption, i. e. dass man sich an Veränderungen und die Kontinuität in der Umgebung anpassen und auf diese reagieren kann“ (Fusaro 2009). Wir können also auch die Frage stellen: Sind Arbeitgeber in diesen Wirtschaftskrisen diejenigen, die am wenigsten Einblick in das haben, was wir benötigen, um sie zu überwinden? Diejenigen ohne Antworten auf die Frage, welche Art von Mitarbeitern sie benötigen, um das Blatt zu wenden? Könnte die Motivation junger Menschen, eigene Unternehmen zu gründen, auf eine solche Entfremdung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zurückzuführen sein? Dies ist ironisch, wie ein Bericht der International Youth Foundation erklärt, weil „es die Aufgabe der Unternehmen sein sollte, wesentlich in eine Ausweitung des Pools an ‚wirklich klugen‘ Menschen zu investieren, indem sie die Bildung und den Zugang zur Bildung auf allen Ebenen verbessern“ (IYF 2001).

Trotzdem gibt es erhebliche Abstimmungen zwischen den Forderungen der Arbeitgeber und den Fähigkeiten, die junge Menschen über die Jugendorganisationen erworben haben. Noch stärker gilt dies für die jungen Menschen in jenen Jugendorganisationen (nahezu die Hälfte der im Rahmen der Studie Befragten), die einen organisierten Bildungs- und Beurteilungsplan für den Kompetenzerwerb haben, der Folgendes einschließt: Bedarfsanalyse des Lernenden; Festlegen von Zielen und erwarteten Lernresultaten; ein Planungs- und Umsetzungsprozess und eine Evaluation. Dies gibt den Organisationen, die das Element Vermittelbarkeit in ihren Aktivitäten verstärken möchten, feste Leitlinien vor. Darüber hinaus stellt die Studie fest, dass die jungen Menschen und die Jugendorganisationen generell in geringem Umfang Zertifikate und Nachweise einsetzen und „weniger als 5 % der Befragten hatten das Europäische Portfolio für Jugendarbeiter und Jugendleiter im Job/im Praktikum oder bei den Ausbildungsbewerbungen verwendet (es ist zu beachten, dass ca. 50 % der Befragten als Jugendleiter/Ausbilder mit den Jugendorganisationen verbunden waren) und 16 % hatten den Youthpass genutzt“ (Bath University/GHK Consulting 2012). Ein weiterer wichtiger Leitfaden kann aus der Tatsache abgeleitet werden, dass 50 % der befragten jungen Menschen den Europass-Lebenslauf eingesetzt hatten und dass Jugendorganisationen dazu tendieren, die Fähigkeiten und Kompetenzen mittels Tools zu protokollieren, die von der Organisation oder durch Peer Reviews entwickelt wurden. Dies macht die Herausforderung, europäische Tools für die lokale/nationale Ebene relevant zu machen, noch wichtiger, und dies umso mehr, wenn die Tools aus dem Jugendbereich stammen und in keiner Weise bindend sind. Anstatt darüber zu jammern, dass großartige Tools nicht zum Nutzen aller eingesetzt werden, können wir untersuchen, wie man sie zugänglicher und zweckdienlicher für die Realität und die verschiedenen Kontexte macht, in denen junge Menschen lernen. Gleichzeitig müssen wir untersuchen, wie man sicherstellen kann, dass diese Tools die Autorität und Garantie von Kompetenzen in dem Umfang erlangen, der für formale Abschlüsse gilt. Um sich auch nur ansatzweise diese Entwicklungen vorstellen zu können, müsste der Jugendbereich eine „Phase Null“ durchlaufen, die „gezielte Bemühungen einschließen sollte, die Skeptiker unter

uns [Jugendarbeitern] zu überzeugen und unsere Motivation zu verstärken, aktiv die Anerkennungsfrage aufzugreifen“ (Hadzibegovic 2012).

Schließlich möchte ich noch einmal zum Sozialkapital als eines der Schlüsselemente zurückkommen, die die Vermittelbarkeit stärken. Die jungen Menschen haben begriffen, wie wichtig die Kompetenz Netzwerken ist, die sie durch ihre Mitwirkung in den Jugendorganisationen erworben haben. Netzwerken wird immer bedeutender, da es dazu beiträgt, Informationen über Stellenangebote einzuholen sowie eine tatsächliche Beschäftigung zu erlangen. Und die Studie stellt fest, dass es die jungen Menschen auch stimuliert, sich intensiver um eine Stelle zu bemühen und sich auf ein breiteres Spektrum an Beschäftigungen und Beschäftigungsmobilität einzulassen. Ich vermute, dass ein großer Teil des Netzwerkers bereits in den Online-Communities erfolgt und man kann begründet davon ausgehen, dass es weiter wachsen wird. Das Potenzial für kooperierendes und gemeinschaftliches Lernen in diesen Communities ist riesig. Wir als Pädagogen stehen in seiner Nutzung aber noch ganz am Anfang. Mark Prensky erklärt, warum das so ist: „Ausbilder von digitalen Immigranten, die eine veraltete Sprache sprechen (aus vor-digitaler Zeit), kämpfen mit der Aufgabe, eine Gruppe zu unterrichten, die eine völlig neue Sprache spricht“ (Prensky 2001). Heute sind junge Menschen „Digital Natives“, die daran gewöhnt sind, Informationen sehr schnell zu beziehen und parallele Verarbeitung und Multitasking kennen: „Sie funktionieren am besten, wenn sie netzwerken“ (Prensky 2001). Die Flexibilität und Anpassungsfähigkeit der außerschulischen Bildung erleichtert bereits Jugendarbeitern und Ausbildern die Entwicklung der Bildungsprogramme, die auf Online-Kommunikation und Online-Medien basieren. Eine solche Anpassungsfähigkeit an das Lernen ist eine Qualität, die in erheblichem Maße das Wesen der „ganzheitlichen Bildung“ von Morgen prägen wird. Obwohl aber die neuen Technologien die Möglichkeiten junger Menschen erweitert haben, Informationen abzurufen und zu beziehen, bleibt nach wie vor die Frage nach der Aufnahme und dem tatsächlichen Lernen sowie die Frage, ob parallele Verarbeitung und Multitasking die Fokussierung erlauben, die für ein „echtes“ Lernen erforderlich sind.

Jugend und neue Technologien

„Die wahre Macht der interaktiven Kommunikation sind die Menschen als ultimative Wissensquelle.“ (Morino 1997)

Morino hat erkannt, dass Computer, Handys und das Internet wichtige und wertvolle Ressourcen sind. Sie haben zu den Veränderungen beigetragen, wie (junge) Menschen denken und wie sie interagieren. Dies erfordert in Folge die Entwicklung neuer Kompetenzen, um dies zu tun. Es ist jedoch die Art und Weise, wie Menschen sie nutzen, die neue Technologien bedeutsam macht. „Es sind die Menschen und ihr Wissen, ihre Beziehungen, Einsichten und ihr Geist, die von einem an den anderen weitergegeben werden, die die ‚Magie‘ dieser miteinander verbundenen Welt ausmacht, die durch das Internet ermöglicht wird“ (Morino 1997).

Bereits im Jahr 1997 behauptete Morino, der „Zugang zum Internet muss für alle Bürger Realität sein und dass der freie und ungehinderte Informationsfluss und die ständige Verfügbarkeit von Computern für alle nicht nur eine Frage von ‚Technologie‘

ist“ (Morino 1997). Heute sprechen wir sogar über einen noch bequemeren Zugang zum Internet, i. e. über Mobiltelefone. Wir sind jedoch weit davon entfernt, dass alle jungen Menschen einen Internetzugang haben. Daher wird, so Morino, vielen jungen Menschen die Chance verweigert, die Erfahrung und den Lohn der Selbstentdeckung, einer höheren Lebensqualität und eines erneuten Gemeinschaftsgefühls zu machen, die sich aus einem interaktiven Austausch von Informationen und Kenntnissen ergibt, der durch das Internet sehr vereinfacht und vielfältig wird.

Morino stellt auch fest, dass „Technologie nur die Gesellschaft widerspiegeln kann, der sie dient. Obwohl Computer und das Internet zu großen Sprüngen beim Lernen führen können, können sie Bildung nicht neu erfinden“ (Morino 1997). Dies ist ein wichtiger Punkt. Mit all der modernen Technologie wären wir immer noch am Ausgangspunkt, wenn wir sie nicht für einen Ausbau der Chancen und Möglichkeiten von jungen Menschen nutzen würden, zu lernen und sich zu entwickeln. Die bloße Tatsache, dass der Zugang zu Informationen und Kenntnissen erleichtert wird, bedeutet nicht notwendigerweise, dass das tatsächliche Wissen auch erworben wird. Die Technologie kann schnellere, zugängliche und benutzerfreundliche Lösungen bieten, aber sie kann nicht an sich ein Ausbilder sein. Daher bleibt die Frage: Was machen wir oder was sollten wir machen, damit junge Menschen heute im Hinblick auf ihre Entwicklung zu verantwortungsvollen, selbstbewussten und autarken Bürgern davon profitieren, „Digital Natives“ zu sein?

Professorin Helen Haste hat erkannt, wie grundlegend die Einbeziehung von neuen technologischen Werkzeugen die Art und Weise verändern kann, wie Studenten mit der Welt interagieren (Fusaro 2009). Sie spricht über Modelle, wie Menschen funktionieren, besonders im Hinblick auf Bildung, und sie unterscheidet zwischen:

- ▶ *dem Menschen als Problemlöser*: eine Person, die sich selbst mit dem Problem befasst, damit ringt, Logik und andere Methoden einsetzt und eine Lösung findet;
- ▶ *dem Menschen als Werkzeugbenutzer*: eine Person, die darüber hinaus geht und Werkzeuge einsetzt, um Zugang zu bekommen, mit dem Problem zu interagieren und dieses mit Hilfe und unter Einbeziehung anderer Menschen zu lösen.

Gehen wir in die Richtung des Werkzeugbenutzers? Ich glaube, dieser Ansatz der Problemlösung wird bis 2020 Standard sein, der Veränderungen bringen oder vielmehr erfordern wird, wie wir junge Menschen unterrichten. Professorin Haste führt den „Gedanken des Dialogs“ ein, der sozial als wichtiges Element der Verstehens des Potenzials ist, über das der Werkzeugbenutzer verfügt. Sie spricht auch über ein dynamisches Dreieck, das kontinuierliche Interaktionen in verschiedene Richtungen ermöglicht. Das Dreieck gibt dem Individuum eine aktive Rolle, die bei vorherigen Partizipationstheorien fehlte, die ausschließlich gesellschaftliche und Peer-Einflüsse auf das Individuum und seine Fähigkeiten berücksichtigte. Dieses interaktive und proaktive Individuum hat größere Chancen, das zu werden, was sie als „kompetenten Bürger“ beschreibt, der sich durch vier Dimensionen der Partizipation auszeichnet:

- ▶ konventionelle Partizipation (Wählen, Unterstützung eines Kandidaten ...);
- ▶ sich Gehör verschaffen (Einbringen von Petitionen, Teilnahme an Protesten ...);
- ▶ Hilfe für die Gemeinschaft (Freiwillige Tätigkeit für unterprivilegierte Gruppen ...)
– auch definiert als Voraussetzung für die konventionellere Partizipation;

- ▶ Aktive Monitore (Sprechen über aktuelle Angelegenheiten ...) – der Typus, der durch junge Menschen definiert ist, die gefragt wurden, was Bürgerschaft für sie bedeutet und wie sie sich als „gute Bürger“ einbringen können.



Die letzte Dimension bezieht sich vorwiegend auf den Einsatz neuer Technologien und den schnelleren Austausch von Informationen und Meinungen.

„Kompetente Bürger“ – die jungen Menschen von heute, und sehr wahrscheinlich noch stärker im Jahr 2020, betrachten sich selbst als engagierte und partizipative Bürger, wenn sie Nachrichten über soziale Netzwerke austauschen und dadurch ihre Online-Community beeinflussen. Ich glaube, es besteht das Risiko, dass diese Form der Partizipation vorrangig wird und dass junge Menschen sich von den Gemeinschaften, die nicht über das Internet bestehen, lösen werden. Angesichts neuerer Entwicklungen, bei denen in sozialen Netzwerken aktive Online-Communities Zusammenkünfte und Demonstrationen auf der Straße herbeiführen, ist dies vielleicht eine oberflächliche Angst. Dessen ungeachtet, haben die Erzieher im „ganzheitlichen Bildungsprozess“ die Aufgabe, eine Ausgewogenheit anzubieten und das Verständnis der jungen Menschen über die Notwendigkeit für Ausgewogenheit in dieser, aber auch in anderen Bereichen zu sorgen. Professor Morino hat es elegant formuliert: „Anstatt Gesetze zu erlassen, müssen wir junge Menschen erziehen, und ihnen beibringen, Informationen auszuwerten und die Angebote im Internet zu unterscheiden, wie im richtigen Leben“ (Morino 1997).

Meister des Übergangs

„Es ist vielleicht keine übertriebene Behauptung, dass der Erwerb und die Verbreitung von formalem Wissen den Platz in der Politik der Wissensgesellschaft einnehmen wird, den in den letzten zwei oder drei Jahrhunderten, die wir das Zeitalter des Kapitalismus nennen, der Erwerb von Eigentum und Einkommen eingenommen hat.“ (Cox 2012)

Ich, aus dem ehemaligen Jugoslawien stammend und mit Erfahrungen im Übergang vom Kommunismus (oder eher Sozialismus) zum Kapitalismus, kann nicht widerstehen, diesen Abschnitt mit einem Verweis auf Karl Marx zu beginnen. Er sprach

natürlich vom entgegengesetzten Übergang – vom Kapitalismus zum Kommunismus. Marx erkannte, dass es eine Zwischenzeit gibt, die eine gewisse revolutionäre Transformation von der einen in die andere gestattet, und „korrespondierend dazu gibt es eine politische Übergangszeit, in der der Staat nichts sein kann, außer eine revolutionäre Diktatur des Proletariats“ (Karl Marx, 1875). Nun, der Übergang, den ich erlebt habe (manche behaupten, er dauere immer noch an), ist ebenfalls durch eine Diktatur gekennzeichnet, aber nicht die des Proletariats. Die Neunziger Jahre waren gekennzeichnet von Konflikten, das frühe 21. Jahrhundert von politischem Wandel, und für ehemalige kommunistische und sozialistische Länder auch in erheblichem Maße von wirtschaftlichen Veränderungen und dem Entstehen neuer Eliten. Erst jetzt gibt es einige, aber nur schwache und noch nicht vorrangige Bemühungen, zurückzublicken und zu sehen, wo die Kinder und jungen Menschen von damals heute sind. Kinder und Jugendliche, die in diesen Konflikten und in dieser Instabilität heranwachsen, und jene, die „ihr Leben immer noch von der lähmenden Rigidität der zentralen Planung und politischen Konformität ohne Sicherheit und Stabilität einer Vollbeschäftigung und einer zuverlässigen Entlohnung eingeschränkt sehen; und sie sind den Risiken des neuen offenen Marktes und der politischen Demokratie ausgesetzt, profitieren aber noch nicht von ihnen“ (UNICEF 2002). Dieses Zitat stammt aus einer Studie mit dem Titel „A brave new generation“, die 2002 von UNICEF veröffentlicht wurde und sich mit der Jugend befasst, die in sich verändernden Gesellschaften lebt, vorrangig in den Ländern der damaligen Föderativen Republik Jugoslawien (FRY) – Serbien, Montenegro, Kosovo. Es wurde in dieser Zeit ein optimistischer Begriff verwendet: „tapfere Generation“, der heute vorherrschende Begriff lautet „verlorene Generation“. Und trotz dieses abwertenden Begriffs und trotz des Misstrauens in die Fähigkeiten junger Menschen und ihrer Kraft für Veränderungen, ihrer Kraft für Revolutionen, ist die Jugend heute, 18 Jahre später, in denen die Babys von 2002 in diesen sich stetig verändernden Gesellschaften erwachsen werden, tapferer denn je. Es hat bereits begonnen, und es ist meine feste Überzeugung, dass bis 2020 junge Menschen sich mit Mut, Enthusiasmus und im Glauben an sich selbst einbringen werden, sich gezielt an der „ganzheitlichen Bildung“ beteiligen und von dieser profitieren werden, und sich flächendeckend dafür einsetzen werden, ihre Ideen in der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Arena Realität werden zu lassen. Denn die Alternative ist das, was junge Menschen in den letzten 20 Jahren auf dem Balkan größtenteils getan haben oder zugelassen haben, dass das System es ihnen antat. Und das ist überhaupt keine Alternative.

Ich möchte gern eine Parallele zwischen der Jugend in Jugoslawien vor rund 20 Jahren und der heutigen Jugend im (vereinten?) Europa ziehen, um Belege für die „tapfere“ Version zu erörtern, wie oben beschrieben. Die einleitende Bewertung der Position der Jugend in der Gesellschaft in der UNICEF-Studie vergleicht die FRY und den Rest der UN: „Während die führenden Nationen auf dem UN-Menschenentwicklungsindex eine Explosion der ‚Jugendmacht‘ im letzten Jahrzehnt erlebt haben, blieben die jungen Menschen in der FRY isoliert am Rande der Gesellschaft, weil ihr Land ebenfalls am Rand Europas isoliert war“ (UNICEF 2002). Die Verfasser der Studie behaupten des Weiteren, es sei die richtige Zeit, in junge Menschen zu investieren und sie in die Lage zu versetzen, ihren Beitrag zu leisten, und dass die Staaten die Gelegenheit haben, von modernen Demokratien in dieser Hinsicht zu lernen. Die Studie präsentierte das Dilemma, junge Menschen als Kinder zu behandeln oder

als beinahe Erwachsene, indem sie sich fünf Schlüsselbereiche anschaut: Bildung; Beschäftigung; Gesundheit und Wohlergehen; und besonders schutzbedürftige junge Menschen. Wenn wir die Beschäftigung herausgreifen und uns die Analyse der Situation der FRY im Jahr 2002 näher betrachten und diese mit dem bereits erörterten Jugendbericht vergleichen, kann man einige Ähnlichkeiten entdecken. Hier sind einige dieser Punkte aufgeführt, die Herausforderungen für das heutige Europa sind. Die Liste ist aber nicht als vollständig zu betrachten:

- ▶ Wie kann man den Begriff „sichere und formale Beschäftigung“ neu definieren, um auf das gegenwärtige Misstrauen junger Menschen in das Rentensystem zu reagieren? Wie korrespondiert der Begriff mit dem Trend der schnellen Entwicklung neuer hochspezialisierter Jobs und kurzfristiger Beschäftigungsverhältnisse? Wie ist er für den Bereich der Selbständigkeit und Freiberuflichkeit zu verstehen, die bei jungen Menschen immer beliebter zu sein scheinen? Wie kann man die damit verbundene Verwaltung leichter verständlich und unproblematischer im Umgang machen?
- ▶ Wie kann man die „Arbeitskräftemobilität“ unter Jugendlichen ermöglichen und wie kann man junge Menschen ermächtigen, in größtmöglichem Maße von ihr zu profitieren? Wie verändert man das Verständnis, dass das Wesen dieser Mobilität weniger einen „Brain Drain“ (Abwanderung hochqualifizierter Menschen) und mehr ein Fundament für ein neues (doch funktionales) System ist? Wie kann man sicherstellen, dass die „Arbeitskräftemobilität“ verschiedenen Gruppen offensteht und dass sie nicht insbesondere junge Frauen diskriminiert?
- ▶ Wie soll man mit dem Problem der Kinder- und Jugendarbeit in einer Welt umgehen, in der das Jugendalter aufgrund eines größeren Zugangs zu Informationen und eines schnelleren Lernens und Heranwachsens von Kindern früher einsetzt? Wie soll man eine Grenze festlegen, unter der es kein unternehmerisches Denken, Lernen, Handeln gibt?

Schließlich ist, wenn man sich die von der Studie vorgeschlagenen Maßnahmen anschaut, die zur Förderung der Jugendbeschäftigung ergriffen werden sollen, eines sehr deutlich: Zehn Jahre später haben wir keine innovativen Ideen, wie man mit Jugendarbeitslosigkeit umgehen soll. Paradoxerweise dreht sich beim Unternehmertum alles um Innovation, aber uns scheint sie beim Umgang mit diesem Problem zu fehlen, wie man sie bei der Jugend entfachen und wie man sie systematisch unterstützen kann. Inzwischen sind die jungen Menschen größtenteils bereit (mehr als 40 %) und wollen ihre eigenen Unternehmen starten. Es gibt großartige Beispiele für junge Menschen aus den Balkanstaaten, die bereits Innovation und Unternehmertum in bestechendem Widerspruch dazu meistern, wie sehr sie systematisch nicht unterstützt wurden/werden (Denken Sie an das Beispiel der Softwareentwickler aus Serbien.). Vielleicht ist ein Teil der Erfolgsgleichung für einen jungen Menschen die Beharrlichkeit und die Sturheit, es trotz aller widrigen Umstände zu schaffen?

Die Übergangsgesellschaft ist meinen Erfahrungen aus Montenegro nach gekennzeichnet von vielen Strategien, die angenommen werden und dann katastrophal scheitern, weil sie keinen Bezug zu „unserer“ Realität hatten. Befinden wir uns heute in einer ähnlichen Situation, wenn wir uns mit Europa und dem Übergang von national zu europäisch befassen? Drängen wir junge Menschen an den Rand

(oder lassen wir sie dort stehen), obwohl sie häufig in den Strategien und bei hochrangigen politischen Veranstaltungen erwähnt werden? Inwieweit spiegeln die EU-Strategien die Realität junger Menschen wider und in welchem Umfang nutzen junge Menschen alle verfügbaren Werkzeuge und Instrumente? Wenn wir den Mut hätten, etwas anderes zu probieren, würde ich vorschlagen, junge Menschen auszustatten und zu motivieren, Methoden zur Gestaltung zukünftiger Schritte zur Lösung der Arbeitslosigkeit zu schaffen. Lassen wir sie die „Diktatoren“ des Übergangs vom Nationalen zum Europäischen, vom Kapitalismus zu einer neuen Phase (?) sein. Lassen wir sie zusammenarbeiten, teilen, erfinden, testen ... und wenn sie scheitern – nun, es wäre kein Unterschied zu dem, was wir gerade machen. Auf jeden Fall wäre der Umgang mit den Herausforderungen einer Übergangsgesellschaft in einem postvereinten Europa 2020 leichter.

Es gibt mehrere Faktoren, die junge Menschen daran hindern, die Führungsrolle bei der Gestaltung der Zukunft einzunehmen. Gleichzeitig sind dies die Argumente, warum sie von uns systematisch unterstützt werden sollten, um dies zu tun. Junge Menschen wissen, dass die politischen Eliten ohne frische Ideen sind, aber sie sind zu misstrauisch, uns ihre Ideen mitzuteilen. Sie wissen, dass sie sich weder auf die großen Unternehmen noch auf den Staat verlassen können, Jobs zu sichern. Junge Menschen haben Ideen, wie man das Leben in der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Arena verbessern kann. Wie man Lücken mit innovativen Dienstleistungen schließt, wie man die Führung bei der Entwicklung übernimmt, wie man kleine Unternehmen gründet, wie man die Gemeinschaft einbindet, wie man neue Technologien nutzt... Ihnen fehlt es aber am Glauben in maßgeschneiderte Chancen des aktuellen Systems für das Präsentieren und Umsetzen dieser Ideen. Aus diesem Grund tun junge Menschen, was sie können. Und das ist nach Abkürzungen zu suchen, Netzwerke aufzubauen, Menschenkraft zu nutzen, die ihnen zur Verfügung steht, und das System neu zu definieren. Die „Revolution des Paradigmenwechsels“ wird kommen. Bis 2020 werden junge Menschen sich mit Mut, Begeisterung und Glauben an sich selbst einbringen und sich flächendeckend für die Umsetzung ihrer Ideen einsetzen. Die einzige Frage ist: Werden wir unsere Lernumgebungen anpassen und junge Menschen dafür ausstatten oder müssen sie Kapazitäten parallel zu unseren immer irrelevanten werdenden Bildungssystemen aufbauen?

Bibliografie

Bath University/GHK Consulting (2012), Study on the impact of non-formal education in youth organisations on young people's employability, commissioned by the European Youth Forum. Verfügbar unter http://issuu.com/yomag/docs/reportnfe_print (aufgerufen am 22.12.2012).

Brown, P., Hesketh A. und Williams, S. (2002), Employability in a knowledge driven economy, Working Paper Series No. 26, University of Cardiff. In: *Study on the impact of non-formal education in youth organisations on young people's employability*, commissioned by the European Youth Forum, authored by Bath University/GHK Consulting.

Chisholm, L. und Kovatcheva, S. (2002), Exploring the European youth mosaic – The social situation of young people in Europe, 6th European Youth Ministers Meeting.

Verfügbar unter http://www.european-citizenship.org/repository/Exploring_the_European_Youth_Mosaic.pdf (aufgerufen am 25.1.2013).

Cox, L. (2012), *The wisdom of Peter Drucker (what we need to teach)*. Verfügbar unter <http://coxwisdomworks.com/the-wisdom-of-peter-drucker-what-we-need-to-teach> (aufgerufen am 20.1.2013).

Drucker, P. (1994), *The age of Social transformation*. In: *The Atlantic Monthly*, November 1994.

European Commission (2012a), *Communication from the Commission: Annual Growth Survey 2012*, COM(2011) 815 final. Verfügbar unter http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/ags2012_en.pdf (aufgerufen am 22.12.2012).

European Commission (2012b), *EU Youth Report, Joint Report of the Council and the Commission on the implementation of the renewed framework for European cooperation in the youth field (EU Youth Strategy 2010-2018)*; SWD(2012) 257 final. Verfügbar unter http://ec.europa.eu/youth/documents/national_youth_reports_2012/eu_youth_report_swd_situation_of_young_people.pdf (aufgerufen am 20.12.2012).

European Commission Press release, Brussels, 10 September 2012. Verfügbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-948_en.htm (aufgerufen am 20.1.2013).

Fusaro, M. (2009), *Technology and youth: a remix that is changing the education landscape*. Verfügbar unter <http://www.gse.harvard.edu/news-impact/2009/06/technology-and-youth-a-remix-that-is-changing-the-education-landscape> (aufgerufen am 10.1.2013).

Hadzibegovic, A. (2012), *Recognition needs zero stage. Convincing ourselves*. SALTO Training and Cooperation Resource Centre, Bonn. Verfügbar unter <http://www.youthpass.eu/en/youthpass/downloads/essays/> (aufgerufen am 20.1.2012).

Haste, H. (2009), *Five competencies for adapting to a changing world*. In: Fusaro, M. (2009).

International Youth Foundation (2001), *What works in youth employment: the impact of new information technologies*. Verfügbar unter http://www.iyfnet.org/sites/default/files/WW_Youth_Employment_NewTech.pdf (aufgerufen am 25.1.2013).

Karsten, A. (2006), *Catch up, keep up, get ahead*. Verfügbar unter <http://www.nonformality.org/index.php/2006/11/catch-up-keep-up-get-ahead> (aufgerufen am 6.11.2009).

Lauritzen, P. (2008), *Eggs in a Pan – Youth work: Speeches, Writings and Reflections by Peter Lauritzen*. Council of Europe, Straßburg.

Marx, K. (1875), *Critique of the Gotha Programme*. Verfügbar unter <http://www.marxists.org/archive/marx/works/1875/gotha/index.htm> (aufgerufen am 29.10.2013).

Morino, M. (1997), *The impact of technology on youth in the 21st century, an address by Mario Morino to The Children's Defense Fund*, 14 March 1997. Verfügbar unter <http://www.morino.org/pdf/cdf.pdf> (aufgerufen am 25.11.2012).

Phillips, D. C. (2009), *Philosophy of education*, *The Stanford Encyclopedia of Philosophy*. Verfügbar unter <http://plato.stanford.edu/archives/spr2009/entries/education-philosophy/> (aufgerufen am 10.12.2012).

Prensky, M. (2001), Digital natives, digital immigrants, On the Horizon MCB University Press, Bd. 9(5). Verfügbar unter <http://www.marcprensky.com/writing/prensky%20-%20digital%20natives,%20digital%20immigrants%20-%20part1.pdf> (aufgerufen am 10.1.2013).

Robinson, K. (2008), Vorlesung: *changing paradigms*, gehalten am 16. Juni 2008 am RSA. Verfügbar unter <http://filmenglish.files.wordpress.com/2010/12/transcript-sirken-robinson.pdf> (aufgerufen am 10.1.2013).

UNICEF (2002), A brave new generation, UNICEF, Belgrade. Verfügbar unter [http://www.unicef.org/serbia/A_Brave_New_Generation\(1\).pdf](http://www.unicef.org/serbia/A_Brave_New_Generation(1).pdf) (aufgerufen am 22.12.2012).

Infragestellung strukturierter Mitsprachemöglichkeiten

Tomi Kiilakoski und Anu Gretschel

Einleitung

Im Oktober 2012 fanden in Finnland Kommunalwahlen statt. Die Wahlbeteiligung betrug 58,2 %, der niedrigste je bei finnischen Kommunalwahlen erreichte Prozentsatz (Finnland-Statistik 2012).

Die größte finnische Tageszeitung „Helsingin Sanomat“ (30.10.2012) kommentierte die Haltung der Nichtwähler in ihrem Leitartikel mit Hilfe einer Karikatur, auf der man eine Hand erblickte, die mit einer Fernbedienung auf einen Fernsehbildschirm zeigte, auf dem das Logo „Idioten“ zu sehen war. Der normative Druck, zur Wahl zu gehen, zeigt sich in diesem Bild und in dem Leitartikel. Nichtwähler werden als mediengetriebene Individualisten dargestellt. Der Leitartikel ist ein Beispiel für die zwiespältige Einstellung zur Demokratie: Entweder geht man wählen oder man ist ein Idiot.

Positiver ausgedrückt könnte man diese Haltung so sehen, dass es einerseits Menschen gibt, die an die hergebrachte repräsentative Demokratie glauben, und andererseits Leute, die mehr von praktischer Politik im Leben halten, indem sie sich etwa in den sozialen Medien äußern oder als Verbraucher Entscheidungen treffen. Das geringe Interesse an repräsentativer Demokratie ist nicht auf Finnland beschränkt. Die Politikverdrossenheit der Jugend macht zunehmend Sorge. Zugleich wird in Europa weitgehend anerkannt, dass es die Demokratie neu zu beleben gilt. Die Herausforderungen der Globalisierung, der Umweltkrise oder die zunehmende Bedeutung einer auf Identität abgestellten Politik prägen das politische Leben demokratischer Staaten (Dryzek und Dunleavy 2009). Politische Planung stellt besonders auf die Jugendlichen als künftige sozial engagierten Mitbürger ab und sieht Verfahren zu ihrer Einbindung vor. Man könnte jedoch einwenden, dass solche Verfahren teilweise von einem unzureichenden Demokratieverständnis ausgehen.

Auf Grund einer Zusammenfassung internationaler Untersuchungen über die Mitsprache der Jugend, in Finnland von einer Gruppe von 24 Wissenschaftlern unternommener Fallstudien (Gretschel und Kiilakoski 2012) sowie einer vergleichenden Untersuchung der Situation in Finnland und Deutschland (Feldmann-Wojtachnia et al. 2010) kommt der vorliegende Artikel zu dem Ergebnis, dass Jugendliche sich dort weit mehr gesellschaftlich engagieren, wo formelle Mitspracheverfahren als zu eng gelten. Um solchen Einschränkungen zu begegnen, ist es nötig, von einem simplen Dualismus (kollektiv denkender Bürger/Individualist, repräsentative Demokratie/allgemeine Mitsprache, repräsentative/direkte Mitsprache, institutionalisierte/nicht institutionalisierte Mitsprache, Parteipolitik/Politik im praktischen Leben, hergebrachtes Bürgerverhalten/von Bürgerbewegungen abgeleitetes Bürgerverhalten, moderne Erwachsene/postmoderne Jugendliche usw.) abzugehen und die Vielfalt und den Reichtum demokratischer Kultur anzuerkennen. Die Untersuchung des Zustands der Mitsprache erfordert anzuerkennen, dass sich Demokratie und demokratisches Engagement im Alltag junger Menschen verschieden äußern können.

Viele unserer Beispiele sind der kommunalen Ebene entnommen. Dies unterstreicht die Bedeutung des Wohnorts und des Verhältnisses zwischen Kommunalverwaltung und Bürgern. Besonders für junge Menschen kommt es auf die unmittelbare Umgebung an. Wenn die Demokratie durch auf der Straße, im Park oder in Gemeinschaften getroffene Entscheidungen neu belebt wird, sollte man Demokratie im Allgemeinen als Ergebnis eines demokratischen Prozesses und nicht als technokratische Lösung gesellschaftlicher und räumlicher Probleme sehen. Nach dem Soziologen Ulrich Beck verlangt die neue politische Kultur „eine erneute Politisierung kommunaler Politik, praktisch ihre Wiederentdeckung und Neudefinierung durch mitreißende Programme, Personen und Ideen“ (Beck 1998, 16). Wir halten uns an Beck und konzentrieren uns auf die kommunale Ebene, auch wenn die Argumente dieses Artikels auch auf die staatliche oder internationale Ebene angewandt werden könnten. Wir sind der Ansicht, dass ein Weg, diese erneute Politisierung zu erreichen, darin besteht, Demokratie als viel weiteren Begriff anzuerkennen.

Unser Artikel gliedert sich in drei Teile. Im ersten Teil behandeln wir Demokratie-Theorien, indem wir theoretische Beobachtungen mit empirischen Jugenduntersuchungen kombinieren. Wir sagen, dass die Schaffung demokratischer Kultur die Identifizierung der vollen Reichweite des Begriffs Demokratie erfordert. Im zweiten Teil untersuchen wir verschiedene Ansätze zur Förderung von Mitsprache. Dabei untersuchen wir EU-Verfahren, die ICCS-Studie (International Civics and Citizenship Education Study) sowie die Mitsprache von Skateboard-Fahrern bei kommunalen Planungen. Mit Hilfe der Untersuchungen dieser verschiedenen Ebenen zielen wir darauf ab festzustellen (Teil drei), dass die ganze Reichweite des Begriffs Demokratie bei den Bemühungen zur Förderung von Mitsprache nicht gesehen wird.

Die vielen Ausprägungen von Demokratie

Demokratie ist ein politisches Ideal, eine Lebensform, ein leitender Erziehungsgrundsatz sowie Gegenstand dauernder Debatten und Konzeptualisierungsversuche. Man ist

sich nicht einig, was Demokratie genau heißt. Nach dem israelischen Philosophen Avishai Margalit ist Demokratie ein systematisch zweideutiger Begriff, „ein Verfahren zum gewaltlosen Regierungswechsel, eine voll entwickelte Lebensform“ (Margalit 2002: 12). Über das Wesen der Demokratie kann man streiten. Im Lauf der Geschichte wandelten sich die Demokratiekonzepte. Das vorherrschende Verständnis von Demokratie, die Idee der repräsentativen Demokratie, kam im 19. Jahrhundert auf, als man eine Verbindung von Demokratie und Repräsentation für möglich und wünschenswert hielt (Palonen 2008: 195-197).

Seit es Demokratie gibt, wurde die Frage, wer zur demokratischen Teilnahme fähig sei, stets aufs Neue formuliert und diskutiert. Nach dem klassischen Demokratie-Theoretiker John Locke sind Personen, die einen Sozialvertrag schließen, „frei, gleich und unabhängig“ (Locke 1993: 309). Übrigens verstand man lange Zeit hindurch darunter freie Männer. Auch wenn die demokratische Teilnahmerechtung inzwischen ausgeweitet wurde, sind manche Bürger dennoch weiterhin von der repräsentativen Demokratie ausgeschlossen. Ein deutliches Beispiel sind Jugendliche unter 18 in Ländern, in denen Sechzehnjährige noch nicht wählen dürfen.

Herkömmliches politischen Denken schloss Kinder und Jugendliche vom politischen Handeln aus. Man ging früher davon aus, dass die Menschen während eines beträchtlichen Abschnitts ihres Lebens unpolitisch bleiben würden. Man dachte, ihre Interessen und Erfahrungen kämen erst bei wachsender Erfahrung, Unabhängigkeit und Freiheit zur Geltung (siehe Nussbaum 2007: 33). Diese Betrachtung von Kindern hat sich gewandelt. Inzwischen werden Kinder als aus eigenem Recht heraus politisch und wirtschaftlich handelnd wahrgenommen (Alanen 2009) und ihr Handeln wird nicht nur als Probe für die Zukunft gesehen, sondern voll in die Entscheidungsfindung einbezogen. Dieses Konzept erfordert allerdings, dass man entweder die mit der repräsentativen Demokratie verbundenen Beschränkungen anerkennt und ergänzende Verfahren für die Jugend einführt (z. B. Jugendbeiräte) oder aber verschiedene Formen von Demokratie ausprobiert, um den Bürgern größere Möglichkeiten sozialen Engagements zu bieten. Wir befürworten Letzteres und möchten deutlich machen, wie verschiedene Demokratie-Theorien zeigen, was es heißt, junger Staatsbürger zu sein. Übertragen gesprochen könnte man sagen, die Vögel der Demokratien singen nicht nur mit verschiedenen Stimmen, sondern auch in unterschiedlichen Wäldern und aus unterschiedlichen Gründen.

Um die ganze Bandbreite an Mitsprache aufzuzeigen, muss man das gesamte Ausmaß demokratischen Lebens untersuchen: Die repräsentative Demokratie und ihre Idealvorstellung von Bürgern, die ihre Delegationen wählen, stehen im Widerspruch zu den Idealen direkter, auf Mitsprache und sachliche Auseinandersetzung gegründeter Gegendemokratie bzw. dem Ideal direkter Entscheidungsfindung, Mitsprache, demokratischer Diskussion und Überwachung – z. B. in Form der gesellschaftlichen Medien. Verschiedene Demokratiekonzepte gehen von verschiedenen Vorstellungen demokratischer Kultur aus, wie die Bürger sich in einer Demokratie einbringen und worin demokratische Instrumente bestehen (siehe Tabelle 1). Man darf sie aber nicht so betrachten als ob sie einander ausschließen. In ein und derselben Gemeinde können sich gleichzeitig ganz verschiedene Beteiligungsformen finden.

Tabelle 1: Ideale der Demokratie und demokratische Instrumente auf europäischer lokaler Ebene

Demokratiethorien	Idealbild von Demokratie	Umsetzungen in der lokalen Verwaltung	Mögliche Handlungen für die Jugend
Repräsentative Demokratie	Der Bürger als Wähler: sammelt Informationen und handelt, indem er wählt. Abhängig vom Staat können die Bürger im Alter von 16, 17 oder 18 Jahren wählen und sich als Kandidat zur Wahl stellen und ihre Rolle ändern. Politische Kultur, in der die gewählten Kandidaten Entscheidungen treffen und Prozesse leiten.	Wählen die lokalen politischen Gremien und agieren in diesen. In einigen Gemeinden Wahl des Bürgermeisters.	Abhängig vom Staat ist es 16-, 17- oder 18-Jährigen bei Kommunalwahlen möglich, zu wählen und sich als Kandidat für einen Sitz im Stadtrat zur Wahl zu stellen, darüber hinaus können die politischen Organisationen der Parteien junge Mitglieder benennen, in Ausschüssen und in der Geschäftsführung der lokalen politischen Verwaltung zu arbeiten.
Direkte Demokratie	Der Bürger als politischer Entscheidungsträger. Politische Kultur, in der die Bürger selbst die Entscheidungen treffen.	Referenden Initiativrecht auf Kommunalebene (wenn die Macht bei den Anwohnern liegt).	Das Recht von Personen im Alter von 16, 17 oder 18 Jahren, bei Referenden abzustimmen. Recht auf Einbringen einer Volksinitiative.
Auf Mitsprache begründete Demokratie (Partizipatorische Demokratie)	Der Bürger als Teilhabender: gibt Feedback, nimmt an Diskussionen/Handlungen teil. Politische Kultur, die die Partizipation und die Chance für eine mögliche Einflussnahme auf allgemeine Themen fördert.	Recht auf Einbringen lokaler Initiativen, Nutzer- oder Anwohneranfragen, Anhörungen, Sitzungen, Podiumsdiskussionen und Foren, Verteilung von Mitteln für die Durchführung verschiedener Wohnbauprojekte. Tätigkeit in NRO.	Recht auf Einreichen einer lokalen Initiative und ähnliche Methoden wie jene, die in der nebenstehenden Spalte für alle Kinder und Jugendlichen aufgeführt sind. Repräsentative Formen der partizipatorischen Demokratie: Jugendräte, Vertreter von Jugendräten in Ausschüssen oder dem örtlichen Stadtrat. Tätigkeit in NRO.

Demokratietheorien	Idealbild von Demokratie	Umsetzungen in der lokalen Verwaltung	Mögliche Handlungen für die Jugend
<p>Auf sachlicher Auseinandersetzung beruhende Demokratie (deliberative Demokratie)</p>	<p>Der Bürger als beratender Handelnder: Er nimmt an der öffentlichen Debatte teil, trägt Argumente vor und trägt zur Bildung ausgewogener und umfassender Ansichten der Gesellschaft bei.</p> <p>Politische Kultur, bei der die Themen mit den Bürgern besprochen werden und bei der Entscheidungen, Gesetze und Maßnahmen begründet werden, damit die Menschen sie verstehen. Die Politik dreht sich um den Einzelnen und die gemeinsame Diskussion.</p>	<p>Zum Beispiel Bürgerjury, Konsensuskonferenz, deliberative Diskussionstage.</p>	<p>Bürgerjury für junge Menschen, beratende Diskussionstage für junge Menschen.</p>
<p>„Gegendemokratie“</p>	<p>Der Bürger als Aktivist, der überwacht, kontrolliert, Fragen stellt und versucht, den Inhalt und die Handlungen der Entscheidungsträger durch eigenes Handeln zu reformieren (nicht nur durch Gespräche).</p> <p>Politische Kultur, bei der das Handeln der Entscheidungsträger zu einem Vertrauensverlust der Bürger geführt hat und politisches Handeln anstatt apolitische Passivität nach sich gezogen hat.</p>	<p>Demonstrationen, Internetschriften und andere Nutzung sozialer Medien, Treffen, organisatorische Tätigkeit, legales und illegales Handeln.</p>	<p>Demonstrationen und ähnliche Methoden, wie in der nebenstehenden Spalte beschrieben.</p> <p>Auch Jugend- und Schülerräte setzen die Methoden der Gegendemokratie ein (z. B. Streiks und Demonstrationen).</p>

Die Tabelle wurde – ausgehend von der ursprünglich von Eskelinen u. a. 2012 erstellten Tabelle, verfeinert und entwickelt.

Repräsentative Demokratie

In der westlichen Gesellschaft war die repräsentative Demokratie ein Modell gelebter Demokratie. Der Schwerpunkt liegt auf politischen Parteien, Wahlen, Parlamenten und Stellvertretung. Zugunsten der repräsentativen Demokratie wird argumentiert, dass die Probleme der modernen Gesellschaft vom Volk gewählte Politiker erfordern. Nach Parkinson kann man davon ausgehen, dass die Entscheidungsträger zur Verantwortung gezogen werden können, wenn für den Rest der Bevölkerung bindende Entscheidungen von Personen getroffen werden, die der Öffentlichkeit gegenüber verantwortlich sind und deren Bestellung von der Zufriedenheit ihrer Wähler abhängt. Wenn Entscheidungsträger zufällig ausgewählt oder selbst ernannt wären, wären diese geneigt, nicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung einzugehen (Parkinson 2012: 44). Bei kritischem Blick auf diese Art von Demokratie lässt sich sagen, dass den Bürgern nur die passive Rolle zukommt, am Wahltag für eine der vorgestellten Alternativen zu stimmen, oder dass die Politiker dazu neigen, den verschiedenen Interessengruppen zu viel Beachtung zu schenken, statt auf die Bedürfnisse aller Mitglieder der Gesellschaft zu achten (Morrow 2005: 380).

Politische Analytiker beklagen, dass die jungen Leute ihre Illusionen verloren haben. Laut Coleman sind beide Seiten an dieser fehlenden Bindung zwischen Jugend und Politik schuld. Entweder hat die Jugend andere Interessen als Politik oder die Politiker sind nicht imstande, die Internet-Generation zu motivieren, und nicht in der Lage, Mittel zu finden, um die derzeitigen Anliegen im Leben junger Menschen politisch aufzugreifen (Coleman 2007). Was immer der Grund sein mag, junge Leute sind nicht mehr besonders interessiert, zur Wahl zu gehen. Nach einer Untersuchung in 22 europäischen Ländern lag die Wahlbeteiligung von Bürgern unter 25 bei 51 % im Gegensatz zu 70 % bei der restlichen Wählerschaft (Fieldhouse, Tranmer und Russell 2007: 806). Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass immer mehr junge Menschen sich enttäuscht von der herkömmlichen repräsentativen Demokratie abwenden, wobei auch sonst das allgemeine Interesse an Wahlen unter den Europäern abgenommen hat.

Zusätzlich lässt sich sagen, dass die Jugend keine homogene Gruppe bildet. Eine interessante Untersuchung von Bhatti, Hansen und Wass (2012) zeigt, dass die Wahlbeteiligung unter den Achtzehnjährigen höher liegt als unter den Neunzehn- bis Einundzwanzigjährigen. Die Verfasser schließen daraus, dass es sinnvoll sein könnte, das Wahlalter zu senken, vor allem, wenn im Schulwesen ein für die Wahlbeteiligung günstiges Klima geschaffen würde.

Nach einer 2009 durchgeführten ICCS-Untersuchung von weltweit 38 Ländern liegt das Wahlalter in den meisten Ländern bei 18, außer bei 20 im chinesischen Taipeh, bei 17 in Indonesien und Korea und bei 16 in Österreich. Slowenien kennt eine ungewöhnliche Praxis. Dort liegt das Wahlalter zwar bei 18, aber wer in einem bezahlten Arbeitsverhältnis steht, darf schon mit 16 wählen (Schulz et al. 2010: 39). 2011 beteiligten sich 20 Städte in Norwegen an einem Modellversuch, bei dem das Wahlalter für die Kommunalwahl auf 16 gesenkt wurde. Die Städte veranstalteten Werbefeldzüge und ergriffen allerlei Maßnahmen, um diese Wählergruppe zu erreichen. Die Ergebnisse werden derzeit noch ausgewertet (Aars 2012, Norwegisches Ministerium für kommunale Selbstverwaltung und regionale Entwicklung 2011).

Ferner ist bekannt, dass auch in einigen anderen Fällen alle Jugendlichen ab 16 wählen dürfen: so in einigen Städten (z. B. in Wien in Österreich), bei Parlamentswahlen (in Österreich) und Landtagswahlen (in einigen deutschen Ländern) sowie bei Pfarrgemeindewahlen (in allen finnischen Pfarreien).

Direkte Demokratie

Zahlreiche Alternativen zu den bestehenden Formen repräsentativer Demokratie stehen zur Wahl. Direkte Demokratie kann z. B. in Maßnahmen bestehen, welche die Bürger selbst entscheiden oder bezüglich derer sie politische Vorschläge machen und zur Wahl stellen. Nach Butkovic kann Demokratie als Regierung durch das Volk erstarken, wenn die Bürger unabhängig wählen können, Dinge selber zu entscheiden. Innerhalb der Europäischen Union ist die Situation in den Mitgliedsstaaten recht unterschiedlich, was das Recht der Bürger zur Teilnahme an demokratischen Entscheidungen anlangt (Butkovic 2010: 34-37). Nach Kaufmann et. al. wurden Formen direkter Demokratie in der Schweiz schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts eingeführt und seither weiter entwickelt. Direkte Demokratie bedeutet Volksabstimmung entweder, weil eine Gruppe von Wählern dies verlangt, oder weil dies in der Verfassung vorgesehen ist. Die Regierung kann allerdings nicht Volksabstimmungen zu grundlegenden Fragen anordnen: Die direkte Demokratie setzt die Existenz und die Anwendung von Verfahren zur Teilung politischer Macht voraus, die den Bürgern an die Hand gegeben sind und ihren Interessen dienen. Nicht alle Volksabstimmungsverfahren sind unmittelbar demokratisch. Ein Plebiszit hat ganz andere Auswirkungen als ein echtes Referendum. Die direkte Demokratie überträgt Gewalt auf die Bürger; Plebiszite sind hingegen Instrumente der Machtausübung durch jene, welche die Macht besitzen. So manche Missverständnisse und Verwirrung hätten sich vermeiden lassen, wenn man Verfahren direkter Demokratie und plebiszitärer Art klar voneinander unterschieden und sogar mit gesonderten Bezeichnungen benannt hätte (Kaufmann et al. 2010: 7-9).

Vom Standpunkt der direkten Demokratie aus gesehen sind Initiativen auf kommunaler Ebene in Finnland „Initiativen zur Tagesordnung“, die es den Bürgern erlauben, Vorschläge zu machen, die von den Organen der Rechtssetzung zu prüfen sind. Anders als „Volksinitiativen“ haben Initiativen zur Tagesordnung jedoch eine Abstimmung (Referendum) zur Folge und sind deshalb nicht ein Instrument direkter Demokratie, sondern ein Mittel auf Mitsprache gegründeter Demokratie.

Wichtig ist jedoch festzuhalten, dass direkte Demokratie zwar eine ergänzende Maßnahme zur Stärkung der demokratischen Kultur darstellt, aber Kinder und Jugendliche, die noch nicht das Wahlalter erreicht haben, ausschließt. Um der Jugend bessere direkte Mitsprachewege zu eröffnen, bedarf es deshalb unterschiedlicher Verfahren. Jedem Jugendlichen in der Schule, im Wohnviertel oder in der Gemeinde die Möglichkeit zu bieten, angehört zu werden, wäre ein Beispiel, wie das Ideal direkter Demokratie praktisch verwirklicht werden könnte, um die Teilnahme der Jugend am kommunalen Leben zu fördern (Feldmann-Wojtachnia et al. 2020: 18). Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang, die Möglichkeit des Einzelnen zu betonen, sich individuell an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Besonders wichtig ist das in Ländern, wo Verfahren zur Mitsprache der Jugend von der Gruppe

ausgehen, etwa im Fall von Jugendbeiräten oder Schulbeiräten, und wo Verfahren zur individuellen Mitsprache unterentwickelt oder unbekannt sind.

Auf Mitsprache gegründete Demokratie

Verfechter auf Mitsprache gegründeter Demokratie sagen, dass repräsentative oder direkte Demokratie nicht reicht. Sie sind statt dessen der Ansicht, dass verschiedene üblicherweise als unpolitisch geltende Bereiche wie die Schule, der Arbeitsplatz oder die Jugendverbände Gelegenheit zu demokratischen Entscheidungen bieten. Wer in dieser Umgebung mitzureden gelernt hat, ist nachher als Bürger besser gerüstet, auf sein Umfeld einzuwirken. Praktische Beispiele demokratischer Mitsprache sind etwa Demokratie am Arbeitsplatz oder Mitsprache bei der Haushaltsaufstellung (Dryzek und Dunleavy 2009: 212-213). Nach Morrow gehen die Theorien demokratischer Mitsprache davon aus, dass Entscheidungen besser sind, wenn sie den Interessen der am Entscheidungsprozess Beteiligten entsprechen. Sie können ferner darauf verweisen, dass demokratische Mitsprache dazu beiträgt, den Bürgern das Gefühl zu geben, auf öffentliche politische Entscheidungen einwirken zu können. Das Idealbild des Bürgers beschreibt diesen als aktiv Beteiligten, nicht jedoch die Stellung des Bürgers in seiner formellen Beziehung zum politischen System (Morrow 2005: 381).

Auf Mitsprache gegründete Demokratie empfiehlt sich für Kinder und Jugendliche, weil es dabei keine automatische Altersbegrenzung gibt. Wenn sie mitreden dürfen, fühlen Kinder und Jugendliche sich als einflussreich im eigenen Leben und als Bürger in ihrer Gemeinde. Das kann dazu führen, dass das Machtverhältnis zwischen der Jugend und den Erwachsenen sich ändert (John 2003: 208-209). Nach Hart können Jugendliche, die mitreden dürfen, neue Fähigkeiten erlernen, Selbstvertrauen erwerben, Netze aufbauen und bestenfalls auch lernen, mehr von Gleich zu Gleich mit Erwachsenen umzugehen. Zusätzlich zur persönlichen Ebene kann sich auch die institutionelle Ebene wandeln, wenn verschiedene Einrichtungen lernen, besser auf die Bedürfnisse, Erwartungen und Ideen der Jugendlichen einzugehen (Hart 2008).

Es gibt viele Mittel, die Jugend zur Mitsprache zu bewegen. In der Tat sollten die meisten strukturellen Beteiligungsverfahren als auf Mitsprache gegründet betrachtet werden. Jugendbeiräte zum Beispiel sind keine Gremien repräsentativer Demokratie, weil sie keine Befugnis haben, unabhängig über Jugendpolitik zu entscheiden. Statt dessen können sie aber durch ihre Stellungnahmen oder Klarstellung der Haltung der Jugend zur Entscheidungsfindung beitragen. Das wirkliche Problem hinter dem Erfolg von Mitspracheverfahren ist die Verteilung der Befugnisse. Wenn die Machtbefugnisse nicht neu verteilt werden und die Jugend sich den Entscheidungen und den von der Welt der Erwachsenen angeregten Strukturen fügen muss, dann können Mitspracheverfahren in der Praxis zu einem Gefühl der Ohnmacht führen (Farthing 2012: 83). Laut Mary John (2003: 209) ist „Teilnahme ohne Einfluss reine Augenwischerei“. Dieser Gesichtspunkt kommt in der Äußerung eines jungen Finnen klar zum Ausdruck:

„Meiner Meinung nach ist es sinnlos, Jugendbeiräte, Zukunftsforen, Anhörungen, Einführungsrunden oder sonst etwas zu organisieren, das den Eindruck vermitteln soll, man höre auf die Jugend, sofern man nicht bereit ist, den Jugendlichen auch Machtbefugnisse und Verantwortung zu übertragen. Natürlich ist es

schön, wenn man Außenstehenden sagen kann, dass wir hier in dieser Stadt auf die Jugendlichen hören, aber dazu bräuchte es wohl überlegte Ansichten darüber, welche echten Einflussmöglichkeiten Jugendliche haben“ (Huhtala und Tontti 2005: 43).

Auf sachlicher Auseinandersetzung beruhende Demokratie

Die Idee einer auf sachlicher Erwägung beruhenden Demokratie betont, dass die Demokratie etwas mit Kommunikation zu tun hat, dass man gute Gründe für seinen Standpunkt anführt und über das Vorbringen anderer nachdenkt (Dryzek und Dunleavy 2009: 215). Man geht also davon aus, dass sich Demokratie nicht nur in Wahlen, Mitbestimmung oder direkten Willensäußerungen erschöpft, sondern dass es grundsätzlich darum geht, in einen Dialog einzutreten und zu versuchen, zu übereinstimmender Beurteilung gemeinsamer Probleme zu gelangen. Nach mehreren Autoren beruht das Ideal sachlicher Auseinandersetzung auf dem Gedanken kommunikativer Rationalität, welche Versuche zu tricksen, listig die Marschroute vorzugeben oder die Menschen hinter derselben Meinung zu manipulieren, überwinden kann (Honneth 2009: 169; Habermas 1981). Bei sachlicher Überlegung kann man sich nicht auf Experten oder Machtpositionen verlassen, sondern nur auf die Macht der besten Argumente. Öffentliche Argumentation und Überlegung unter gleichberechtigten Bürgern stellen sicher, dass öffentliche Probleme gelöst werden können.

Nach Cohen setzt auf sachlicher Auseinandersetzung beruhende demokratische Politik dreierlei voraus:

Als Erstes bedarf es öffentlicher Erwägung, was gut ist für die Allgemeinheit. Vermutlich gibt es alternative Konzepte, was man unter „gut für die Allgemeinheit“ zu verstehen habe, weshalb die Bürger ein erweitertes Blickfeld brauchen als nur den Blick auf eng gefasste, auf die eigenen Interessen abstellende Konzepte. Zweitens muss die Gleichstellung der Bürger offensichtlich sein. Was politisch angemessen ist, darf nicht von der wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Stellung abhängen. Drittens muss Politik so gestaltet sein, dass sie die Grundlage für Selbstachtung bildet und ein Gefühl politischer Kompetenz erzeugt. Politik sollte die Identität der Bürger prägen (Cohen 1998: 143-144). Diese drei Voraussetzungen unterstreichen auch, wie wichtig es ist, die Jugend ernst zu nehmen, ihre Vorstellungen zu respektieren und sie als gleichberechtigte Partner im Dialog zu akzeptieren.

Man ist dabei, Modelle zu entwickeln, um sachliche Überlegungen bei der Jugend zu fördern. Auch wenn junge Menschen anscheinend nicht an förmlichen parteipolitischen Verfahren interessiert sind, so möchten viele doch gern von Politikern gehört und innerhalb der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen in deren Überlegungen einbezogen werden (Harris, Wyn und Younes 2010). Einer der Verfasser dieses Artikels war aktiv beteiligt an der Entwicklung einer Methode mit der Bezeichnung „auf sachlicher Auseinandersetzung beruhender Diskussionstag“, wobei junge Leute und städtische Beamte sich treffen können.

Solche Diskussionstage wurden seit 2008 in mehr als 60 finnischen Städten organisiert. Dabei wurde versucht, eine Diskussion auf der Basis sachlicher Überlegungen zwischen Jugendlichen und kommunalen Entscheidungsträgern anzustoßen.

Dies zielt auf die Entwicklung kommunaler Dienstleistungen vom Standpunkt von Heranwachsenden aus betrachtet, die verschiedene Gremien wie etwa Jugend- und Schülerbeiräte, Jugendklubbesucher und von gezielter Jugendarbeit betroffene Jugendlichen vertreten. Das beginnt mit Gruppenarbeit, bei der die Jugendlichen sich miteinander und den verschiedenen Ansichten der anderen bekannt machen. Gleichzeitig festigen sich ihre eigenen Ansichten über den Zustand kommunaler Dienste. Die Diskussion konzentriert sich hauptsächlich auf die Fragen, Ansprüche, Streitpunkte oder Vorschläge der Jugendlichen gegenüber den Erwachsenen. Dies stellt sicher, dass die Diskussion sich auf Themen erstreckt, die den Jugendlichen wichtig sind. In verschiedenen Städten wurde festgestellt, dass es dabei zu sachlichen Erwägungen kam: Die Diskussion war nicht „leeres Gerede“ oder „bloßes Reden“. Diskussionstage können mithin die Meinungen der Teilnehmer beeinflussen (vgl. Pekonen 2011: 8, 35, 69). Es scheint, dass die Entscheidungsträger angefangen haben, stärker auf die Fähigkeit der Jugend, in kommunalen Angelegenheiten aktiv zu werden, zu vertrauen. In etlichen Städten wurden Überlegungen angestellt, die Jugend schon zu einem früheren Zeitpunkt der Planung und Entscheidungsfindung anzuhören. Altersbezogene Diskussionstage können auch anderen besonderen Gruppen dienen. Kinder und Senioren beteiligten sich dabei zum Beispiel mit sachlichen Überlegungen (Gretschel und Laine und Junttila-Vitikka 2013).

Die Überlegungen bei den Diskussionstagen gehen vom Wissen und den eigenen Erfahrungen der Jugend aus. Es wurden Bürgerjury-Verfahren organisiert, um die Meinungen und Ansichten der Jugendlichen zu komplizierten Fragen zu erkunden. Die Teilnehmer solcher Jurys dürfen die von geladenen Experten vorgebrachten Unterlagen zu den anstehenden Themen prüfen. In Wales etwa prüften vierzehn Jugendliche zwischen 16 und 19 die Grundsätze von Designer-Babytechnologie (Iredale et al. 2006). Bei der ersten finnischen Jugendjury war das Thema „Mitmachen in der Schulgemeinschaft“ (Universität Vaasa 2010; Raisio und Ollila 2011).

„Gegendemokratie“

Demokratische Mitsprache wird meist als Beteiligung am demokratischen Prozess gesehen. Die Idee, dass Jugendbeteiligung für die Jugendlichen automatisch eine positive Erfahrung darstellt, stieß auf heftige Kritik. Laut Farthing besagt die Kritik, dass Beteiligung nicht die Machtverhältnisse ändert, weil es die Erwachsenen sind, welche die Mitsprache organisieren, und die Jugendlichen die vorgegebenen Rollen, Strukturen und Gesprächsform akzeptieren müssen. Beteiligung verstärkt also die tatsächlichen Machtverhältnisse, die sie eigentlich ändern sollte (Farthing 2012). Dies hat dazu geführt, dass einige Theoretiker wie Slavoj Žižek (2008: 474) behaupten, dass „unser Nichtstun, unsere Teilnahmeverweigerung der Machtstruktur einen Schlag versetzen kann, sie radikal ihrer Legitimität beraubt, sie am normalen Funktionieren hindert“. Diese Beobachtungen weisen darauf hin, dass es gute Gründe gibt zu prüfen, welche Art Jugendpolitik es außerhalb der Reichweite repräsentativer, direkter, auf sachliche Überlegung oder Mitsprache gegründeter Demokratie gibt. Farthing vertrat die Ansicht, dass die Politikverdrossenheit von Jugendlichen als aktive Ablehnung der althergebrachten Wege zu sehen sei, da sie nicht in der Lage seien, den Herausforderungen des Umweltschutzes und der Globalisierung zu begegnen.

Er meint, dass das Misstrauen gegenüber einem politischen System eine Möglichkeit darstelle, neue Formen praktischen Engagements zu finden (Farthing 2010).

Der französische Wissenschaftler Pierre Rosanvallon sieht eine neue demokratische Kultur am Horizont erscheinen. Er spricht von „Gegendemokratie“, obwohl dieser Begriff keineswegs Ablehnung der Demokratie bedeutet. Im Gegenteil, „Gegendemokratie“ ist nach wie vor gelebte Demokratie, wobei der Bürger, der das Verhalten der gewählten Vertreter und Autoritäten kontrolliert, an die Stelle des Bürgers, der seiner Wahlpflicht nachkommt, tritt. Der Grundgedanke ist, das Funktionieren demokratischer Prozesse sicherzustellen, allerdings nicht durch Teilnahme daran, sondern durch Überwachung, Kontrolle oder Beurteilung der anstehenden Angelegenheiten. Nach Rosanvallon kann „Gegendemokratie“ als ein Aspekt gelebter Demokratie, der die repräsentativen und auf sachlicher Auseinandersetzung beruhenden Verfahren ergänzt, gesehen werden (Rosanvallon 2008). Indem wir den Ausdruck „Gegendemokratie“ verwenden, wollen wir unterstreichen, dass man sehr wohl durch Verweigerung direkter Teilnahme am Prozess einen Beitrag zur Demokratie leisten kann. Vermutlich geht es nicht nur darum, das Getriebe der Regierungsgeschäfte zu ölen, sondern manchmal auch darum, etwas Sand ins Getriebe zu streuen.

Methoden der „Gegendemokratie“ wie Demonstrationen, im Internet verbreitete Botschaften und sonstige legale oder illegale Aktionen in den gesellschaftlichen Medien werden ebenfalls häufig von Jugendlichen genutzt. Jugendbeiräte und studentische Gremien nehmen z. B. ihre Zuflucht zu Demonstrationen und sogenannten Walkouts, d. h. sie verlassen den Saal oder das Gebäude, um Situationen zu begegnen, bei denen die von ihnen vorgebrachten Anliegen bei den Verantwortlichen kein Gehör fanden. Dies zeigt, dass die Jugend auf unterschiedliche Methoden politischen Handelns zurückgreifen kann, wenn man nicht auf ihre wiederholt vorgetragenen Forderungen und Bedürfnisse eingeht.

Anscheinend hängt „Gegendemokratie“ irgendwie von der Kultur und dem politischen System ab. Die finnische Soziologin Eeva Luhtakallio führte eine vergleichende Untersuchung über Finnland und Frankreich durch. Sie kommt zum Ergebnis, dass finnische Aktivisten sich als Bürger betrachten und ihre Rolle als solche wahrnehmen. In Frankreich dagegen wird Aktionismus als politisches Handeln und als Dasein in der Welt betrachtet, nicht so sehr als Akzeptanz des politischen Systems (Luhtakallio 2010: 213-216). Eine drängende Frage hinter aller Mitsprache lautet, in wieweit sie in der Lage ist, den unvermeidlichen Pluralismus und Widerstandsgeist in der Politik zu überwinden (Mouffe 2005). Rein technische Anhörungen dienen dazu, Meinungen zu einer vorgelegten Tagesordnung zu hören; Mitsprache heißt aber auch, dass man möglicherweise nicht einverstanden ist, Dinge in Frage stellt, grundsätzlich dagegen ist oder den Prozess kontrolliert.

Wege zur Förderung von Mitsprache

Im ersten Kapitel untersuchten wir das zwiespältige Wesen demokratischer Kultur und zeigten anhand der Untersuchung verschiedener Demokratiekonzepte, dass demokratisches Verhalten Verschiedenes bedeuten kann: zur Wahl gehen, seinen Willen

äußern, sich auf kommunaler Ebene einbringen, mit anderen gemeinsame Anliegen besprechen oder sich gegen etwas zur Wehr setzen. Alle diese verschiedenen Aspekte unterstreichen die Notwendigkeit, die Vielfalt von Demokratie anzuerkennen. Das zweite Kapitel befasste sich mit internationalen und lokalen Mitteln zur Förderung und Untersuchung von Mitsprache. Will man das Ausmaß von Mitsprache messen, stellt man als Erstes fest, dass die reiche Vielfalt kultureller Alltagsteilnahme an der Demokratie nicht gewürdigt wird. Ein Blick auf die internationale Untersuchung zur staatsbürgerlichen Erziehung (International Civic and Citizenship Education Study, ICCS) zeigt dies beispielhaft. Als Zweites zeigt sich, dass Fragebögen benutzt werden, um die Entscheidungsfindung durch Informationen zu untermauern, z. B. im Rahmen des „Strukturierten Dialogs während eines Vorsitzes in der EU“, doch sagen solche Fragebögen nichts über Jugendliche in gesellschaftlichen Randgruppen aus. Dies zeigt, dass man zur Förderung sachlicher Auseinandersetzung sicherstellen muss, dass alle Betroffenen sich äußern können. Als Drittes wird die kommunale Stadtplanung von Skateboard-Übungsflächen als Beispiel angeführt, um die vielseitigen Aspekte von Beteiligungsverfahren aufzuzeigen. Aufgrund dieser Untersuchung wird festgestellt, dass ein wachsendes Bedürfnis besteht, verschiedene Formen gelebter Demokratie anzuerkennen und vielseitige Beteiligungsverfahren zu schaffen, die auf qualitativ guter Förderung und wissenschaftlichen Methoden beruhen und sowohl Gruppen als auch Einzelpersonen einbeziehen.

Außerachtlassung der reichen Vielfalt von Alltagsbeteiligung

Die internationale Studie zur staatsbürgerlichen Erziehung (International Civic and Citizenship Education Study, ICCS) untersuchte, wie die Länder ihre Jugendlichen auf ihre Rolle als Staatsbürger vorbereiten (Schulz et al. 2010: 15). Ziel der ICCS-Studie war es festzustellen, was die Schüler in einem Test leisten, bei dem es um Konzeptkenntnisse und Verständnis im Rahmen der staatsbürgerlichen Erziehung ging. Die Studie maß auch Einstellungen zur politischen Mitsprache und die entsprechenden Absichten der Jugendlichen. Die ICCS-Studie brachte einen Überblick, gestützt auf die Angaben von über 140 000 etwa vierzehnjährigen Schülern der 8. (oder einer vergleichbaren) Klasse in über 5 300 Schulen in 38 Ländern. Einbezogen wurden auch Berichte der Schulleiter oder Lehrer dieser Schulen. Die ICCS-Studie zeigt die Unterschiede unter den Ländern in Bezug auf die große Bandbreite verschiedener staatsbürgerlicher Lernziele, Aktionen und Dispositionen. Sie zeigt auch Unterschiede, was das Verhältnis zwischen dem Ergebnis staatsbürgerlicher Erziehung und den Merkmalen der Länder, Gemeinschaften, Schulen, Schulklassen und Aspekten des persönlichen und gesellschaftlichen Hintergrunds der Schüler anbetrifft (Schulz et al. 2008; Schulz et al. 2010).

Weiter oben in diesem Text wurde die große Bandbreite des Begriffs Demokratie mit Hilfe von fünf verschiedenen Rahmenbedingungen zum Verständnis der Demokratie geschildert. Nunmehr möchten wir aufzeigen, wie das Verständnis verschiedener Demokratieformen die Notwendigkeit bedingt, die sich aus der ICCS-Studie ergebenden Fragen näher zu untersuchen. Wie oben ausgeführt besteht einer der Grundgedanken demokratischer Mitsprache darin, in einem offensichtlich unpolitischen Umfeld wie z. B. der Schule, dem Arbeitsplatz usw.

Interesse für Politik zu wecken. Die ICCS-Studie schloss folgende wissenschaftliche Fragestellung ein: „Welche Aspekte des Schul- und Bildungswesens beeinflussen die Leistungen und Einstellungen zur staatsbürgerlichen Erziehung und staatsbürgerlichen Verantwortung?“ (Schulz et al. 2008: 10). Zur Beantwortung dieser Frage stützte man sich auf verschiedene Gruppen von Themen. Die Schüler wurden z. B. gebeten anzugeben, in welchem Ausmaß ihre Ansichten bei Entscheidungen über die Unterrichtsmethoden in der Klasse, den Lehrstoff, das Unterrichts- und Lernmaterial, den Stundenplan und die Klassen- oder Schulordnung berücksichtigt wurden: „weitgehend“, „mäßig“, „geringfügig“ oder „überhaupt nicht“ (Schulz et al. 2010: 164). Vom Standpunkt eines weit gefassten Demokratiebegriffs ist es sogar noch wichtiger zu untersuchen, wie man junge Menschen dazu bringen kann, auf Entscheidungen Einfluss zu nehmen, als nur, ob sie auf aktuelle Fragen einwirken können oder nicht.

Junge Menschen müssen die Möglichkeit haben, unter Einsatz verschiedener politischer Mittel in schulischen Angelegenheiten gehört zu werden, wobei man sich in einem bestimmten Zeitraum nur eines bestimmten Mittels oder aber gleichzeitig verschiedener Mittel bedienen kann. Die ICCS-Studie befasst sich hauptsächlich mit repräsentativen Formen der Mitsprache wie z. B. Wahlen zum Klassensprecher oder zum Schulparlament oder Kandidatur als Klassensprecher oder Vertreter im Schulparlament. Unserer Meinung nach klammerte die ICCS-Studie individuelle Mitsprachemöglichkeiten für alle Schüler aus, z. B. Initiativen vorzuschlagen oder an Untersuchungen, Abstimmungen und gemeinsamen Planungen der Klasse, der Schule oder der Gemeinde teilzunehmen. Selbst auf Gruppenebene ist nicht von Klassentreffen auf der unteren Ebene die Rede.

Hinsichtlich sonstiger Demokratieformen hätte man auch auf sachlicher Auseinandersetzung beruhende Demokratieformen wie Jugendjurs und Diskussionstage als Alternative erwähnen können. Als umfassende Form gesellschaftlicher Mitsprache bietet die ICCS-Studie die „Teilnahme an gewaltlosen Protesten gegen als ungerecht empfundene Gesetze“ an (Schulz et al. 2010: 95). Soweit uns bekannt, ist massives Verlassen des Saals oder Gebäudes (sog. Walkout) ein Mittel der „Gegendemokratie“, dessen sich Schüler bedienen um zu versuchen, schulbezogene Entscheidungen zu beeinflussen.

Bei der repräsentativen Demokratie lohnt es sich, Schulleiter zu fragen, ob die Schüler in kommunalen Gremien vertreten sind, die sich mit Schulfragen befassen. Im Rahmen der direkten Demokratie kämen Volksabstimmungen zu schulischen Fragen in Betracht, abhängig vom Alter der Schüler und vom Wahlalter im jeweiligen Land. Indem man den Demokratiebegriff ausweitet und derzeit fehlende Formen politischer Mitbestimmung einbezieht, kann man auf die Entwicklung echter vielfältiger Mitsprachemöglichkeiten für junge Leute als solche hoffen. Zur Zeit interessiert man sich etwas mehr für die Frage, wie aktiv junge Leute sich beteiligen, vor allem zur Wahl gehen, sobald sie erwachsen sind. Die Autoren der internationalen ICCS-Studie geben auch zu, dass ihr Bezugsrahmen weitere Untersuchungen erfordert (Schulz et al. 2010: 257). Allerdings muss man bedenken, dass „die konkreten sowie abstrakten Konzepte von der Art sind, dass sie in jeder Gesellschaft gelten, da die ICCS-Studie eine internationale Untersuchung ist“ (Schulz et al. 2008:27). Man muss

jedoch anfügen, dass eine derartige Auswertung gleichzeitig Informationen liefert, die zeigen, wie Demokratie sich weiterentwickeln könnte.

Die Schwierigkeit, alle Jugendlichen zu erreichen

Ein Fragebogen war für die ICCS-Studie eine gute Methode, Angaben zu erhalten, da eine große Zahl von Schülern verschiedener Art den Fragebogen an ihrer Schule beantwortete. Anders liegen die Dinge aber, wenn ein Fragebogen allgemein Informationen erheben soll wie z. B. bei „Nationalen Befragungsrounden im Rahmen des Zyklus des strukturierten Dialogs während des EU-Vorsitzes verschiedener Länder“. Strukturierter Dialog kann als Ausdruck sachlicher Auseinandersetzung in der Demokratie gesehen werden. Nach Jürgen Habermas hängt der Erfolg sachlicher Auseinandersetzung von der Qualität des Verfahrens und den Kommunikationsbedingungen ab. Auch bedarf es eines Zusammenspiels zwischen institutionalisierten Verfahren und informeller öffentlicher Meinung (Habermas 1996: 298).

Gemäß der Ratsentschließung (2011/C 164/01) der EU zielt der strukturierte Dialog darauf ab, eine Vielzahl von Jugendlichen und Jugendorganisationen in die Konsultation auf allen Ebenen einzubeziehen. Die Ergebnisse der nationalen Konsultationen münden in Länderberichte, die vom Europäischen Lenkungsausschuss durchgesehen, zusammengestellt und den EU-Jugendkonferenzen zugeleitet werden. Die Entschließung besagt auch, dass die in der Europäischen Union lebenden Jugendlichen, bedingt durch die Art dieses Verfahrens, Gelegenheit bekommen, im Rahmen der Konsultationsrunde auch ihre Ansichten und Ideen darüber zu äußern, was ein gemeinsames Schwerpunktthema werden könnte. Laut der Entschließung soll versucht werden, in diesen Prozess auch Jugendliche einzubinden, die sonst nicht zu Wort kommen (vgl. Ratsentschließung 2011/C 164/01). Auch die Europäische Kommission wünscht, „besondere Berücksichtigung von Jugendlichen, die sonst wenig Gelegenheit haben, sich zu äußern. Sie müssen unbedingt Teil des Dialogs sein, zugleich aber auch extra angesprochen werden, wobei besonders auf ihre Probleme und Sorgen eingegangen werden sollte“ (Europäische Kommission, 29.4.2008).

Für die Zeit vom 1. Januar 2010 bis zum 30. Juni 2011 einigte sich der Rat auf Arbeitsbeschaffung für Jugendliche als thematischen Schwerpunkt des strukturierten Dialogs. Im „Kompendium der ersten strukturierten Dialogrunde“ (2011, 15) heißt es: „Als Teil des Dialogprozesses wurden Online-Konsultationen und Debatten mit Tausenden von jungen Leuten in ganz Europa organisiert“. Im Kompendium wird gesagt, dass die nationalen Konsultationen im Verein mit den Ergebnissen der EU-Jugendkonferenzen und den dabei geführten Diskussionen „die Schlussfolgerungen des Rates zugunsten der Förderung von Arbeitsbeschaffung für Jugendliche im Hinblick auf die für 2020 ins Auge gefassten Ziele beeinflusst haben“ (siehe Rat der Europäischen Union, 17.6.2012). Da unbekannt ist, welche Jugendliche auf nationaler Ebene konsultiert wurden, ist zu vermuten, dass ein solches System nur die aktivsten Jugendlichen zu Antworten bewegt, obwohl doch zur wirksamen politischen Planung Angaben über die Probleme und Erfahrungen von jungen Leuten mit ganz unterschiedlichem Hintergrund auf dem Arbeitsmarkt benötigt werden. Dies war auch der Fall bei der Planung der finnischen Version des

„Jugendgarantiemodells“¹. Bei der Planung der Methoden des Modells entschied man sich für die Verwendung eines offenen Online-Fragebogens (N = über 6 300), um die Ansichten von Jugendlichen zu erfassen, die man nicht über Schulen, Ausbildungsstätten, Arbeitsplatz und Wiedereingliederungszentren erreichen konnte. Ungleichheiten traten z. B. bei der Planung der finnischen „Jugendgarantie“ zu Tage, als der Nationale Jugendrat eingetragene Jugendverbände bat, ihre Mitglieder aufzufordern, Online-Fragebögen auszufüllen (um auch wirklich die Meinung aller Jugendlichen zu erfassen). Jugendliche, die nirgends Mitglied waren, wurden folglich von niemandem befragt.

Der strukturierte Dialog als erster Versuch, auf sachliche Auseinandersetzung gegründete Demokratie zu fördern, zeigt, dass der Erfolg solcher Auseinandersetzung (bei der alle einschlägigen Argumente und Gesichtspunkte erörtert werden) wenigstens zum Teil davon abhängt, wie gut man an die verschiedenen Gruppen von Jugendlichen herankommt. Das unterstreicht wiederum, dass es verschiedene Beteiligungsverfahren bräuchte, um die Voraussetzungen für eine Mitarbeit zu schaffen. Wir meinen, dass demokratisches Vorgehen in solchen Fällen mehr qualitative und intensive wissenschaftliche Methoden bedingt, Kontakte sowohl zu bestimmten Gruppen als auch zu Einzelpersonen, um auch junge Leute zu erreichen, die nicht von vielen sozialen Diensten erfasst werden.

Politik im Alltag: Planung von Skateboard-Flächen

Als letztes Beispiel beziehen wir uns auf das Verfahren zur Festlegung von Übungsflächen für Skateboard-Fahrer um zu zeigen, wie junge Leute durchaus in der Lage sind, sich im unmittelbaren Umfeld vor Ort zu engagieren. Unsere Idee ist es, hiermit ein gutes Beispiel demokratischer Mitarbeit vorzustellen, bei dem die Jugend einbezogen wurde, als es darum ging, einen Übungsplatz für Skateboard-Fahrer, Rollschuhfahrer und Rollerfahrer (kick scooters) zu schaffen. Dieses Musterbeispiel beruht auf den Erfahrungen von Skateboard- und Rollschuhfahrern sowie städtischen Beamten in zehn finnischen Städten (Gretschel, Koskinen und Junntila-Vitikka 2012). Dieses Beispiel hat natürlich seine Grenzen, weil die Skateboard-Kultur in der Regel auf das städtische Milieu beschränkt ist und mehr Jungen als Mädchen anzieht. Wenn man aber die örtlichen Verhältnisse wissenschaftlich untersuchen will, muss man spezielle Fälle herausgreifen. Mit dem Beispiel der Skateboard-Fahrer möchten wir die Schwierigkeiten aufzeigen die sich ergeben, wenn man die Mitsprache von Jugendlichen bei bestimmten Problemen sowie örtlich und kulturell sinnvolle Formen von Jugendmitsprache untersucht. Es geht darum zu erforschen, wie Mitspracheverfahren, Verfahren direkter Demokratie und „Gegendemokratie“-Verfahren bei kommunaler Entscheidungsfindung kombiniert werden können. Diese sogenannte Alltagspolitik beweist, dass Jugendmitsprache sich anstatt auf

1. Das Jugendgarantiemodell ist eines der Spitzenprogramme der finnischen Regierung. Dieses Programm will allen jungen Menschen unter 25 und allen unter 30, die arbeitslos geworden sind, binnen dreier Monate nach Verlust ihrer Arbeit einen Arbeitsplatz, eine Ausbildung, ein Studium, einen Werkstattplatz oder ein Wiedereingliederungsprogramm bieten (Arbeits- und Wirtschaftsministerium; Finanzministerium 2011: 20-21).

strukturierte und langfristig angelegte Mitspracheverfahren auf Netze gründet und sich ad hoc, also von Fall zu Fall, ergeben kann (Vromen und Collin 2010).

Die Planung von Übungsflächen für Skateboard-Fahrer zeigte große Unterschiede hinsichtlich der Art und Weise, wie die Kommunalverwaltung mit den Bedürfnissen der Skateboard-Fahrer umging. Dies ist ein typisches Beispiel dafür, wie die Verwaltung zur Schaffung von Mitspracheverfahren beitragen kann. In der einen Stadt half der städtische Sportreferent dem Skateboard-Fahrer-Verein, eine geeignete Halle zu finden. In einer anderen Stadt tat der Sportreferent das Gegenteil: Er schwärzte die Skateboard-Fahrer als potentielle Vandalen an, obwohl sie doch als Mieter in Frage gekommen wären. Letztendlich fanden sich in beiden Städten Übungsflächen. Im letzteren Fall erklärte ein Skateboard-Fahrer auf Befragen, er habe sich gedacht: „In dieses Amtszimmer setze ich keinen Fuß mehr!“ Die Art, wie das Anliegen der Skateboard-Fahrer im zweiten Fall behandelt wurde, warf einen Schatten auf die Idealvorstellung von guter Verwaltung (vgl. z. B. die Europäische Handreichung für gute Verwaltung = European Code of Good Administrative Behaviour 2005). Dieses Verhalten der Verwaltung durchkreuzte die Bemühungen, Jugendliche zur Mitsprache zu bewegen, weil eine Gruppe aktiver Jugendlicher keine Unterstützung für ihr Vorhaben fand. Dies zeigt, dass es einer Änderung der Einstellung und der Arbeitskultur bedarf, wenn man verschiedene Formen von Mitsprache ausprobieren will.

Demokratische Kultur erfordert stabile Strukturen, die aber auch flexibel genug sein sollten, um auf auftauchende neue Formen von Jugendkultur reagieren zu können. Vor allem dürfen Formen der Demokratie, die auf Mitsprache und sachlicher Auseinandersetzung beruhen, gewisse Gruppen nicht ausschließen. Diesbezüglich versagte der demokratische Verfahrensaspekt. Wer Skateboard fährt, sollte die gleichen Rechte haben wie jemand, der andere Hobbys betreibt. Zumindest sollte die Kommunalverwaltung ihnen helfen, wenn sie sich schon nicht selbst darum kümmern will, Übungsplätze zu finden oder bestehende Übungsflächen herzurichten. Es handelt sich nicht nur darum, bei Planung und Entscheidung demokratisch vorzugehen, sondern auch darum, denen, die neu hinzukommen oder sich möglicherweise fürs Skateboard-Fahren interessieren, den Zugang zu solchen Übungsflächen zu erleichtern, indem man sie schon gleich bei der Planung einbezieht. Weiter erscheint es nötig, beim Planen geschlechtsspezifische Bedürfnisse zu berücksichtigen. Aus Gesprächen ergab sich, dass man es besonders auch Mädchen, die Skateboard fahren wollen, leichter machen muss, vor allem, wenn sie erst neu dazukommen wollen.

Nach Informationen aus zehn finnischen Städten ist es mittlerweile gang und gäbe, Skateboard-Fahrer bei der Planung von Skateboard-Plätzen einzubeziehen. Man hat dies begriffen, nachdem sich etliche ohne Beteiligung eingerichtete Übungsflächen als unbrauchbar erwiesen hatten. Einige davon waren von gutwilligen Spendern fix und fertig bereitgestellt worden. Obwohl die Zusammenarbeit mit Skateboard-Fahrern inzwischen besser läuft, wird die Idee einer Zusammenarbeit mit erfahrenen Skateboard-Fahrern noch nicht in allen Planungsphasen praktiziert. Als Übungsflächen einmal von Arbeitern asphaltiert wurden, erwies sich die ganze Fläche wegen ein paar kritischer Millimeter als fehlerhaft und unbrauchbar. Dies zeigt, dass erweiterte Mitsprache und auf sachlicher Auseinandersetzung beruhende Formen der Demokratie nicht nur ein stärkeres Gemeinschaftsgefühl vermitteln, sondern auch dazu beitragen, öffentliche Dienstleistungen durch Berücksichtigung von Alltagserfahrung zu verbessern.

Wenn man die demokratische Mitsprache beim obigen Prozess untersucht, muss man feststellen, dass Skateboard-Sachverständige oft einer älteren Generation angehören, die schon vor Jahren oder Jahrzehnten damit angefangen hatten. In Finnland sind dies oft schon Männer über 30. Sie bilden das Rückgrat eingetragener Skateboard-Vereine in den Städten und auf nationaler Ebene. Die kommunalen Behörden konsultieren sie bei der Planung. Dabei übersehen sie aber oft, dass auch nicht sportbegeisterte Jugendliche auch so manche Erfahrung zum Planungsprozess beitragen können. Sie wissen z. B., wie wichtig es ist, dass solche Sportstätten sozial allen offenstehen. Zwar bedient man sich bei der Planung klar verschiedener, auf Mitsprache und sachliche Auseinandersetzung beruhender Verfahren, doch sind diese meist zu eng umrissen, vor allem, wenn man die Masse in Frage kommender Nutzer nicht erreichen kann. Um es mit Habermas zu sagen, erfordert demokratische Meinungs- und Willensbildung, verschiedene Gruppen einzubeziehen (Habermas 1996: 299). Nur mit den etablierten Vereinen zusammenzuarbeiten, mag zwar für die Verwaltung leichter sein, verwirklicht aber nicht das Ideal auf Mitsprache und sachlicher Auseinandersetzung beruhender Demokratie, bei dem es doch um die Ergänzung reiner Sachverständigenkultur geht.

Ein gutes Angebot an Skateboard-Übungsflächen hängt nicht immer nur von der wirtschaftlichen Situation der Stadt ab. In Finnland erhobene Angaben lassen vermuten, dass die Skateboard-Übungsflächen in etlichen Städten nicht so intensiv unterhalten werden wie andere Sportstätten. Die Stadtverwaltung hat die Aufgabe festzulegen, welche Sportmöglichkeiten vor Ort angeboten werden, welche davon vorrangig ausgebaut werden und welche nicht. Gremien repräsentativer Demokratie haben oft recht herkömmliche Vorstellungen vom Sport. Skateboard-Fahren ist ein Ausdruck sowohl der Jugend- als auch der Sportkultur. In manchen Fällen nimmt weder das Jugend- noch das Sportreferat die Aufgabe ernst, Skateboard-Übungsflächen zu unterhalten. Man muss feststellen, dass sich Städte ziemlich schwer tun, den durch die wachsende Zahl von Skateboard-Fahrern entstehenden Bedarf zu decken. Hinzu kommt, dass Skateboard-Fahrer ihre Künste immer noch weiter steigern. Die Stadtverwaltung braucht jedoch ziemlich viel Zeit zu begreifen, dass sie Übungsflächen verschiedener Schwierigkeitsgrade anbieten muss. Im Gegensatz zu Skipisten quer durchs Land, Ringkampfarenen oder Schwimmbädern, deren Ausmaße in Finnland mehr oder weniger feststehen, ändert sich das Profil von Skateboard-, Snowboard- oder Kunstradfahren ständig. Die kommunalen Behörden sollten mehr auf die Besonderheiten bestimmter Sportarten eingehen. Skateboard-Fahren als Phänomen sowohl der Jugend- als auch der Sportkultur bietet der städtischen Jugend und den Sportreferenten ein reiches Feld zur Zusammenarbeit. Skateboard-Übungsflächen könnten als vielseitige und einzigartige Oasen der Jugend- und Sportkultur dienen. Ganz im Gegensatz dazu bestellen viele Städte in Finnland gebrauchsfertige Sportstätten vom selben Katalog.

Die richtige Antwort auf Vielfalt

Die ersten beiden oben beschriebenen konkreten Fälle (die ICCS-Studie und der strukturierte Dialog) sind Fälle, in denen die Initiative von Erwachsenen ausging und diese die Struktur vorgaben. Das Skateboard-Beispiel zeigt aber, dass es auch Fälle gibt, bei denen die Jugendlichen selbst die Initiative ergreifen. In der Regel

handelt es sich dabei um kurzfristige Projekte zur Lösung bestimmter Probleme. Wie dargelegt wurde, zeigen die Schwierigkeiten, auf die Forderungen der jungen Leute einzugehen, dass die Politik nicht immer bereit oder in der Lage ist, die demokratischen Chancen zu erkennen, die solche Projekte bieten.

Die drei obigen Beispiele unterstreichen mehrere Gesichtspunkte. Zum einen greifen diese Beispiele demokratischer Mitsprache nicht alle im ersten Kapitel beschriebenen Aspekte gelebter Demokratie auf. Zum Zweiten riskiert die Auswahl der demokratischen Verfahren, dass die Zielgruppe zu eng gefasst wird. Eine der anspruchsvollsten Aufgaben einer von großen Gegensätzen geprägten Gesellschaft ist es sicherzustellen, dass alle Betroffenen gehört werden. Besonders schwierig ist es, an sozial schwache Jugendliche heranzukommen, die sich auf dem Arbeitsmarkt schwer tun. Es ist deshalb wichtig einzugestehen, dass die bestehenden demokratischen Verfahren die Masse der Jugend nicht erreicht haben. Zum Dritten darf die Kommunalpolitik nicht die kurzfristige Alltagspolitik außer Acht lassen. Die Verbindung kurzfristigen demokratischen Verhaltens im Alltag mit langfristigen Prozessen erfordert eine messbare Schnittstelle verschiedener Demokratiebegriffe. Die obigen Darlegungen zeigen, dass der Demokratiebegriff weit genug gefasst werden muss, um alle einschlägigen Aspekte der Demokratie zu erfassen. Dies könnte dann dazu beitragen, mehr junge Menschen als bisher zu erreichen.

Die fünf Demokratiekonzepte beweisen, dass die Demokratie sowohl eine soziale Dimension (zusammenarbeiten, mitreden, sich auseinandersetzen, die Verwaltung kontrollieren) als auch eine individuelle Dimension (sich zum Mitmachen entschließen und den Mund aufmachen) besitzt. Kürzlich hat der Rat der Europäischen Union (17.6.2011) alle Mitgliedstaaten aufgefordert, „einen umfassenden Ansatz ähnlich dem bereits in einigen Mitgliedsstaaten bei der ‚Jugendgarantie‘ praktizierten Ansatz zu entwickeln“. Im vorliegenden Artikel betonten wir anhand zweier Beispiele (zu seltener strukturierter Dialog, zu offene Fragebögen, um alle Arten von Jugendlichen zu erfassen), wie bei nationaler oder europäischer Planung von Themen wie der „Jugendgarantie“ in gewissem Maße bedacht werden sollte, dass nicht nur aktiv engagierte junge Leute berufen sind, an Anhörungen zur Vorbereitung von Entscheidungen teilzunehmen. Wir glauben, dass wirklich demokratisches Vorgehen in solchen Fällen erfordert, mehr qualitative und intensive Methoden direkter Kontakte zu Gruppen wie zu Einzelpersonen zu nutzen, um auch junge Menschen zu erreichen, die nicht von sozialen Dienstleistungen erfasst werden.

Schlussfolgerungen

Am Anfang unseres Artikels stellten wir fest, dass die Wahlbeteiligung oft als einziger zutreffender Maßstab für politisches Handeln der Menschen gewertet wurde. Wenn dem so ist, dann geht die Analyse von falschen Voraussetzungen aus, was man unter Demokratie zu verstehen habe. Die Erstellung von Listen von Schwerpunkten und wichtigen Themen zur Vorbereitung von Entscheidungen sollte sich auf die Untersuchung aktiven Handelns der Bürger in verschiedenen demokratischen Lebensbereichen stützen. Dazu muss man verschiedene Formen demokratischen Handelns im Auge behalten wie sie in den verschiedenen Konzepten des Demokratiebegriffs zum

Ausdruck kommen. Wir haben darauf hingewiesen, dass man nicht auf angeblich uninteressierte und passive Jugendliche abstellen darf, weil die Art von Demokratie, welche die Jugend wahrscheinlich nicht so sehr interessiert, nicht auf einem weit gefassten Demokratiebegriff beruht. Wer von zu engen Definitionen ausgeht, verbreitet nicht nur ein falsches Bild der Jugend, sondern könnte in manchen Fällen sogar verhindern, dass die Jugend richtig eingeschätzt wird und folglich nicht angemessen auf ihre Bedürfnisse eingegangen wird.

Wenn man die Vielfalt des Demokratiebegriffs anerkennt und entsprechend handelt, stellt sich die Frage, ob es sich überhaupt lohnt, Mitsprache zu fördern angesichts der Zeit und der Bemühungen, deren es bedarf, um die Bedürfnisse der jungen Leute zu befriedigen. Argumente zugunsten einer Förderung von Mitsprache können sich aber aus folgenden Erwägungen ergeben:

- ▶ Entwicklungsperspektive (jungen Leuten zu helfen, demokratisches Verhalten einzuüben);
- ▶ Dienstleistungsperspektive (Dienstleistungen durch Anhörung der Nutzer wirksamer zu gestalten);
- ▶ Demokratieperspektive (Je mehr die Bürger sich für gemeinsame Anliegen interessieren, desto eher werden sie bereit sein, sich demokratisch zu engagieren);
- ▶ Gemeinschaftsperspektive (Je mehr Gruppen sich als gleichberechtigte Mitglieder einer Gemeinschaft akzeptiert fühlen, desto mehr Geborgenheit, Identitätsgefühl und Kreativität kann ihnen die Gemeinschaft bieten).

Aus diesem Grund geht es bei Jugendmitsprache nicht nur um junge Menschen, sondern um uns alle.

Mit unserem Versuch, Mitsprache weiter zu fassen, reagieren wir auf die Mängel eines Systems, dass junge Leute aufgrund ihres Alters am Wählen hindert. Der Europarat hat die Notwendigkeit betont, in allen Ländern und für alle Arten von Wahlen die Möglichkeit einer Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre zu prüfen (Europarat 2011). Läge das Wahlalter tiefer, würden die Anliegen der Jugend unter 18 in der repräsentativen Demokratie stärker beachtet, was bisher oft nicht der Fall war. Eine andere Lösung bestünde darin, Verfahren demokratischer Mitsprache zu schaffen, die repräsentativen Strukturen nachempfunden sind. Jugend- und Schulbeiräte sind zum Beispiel Formen, bei denen soziale Kompetenz und Bereitschaft, größere Verantwortung für gemeinsame Anliegen zu übernehmen, sich möglicherweise durch die Erfahrung dieser Gruppen und die ihnen gebotene Unterstützung verstärken. Wir sind überzeugt, dass diese Lösungen notwendige Schritte zu mehr Mitsprache in der Zukunft darstellen, möchten jedoch darauf hinweisen, dass es zusätzlich dazu verschiedenartiger Lösungen bedarf. Natürlich besteht die Gefahr, dass das Ganze zur Augenwischerei wird, falls nur ein geringer Prozentsatz der jungen Leute vertreten ist und die, die nicht vertreten sind, sich noch mehr gesellschaftlich ausgegrenzt fühlen.

Zusammenfassend sei gesagt, dass es beim Versuch, die Demokratie zu stärken und die Jugend in die Demokratie einzubeziehen, wichtig ist zu klären, von welchem Demokratiebegriff man ausgeht. Demokratiekultur kann verschiedene Formen annehmen. Es geht nicht nur darum, wie die Bedürfnisse der Jugend befriedigt werden können, damit sie sich für die repräsentative Demokratie interessieren,

sondern auch darum, wie man die Gesellschaft reformieren könnte, um zu einer vielstimmigen Kultur unter Betonung von Mitsprache zu gelangen.

Bibliografie

* Nur in finnischer Sprache

Aars, J. (2012), Democratic Renewal in Local Government: Lessons from Recent Democratisation Programs in Norway. Presentation in the 41st Congress of the Finnish Association of Local Government Studies. Verfügbar unter <http://www.kunnallistiede.fi/KTY/KTP%202012%20Jacob%20Aars.pdf> (aufgerufen am 20.12.2012).

*Alanen, L. (2009), Johdatus lapsitutkimukseen [Introduction to childhood research]. In: Alanen, L., Karila, K. (Hrsg.) *Lapsuus, lapsuuden instituutiot ja lasten toiminta* [Childhood, institutions of childhood and the action of the children]. Vastapaino, Tampere.

Beck, U. (1998), *Democracy without enemies*, Polity Press, Cambridge.

Bhatti, Y., Hansen, K., Wass, H. (2012), The relationship between age and turnout: A roller-coaster ride. *Electoral Studies* 31, S. 588-593.

Butković, H. (2010), How is Democracy Applied within the EU: Combining Elements of Traditional and Innovative Democratic Practice. *Politička misao*, 47(5), S. 27-43.

Cohen, J. (1998), Deliberation and Democratic Legitimacy. In: Goodin, R.E., Pettit, P. (Hrsg.) *Contemporary Political Philosophy*, Blackwell, Oxford.

Coleman, S. (2007), How democracies have disengaged from young people. In: Loader, B.D. (Hrsg.) *Young Citizens in Digital Age. Political Engagement, young people and new media*. Routledge, London.

Compendium of the first cycle of the structured dialogue (2011), The structured dialogue with young people and youth organisations on youth employment during the Spanish, Belgian and Hungarian EU presidencies, the Youth Department of the Ministry of National Resources of Hungary. Verfügbar unter http://ec.europa.eu/youth/news/20120203_compendium_en.htm (aufgerufen am 19.12.2012).

Council of Europe (2011 Doc. 12546), Expansion on democracy by lowering the voting age to 16. Report of Political affairs committee. Verfügbar unter <http://assembly.coe.int/ASP/Doc/XrefViewPDF.asp?FileID=13110&Language=EN> (aufgerufen am 20.12.2012).

Council of the European Union (17.6.2012), Council conclusions. Promoting youth employment to achieve the Europe 2020 objectives. Verfügbar unter http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/lsa/122831.pdf (aufgerufen am 19.12.2012).

Council Resolution (2011/C 164/01), Resolution of the Council and of the Representatives of the Governments of the Member States, meeting within the Council, on the structured dialogue with young people on youth employment. Verfügbar unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2011:164:0001:0004:EN:PDF> (aufgerufen am 19.12.2012).

Dryzek, J. S., Dunleavy, P. (2009), *Theories of a democratic state*. Palgrave MacMillan, New York.

* Eskelinen, T., Gretschel, A., Kiilakoski, T., Kiili, J., Korpinen, S., Lundbom, P., Matthies, A.-L., Mäntylä, N., Niemi, R., Nivala, E., Rynänen, A., Tasanko, P. (2012), *Lapset ja nuoret subjekteina päätöksenteossa [Children and young people as subjects in decision making]*. In: Gretschel, A., Kiilakoski, T. (Hrsg.) *Demokratiaoppitunti. Lasten ja nuorten kunta 2010-luvun alussa [A Lesson in Democracy. The Municipalities of Children and Young Adults at the Beginning of the 21st Century]*. Finnish Youth Research Network, S. 35-94.

The European Code of Good Administrative Behaviour (2005), The European ombudsman. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.

European Commission (EAC/D1/JK/D 2008), *The new concept of the European structured dialogue with young people*. Directorate-general for education and culture. Verfügbar unter http://ec.europa.eu/youth/documents/doc776_en.pdf (aufgerufen am 19.12.2012).

Farthing, R. (2010), *The politics of youthful antipolitics: representing the 'issue' of youth participation in politics*. *Journal of Youth Studies*, 13(2), S. 181-195.

Farthing, R. (2012), *Why Youth Participation? Some Justifications and Critiques of Youth Participation Using New Labour's Youth Policies as a Case Study*. *Youth & Policy* 109, S. 71-97.

Feldmann-Wojtachnia, E., Gretschel, A., Helmisaari, V., Kiilakoski, T., Matthies, A.-L., Meinhold-Henschel, S., Roth, R., Tasanko, P. (2010), *Youth participation in Finland and Germany. Status analysis and data based recommendations*. Finnish Youth Research Network, Bertelsmann Stiftung und Forschungsgruppe Jugend und Europa am CAP, Ludwig-Maximilians-Universität München. Verfügbar unter <http://www.nuorisotutkimusseura.fi/julkaisut/verkkojulkaisut> (aufgerufen am 22.11.2012).

Fieldhouse, E., Tranmer, M., Russell, A. (2007), *Something about young people or something about elections? Electoral participation of young people in Europe: Evidence from a multilevel analysis of the European Social Survey*. *European Journal of Political Research* 46, S. 797-822.

*Gretschel, A., Kiilakoski, T. (Hrsg.) (2012), *Demokratiaoppitunti. Lasten ja nuorten kunta 2010-luvun alussa [A Lesson in Democracy. The Municipalities of Children and Young Adults at the Beginning of the 21st Century]*. Finnish Youth Research Society/Network.

* Gretschel, A., Koskinen, S., Junttila-Vitikka, P. (2012), *Yhdyskunta- ja liikuntasuunnittelu: esimerkkinä skeittialueet ja leikkiuistot [Community and sport planning, cases about skate areas and playgrounds]*. In: Gretschel, A., Kiilakoski, T. (Hrsg.) *Demokratiaoppitunti. Lasten ja nuorten kunta 2010-luvun alussa [A Lesson in Democracy. The Municipalities of Children and Young Adults at the Beginning of the 21st Century]*. Finnish Youth Research Society, Helsinki, S. 35-94.

*Gretschel, A., Laine, S., Junttila-Vitikka, P. (2013), *Kuntalaisten kokemustieto*

liikuntapaikkojen laadun arvioinnissa [Knowledge of experience of local citizens in assessing the quality of sport facilities]. Valtion liikuntaneuvoston julkaisu

2013:1 [Publication of the Sport Council of the State of Finland], yhteisjulkaisu Nuorisotutkimusseura ry:n kanssa [Common publication with Finnish Youth Research Society].

Habermas, J. (1981), *Theorie des kommunikativen Handelns*. Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Habermas, J. (1996), *Between Facts and Norms*. MIT Press, Cambridge.

Harris, A., Wyn, J., Younes, S. (2010), Beyond apathetic or activist youth: 'Ordinary' young people and contemporary forms of participation. *Young*, 18(1), S. 9-32.

Hart, J. (2008), Children's Participation and International Development: Attending to the Political. *International Journal of Children's Rights* 16, S. 407-418.

*Helsingin Sanomat (30.10.2012), Kuinka vaaleista saisi kiinnostavimmat [How to make elections more interesting?]. Leitartikel.

Honneth, A. (2009), *Pathologies of Reason. On the Legacy of Critical Theory*. Columbia University Press, New York.

*Huhtala, S-P., Tontti, A. (2005), *Uusi nuorten Rovaniemi* [The new town Rovaniemi of young people], Thesis, Humak University of Applied Sciences.

Iredale, R., Longley, M., Thomas, C. Shaw, A. (2006), What choices should we be able to make about designer babies? A Citizens' Jury of young people in South Wales. *Health Expectation* 9(3). S. 207-217.

John, M. (2003), *Children's Rights and Power. Charging Up for a New Century*. Jessica Kingley, London and New York.

Kaufmann, B., Büchi, R., Braun, N. (2010), *Guidebook to Direct Democracy in Switzerland and Beyond*. The IRI Guidebook to Direct Democracy – 2010 Edition. The Initiative und Referendum Institute Europe, Marburg, Germany. Verfügbar unter <http://www.scribd.com/doc/92466488/IRI-Guidebook-to-Direct-Democracy-in-Switzerland-and-beyond-2010> (aufgerufen am 16.12.2012).

Locke, J. (1993), *The Second Treatise of Government*. In: Locke, J. (Hrsg.) *Political Writings*. Penguin, London.

Luhtakallio, E. (2010), *Local Politicizations. A Comparison of Finns and French Practicing Democracy*. Sociology Research Reports no. 265, Department of Social Research, University of Helsinki.

Margalit, A. (2002), *Ethics of Memory*. Harvard University Press.

*Ministry of the Employment and the Economy of Finland (2011), *Nuorten yhteiskuntatakuu - työryhmä asetettu* [The Young Peoples' Social Guarantee Model-working group has been established]. Verfügbar unter https://www.tem.fi/index.phtml?105033_m=103777&s=4760 (aufgerufen am 19.12.2012).

Ministry of Finance of Finland (2011), *Europe 2020 -strategy*. Finland's National Programme, Spring 2011. Ministry of Finance publications 14c/2011. Verfügbar unter http://www.vm.fi/vm/en/04_publications_and_documents/01_publications/02_economic_surveys/20110406Europe/name.jsp.

The Ministry of Local Government and Regional Development of Norway (2011), Higher Turnout among First-time Voters. Verfügbar unter <http://www.regjeringen.no/en/dep/krd/press/press-releases/2012/higher-turnout-among-first-time-voters.html?id=670637> (aufgerufen am 25.11.2012).

Morrow, J. (2005), *History of Western Political Thought*. Palgrave MacMillan, New York.

Mouffe, C. (2005), *Return of the Political*. Verso, London.

Nussbaum, M. (2007), *Frontiers of Justice. Disability, Nationality, Species Membership*. Harvard University Press, London.

*Palonen, Kari (2008), Kaksi politiikan käsitettä [Two concepts of politics]. In: Korvela, P. E., Lindroos, K. (Hrsg.) *Avauksia poliittiseen ajatteluun* [Opening the political thinking]. Jyväskylä: Minerva.

Parkinson, J. R. (2012), *Democracy and Public Space*. Oxford University Press, Oxford.

*Pekonen, K. (2011), Puhe eduskunnassa [Talk in the parliament]. Vastapaino, Tampere.

*Raisio, H., Ollila, S. (2011), Ryhmäkeskustelut nuorten kansalaisraadissa [Group discussions in the youth jury]. In: Mäntylä, N. (Hrsg.) *Lapset ja nuoret yhteiskunnan toimijoina* [Children and Young People as Actors in Society]. Proceedings of the University of Vaasa, Finland. Verfügbar unter http://www.uva.fi/materiaali/pdf/isbn_978-952-476-379-0.pdf (aufgerufen am 19.12.2012).

Rosanvallon, P. (2008), *Vastademokratia. Poliitikka epäluulon aikakaudella*. Vastapaino, Tampere.

Schulz, W., Ainley, J., Fraillon, J., Kerr, D., Losito, B. (2010), ICCS 2009 International Report: Civic knowledge, attitudes, and engagement among lower-secondary school students in 38 countries. International Association for the Evaluation of Educational Achievement. Verfügbar unter http://www.iea.nl/fileadmin/user_upload/Publications/Electronic_versions/ICCS_2009_International_Report.pdf (aufgerufen am 22.11.2012).

Schulz, W., Fraillon, J., Ainley, J., Losito, B., Kerr, D. (2008), *International Civic and Citizenship Education Study. Assessment Framework*. International Association for the Evaluation of Educational Achievement. Verfügbar unter http://www.iea.nl/fileadmin/user_upload/Publications/Electronic_versions/ICCS_2009_Framework.pdf (aufgerufen am 22.11.2012).

Statistics Finland (2012), Voting turnout in the Municipal elections in 1972-2012, %, in Finland. Verfügbar unter http://www.stat.fi/til/kvaa/2012/kvaa_2012_2012-10-29_tau_001_fi.html (aufgerufen am 22.11.2012).

The University of Vaasa (2010), *The First Finnish Youth Jury. Involvement in school community. A youth jury of 16–20-year-old students. Vaasa 17–19.10.2010, final report*. Verfügbar unter http://blog.uvasa.fi/midcom-serveattachmentguid-1e148dff-ca8f76648df11e1bf5a3b5702abb20db20d/finnish_youth_jury_final_report-002.pdf (aufgerufen am 26.11.2012).

Vromen, A., Collin, P. (2010), Everyday youth participation? Contrasting views from Australian policymakers and young people. *Young*, 18(1), S. 97-112.

Zizek, S. (2008), *In Defence of Lost Causes*. Verso, London.

Active Citizenship 3.0/2020 Kritik und Perspektiven eines ambivalenten Begriffs

Benedikt Widmaier

Der Begriff der Partizipation ist in den vergangenen Jahren zunehmend entpolitisiert worden und vielfach wird dem Begriff des Engagements der Vorzug gegeben. Als ein Höhepunkt dieser schleichenden Entpolitisierung des Partizipationsbegriffs kann etwa der „Engagementbericht“ der deutschen Regierung vom Herbst 2009 gelten. Dort wird, um dem Dilemma der ungeklärten Begriffsbestimmungen vermeintlich zu entgehen, ein neuer Begriff eingeführt. Es wird vorgeschlagen, in Zukunft besser von „Zivilengagement“ zu sprechen (vgl. auch Priller u. a. 2011). Der bis dahin in Deutschland bevorzugt benutzte Begriff des „bürgerschaftlichen Engagements“ sei zu eng mit Kontexten der politischen Partizipation, der Demokratiewahrnehmung und Demokratiestärkung verbunden und dabei werde schnell übersehen, dass alltägliches Engagement für die Gesellschaft wichtige wohlfahrtsstaatliche Produkte und Leistungen erbringe (BMFSFJ 2009: 11).

Jugendpolitisch zeigt sich das Dilemma des entpolitisierten Begriffs von Partizipation in der starken Überbewertung von freiwilligem Engagement, etwa auch der (Internationalen) Freiwilligendienste (vgl. dazu und zum Folgenden auch Widmaier 2011b und 2011c). Selbst wenn Demokratie, dem amerikanischen Pragmatismus folgend, nicht nur als Herrschaftsform, sondern auch als Gesellschafts- und Lebensform gesehen werden kann (vgl. Himmelmann 2001), scheint doch der politische Anspruch und der politische Kern von Demokratie in den vergangenen Jahren fortschreitend aus dem Blickfeld, auch der Jugendpolitik, geraten zu sein. Dass eine zunehmende Politikdistanz junger Menschen durch wachsendes soziales Engagement kompensiert werden könnte, ist demokratietheoretisch möglicherweise ein Trugschluss.

Dieses potentielle Dilemma spiegelt sich auch in den demokratietheoretischen Diskussionen der Politikwissenschaft wider. Das politische Problem möglicherweise schön redend, wird in Amerika inzwischen gerne von „Engaged Citizenship“ gesprochen (vgl. etwa Dalton 2006), in Deutschland von „bürgerschaftlichem Engagement“ und in der europäischen Debatte eben von „Active Citizenship“. Denn auch wenn es paradox klingen und von den an der Debatte Beteiligten wohl kaum intendiert ist, könnte eine fortgesetzte unkritische und entpolitisierte Sichtweise von Engagement und Partizipation eher einen Beitrag zur weiteren Entwicklung postdemokratischer Verhältnisse leisten (vgl. Crouch 2008), als diese zu verhindern.

Mit dem folgenden Beitrag soll der europäische, vor allem der jugendpolitische Ausschnitt dieser demokratietheoretischen Debatte beleuchtet werden. Zunächst werden einige wichtige europäische Grundsatzserklärungen und Forschungen zu Fragen einer „Aktiven Bürgerschaft“ (active citizenship) und zu damit verbundenen Herausforderungen für „Politische Bildung“ (Civic and Citizenship Education) vorgestellt. Danach wird das in diesen Feldern aufscheinende dominante demokratietheoretische Paradigma, die Theorie des „Sozialen Kapitals“, vorgestellt und kritisch gewürdigt. Am Ende wird gefragt, was diese demokratietheoretischen Debatten jugendpolitisch und jugendpädagogisch bedeuten und es wird eine Perspektive entworfen, die neben der Bedeutung des Sozialen Kapitals auch die Notwendigkeit Politischen Kapitals postuliert.

Charta für Demokratie- und Menschenrechtsbildung des Europarats

Weitgehend unbemerkt von der politischen Öffentlichkeit, aber auch von der politisch-pädagogischen Fachöffentlichkeit – jedenfalls in Deutschland – hat der Europarat im Mai 2010 eine „Charta zur Demokratie- und Menschenrechtsbildung“ verabschiedet. Der Europarat hatte bereits nach dem Verschwinden des Eisernen Vorhangs begonnen, das aus seinem traditionellen Auftrag erwachsene Feld der Menschenrechtsbildung zu erweitern und „Education for Democratic Citizenship“ (EDC) insgesamt in den Blick zu nehmen (vgl. Becker 2008 u. 2012, Lösch 2009, Dürr 2011). Daran knüpfte die Charta an und setzt gewissermaßen einen Schlusspunkt in dem langjährigen Bemühen, der Politischen Bildung und dem Demokratielernen, also der Citizenship Education, größere Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Die Charta aus dem Jahr 2010 definiert Demokratiebildung wie folgt:

„education, training, awareness-raising, information, practices and activities which aim, by equipping learners with knowledge, skills and understanding and developing their attitudes and behaviour, to empower them to exercise and defend their democratic rights and responsibilities in society, to value diversity and to play an active part in democratic life, with a view to the promotion and protection of democracy and the rule of law“.

Und Menschenrechtsbildung wird folgendermaßen definiert:

„education, training, awareness raising, information, practices and activities which aim, by equipping learners with knowledge, skills and understanding and developing their attitudes and behaviour, to empower learners to contribute to

the building and defence of a universal culture of human rights in society, with a view to the promotion and protection of human rights and fundamental freedoms“.

Die Charta beschreibt Demokratie- und Menschenrechtsbildung als eng miteinander verbundene pädagogische Arbeitsfelder, die sich gegenseitig befruchten und unterstützen sollten. Beide unterschieden sich mehr in Bezug auf Schwerpunkt und Geltungsbereich als in ihren Zielen und ihrem pädagogischen Vorgehen: „Education for democratic citizenship focuses primarily on democratic rights and responsibilities and active participation, in relation to the civic, political, social, economic, legal and cultural spheres of society, while human rights education is concerned with the broader spectrum of human rights and fundamental freedoms in every aspect of people’s lives.“

Interessant erscheint ein Blick auf zwei praktische Konsequenzen: So wird (1) gefordert, *dass demokratische Prinzipien auch gelebt werden, um Demokratie und Respekt vor den Menschenrechten nicht nur zu lernen sondern auch zu erleben*: „Effective learning in this area involves a wide range of stakeholders including policy makers, educational professionals, learners, parents, educational institutions, educational authorities, civil servants, non-governmental organisations, youth organisations, media and the general public.“ Und weiter heißt es: „the governance of educational institutions, including schools, should reflect and promote human rights values and foster the empowerment and active participation of learners, educational staff and stakeholders, including parents. Es soll deshalb (2) Forschung im Bereich der Demokratie- und Menschenrechtsbildung initiiert und gefördert werden, „to take stock of the current situation in the area and to provide stakeholders including policy makers, educational institutions, school leaders, teachers, learners, non-governmental organisations and youth organisations with comparative information to help them measure and increase their effectiveness and efficiency and improve their practices“ (alle Zitate: Council of Europe 2010).

Bürgerkompetenz und Lebenslanges Lernen in der EU

Neben dem Europarat hat auch die Europäische Union in der vergangenen Dekade das Thema Aktive Bürgerschaft in einen engen Zusammenhang mit Lebenslangem Lernen, also der Weiterbildung im weitesten Sinne gebracht. Schon im so genannten „Memorandum über Lebenslanges Lernen der EU“ (Europäische Kommission 2000) werden „Employability“ – also die Qualifizierung für und Integration in den Arbeitsmarkt – und „Active Citizenship“ als die beiden zentralen und (vermeintlich) gleichbedeutenden Ziele des Lebenslangen Lernens benannt.

Später erhält das „Zwillingspaar“ Aktive Bürgerschaft und Beschäftigungsfähigkeit einen prominenten Platz in einem EU-Dokument mit dem Titel „Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen“ (Europäische Kommission/Europäisches Parlament 2006), das als wichtiger Schritt auf dem Weg zum so genannten Europäischen Qualifikationsrahmen betrachtet werden kann. Als Schlüsselkompetenzen werden hier jene Kompetenzen beschrieben, die alle Menschen für ihre persönliche Entfaltung, soziale Integration, Bürgersinn und Beschäftigung benötigen. Im englischen Original heißt es: „Key competences are those which individuals need for personal fulfilment and development, active citizenship, social inclusion and employment“ (ebd. jeweils: L 394/13).

Es fällt auf, dass „Active Citizenship“ in der englischen Version zuerst genannt wird und darüber hinaus im deutschen Text nicht ganz glücklich mit „Bürgersinn“ übersetzt wird. Ähnlich wie der Begriff des „Staatsbürgers“, mit dem das englische „Citizen“ oder auch „Citizenship“ in den hier vorgestellten Dokumenten häufig übersetzt wird, passt auch der Begriff „Bürgersinn“ eher zu einem unkritischen, affirmativen Konzept von Bürgerschaft. In einigen weiteren Formulierungen werden dagegen durchaus emanzipatorische Töne angeschlagen, wenn etwa davon gesprochen wird, dass zur Bürgerkompetenz auch das „kritische und kreative Nachdenken“ gehört (L 394/14).

„Die Bürgerkompetenz rüstet den Einzelnen dafür, ausgehend von der Kenntnis der gesellschaftlichen und politischen Konzepte und Strukturen und der Verpflichtung zu einer aktiven und demokratischen Beteiligung, umfassend am staatsbürgerlichen Leben teilzunehmen“ (L 394/16). Und ausführlicher heißt es weiter:

- ▶ „Bürgerkompetenz beruht auf der Kenntnis der Konzepte der Demokratie, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung, Staatsbürgerschaft (citizenship) und Bürgerrechte (civil rights) [...]“
- ▶ „Bürgerkompetenz erfordert die Fähigkeit, tatsächliche Beziehungen zu anderen im öffentlichen Bereich einzugehen und Solidarität und Interesse an der Lösung von Problemen der lokalen und weiter gefassten Gemeinschaft zu zeigen.“
- ▶ „Eine konstruktive Beteiligung (participation) umfasst auch andere staatsbürgerliche Aktivitäten (civic activities), die Unterstützung der gesellschaftlichen Vielfalt, Zusammenhalt (social diversity and cohesion), und nachhaltiger Entwicklung (sustainable development) [...]“ (englische Ergänzungen B.Wi.) (L 394/17).

Evidenzstudien und Forschung zur „Aktiven Bürgerschaft“

Im Jahr 2005 gründete die Europäische Kommission mit dem Center for Research on Lifelong Learning (CRELL) ein eigenes Forschungsinstitut, das sich mit Fragen des lebenslangen Lernens beschäftigen sollte. Noch im gleichen Jahr begann das Institut CRELL gemeinsam mit dem Europarat ein Forschungsprojekt mit dem Titel „Active Citizenship for Democracy“. Dort arbeitete ein internationales Team aus Wissenschaftler/innen und Experten/innen aus den Bereichen Pädagogik, Politikwissenschaft und Soziologie interdisziplinär zusammen. Zentrales Ziel dieser Forschungen von CRELL war die Entwicklung eines so genannten „Active Citizenship Composite Indicators“, eines „Tools“ für die Politikberatung, mit dem Stand und Entwicklung von „Aktiver Bürgerschaft“ gemessen und zwischen den europäischen Ländern verglichen werden kann. Als empirische Basis wurden dafür die Daten des European Social Survey von 2002 genutzt (vgl. dazu insgesamt: Widmaier 2011a).

Aus dieser Forschung von CRELL sind drei Dokumente besonders hervorzuheben:

- ▶ Measuring Active Citizenship in Europe (Hoskins et al. 2006),
- ▶ Measuring Civic Competences in Europe (Barber et al. 2008) und
- ▶ eine Zusammenfassung mit dem Titel „The characterization of Active Citizenship in Europe“ (Mascherini et al. 2009).

Vor allem „Measuring Civic Competences“ greift die politisch-pädagogische Frage auf „...what were the learning outcomes required for an individual to become an active citizen?“ Ziel der Studie – so heißt es weiter, sei es „...exploring the learning

outcomes – referred to in this paper as civic competence – the knowledge, skills, attitudes and values needed to enable individuals to become an active citizen“ (Barber et al. 2008: 11).

CRELL spielt für die Diskussion über „Active Citizenship“ in Europa eine wichtige, ja bestimmende Rolle. Das Institut war nicht nur etwa am „Arbeitsprogramm für allgemeine und berufliche Bildung 2010“ der EU beteiligt und stellt seine Expertise für die regelmäßigen „Progress Reports towards the Lisbon objectives in education and training“ zur Verfügung. Dort wie in vielen anderen Dokumenten wird die von CRELL entwickelte Definition von „Active Citizenship“ seither immer wieder reproduziert. Die folgende Definition kann deshalb gewissermaßen als amtliche Definition der EU von „Aktiver Bürgerschaft“ betrachtet werden:

„Participation in civil society, community and/or political life, characterised by mutual respect and non-violence and in accordance with human-rights and democracy“ (Hoskins et al. 2006: 4; vgl. auch Hoskins et al. 2012: 17).

Seit 2012 wird in der europäischen Debatte wahlweise auch von „Participatory Citizenship“ gesprochen, wobei die gesamte Debatte weiterhin von den auch für die CRELL-Studien maßgeblichen Personen vorangetrieben wird. Im vergangenen Jahr hat die internationale Forschungsgruppe, aus der vor allem Bryony Hoskins und David Kerr zu nennen sind, im Auftrag der Europäischen Kommission vier Reports unter der Überschrift „Participatory Citizenship in the European Union“ herausgegeben (vgl. u. a. Hoskins/Abs et al. 2012), die die Debatte über „Active Citizenship“ noch einmal zusammenfassen.

Das dominante Paradigma des Sozialen Kapitals

Demokratiethoretisch wird dieser europäische Diskurs über „Participatory Citizenship“, „Active Citizenship“ und „Education for Democratic Citizenship“ sehr stark von der amerikanischen kommunitaristischen Variante (Robert Putnam) der Theorie des so genannten „Sozialen Kapitals“ dominiert. Robert Putnam ist beispielsweise auch in den eben vorgestellten Reports der Europäischen Kommission einer der wichtigsten Referenzautoren. Im Report 1, der als „Context Analysis Report“ die Grundlagen der Diskussion vorstellt, wird an sechs Stellen Bezug auf Putnam genommen (Hoskins/Abs et al. 2012: 9, 10, 3 x 11, 28).

Die Gründe für diesen starken Bezug auf Robert Putnam sind vielfältig. Letztlich lässt sich aber zugespitzt formulieren, dass die Theorie des Sozialkapitals am besten zum (auch europäischen) Zeitgeist der 1990er-Jahre gepasst hat. Im angelsächsischen Fachdiskurs wird von einem „culturally embedded concept“ (Amna 2010: 193) gesprochen, was die Sache sicher gut beschreibt. Die Theorie des Sozialen Kapitals deckt sich offenbar weitgehend mit der Entwicklung der Politischen Kultur und der zunehmenden Bedeutung von zivilgesellschaftlichen Demokratietheorien und Governance-Konzepten (vgl. dazu Evers 2011) in den westlichen Industrieländern in diesen Jahren. Die Grundthese der Theorie kann folgendermaßen zusammengefasst werden:

„Menschen, die im Verein aktiv sind, führen ein glücklicheres Leben, besitzen einen größeren Freundeskreis, neigen eher dazu, anderen Menschen zu vertrauen, sind

physisch und psychisch gesünder und mit sich und ihrer Umwelt zufriedener [...] Der Verein erbringt aber auch ganz direkte demokratische Effekte. [...] Diese lassen sich mit Tocqueville als Effekte einer *school of democracy* umschreiben.[...], Effekte, die das Vereinsmitglied kompetenter und demokratischer erscheinen lassen. Vereinsmitglieder erlernen die hohe Kunst der Toleranz, die friedlich-konstruktive Auseinandersetzung mit abweichenden Meinungen und üben sich im politischen Diskurs“ (Roßteutscher 2009: 61f.).

Außer, dass Vertreter dieser Spielart der Sozialkapitaltheorie infolgedessen auch als Neo-Tocquevillianer bezeichnet werden, finden sich im Diskurs über Soziales Kapital zahlreiche weitere Querverbindungen zu wichtigen gesellschaftspolitischen Diskussionen der 90er-Jahre. Verwandte Begriffe, zu denen jeweils ausführliche eigene gesellschaftliche Debatten geführt wurden/werden, sind etwa „Bürgerschaftliches Engagement“ und „Zivilgesellschaft“ (vgl. insbes. Deutscher Bundestag 2002: 34 u. 197f.) oder der so genannte „Dritte Sektor“ (neben Staat und Wirtschaft) (vgl. etwa Zimmer 2002).

In der Demokratietheorie sind die politikwissenschaftlichen Konzepte der „Starken Demokratie“ (Benjamin Barber), der „Partizipativen Demokratie“ oder der „Assoziativen Demokratie“ eng mit der Putnam’schen Theorie des Sozialkapitals verbunden. Und in der Politiktheorie bzw. der politischen Philosophie steht die Kommunitarismusdebatte in enger Verbindung mit der Theorie des Sozialen Kapitals. Robert Putnam gilt als „Amerikas Vorzeigekommunitarist“ (Braun 2002: 6).

Robert Putnam hat auch das europäische Bürgerbild und den Glauben an „the benevolent consequences of civil society and social capital for the functioning of democracy“ in der europäischen Politik maßgeblich geprägt (van Deth 2009: 177). Die starke Orientierung an einem zivilgesellschaftlichen Bürgerbild hat bereits in der CRELL-Studie „Measuring Active Citizenship“ eine zentrale Rolle gespielt (Hoskins 2006: 9), sie wird aber auch im aktuellen „Participatory Citizenship Report“ deutlich. Dort heißt es mit Verweis auf Putnam, „that the quality of democratic governance relies on the civic virtues and engagement of their citizens“ (Hoskins/Abs et al. 2012: 9). Und mit Verweis auf Benjamin Barber (!) heißt es weiter: „The result therefore is a shift in the understanding of citizenship to be more than just a legal concept and now to include one of individual involvement in participatory democracy, with a greater focus on citizens’ involvement in decision making, particularly policy development“ (ebd.).

In der Theorie des Sozialen Kapitals wird davon ausgegangen, dass aktive soziale Partizipation in Assoziationen und Vereinen grundlegende soziale Kompetenzen vermittelt. „Sind solche Fähigkeiten und Kompetenzen erst einmal erworben, lassen sie sich jederzeit in politisches Kapital umwidmen“ (Roßteutscher 2009: 165). Diese gewissermaßen automatisch gegebene Entwicklung von sozialem und bürgerschaftlichem Engagement hin zu einer aktiven *politischen* Bürgerschaft als Grundlage einer starken Demokratie wird in der Politikwissenschaft auch als Spill-Over-Hypothese bezeichnet (vgl. kritisch dazu Hüller 2006: 10f.). Dass die Spill-Over-Hypothese auf europäischer Ebene auch politisch vertreten wurde/wird, soll exemplarisch an einer Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu „Freiwilligen Aktivitäten, ihre Rolle in der europäischen

Gesellschaft und ihre Auswirkungen“ deutlich gemacht werden. Auch hier findet sich wieder der Bezug zu Putnam. In der Stellungnahme heißt es u. a.:

„Freiwillige Tätigkeiten sind untrennbar mit aktiver Bürgerschaft verbunden, die – sowohl auf lokaler als auch auf europäischer Ebene – das Herzstück der Demokratie bilden. [...] Eine geeignete Herangehensweise, die in Forschungsarbeiten zur Zivilgesellschaft (zum Beispiel Putnam 2000) beschrieben wird, ist das so genannte Sozialkapital, zu dem freiwillige Aktivitäten einen wesentlichen Beitrag leisten“ (Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss 2006: 4 u. 11).

Dekonstruktion der Theorie des Sozialen Kapitals

Robert Putnam hat seine Theorie des Sozialkapitals weiter entwickelt, als ihn Kritiker darauf hinwiesen, dass beispielsweise auch extremistische Gruppierungen als zivilgesellschaftliche Assoziationen gelten können. Er teilte das generierte Sozialkapital deshalb später in „bonding social capital“ und „bridging social capital“. Vereine können danach vor allem dann einen positiven Einfluss auf die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur ausüben, wenn sie bereit sind, eine gewisse Heterogenität ihrer Mitglieder zuzulassen und damit integrativ (bridging) und nicht ausschließend (bonding) zu wirken. Dies stellt sehr hohe Anforderung an das – jedenfalls in Deutschland – in der Regel sehr homogene Vereinswesen und die Einhaltung von Reziprozitätsnormen im Verhältnis der Mitglieder zueinander (vgl. dazu Zmerli 2011: 32f.).

In deutschen Beiträgen zur Debatte war schon früh ein eher distanziertes Verhältnis zur Sozialkapitaltheorie zu spüren. Claus Offe etwa weist darauf hin, dass die Qualität einer Demokratie „nicht alleine durch das Niveau der bürgerschaftlichen Bereitschaft zum Engagement und des Sozialkapitals determiniert [wird]. Vielmehr spielen die rechtlichen und institutionellen Strukturen des Staates und das ihnen zugrunde liegende universale Prinzip der Staatsbürgerschaft [...] eine davon unabhängige und zumindest gleichermaßen wichtige Rolle“ (Offe 2001: 492). Sebastian Braun mahnte früh an, dass die Stärkung der Bürgergesellschaft ergänzt werden müsse durch eine „aktive Verantwortung der Eliten für soziale Gerechtigkeit“ (Braun 2002: 11). Roland Roth weist darauf hin, dass die „Demokratisierung liberaler Demokratien [...] neue institutionelle Formen [benötigt] und [...] sich nicht in der Anrufung der Zivilgesellschaft erschöpfen“ kann (Roth 2004: 58). Und Sigrid Roßteutscher weist darauf hin, dass Gesellschaften historisch wie aktuell eben auch mit undemokratischen Assoziationen (bonding social capital!) konfrontiert sind. Roßteutscher zeigt mit einem einfachen Ursache-Wirkungs-Modell, dass sich durch ehrenamtliches Engagement in Vereinen zwar – im positiven Sinne – eine demokratische politische Kultur generieren kann. Genau so gut kann sich aber auch – im negativen Sinne – eine „undemokratische Zivilkultur“ auf ein antidemokratisches Selbstverständnis von Vereinen und Assoziationen auswirken (vgl. Roßteutscher 2008). Sandra Seubert warnt am Ende einer sehr ausführlichen demokratietheoretischen Untersuchung des Konzepts davor, „Sozialkapital vorbehaltlos als die Ressource zu feiern, deren Pflege und Förderung die [...] Probleme der Demokratie zu überwinden hilft“ (Seubert 2009: 267).

Zuletzt hat sich die Debatte über „Bad Civil Society“ in Deutschland auch in der Diskussion über Ziele und Aufgaben der politischen Bildung – also auch Ziele einer

„Education for Democratic Citizenship“ – niedergeschlagen. Dabei wird u.a. mit Verweis auf gegenteilige historische Erfahrungen (etwa das reiche Vereinsleben in Deutschland in der Weimarer Republik vor dem Ausbruch des Faschismus 1939) deutlich gemacht, dass eine gut funktionierende Zivilgesellschaft alleine noch kein Garant für starke Demokratie sein kann (Klatt 2012: 7f.).

Die kulturelle Einbettung (cultural embedded) und normative Reflexivität bzw. Reziprozität scheinen demnach also für die Beurteilung einer positiven oder negativen gesellschaftlichen Wirkung von Assoziationen und Vereinen von entscheidender Bedeutung. Deshalb kann beispielsweise in Zweifel gezogen werden, dass Sportvereine (die wichtigsten Jugendverbände in Europa; vgl. Schild 2013) gewissermaßen automatisch „Schulen der Demokratie“ sind. Lotte Rose hat gezeigt, dass im Kinder- und Jugendsport heute ganz im Duktus eines globalisierten neo-liberalen Kapitalismus über den Körper als „Kapitalressource“, über die Förderung „biographischer Kapitalentwicklung“, über „Leistungsmodelle“ und individuelle „Wettbewerbsvorteile“, die Kinder (!) und Jugendliche sich durch Sport schon in jungen Jahren verschaffen können, gesprochen wird. Die Mitgliedschaft von jungen Menschen im Sportverein unterliegt also – so Rose – „relativ harten Marktgesetzen“. Dazu kommt, dass sich Sportvereine ganz offensichtlich schwer tun, einen liberalen demokratischen Erziehungsstil zu pflegen: In der sportpädagogischen Praxis ist noch immer ein hohes Maß „autoritäre(n) Verhalten(s) gepaart mit Drillelementen“ zu finden (Rose 2004: 430).

Inzwischen ist auch die Bezugnahme auf Putnam und seine Theorie des Sozialen Kapitals in den europäischen Dokumenten zur „Active Citizenship“ nicht mehr so euphorisch. In einem der jüngeren Dokumente von CRELL (Mascherini et al. 2009) heißt es jedenfalls einleitend und in Kontrast zur Einleitung der ersten CRELL-Studie (Hoskins et al. 2006) wie folgt:

„As can be seen within this definition (vgl. die oben wiedergegebene Definition von *active citizenship*, B.Wi.), Active citizenship incorporates a wide spread of participatory activities (...). However, and in our view correctly, action alone is not considered active citizenship, the example of Nazi Germany or Communist Europe can show mass participation without necessarily democratic or beneficial consequences. Instead participation is incorporated with democratic values, mutual respect and human rights. Thus we are attempting to measure is value based participation. The difference between this concept and social capital is that the emphasis is placed on the social outcomes of democracy and social cohesion and not on the benefits to the individual from participation“ (Mascherini et al. 2009: 10).

Wirkung auf politisch-pädagogische Theorie und Praxis

Die europäischen Debatten und wissenschaftlichen Publikationen insbesondere zur „Active Citizenship“ sind in den (jugend-)pädagogischen Professionen – jedenfalls in Deutschland – bisher nur selten aufgegriffen und diskutiert worden. Dagegen spielt die Rezeption der Theorie des „Sozialen Kapitals“ für die Kontroverse zwischen einer vermeintlich „neuen“ Demokratiepädagogik und einer „alten“ Politischen Bildung eine nicht unwesentliche Rolle.

Anstöße zu einer Diskussion über „Active Citizenship“ in Deutschland kamen vor allem aus der außerschulischen, non-formalen Politischen Bildung. So hat die Akademie für politische und soziale Bildung „Haus am Maiberg“ im Jahr 2009 eine inzwischen gut dokumentierte Tagung mit dem Titel „Active Citizenship & Citizenship Education“ durchgeführt (Widmaier/Nonnenmacher 2011). Dort werden supranationale europäische Konzepte zur Citizenship Education vorgestellt, es werden Ländervergleiche zum Politikunterricht in der Schule präsentiert und eine Einordnung in den nationalen politikdidaktischen Diskurs versucht.

Zwischen 2009 und 2011 hat der so genannte Forscher-Praktiker-Dialog für Internationale Jugendarbeit (FPD) ein Forschungsprojekt durchgeführt und eine Expertise zum Thema „Active Citizenship“ vorgelegt (Brixius 2010). Die Expertise bereitet vor allem die umfangreichen Textangebote des Europarats, der Europäischen Kommission und des Instituts CRELL auf, kommentiert diese Veröffentlichungen und macht sie durch eine Verlinkung der Fachöffentlichkeit zugänglich. Damit ist eine erste Basis für eine mögliche breitere Rezeption geschaffen. Das FPD-Projekt endete im März 2011 mit einer Fachtagung, die von der Deutschen Agentur für das EU-Programm „JUGEND in Aktion“ und anderen Trägern der Internationalen Jugendarbeit durchgeführt wurde. Da „Active Citizenship“ eine der wichtigsten Förderprioritäten im Programm JUGEND ist, gehört die Deutsche Agentur zu den wichtigsten deutschen Institutionen mit ausgeprägtem Interesse am Thema (vgl. Müller 2011).

Den starken Einfluss der Theorie des „Sozialen Kapitals“ auf das Demokratielernen haben in jüngster Zeit einige Wissenschaftler des Deutschen Jugendinstituts (DJI) beschrieben und hinterfragt (Gaiser et al. 2009 und 2010, de Rijke 2010). Mit den empirischen Daten der Jugendsurveys des DJI kommen sie dabei zu der Erkenntnis, dass

„die zentrale These von den Vereinen als ‚Schulen der Demokratie‘ nur eine schwache Bestätigung erfährt. Zwar findet man in allen drei Aspekten demokratisch-staatsbürgerlicher Orientierung (Idee der Demokratie, soziales Vertrauen, politische Kompetenz, B.Wi.) eine stärkere Ausprägung bei Personen, die in Vereinen aktiv sind, doch sind die Effekte deutlich geringer als man bei der starken Unterstützung der These hätte erwarten können“ (de Rijke 2010: 40).

In der pädagogischen Praxis sind vor allem über das BLK-Programm „Demokratie lernen und leben“ (www.blk-demokratie.de) Ideen, Konzepte und Methoden, die sich an der Theorie des „Sozialen Kapitals“ und an der vom Europarat konzipierten „Education for Democratic Citizenship“ orientieren, in Deutschland bekannt gemacht worden. Nicht ganz zufällig spricht Anne Sliwka, die für die Implementation angelsächsischer Praxis (z. B. Service Learning) im Rahmen des BLK-Programms eine wichtige Rolle gespielt hat, konzeptionell auch von „Demokratiepädagogik als Bürgerbildung“ (Sliwka 2008: 20f.). Das in diesem Kontext in Deutschland popularisierte Konzept des Service Learning ist wiederum aus der Zielperspektive der Politischen Bildung kritisiert worden: Es handle sich im wesentlichen um soziales Lernen, bei dem der Blick auf politisch strukturelle Probleme ausgeblendet bleibt (vgl. Nonnenmacher 2009: 277f. und jetzt auch einzelne Beiträge in: Hedtke u. a. 2013).

Dass es sich bei der „European Citizenship Education“ eher um ein demokratiepädagogisches Konzept, also einen auf soziales Lernen und die Bildung eines

demokratischen Habitus ausgerichteten Ansatz handelt, und nicht um Politische Bildung, wird auch von Bettina Lösch kritisiert. Sie fordert dagegen, mit einem „differenzierten Demokratiebegriff zu arbeiten, der auf die Gelegenheiten, Bedingungen und Probleme von Demokratie verweist“ (Lösch 2009: 854).

Bis hierher lassen sich in einem ersten Zwischenfazit vor allem drei Dinge zusammenfassend festhalten: 1. In den Dokumenten des Europarats wie denen der Europäischen Union wird eine ausgesprochen enge Verbindung zwischen Politischer Bildung (Education for Democratic Citizenship bzw. Citizenship Education), Menschenrechtsbildung und Aktiver Bürgerschaft hergestellt. 2. Aktive Bürgerschaft wird im Kontext einer europäischen Citizenship Education vorrangig als zivilgesellschaftliches bürgerschaftliches Engagement verstanden, auch wenn damit politische Partizipation im engeren Sinne nicht ausgeschlossen wird. Die starke Anknüpfung an die kommunitaristische Theorie des Sozialen Kapitals verstärkt die Tendenz zu einem entpolitisierten Bürgerbegriff und entsprechenden Konzepten der Politischen Bildung/Citizenship Education. Damit verbindet sich 3. für die Politische Bildung im engeren Sinne die Herausforderung, die eher demokratiepädagogische europäische Theorie und Praxis auf ein politisches Verständnis von Partizipation zurück zu führen bzw. Modelle zu entwickeln und zu erproben, in denen beide Denkansätze produktiv miteinander verbunden werden (vgl. dazu aktuell Hedke/Zimenkova 2013).

Aktive politische Bürgerschaft als Herausforderung der Postdemokratie

Dass gerade in der aktuellen Entwicklungsphase, in der Politikwissenschaftler für die westlichen Industriestaaten von postdemokratischen Entwicklungen (vgl. Crouch 2008) sprechen, verstärkt Konzepte zur Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern entwickelt werden, ist nicht anachronistisch sondern folgerichtig. Damit soll einer zunehmenden Distanz zur etablierten Politik und der Zunahme von Komplexität aufgrund internationaler Entwicklungen (Europäisierung und Globalisierung) entgegen gewirkt werden.

Die bisherigen Darstellungen zeigen jedoch, dass es für die Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern keine Patentrezepte gibt. Für die Jugendpolitik und Jugendarbeit ist aber der kritische Blick auf die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft eine große Herausforderung. Die Unterschiede zwischen sozialem Engagement und sozialem Lernen auf der einen und von politischer Partizipation und politischem Lernen auf der anderen Seite machen klar, dass der Erhalt und die Entwicklung von Demokratie nur mit sozialem Lernen einerseits und Politischer Bildung/Citizenship Education andererseits möglich sein wird. Beide Lernfelder ergänzen einander und bauen aufeinander auf und eine zukunftsfähige demokratische Gesellschaft braucht sowohl Soziales Kapital als auch Politisches Kapital.

Denn am Ende ist *politische* Partizipation das Grundprinzip der demokratischen Politik (vgl. dazu Widmaier 2011b). Erst durch politische Partizipation erhalten Bürger/innen Anteil an Macht und Herrschaft. Dieser essentielle Zusammenhang ist vor allem im europapolitischen Kontext von großer Bedeutung, weil die Entfremdung zwischen Bürger und Politik erfahrungsgemäß auf internationaler Ebene – das gilt auch für die Zielperspektive einer kosmopolitischen Weltbürgerschaft (vgl. Widmaier 2012a)

– noch erheblich größer ist, als in der nationalen Politik. Grenzüberschreitende Projekte des politischen Lernens, wie „Learning Active Politics Laboratories“ (Transnational LAP-Labs), wie sie u.a. von einer Arbeitsgruppe auf einem Kongress des Bundesjugendministeriums in Deutschland angeregt wurden (Widmaier 2009), sollten deshalb weiter an Bedeutung gewinnen (vgl. auch Widmaier 2012b).

„Learning Active Politics“ bedeutet vor allem, dass in internationalen Jugendbegegnungen, in Internationalen Freiwilligendiensten und im internationalen Schulaustausch Fragen der Politik im engeren Sinne deutlicher thematisiert werden sollten. Internationale Begegnungen und Erfahrungen sind an sich schon politische Erfahrungen. Sie werden von jugendlichen Teilnehmern/innen aber erst als politisch wahrgenommen, wenn dies entsprechend pädagogisch hinterfragt und konzeptionell gewollt ist. Das setzt voraus, dass sich zunächst die Pädagogen/innen in der Internationalen Jugendarbeit als politisch agierende Personen wahrnehmen. Darüber hinaus brauchen sie eine entsprechende Qualifizierung und kritische Haltung zu allen Fragen von „Active Citizenship“ und „Participatory Citizenship“. Solche Angebote existieren bereits, etwa in Form eines Curriculums für Trainingskurse zu „European Citizenship“. Aber Akteure in diesem Feld bezeichnen ihre Arbeit selbstkritisch als „Tropfen auf den heißen Stein“ (Schild 2013: insbes. 31). Außerdem sollten aktuelle Vorwürfe selbstkritisch überprüft werden, dass „the dominant idea of the uniformity of an education for active citizen's participation in Europe restrains authorities of citizenship education from reflecting on their own relevant conceptions of state, democracy, citizenship and participation and from thinking about their specific goals of citizenship education“ (Hedtke/Zimenkova 2013: 225).

Insgesamt verfügen wir in der Internationalen Jugendarbeit bisher über wenig praktische und reflektierte Erfahrungen mit „Learning Active Politics“ und nicht ganz zufällig stammen diese Erfahrungen aus Einrichtungen, in denen Internationale Jugendarbeit „als politische Bildung verstanden und praktiziert wird“ (Schwieren/Götz 2011: 161). Der kritische Blick auf solche internationalen Begegnungen mit Jugendlichen, die bereits in Jugendräten oder Jugendparlamenten engagiert sind, muss zunächst ambivalent ausfallen. Einerseits ist es gelungen, Motivation für neues Engagement zu schaffen und in den beteiligten Ländern – wie etwa in Bulgarien – die Idee der politischen Jugendvertretung aufzubauen. Andererseits wurde aber auch deutlich, wie schwer sich junge Menschen tun, ihr eindeutig politisches Engagement auch als politisch zu verstehen. Ihre Distanz zum politischen System und zur etablierten Politik scheint dafür zu groß. Und auf positive eigene Erfahrungen mit Politik und politischer Selbstwirksamkeit können Jugendliche offenbar kaum zurück greifen. Deshalb wird der Zugang zur Politik im engeren Sinne vor allem durch eine nachhaltige pädagogische Begleitung möglich. Eine solche Begleitung ist auch deshalb unumgänglich, um eine gewisse Nachhaltigkeit und damit auch Wirksamkeit jugendlicher Partizipation sicher zu stellen. Jugendliche Lebenswelten sind heute so dynamisch und die Anforderungen an Mobilität so hoch, dass eine kontinuierliche jugendpolitische Vertretung über aktionsorientierte Partizipationsformen hinaus vielfach nur durch die pädagogischen Begleiter/innen gesichert werden kann. Das wird offenbar und nicht ganz überraschend durch erste Erfahrungen mit „Learning Active Politics“ deutlich (vgl. dazu Schwieren/Götz 2011: 161-170).

Was genau „Learning Active Politics“ konzeptionell heißt, ist aber in den kommenden Jahren weiter zu entwickeln – 2020 ist da eine gute Zielmarke. In der Praxis der non-formalen Jugendbildung liegen bereits Erfahrungen vor, die die Anregungen aus dem erwähnten Kongress „Jugend Global 2020“ aufgenommen haben (ebd.). Dennoch zeigt sich gerade in Deutschland, dass politische Teilnahme im engeren Sinne, also das was in den europäischen Debatten unter „Participatory/Active Citizenship“ verstanden wird, als praktisches Bildungsziel in der formalen Bildung auf starke Vorbehalte stößt. Allen voran die Schulpädagogen sehen es nicht als ihre Aufgabe an, Jugendliche durch praktische Trainingskonzepte auf eine aktive Teilnahme am politischen Leben vorzubereiten. Sie sprechen lieber von kognitiver Mobilisierung. Die individuelle Entscheidung für eine aktive Teilnahme solle später den Jugendlichen selbst vorbehalten bleiben. (vgl. aktuell etwa Scherb 2012: 94ff.)

Hier verspricht die europäische Debatte, gerade auch die weit reichenden Forderungen der Charta zur Demokratie- und Menschenrechtsbildung des Europarats, Rückenwind für eine offenere nationale Debatte – sicher nicht nur in Deutschland. Es bleibt also zu hoffen, dass die Forderung nach Demokratisierung auf allen Ebenen (Schule und Bildungspolitik, NGOs und Zivilgesellschaft, Bildungs- und Jugendforschung und nicht zuletzt in der Politik) aufgenommen wird und dass insbesondere die non-formale Jugendbildung den europäischen Rückenwind für die weitere Entwicklung einer „Education for Democratic Citizenship“ nutzt. Auch Hedtke/Zimenkova kommen in Ihrer aktuellen Studie zu dem Ergebnis, dass weitere kritische Forschung zum Thema unumgänglich ist (Hedtke/Zimenkova 2013: 236). Allerdings teile ich nicht ihr Schlussplädoyer, dass es möglicherweise „could [...] be wiser to leave aside enthusiastic participation approaches“ (ebd.: 237). Partizipation ist das Prinzip und das Herzstück der Demokratie, auch in postdemokratischen Krisenzeiten. Es macht deshalb wenig Sinn, es als Ziel von Politischer Bildung/Citizenship Education klein zu reden.

Als Utopie und Hoffnung für das Jahr 2020 ließe sich dann das Bild zeichnen, dass Jugendliche in Europa die Chancen neuer demokratischer Governanceangebote nicht nur erkannt haben, sondern diese auch aktiv nutzen. Sie verfügen dafür über Kompetenzen und Wissen über Gesellschaft und Politik und agieren auf der Basis eines individuellen abgewogenen kritischen und gemeinwohlorientierten Urteils. Die Voraussetzungen dafür sind jedenfalls geschaffen und auch der politische Wille dafür scheint offenbar gegeben.

Bibliografie

Amna, E. (2010), Active, passive, or stand-by citizens? Latent and manifest political participation. In: Amna E. (Hrsg.), New forms of citizen participation. Normative implications. Baden-Baden, S. 191-203.

Barber, C., Hoskins, B., Van Nijlen, D., Villalba, E. (2008), Measuring civic competences in Europe – A composite indicator based on IEA Civic Education Study 1999 for 14 years old in School, Ispra.

Becker, H. (2008), Eine Zwillingaufgabe von Europarat und EU: Von Human Rights Education zu Education for Democratic Citizenship. In: Schröder, A., Rademacher, H.,

Merkle, A. (Hrsg.), Handbuch der Konflikt- und Gewaltpädagogik, Verfahren für Schule und Jugendhilfe, Reihe Politik und Bildung. Band 46, Schwalbach/Ts., S. 425-440.

Becker, H. (2012), Politische Bildung in Europa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 46-47/2012, S. 16-22.

Braun, S. (2002), Soziales Kapital, sozialer Zusammenhalt und soziale Ungleichheit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 29-30/2002, S. 6-12.

Brixius, D. (2010), Active citizenship. Expertise im Rahmen des Verbundprojekts im Forscher Praktiker Dialog für Internationale Jugendarbeit, Heppenheim, http://www2.transfer-ev.de/uploads/expertise_active_citizenship_2010.pdf. (aufgerufen am 10.2.2013).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2009), Bericht zur Lage und zu den Perspektiven bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland, Berlin.

Council of Europe (2010), Charter on Education for Democratic Citizenship and Human Rights Education, Strasbourg, Recommendation CM/Rec(2010)711, 11 May 2010. Verfügbar unter [https://wcd.coe.int/wcd/ViewDoc.jsp?Ref=CM/Rec\(2010\)7&Language=lanEnglish&Ver=original&Site=CM&BackColorInternet=C3C3C3&BackColorIntranet=EDB021&BackColorLogged=F5D383](https://wcd.coe.int/wcd/ViewDoc.jsp?Ref=CM/Rec(2010)7&Language=lanEnglish&Ver=original&Site=CM&BackColorInternet=C3C3C3&BackColorIntranet=EDB021&BackColorLogged=F5D383) (aufgerufen am 10.2.2013).

Crouch, C. (2008), Postdemokratie. Frankfurt a. M.

Dalton, R. J. (2006), Citizenship norms and political participation in America: The good news is ... the bad news is wrong. In: *Occasional Paper Series 2006-01*, ed. vom Centre for Democracy and Civil Society der Georgetown University, Washington, <http://www8.georgetown.edu/centers/cdacs/cid/DaltonOccasionalPaper.pdf> (aufgerufen am 14.2.2013).

de Rijke, J., Krüger, W., Gaiser W. (2010), Demokratielernen durch Partizipation in Schulen, Vereinen und sozialen Netzen, in Jugend für Europa – Deutsche Agentur für das EU-Programm JUGEND IN AKTION (Hrsg.), Partizipation junger Menschen. Nationale Perspektiven und europäischer Kontext, Bonn, S. 34-47, <http://www.jugendfuereuropa.de/downloads/4-20-2755/special-b-6-2011-publ.pdf> (aufgerufen am 10.2.2013).

Dürr, K. (2011), Ansätze zur Citizenship Education in Europa. Aktivitäten des Europarats und der Europäischen Union. In: Widmaier, B., Nonnenmacher, F. (Hrsg.), Active Citizenship Education, Schwalbach/Ts., S. 13-29.

Europäische Kommission (2000), Memorandum über Lebenslanges Lernen. Brüssel, <http://www.bologna-berlin2003.de/pdf/MemorandumDe.pdf> (aufgerufen am 10.2.2013).

Europäische Kommission/Europäisches Parlament (2006), Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen. Ein europäischer Referenzrahmen. In: Amtsblatt der Europäischen Union vom 30.12.2006, S. L 394/13 – L 394/18, deutsche Fassung: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:394:0010:0018:d:e:PDF> (aufgerufen am 10.2.2013).

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (2006), Freiwillige Aktivitäten. Ihre Rolle in der europäischen Gesellschaft und ihre Auswirkungen. SOC/243 – CESE 1575/2006 vom 13.12.2006, Brüssel.

Evers, A. (2011), Der Bezugsrahmen „Zivilgesellschaft“. Unterschiedliche Definitionen und ihre Konsequenzen für Konzepte der Engagementforschung. In: Priller, E. u. a. (Hrsg.), Zivilengagement. Herausforderungen für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft. Münster, S. 135-151.

Gaiser, W., Krüger, W., de Rijke, J. (2009), Demokratielernen durch Bildung und Partizipation. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 45/2009. S. 39-46, <http://www.bpb.de/files/5ADKTP.pdf> (aufgerufen am 10.2.2013).

Gaiser W., de Rijke, J. (2010), Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener in Deutschland. Definitionen, Daten, Trends, in Jugend für Europa – Deutsche Agentur für das EU-Programm JUGEND IN AKTION (Hrsg.), Partizipation junger Menschen. Nationale Perspektiven und europäischer Kontext. Bonn, S. 15-33, <http://www.jugendfuereuropa.de/downloads/4-20-2755/special-b-6-2011-publ.pdf> (aufgerufen am 10.2.2013).

Hedtke R., Zimenkova, T. (Hrsg.), (2013), Education for civic and political participation. A critical approach. New York.

Himmelmann, G. (2001), Demokratie Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Studienbuch. Schwalbach/Ts.

Hoskins, B., Jesinghaus, J., Mascherini, M. et al. (2006), Measuring active citizenship in Europe. CRELL Research Paper 4, Ispra.

Hoskins B., Abs, H., Han, C., Kerr, D., Veugelers, W. (2012), Participatory citizenship in the European Union. Institute of Education, Contextual Analysis Report 1, commissioned by the European Commission, Brussels, http://ec.europa.eu/citizenship/pdf/report_1_conextual_report.pdf (aufgerufen am 10.2.2013).

Hüller, T. (2006), Demokratisierung der EU durch bürgerschaftliche und zivilgesellschaftliche Partizipation? Beitrag für die Ad hoc Gruppe „Europäische Zivilgesellschaft und Multilevel Governance“ auf dem DVPW-Kongress in Münster, 29. September 2006, <https://www.dvpw.de/fileadmin/docs/2006xHuller.pdf> (aufgerufen am 10.2.2013).

Klatt, J. (2012), Partizipation: Ein erstrebenswertes Ziel politischer Bildung? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 46-47/2012, S. 3-9, <http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/148228/politische-bildung> (aufgerufen am 10.2.2013).

Lösch, B. (2009), Internationale und europäische Bedingungen politischer Bildung – zur Kritik der European Citizenship Education. In: Zeitschrift für Pädagogik 55 (2009), S. 849-859.

Mascherini, M., Manca, A. R., Hoskins, B. (2009), The characterization of Active Citizenship in Europe. Ispra/Luxemburg.

Müller, I. (2011), Europäische Bürgerschaft im Programm JUGEND IN AKTION. EU-Programme für die nicht-formale Jugendbildung. In: Widmaier, B., Nonnenmacher, F. (Hrsg.), Active Citizenship Education. Schwalbach/Ts., S. 30-44.

- Nonnenmacher, F. (2009), Politische Bildung in der Schule. Demokratie Lernen als Widerspruch im System. In: Kluge, S. et al. (Hrsg.), Entdemokratisierung und Gegenaufklärung. Jahrbuch für Pädagogik 2009, Frankfurt a.M. u. a.
- Offe, C. (2001), Schwund des Sozialkapitals? Der Fall Deutschland. In: Putnam, R. D. (Hrsg.), Gesellschaft und Gemeinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich. Gütersloh, S. 417-511.
- Priller, E., Alscher M., Dathe D., Speth, R. (Hrsg.), (2011), Zivilengagement. Herausforderungen für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft. Berlin.
- Putnam, R. D. (2000), Bowling alone. The collapse and rivaval of American community. New York u. a.
- Rose, L. (2004), Kinder und Jugendliche im Sportverein – ein Verhältnis voller Widersprüche. In: Deutsche Jugend 52 (2004), S. 247-234.
- Roth, R. (2004), Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft. Grenzen einer zivilgesellschaftlichen Fundierung von Demokratie. In: Klein, A. et al. (Hrsg.), Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration. Wiesbaden, S. 41-64.
- Roßteutscher, S. (2008), Udemokratische Assoziationen. In: Brodocz, A., Llanque, M., Schaal, G. S. (Hrsg.), Bedrohungen der Demokratie. Wiesbaden 2008, S. 61-76.
- Roßteutscher, S. (2009), Soziale Partizipation und Soziales Kapital. In: Kaina, V., Römmele, A. (Hrsg.), Politische Soziologie. Ein Studienbuch. Wiesbaden, S. 163-180.
- Scherb, A. (2012), Erfahrungsorientierter Politikunterricht in Theorie und Praxis. Der Pragmatismus als Grundlage politischen Lernens. Immenhausen bei Kassel.
- Schild, H. (2013), Ein Tropfen auf den heißen Stein? Wie europäische Jugendpolitik auf zunehmende Politikenttäuschung reagiert. In: Journal für politische Bildung, Heft 1/2013, S. 24-32.
- Schwieren, S., Götz, M. (2011), Learning Active Politics. Partizipationsprojekte in der Internationalen Jugendarbeit und der kommunalen politischen Jugendbildung. In: Widmaier, B., Nonnenmacher, F. (Hrsg.), Partizipation als Bildungsziel. Politische Aktion in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts., S. 161-179.
- Seubert, S. (2009), Das Konzept des Sozialkapitals. Eine demokratietheoretische Analyse. Frankfurt a.M.
- Sliwka, A. (2008), Bürgerbildung. Demokratie beginnt in der Schule. Weinheim/Basel.
- van Deth, J. W. (2009), The Good European Citizen: congruence an consequences of different points of view. In: European Political Science 8/2009, S. 175-189, <http://www.palgrave-journals.com/eps/journal/v8/n2/pdf/eps200856a.pdf> (aufgerufen am 10.2.2013).
- Widmaier, B. (2009), Aktive Bürgerschaft und Demokratie. In: Fachstelle für Internationale Jugendarbeit (IJAB e.V.) (Hrsg.), Herausforderungen und Potenziale internationaler Jugendarbeit. Dokumentation des Zukunftskongresses Jugend Global 2020 vom 23.-25. Juni 2008 in Bonn, S. 55-60, http://www.jugend-global-2020.de/pdf/Global_DokuWEB.pdf (aufgerufen am 10.2.2013).

Widmaier, B. (2011a), Lassen sich Aktive Bürgerschaft und Bürgerschaftliche Kompetenzen messen? Europäische Planungsdaten für Lebenslanges Lernen und Politische Bildung. In: Widmaier, B., Nonnenmacher, F. (Hrsg.), Active Citizenship Education. Schwalbach/Ts., S. 45-64.

Widmaier, B. (2011b), Partizipation und Jugendbildung. In: Hafener, B. (Hrsg.), Handbuch Außerschulische Jugendbildung. Schwalbach/Ts., S. 455-472.

Widmaier, B. (2011c), Partizipation als Ziel der politischen Jugendbildung. In: Hafener, B., Widmaier, B., Zahn, H. D. (Hrsg.), Politische Jugendbildung in Hessen. Rückblicke und Einblicke. Schwalbach/Ts. 2011, S. 131-142

Widmaier, B. (2012a), Kosmopolitisches Bewusstsein. Politisch-pädagogische Strategien der Kosmopolitisierung. In: Weltgewissen. Pannonisches Forum für Europäische Bildung in weltbürgerlicher Absicht. Hrsg. vom Europahaus Burgenland (Österreich), Heft 21/2012, S. 8-12.

Widmaier, B. (2012b), Aktive Bürgerschaft. Europäisches Paradigma für Internationale Jugendarbeit? In: IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. (Hrsg.) Internationale Jugendarbeit und ihre Bildungswirkung. Forum Jugendarbeit International 2011/2012, Bonn, S. 164-175 (Abstract: http://www.ijab.de/fileadmin/user_upload/documents/PDFs/Abstracts_Forum_JA_Int/2011-2012/01-11_widmaier_-_abstracts.pdf).

Widmaier, B., Nonnenmacher, F. (Hrsg.), (2011), Active Citizenship Education. Internationale Anstöße für die Politische Bildung. Schwalbach/Ts.

Zimmer, A. (2002), Dritter Sektor und Soziales Kapital. Münsteraner Diskussionspapiere zum Nonprofit-Sektor Nr. 19/2002, Münster.

Zmerli, S. (2011), Soziales Kapital und politische Partizipation. In: Widmaier, B., Nonnenmacher, F. (Hrsg.), Partizipation als Bildungsziel. Politische Aktion und Politische Bildung. Schwalbach/Ts., S. 31-43.

Ideenschmiede für Jugendpolitik in Europa

*Hans-Joachim Schild,
Howard Williamson,
Hans-Georg Wicke und Koen Lambert*

Einleitung

Hans-Joachim Schild

Anfang März 2012 traf sich zum ersten Mal eine Gruppe von ungefähr 20 Personen mit langjähriger Erfahrung in Forschung, Politikgestaltung und Praxis im Bereich Jugend, insbesondere auf europäischer Ebene, um den aktuellen Stand zum Thema „Jugend in Europa“ zu besprechen und Zukunftsperspektiven zu erörtern. Das Treffen fand im Kontext der umfangreichen Bedenken in Bezug auf die zwei großen europäischen Institutionen statt, die die europäische Jugendagenda vorantreiben, i. e. Europarat und Europäische Kommission.

Der Europarat durchlief damals seinen Reformprozess, der sich vor allem mit einer Optimierung seiner Tätigkeit rund um seine „Kernbereiche“ Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit befasste. Die Jugendagenda, grob abgesteckt, war damals nicht sonderlich gefährdet, obwohl die Jugend-Direktion innerhalb einer weit gefassten Generaldirektion für Bildung, Kultur, Jugend und Sport mit der Abteilung für Bildung zu einem Teilbereich der Generaldirektion für Demokratie in einem Direktorat für demokratische Bürgerschaft und Partizipation zur Jugendabteilung zusammengelegt wurde.

Die Absicht der Europäischen Kommission, alle EU-Bildungsprogramme (für Schulen, Schüler, Erwachsene und „Jugend“) zu einem integrierten Programm zu verschmelzen, einschließlich des Jugendprogramms, das zunächst Erasmus für alle und später Erasmus+ genannt wurde, wurde von vielen Akteuren im Bereich der außerschulischen Bildung und des außerschulischen Lernens im Jugendbereich als Versuch betrachtet, die Komponenten des Jugend in Aktion-Programms im Kontext der formalen Bildungs- und Lernagenden zur Seite zu schieben und herabzusetzen, die unmittelbar auf die Prioritäten Vermittelbarkeit und die Wettbewerbsfähigkeit der EU abzielen, anstatt auf die Zielsetzungen der persönlichen und sozialen Entwicklung junger Menschen und deren Fähigkeiten und Kompetenzen für das bürgerliche Engagement einzugehen und Akteure für einen sozialen Wandel zu werden.

Die Erörterungen der Ideenschmiede reichten jedoch sehr viel weiter: Das Treffen bot die Gelegenheit, eine Bestandsaufnahme der im Bereich Jugend in den letzten 20 Jahren (oder mehr) erzielten Fortschritte durchzuführen und die Frage zu beantworten, ob im schwierigen Umfeld der wirtschaftlichen Sparmaßnahmen in Europa einige oder die meisten dieser Entwicklungen nun ernsthaft gefährdet sind.

Folgerichtig, und angesichts der weiterhin bestehenden wirtschaftlichen und politischen Krise, die einen unverhältnismäßig negativen Einfluss auf das Leben junger Menschen in Europa hat, beschloss die Gedankenschmiede, sich ein zweites Mal zu treffen, knapp ein Jahr nach dem Treffen in Berlin, aber diesmal in Brüssel. Die Diskussionen bei diesem zweiten Treffen waren stärker an der Zukunft ausgerichtet (von einem Teilnehmer als Überwindung der aktuellen Bedenken zur Gestaltung der Zukunft bezeichnet). Das Treffen in Brüssel konzentrierte sich auf die Frage „Was für eine Jugendpolitik wollen wir wirklich?“ in Bezug auf Prioritäten, Zielsetzungen, Methoden, Grundsätze und Merkmale.

Der Austausch beim Treffen der Gedankenschmiede ist hier in zwei Beiträgen wiedergegeben.

In Berlin wurde vereinbart, alle sollten offen ihre Meinung sagen, und die Diskussionen wurden, wie man in Großbritannien sagt, gemäß „Chatham House rules“ geführt: Themen und Ideen können mitgeteilt werden, werden aber nicht bewertet. Howard Williamson übernahm die Aufgabe, die im Verlauf des Treffens geäußerten Kommentare mit den „wichtigsten Bedenken“ zusammenzufügen, die schriftlich von jenen eingereicht wurden, die am ersten Treffen der Ideenschmiede teilgenommen hatten. Dies stellt den ersten Beitrag dar.

Der zweite Beitrag ist das Ergebnis des Treffens der Ideenschmiede in Brüssel. Es handelt sich um ein überarbeitetes Dokument von Koen Lambert und Hans-Georg Wicke mit dem Titel „Merkmale einer europäischen Jugendpolitik und der Jugendpolitik in Europa im Jahr 2020“. Es diente als Vorlage für die Diskussionen über eine zukünftige europäische Jugendpolitik und passt hervorragend zu den rahmengebenden Erwartungen für diese erste Ausgabe von *Perspectives on Youth*, in der die Zukunft behandelt werden soll.

Dies ist die Grundlage für den Ausblick auf die Zukunft aus Sicht der Jugendpolitik. Es gibt noch eine gewisse Zurückhaltung, aber gleichermaßen auch ein starkes Engagement jener, die momentan immer noch das Herz des unabhängigen Denkens und Handelns im Bereich Jugendpolitik und Praxis in Europa sind.

Anlass zur Sorge? Die Zukunft der Jugendagenda in Europa

Howard Williamson

Die Diskussion

Nicht alle Teilnehmer der Ideenschmiede kannten sich, sie unterschieden sich in ihren Erfahrungen und in ihrem Alter, das von knapp über 20 bis über 60 Jahre reichte. Vierzig Jahre sind im Entwicklungsverlauf der Jugendpolitik auf europäischer Ebene

tatsächlich eine Lebensspanne. Nach dem ersten Kennenlernen befasste sich die Eröffnungssitzung im Plenum mit den folgenden Fragen:

- ▶ Mit welchen aktuellen Herausforderungen sehen sich jene konfrontiert, die im Bereich europäische Jugendpolitik arbeiten?
- ▶ Wie können sie einen dynamischen Ansatz für das Formulieren und Umsetzen von Jugendpolitik aufrechterhalten?
- ▶ Wer sitzt am Steuer (oder wer konkurriert zumindest um den Platz am Steuer)?
- ▶ Welche Prioritäten sollen festgelegt werden?
- ▶ Steht die Jugend auf der europäischen Agenda tatsächlich ganz oben oder ist sie „weg vom Fenster“?

Es gab eine eindringliche Versicherung, die europäische Jugendpolitik sei im Wesentlichen eine Entwicklung „von unten nach oben“, die auf Erfahrungen, Visionen und Ideen aufbaut, die auf lokaler und nationaler Ebene entstanden sind und die dann für eine europäische Anwendung angepasst und verändert wurden. Es wurde auch anerkannt, dass es immer Zyklen und Phasen der Gestaltung und Festlegung der Jugendpolitik gegeben hat, und dass manchmal die Hauptaufgabe war, „Zeit zu überbrücken“, bis wieder der Zeitpunkt für ein gezielteres und konzertiertes Vorgehen gekommen war. Heute aber, in Zeiten der Krise und wirtschaftlichen Sparmaßnahmen, gibt es das Empfinden, die Jugendagenda laufe Gefahr zu verschwinden oder zumindest rigoros dem untergeordnet zu werden, was andere als dringlichere politische und wirtschaftliche Prioritäten betrachten.

Es sei dieses wahrgenommene und offensichtliche Nichthandeln in den Mitgliedstaaten und die Unbeweglichkeit auf europäischer Ebene, die den Geist einenge. Als sich die Politik der Sparsamkeit und die Polarisierung der Lebenschancen der Jugend in den unterschiedlichen Teilen Europas totlief, sei die sinnvolle provokative und ehrgeizige Frage aufgeworfen worden: „Was ist für junge Menschen übrig geblieben und was ist für junge Menschen das Richtige?“

Die Ideenschmiede konnte sich auf einige Punkte der „Jugendpolitik“ einigen, i. e. ihre Querverbindungen, ihre Inklusivität, ihre positive und chancenorientierte Ausrichtung und ihre Beziehung zu verlässlichen Forschungsbelegen. Sie lobte den Europarat für die Tatsache, das Prinzip und die Praxis des „Co-Managements“ im Jugendbereich beibehalten zu haben, wo Entscheidungen und die Führung gemeinsam von staatlichen Vertretern und den Vertretern der Jugendorganisationen getroffen bzw. übernommen wurden. Es war jedoch notwendig für die europäischen Institutionen, die relevanten Parteien für eine sachkundigere Debatte zusammenzuführen, die zur Wiederherstellung von „Engagement, Fokus, Ressourcen und Bereitstellung“ im Jugendbereich beitragen würde.

Man war der Ansicht, diese seien in den letzten Jahren in vielen Mitgliedstaaten verschwendet worden. Die innerstaatlichen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen hätten zu einem Ausstieg bei der Unterstützung von Jugendinitiativen und der Förderung geführt. Einige Teilnehmer waren der Meinung, die EU spiele potenziell eine wichtige Rolle als Katalysator, um auf nationaler Ebene Impulse und Antrieb zu geben; andere bezweifelten, ob die EU diese Macht hätte oder haben sollte. Nicht bezweifelt wurde hingegen von den Teilnehmern, was sie als die wachsende „Aushöhlung“ der europäischen Jugendagenda beschrieben. Und selbst wenn die nationale Politik und die nationalen Programme dramatische Kürzungen erlebten,

fielen den europäischen Institutionen die Rolle, i.e. die Verantwortung zu, transnationale Jugendarbeitsprojekte zu fördern.

In dem Moment, als jene, die im Jugendbereich arbeiten, das Gefühl hatten, die „Jugendarbeit“ sei wichtiger für das Lernen, die Entwicklung, das Engagement und die Eingliederung von Jugendlichen geworden und habe endlich die langersehnte Anerkennung der Institutionen gewonnen (vgl. Entschließung des Rats der Europäischen Union über Jugendarbeit 2010 und den Bericht der belgischen EU-Präsidentschaft 2010), schienen allgemeinere Faktoren sich verbündet zu haben, um ihr die Lebenskraft zu rauben. Der Platz, die Stelle und der Einfluss der Jugendarbeit im allgemeinen Rahmen der Jugendagenda wurden augenscheinlich umgehend verwässert, trotz Auseinandersetzungen und einigen Belegen für den Beitrag, der im Bereich Jugendpolitik durch die Jugendarbeit und die außerschulische Bildung geleistet wurde, und dies wurde durch eine Studie verstärkt, die gegen Ende des Jahres vom Europäischen Jugendforum in Auftrag gegeben wurde und die zur „Vermittelbarkeit“ beitragende Sozialkompetenz belegte, die durch das außerschulische Lernen gesammelt wurde (vgl. Europäisches Jugendforum 2012). Doch plötzlich waren die Brandschutztüren zwischen Bildung und Jugendarbeit, formalem und außerschulischem Lernen wieder da, trotz weit verbreiteter Belege, die darauf schließen lassen, dass es tatsächlich nur wenige klare Unterschiede gibt und dass der Aufbau von Brücken und das Kultivieren neuer Lernkontexte und -methodologien, wodurch weiter gefasste Bildungsansätze kreiert werden, sowohl für einzelne junge Menschen als auch für die Gesellschaften, in denen sie leben, ausschlaggebend sind. Die Gedankenschmiede erkannte an, dass das geplante Erasmus-für-alle-Programm (2014-2020), das alle vorausgegangenen EU-Bildungsmaßnahmen enthält (für Schüler, Schulen, ältere Menschen und junge Menschen) eine Schlüsselkomponente einer zukünftigen Jugendpolitik sei. Abhängig vom zukünftigen EU-Haushalt (die Verhandlungen begannen Ende 2012) kann man durchaus argumentieren, das Programm könne sich nicht mehr länger leisten, „Jugendelemente“ in dem Maße zu unterstützen wie das vorherige „Jugend in Aktion“-Programm, aber ein Gegenargument wäre, dass es sich auch nicht leisten kann, dies nicht zu tun. Im Kontext seiner wahrgenommenen geschwächten politischen Position und der damit einhergehenden verminderten Kapazität für Verhandlungen und Interessenvertretung an den Stellen, die zählen, lautete die Frage, wie man den Mehrwert dessen, was Jugendarbeit (außerschulische Bildung) leistet, kommunizieren könne. Es gab eine gewisse Niedergeschlagenheit, dass die Aufrechterhaltung der Jugendarbeit im allgemeinen Rahmen der Jugendpolitik nur erreicht werden könne, wenn man sie enger mit der Bekämpfung von Kriminalität, der Berufsvorbereitung oder mit Ausbildungsprogrammen des Arbeitsmarktes verbinde, i. e. „neu verpacke“.

Nicht, dass die Teilnehmer diesen Gedankengängen vollkommen feindliche gesonnen waren; es gebe immer Bedarf für Anpassungen an sich verändernde Zeiten und Kontexte. Gleichmaßen gab es aber auch den Willen, die geschätzten Werte des außerschulischen Lernens zu verteidigen und dem Versuch zu widerstehen, sie im Rahmen einer einseitigen Beschäftigung mit wirtschaftlichen Problemen, Einfügen in den Arbeitsmarkt und Vermittelbarkeit zweckentfremden zu lassen.

Das Treffen endete mit der erneuten Selbstverpflichtung, durch eine „neue Kreativität“ zwischen politischen Entscheidungsträgern, Forschern und Fachleuten aus dem

Jugendbereich die Frage zu untersuchen, wie man die weitere Entstehung einer „zusammengelegten“ und „überschneidenden“ Jugendpolitik sichern könne und dabei über die Agenda von Wissen und Kompetenzen (obwohl dies als zentrale Aufgabe wahrgenommen wurde) hinausreichend auf Fragen der Partizipation und des Mitspracherechts, des Transfers von Erfahrungen und Ressourcen zwischen den Generationen, der interkulturellen Toleranz und des Verstehens und der Integration und des sozialen Zusammenhalts eingehen könne. Strukturen müssten angepasst oder aufgebaut werden, um die Nachhaltigkeit, das Selbstbewusstsein, das Vertrauen und die Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene zu stärken. Das Machtgleichgewicht im Jugendbereich in Europa muss zwischen dem Europarat und der Europäischen Kommission neu ausgerichtet werden, und die Europäische Union muss sich stärker mit der Jugendpolitik und Praxis in ihren Mitgliedstaaten und darüber hinaus verbinden, i.e. in den Beitrittsstaaten, auf dem Balkan und im Rahmen der Östlichen Partnerschaft.

Die „Bedenken“

Ein wichtiger Zweck der Gedankenschmiede war, nach Möglichkeiten zu suchen, vom Aufwenden einer „Verteidigungsenergie“ hin zu einer Position des „kreativen Engagements“ zu wechseln, obwohl auch die Suche nach einer Nische, dies zu tun, ein Anliegen sei. Tatsächlich war der jüngste Teilnehmer überzeugt vom und besorgt über den allgemeinen „Verlust an Hoffnung und Enthusiasmus“ bei jungen Menschen, Forschern, Akteuren im Jugendbereich und bei den Politikern. In Bezug auf die Zeilen des Liedes von Pink Floyd *Shine On You Crazy Diamond*, sei es der Wunsch, sich nicht „im Ruhm vergangener Siege zu sonnen“, sondern erneut „wie die Sonne zu scheinen“. Gegenwärtig erschien es vielen dieser Personen mit vergleichbaren Erfahrungen und Fachkenntnissen im Jugendbereich, es gebe zu viele „schwarze Löcher im Himmel“.

Leistungen aus mehr als zwei Jahrzehnten

Das Sich-Sonnen im Ruhm vergangener Triumphe war jedoch häufig ein Ausgangspunkt. Viele der geäußerten Bedenken bezogen sich auf den Kontext der Erkenntnis, es habe signifikante Errungenschaften in Bezug auf die Entwicklung und Gestaltung der Jugendpolitik in den letzten 25 Jahren oder zumindest in den letzten 10-15 Jahren gegeben. Dies wurde einheitlich auf ähnliche Weise beschrieben als „erhebliche Fortschritte“, eine „formgebende Periode“ und als eine „Zeit enormer Entwicklungen“ im und für den Jugendbereich.

Das vergangene Jahrzehnt sei „sehr dynamisch“ gewesen, es seien „ein gemeinsamer Grund“ und „eine enge Zusammenarbeit“ zwischen den Mitgliedstaaten und den europäischen Institutionen entstanden, die fast zur Gründung der Europäischen Jugendkoalition geführt hätten, die einmal vom damals amtierenden Direktor für Bildung und Bürgerschaft der Europäischen Kommission angestrebt worden sei. Dabei handelte es sich um einen Kooperationsrahmen, der von Parteien mit ähnlichen Ebenen der Strategien, Tätigkeiten und der Umsetzung und zwischen diesen Ebenen durch Dialog und Partizipation zwischen den Akteuren aus dem Jugendbereich aufgebaut werden sollte (vgl. Milmeister und Williamson 2006). Diese

Schlüsselbereiche für Austausch und Innovation wurden durch das Generieren von Wissen, Professionalität, Reflexion und die Anerkennung des vom Jugendbereich geleisteten Beitrags gestärkt, der sich sowohl auf das Leben und die Aussichten junger Menschen als auch auf die allgemeine Jugendpolitikagenda auswirkt.

Verschiebungen und Fragmentierung

Es wurde jedoch darauf hingewiesen und behauptet, in den letzten Jahren habe es einen Zusammenbruch und ein Auseinanderbrechen des Jugendbereichs gegeben. Es gebe eine „Stagnation“: Es gebe nur wenig Entwicklung oder Verfolgen von Zielen und Vorgaben, die im Vorfeld in verschiedenen Erklärungen und politischen Entscheidungen festgelegt wurden. Die Position der Jugendpolitik sei geschwächt, bewegungsunfähig, da die Wirtschaftskrise die Aufmerksamkeit der wichtigsten Akteure (sowohl innerhalb der europäischen Institutionen als auch in den Mitgliedstaaten) auf offensichtlich dringlichere Angelegenheiten gelenkt habe. Die „europäische Dynamik“ im Jugendbereich sei „festgefahren“, da verschiedene Akteure sich „nach zwei Jahrzehnten der Entwicklung in Regression und Einsparungen übten“. Es gebe jetzt nur wenig mehr als Lippenbekenntnisse zu „evidenzbasierten“ Ansätzen zur Gestaltung der Jugendpolitik; es habe den Anschein, „Teile-und-herrsche“-Strategien hätten in den Bereichen Praxis und Forschung die Oberhand gewonnen. Kurz gefasst, es habe ein Auseinanderfallen, eine Verwässerung, wenn auch noch kein vollständiges Verschwinden der „Vision und des Ansporns“ stattgefunden, die für eine Generation den Jugendbereich geprägt habe.

Fehlende Investitionen und Sichtbarkeit

Bei der Vorgehensweise legten manche zu viel Aufmerksamkeit und Gewicht und implizierten zu viel Einfluss und Auswirkungen z. B. auf eine Abfolge von Netzwerken von Forschern, die zuerst vom Europarat und später von der Jugendpartnerschaft zusammengerufen wurden, vor allem auf Veröffentlichungen, die von Zeit zu Zeit von Wissenschaftlern produziert werden, die im Jugendbereich bekannt sind, die internationalen Prüfungen der nationalen Jugendpolitik, die seit 1997 vom Europarat durchgeführt werden, und das Europäische Wissenszentrum für Jugendpolitik (EKYP) der Partnerschaft, das 2005 gegründet wurde. Alle haben zweifellos ihren Beitrag zur Dynamik und zur Entwicklung der Jugendpolitik seit der Jahrtausendwende geleistet, aber alle weisen gleichermaßen ihre Schwächen und Mängel auf, auf die nur wenige bereit waren hinzuweisen. Tatsächlich sei, so einige, der Jugend(arbeits-)bereich immer stärker „versteckt“ und dominanteren Agenden untergeordnet und dienstbar gemacht worden. Die Jugendagenda sei zur Bildungspolitik „gezogen“ worden, häufig auf nationaler Ebene in den Bildungsministerien aufgegangen und immer stärker zwangsweise an Fragen der Kompetenzen und Qualifikationen und der Wirtschaft und der „Vermittelbarkeit“ ausgerichtet worden. Ein Kommentar eines Teilnehmers lautete: „Jugend findet man kaum – für ein zukünftiges Handeln“. Es fehlen Investitionen in die Jugendpolitik und die Anerkennung und der Respekt für das Konzept, die Rolle und den Zweck der außerschulischen Bildung.

Obwohl man keiner Verschwörungstheorie anhing, gab es erstaunte Äußerungen über das offensichtliche Fehlen jeglicher Vorstellung der Dringlichkeit, einen zukünftigen

Haushaltsrahmen für die „Jugend“ festzulegen, und das fehlende Engagement. Kein Wunder also, dass Jugend als unsichtbar wahrgenommen wird. Es schien weder Bedenken in Bezug auf die Autonomie des Jugendbereichs noch die Befürwortung des Mehrwerts des Jugendsektors zu geben. Des Weiteren wunderten sich einige Befragte, ob jene im Bereich der schulischen Bildung wirklich wissen, was im Jugendbereich erreicht wurde, was dort geschieht und die besonderen Probleme, mit denen er konfrontiert ist. Wahrscheinlich nichts, war die Schlussfolgerung vieler Teilnehmer. Der Wechsel von einer chancen-fokussierten Jugendpolitik zu Ansätzen, die auf spezifische Probleme und Themen abzielten, war für alle von Belang.

Bedrohung der Demokratie und Debatte

Angesichts der Ereignisse während der Wirtschaftskrise, i. e. Demonstrationen, Proteste und Widerstand, von denen die meisten junge Menschen einschlossen oder sogar von ihnen angeführt wurden, scheint bezüglich der Frage nach Verstärkung der Jugendpartizipation und der Mitwirkung an einer demokratischen Erneuerung durch die vorhandene Praxis der außerschulischen Bildung Einstimmigkeit zu herrschen. Diese Agenda wurde tatsächlich zuerst vom Europarat in Folge der *les événements* von 1968 „institutionalisiert“ (wenn auch in angemessener nicht-institutioneller Weise!). Tatsächlich war 2012 der 40. Jahrestag der Gründung des Europäischen Jugendzentrums in Straßburg, Herzstück von Generationen an Bildungs- und Kulturprogrammen und Aktivitäten, die mittels erfahrungsbasiertem Lernen junge Menschen mit der Fähigkeit und der Kompetenz ausstatten sollen, ihre Rolle in Europa wahrzunehmen. Man könnte fragen, warum dies so schwer aufrechtzuerhalten war: Die zahlreichen politischen Akteure auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene, die eben diese Erfahrungen auf ihrem Weg zu ihren heutigen Positionen von Macht und Einfluss durchlaufen haben, scheinen vergessen zu haben, was ihnen auf ihrem Weg geholfen und die Weichen für ihre menschlichen und gesellschaftlichen Werte und ihre Identität gestellt haben.

Strukturen für Zusammenarbeit und Konsultation

Das EU-Weißbuch über Jugend von 2001 wurde, ungeachtet des Vorstehenden, als Meilenstein auf dem Entstehungsweg der Jugendpolitik verkündet, der einen soliden Rahmen für die gemeinsame Tätigkeit der Europäischen Kommission und ihrer Mitgliedstaaten schaffte, i. e. die Offene Methode der Koordinierung (OMC). Neue Formen der Zusammenarbeit, durch die „dreifache“ Präsidentschaft über Zeiträume von 18 Monaten und durch den sogenannten „strukturierten Dialog“ (zunächst bei der Jugendbeschäftigung, dann bei der demokratischen Partizipation, heute bei der sozialen Eingliederung) wurden als umständliche und nicht umsetzbare Rahmen betrachtet, die nicht die gleichen „Fortschritte“ erzielten wie die OMC. Sie führten nicht zu den gleichen Strukturen oder vereinbarten Inhalten wie die Vorgängermechanismen, die die Beziehungen innerhalb des Jugendbereichs zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten geprägt hätten. Tatsächlich kam es häufig zu einem Riss zwischen den Themen, die von den einzelnen Dreifach-Präsidentschaften gewählt wurden (obwohl sie alle unter ein allgemeines Thema fielen), zwischen diesen Themenbereichen und Themen und Fragen, die für die unterschiedlichen Mitgliedstaaten am wichtigsten waren, und zwischen den wichtigsten Projekten der Europäischen Kommission und den Zielen ihrer Jugendstrategie.

Die Wiederherstellung eines wirksamen Dialogs und die Erneuerung sinnvoller Plattformen für eine Debatte, vielleicht durch die Wiedereinführung eines Prozesses, durch den gemeinsame Ziele vereinbart und die dann von den Mitgliedstaaten verfolgt werden, wurden daher erwartungsgemäß als unverzichtbar betrachtet.

Reflektierende Selbstkritik

Bei der Gedankenschmiede ging es bei Weitem nicht nur um das Kritisieren irrelevanter Bürokratien und ihrer zermürbenden Verfahren; es gab auch einen guten Anteil von Reflexion und Selbstkritik. So äußerte sich z. B. ein Teilnehmer sehr direkt, „der Jugendbereich habe ein Einstellungsproblem“ (eine „schlechte Einstellung, wenn es um Änderungen geht“), während andere auf die fehlende Übereinstimmung der Argumente der Jugendorganisationen und den Positionen hinwiesen, die von Jugendforschern vertreten werden, insbesondere bei der Debatte um die soziale Eingliederung. Tatsächlich wurde die häufig als „magisches Dreieck“ bezeichnete Beziehung zwischen Jugendforschung, Politik und Praxis, die sinnvolle und positive Dialoge und die Netzwerkarbeit fördern, als „weit von jeder Magie entfernt“, als häufig symbolhaft und sogar mythisch beschrieben. Selbst die aktuellen Zielsetzungen im Jugendbereich wurden in Frage gestellt. So würde zum Beispiel, selbst wenn eine größere Autonomie für den Jugendbereich im zukünftigen Bildungs- und Unterrichtsprogramm der EU ausgehandelt würde, „uns dies immer noch nicht weiter als den Status quo bringen“. Der Jugendbereich sei, so einige Meinungen, „stagniert“, ziehe sich in Wohlfühlzonen zurück, die praktisch mit risikoscheuen Beamten Hand in Hand gingen, deren Motto lautet: Je weniger Arbeit man mit nach Hause nehmen muss, desto besser. Zweifelsohne ist ein Teil der Jugendpolitik unbestritten veraltet, zumindest in einigen Bereichen: Die Herausforderungen im Bereich der formalen Bildung, ganz zu schweigen von Beschäftigung und Wohnen, haben sie längst überholt.

Mehr sei vonnöten. Die von den Teilnehmern benutzte Sprache drehte sich um „Neuformulierung“, „Neuformung“, „Innovation“ und „Wiederbelebung“, mit der Intention, eine neue „Vision“ zu formen. Aber nicht alles sei schlecht und müsse überarbeitet werden. Tatsächlich sei es, obwohl neue Jugendpolitikagenden gefordert werden, die die Aussichten von Jugendlichen und für Jugendliche in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts vorhersehen, um die demokratische Herausforderung zu behandeln, die zwischenberufliche Zusammenarbeit zu stärken und dem neuen Lernbedarf Rechnung zu tragen, nicht erforderlich, neue Instrumente für deren Umsetzung zu entwickeln. Der Avantgarde anzugehören, durch kreativere und inspiriertere Denkansätze der relevanten Akteure über „sichere Positionen“ hinaus, erfordere nicht, bewährte Strategien und Methoden aufzugeben, obwohl vielleicht Praktiken und Verfahren gestärkt werden müssten, und Reflexion, Revision und wahrscheinlich Umbenennungen sicherlich erforderlich seien.

Ausblick auf 2020

Sowohl die strukturellen als auch die wirtschaftlichen Reformen, die aus unterschiedlichen Richtungen und mit unterschiedlichen Begründungen durchgeführt

wurden, wurden dahingehend betrachtet, den Jugendbereich geschwächt zu haben. Zahlreiche Bemühungen, dem Jugendbereich eine neue politische Dynamik zu verleihen, hätten bisher keine Ergebnisse gezeitigt. Drei zentrale Ausrichtungen, die sich um die Auffassung dessen drehten, was dem Jugendbereich fehle und was er benötige, wurden identifiziert:

- ▶ Das Fehlen einer politischen Vision für Themen, Prioritäten, Ziele und Zielsetzungen, die der Komplexität Rechnung trägt, in der sich die Jugendpolitik bewegt.

Vonnöten sei eine mittel- bis langfristige Strategie, die Innovation, Kontinuität und Stimmigkeit biete, den ständigen Wechsel zwischen Themen der jeweiligen Präsidentschaft und der nächsten und das Ankreuzen des Kästchens „erledigt“ vermeide.

- ▶ Das Fehlen von Führung und eines koordinierten, aber flexiblen und offenen Ansatzes für Interaktion, Kooperation und Kommunikation, bei dem alle Parteien angemessene Zuständigkeiten übernehmen, ihren Platz finden und sich dazu verpflichten könnten, eine aktive Rolle zu spielen.

Notwendig sei eine tatsächliche Netzwerkstruktur und nicht die ritualisierten und rigiden hierarchischen Beziehungen, die per se exklusiv seien.

- ▶ Das Fehlen eines konkreten Dialogs zwischen allen wichtigen und relevanten Akteuren der verschiedenen Ebenen der Entscheidungsfindung.

Vonnöten sei eine Erweiterung der Koalition der involvierten Partner, die aus vielfältigen Berufen, politischen Bereichen und Regierungsebenen stammen (europäisch, national, regional und lokal). Es müsse verschiedene Ebenen für eine formale dialogische Kooperation zwischen den Institutionen und den Unterstützungsstrukturen geben.

Darüber hinaus seien informelle Plattformen und Foren erforderlich, die über die ritualisierten Formen von Treffen und Mechanismen hinausgehen, um einen hochwertigen Austausch und eine hochwertige Debatte über neue Ideen, Informationen, Wissen und Auffassungen von Jugend und die Entwicklung von nachhaltigen, zuverlässigen und effizienten Strategien durchzuführen.

Die Gedankenschmiede kam zu dem Schluss, dass die Art der geplanten Kommunikation und des geplanten Koordinierungsrahmens sich nur im Kontext der Wiederherstellung des Vertrauens zwischen vielen Jugendbereichsakteuren als effektiv erweisen könne.

Den Traum von Hebe sprengen

Als das EU-Weißbuch 2001 in Gent herausgegeben wurde, trug die Konferenztasche das Logo: „Hebe’s Dream: a future for young people in Europe“ (Hebes Traum: eine Zukunft für junge Menschen in Europa). Vier Säulen der Jugendpolitikentwicklung wurden an diesem Tag befürwortet: Informationen, Partizipation, Freiwilligenarbeit und ein größeres Fachwissen über Jugend. Viele würden zustimmen, dass die Jugendagenda heute eine längere, stärkere und tieferreichendere Prioritätenliste aufweist, die umgehende und dringende Aufmerksamkeit verlangt. Wie die Vision Europa 2050 (vgl. Europäische Kommission 2011), die drei Szenarien für die Europäische Union entwirft (keinen schert’s – Stagnation; gefährdet – fragmentiert;

und Renaissance – Expansion), wäre es möglich, eine Reihe von Szenarien für die Zukunft der Jugend in Europa zu entwerfen. Eine wäre deprimierend, bei der die „Jugend“ generell zum Wohle der Erfüllung politischer und sozialer Forderungen älterer Generationen aufgegeben und nur unterstützt würde, wenn sie das Potenzial für einen benötigten wirtschaftlichen Beitrag aufwiese. Was wirklich mit anderen jungen Menschen geschehen würde, vom Sozialstaat aufgegeben und an den Rand gedrängt, ist an sich eine Frage für eine ganze Spanne spekulativer Szenarien; Aufstände, Widerstand, Radikalisierung oder Rückzug (vgl. Williamson 2013, noch nicht erschienen). Ein ausgewogeneres Szenario könnte einen gewissen Grad an Entgegenkommen und Eingliederung von mehr jungen Menschen sein, aber nur in einem minimalen Grad, der jede drohende urbane Störung und Unruhe unterbindet, während aktivere und stärker mitwirkende junge Menschen von den Chancen und Möglichkeiten des „sozialen Kapitals“ profitieren würden, das ihnen durch ihr bürgerliches Engagement und ihre Praktika eröffnet würden. Ein drittes, stärker eingliederndes Szenario würde die Nutzung politischer und wirtschaftlicher Energie zum Wohle der Jugend vorsehen, um sicherzustellen, dass alle jungen Menschen ein gleiches Paket an Ansprüchen erhalten, das sie mit den besten Chancen zur Umsetzung ihres Potenzial ausstattet. Dies würde natürlich die formale Bildung und Ausbildung einschließen, aber es würde auch eine größere Bandbreite an Chancen und Erfahrungen vorsehen, u.a. außerschulische Bildung, Austausch, Zugang zu neuen Technologien, Verbindung mit Musik und Kultur, Plattformen für die Partizipation und um Gehör zu finden sowie Wege für freiwillige Tätigkeit und die Mitwirkung in der Gemeinde. Dies ist „Jugendarbeit“ in ihrem weitgefassten und bedeutungsvollsten Sinne.

Zu diesem Zweck und zur Umsetzung der Träume für 2020 gibt es die dringende Notwendigkeit für eine stärkere Angleichung des Jugendbereichs. Ungeachtet der behaupteten Fragmentierung in der letzten Zeit, war der Jugendbereich immer durch seine Verbindungen zu den und durch die zwei für ihn relevantesten europäischen Institutionen gespalten, i. e. Europäische Kommission und Europarat. Zahlreiche Protokolle und Partnerschaften, u.a. die neuste Jugend-Partnerschaft, haben versucht, Brücken zwischen diesen beiden Institutionen zu bauen. Aber mit der Krise in Europa, die sich auch auf die Jugend disproportional und so vielfältig auswirkt (Lernen, Verdienste, Wohnen, Freizeit, Gesundheit, usw.), gibt es einen eindeutigen Bedarf für die Schaffung einer stimmigen Infrastruktur für die politische Zusammenarbeit und Politikgestaltung im Jugendbereich sowie als einzige Unterstützungsstruktur für die Jugendarbeit. Eine solche Vision sollte u. a. einschließen:

- ▶ eine langfristige gemeinsame politische Strategie, die die europaweiten Zielsetzungen und deren Unterstützungsmaßnahmen für die Ausarbeitung von Programmen auf nationaler Ebene nennt, um die Jugendpolitik weiter mit allgemein definierten Standards zu konsolidieren;
- ▶ einen umfassenden Überarbeitungsprozess und ein Peer Learning-System für die nationale Jugendpolitik (aufbauend auf den Feststellungen der durch den Europarat geprüften Jugendpolitik);
- ▶ ein einziges, schlüssiges Programm für die Unterstützung des Austauschs und von Pilotprojekten, Jugendarbeitsstrukturen und Jugend-NRO;

- ▶ eine Unterstützungsstruktur für Forschung und die Ausarbeitung einer Jugendpolitik, sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene;
- ▶ eine Europäische Jugendagentur, die für das Erfassen von Fachwissen, die Herausgabe von Informationen, die Ausbildung europäischer Jugendarbeiter, die Förderung des Austauschs guter Praxis und die Förderung der Partizipation von jungen Menschen verantwortlich ist.

Schlussbemerkungen

Die Gedankenschmiede, die sich im März 2012 in Berlin und ein Jahr später in Brüssel traf (siehe unten), war kein repräsentatives Gremium, obwohl es Teilnehmer aus allen Teilen des Jugendbereichs einschloss: europäische Institutionen, Mitgliedstaaten, Gemeinden, nationale Agenturen, Jugendorganisationen, Jugendforscher, usw. Sie hatte kein Mandat, außer die Richtung der Jugendagenda auf europäischer Ebene zu diskutieren. Sie entsprang einer Sorge: dass diese Jugendagenda vom Weg abgekommen war. Sie erbrachte eine Reihe damit verbundener Sorgen in Folge konzentrierter und engagierter Diskussionen, etwas, was die europäische Jugendagenda seit langem auf breiter Ebene fordert. Die Argumente und Sichtweisen, die hier wiedergegeben sind, sollen einen groben historischen Kontext der aktuellen Situation geben und Interesse und Reaktionen anregen, um diese Jugendagenda wieder auf den richtigen Weg zu bringen.

Bibliografie

Agentschap Sociaal-Cultureel Werk voor Jeugd en Volwassenen. Afdeling Jeugd (2011), *Belgium's Presidency of the EU 2010, A contribution to youth work and youth policy in European youth work*, Bericht der belgischen EU-Präsidentschaft Jugend, Brüssel.

Rat der Europäischen Union und die Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, Treffen innerhalb des Rates (2010), *Resolution on youth work*, Brüssel 2010/C 327/01, Offizielles Amtsblatt der Europäischen Union C 327/1.

Europäische Kommission (2002), *A new impetus for European youth: White Paper*. Publikationen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg.

Europäische Kommission (2011), *Global Europe 2050: report of a European Commission Expert Group*. Europäische Kommission, Brüssel.

Europäisches Jugendforum (2012), [in Zusammenarbeit mit der University of Bath und GHK Consulting], *The impact of non-formal education in youth organisations on young people's employability*. Europäisches Jugendforum, Brüssel.

Milmeister, M., Williamson, H. (Hrsg.), (2006), *Dialogues and networks: organising exchanges between youth field actors*. Youth research monographs, Bd. 2, Editions Phi, Luxemburg.

Williamson, H. (2013), *Resistance, reaction, retreat or re-alignment: young people's responses to Austerity Europe*. *International Journal of Adolescence and Youth*, Bd. 18.

*Hans-Georg Wicke
Koen Lambert*

Trotz der Bedenken, die während der anfänglichen Diskussionen der Gedankenschmiede geäußert wurden, waren sich viele, wenn nicht sogar alle Teilnehmer einig, dass man eine neue Dynamik im Jugendbereich schaffen muss. Die Diskussionen hatten häufig den Gedanken als Ausgangspunkt, dass man in den letzten 20 Jahren viel erreicht hat und dass man weitestgehend in den Grundlagen der „Jugendpolitik“ übereinstimmt. Es gibt aber auch eine Notwendigkeit für eine langfristige Vision, die beschreibt, wo wir idealerweise in einigen Jahren sein wollen und die uns eine Richtung für die nächsten Schritte vorgibt.

Der nachstehende Beitrag ist ein Versuch, in Kürze eine solche Vision für 2020 zu formulieren. Er versucht, das zu berücksichtigen, was wir als aktuelle Übereinstimmungen verstehen, das gemeinsame „Image“ der Jugendpolitik, wie es in vielen offiziellen politischen Entscheidungen und Beiträgen, aber auch in zahllosen informellen Diskussionen und Debatten ausgedrückt wurde. Aber letztendlich stellt dieser Beitrag unsere persönliche langjährige Sichtweise der Einbindung in diese Debatte als Leiter nationaler Agenturen des Programms „Jugend in Aktion“ dar (und deren Vorläufer): ein einzigartiger Platz als Akteur im Bereich der Jugendpolitik und gleichzeitig auf europäischer und nationaler Ebene. Er basiert auf Ideen und Überzeugungen, die sich durch diese Praxis ergeben haben, auf Beobachtungen der letzten 20 Jahre, auf dem, was wir von anderen Akteuren in Arbeitsgruppen, Netzwerktreffen, Veranstaltungen der EU-Präsidentschaft, usw. gelernt haben.

Wir glauben, dass diese „kurze Darstellung“ in zweierlei Hinsicht von Nutzen sein kann. Zum einen legt sie dauerhafte und langfristige Ziele fest, an denen sich alle orientieren können, die sich Gedanken über die Zukunft der Jugendpolitik machen und die Angst haben, dass ihre Kernideen in der aktuellen Politikgestaltung verloren gehen, die durch eine zweifelsfrei sich verstärkende Krise inspiriert wird. Zum anderen konfrontiert sie uns genau jetzt mit der Frage: Wie können wir das erreichen? Was sind die Zwischenschritte? Was muss man zuerst machen? Verfügen wir über klare Strategien, die von allen wichtigen Akteuren befürwortet werden? Und wie verknüpfen wir dies mit den dringenden Bedürfnissen, die sich aus der Krise ergeben? Dies ist die Debatte, die wir anregen wollen, die wir nicht nur in der Gedankenschmiede verfolgen wollen, sondern auch mit anderen Akteuren aus dem Jugendbereich.

Wir haben versucht, die wichtigsten Merkmale des gemeinsamen „Image“ der Jugendpolitik in Europa zu bestimmen, das unserer Überzeugung nach bei vielen Akteuren existiert. Die Übung erbrachte 12 Merkmale der europäischen Jugendpolitik und der Jugendpolitik in Europa, die es bereits gibt oder die als wünschenswert erachtet werden. Wir betrachten alle als unverzichtbar und typisch für die Jugendpolitik 2020 und, da sie leicht zu erkennen sind, können sie als Kardinalpunkte für unser Vorgehen dienen.

Die Autonomie und das Wohlergehen junger Menschen sind von zentraler Bedeutung

Jugendpolitik ist ein umfassendes Konzept mit einem ganzheitlichen Ansatz. Sie stellt junge Menschen als Ganzes in den Mittelpunkt und zielt auf ihre Autonomie und ihr Wohlergehen ab. Sie konzentriert sich auf ihr aktuelles Leben, aber auch auf ihre Zukunft, von der Kindheit bis zum Erwachsenenalter. Die Jugendpolitik entwickelt andererseits politische Strategien, um Raum und Chancen für junge Menschen zu schaffen und anzubieten, damit sie ihre Fähigkeiten ausbauen, ihre Autonomie erlangen und ein Mindestmaß an Wohlergehen erreichen oder übersteigen können. Andererseits entwickelt die Jugendpolitik konkrete politische Ansätze für die persönliche und soziale Entwicklung von jungen Menschen, die Probleme haben. Sie ist schützend, wo notwendig, aber sie ermächtigt auch und bietet eine zweite Chance.

Transnationale politische Strategie für junge Menschen und ihre Lebensbedingungen in Europa

Junge Menschen haben Anspruch auf eine umfassende Politik, die sich mit ihrer Autonomie und ihrem Wohlergehen auf allen Ebenen befasst. Die Lebensbedingungen junger Menschen werden von Umständen und Entwicklungen beeinflusst, die weit über die nationalen Grenzen hinausreichen. Gleichzeitig weist die europäisierte und globalisierte Welt viele neue Chancen und Risiken für junge Menschen auf. Diesbezüglich stößt die nationale Politik an ihre natürlichen Grenzen. Einerseits ist die europäische Jugendpolitik, als Kooperation zwischen Staaten, eine Antwort auf die Forderung nach transnationalen politischen Strategien für junge Menschen und ihre Lebensbedingungen in einem integrierten Europa. Andererseits zielt die europäische Jugendpolitik darauf ab, die Ausarbeitung einer nationalen Jugendpolitik von vergleichbarer Qualität in ganz Europa zu unterstützen.

Eine kategorische Politik, fokussiert auf alle junge Menschen: Kinder bis junge Erwachsene

Entwicklungen über nationale Grenzen hinweg wirken sich auf alle aus, die jung sind, Kinder wie Teenager, Jugendliche und junge Erwachsene. Es geht um das Wohlergehen und die steigende Autonomie aller jungen Menschen. Jugendpolitik befasst sich mit der Kategorie des jungen Bürgers, definiert nach Alter, aber auch mit deren Status als Minderjährige oder in ihrem Übergang zur vollständigen Selbständigkeit. Sie entwickelt ihren rechtlichen Rahmen und ihre Tätigkeit, wobei sie das Heranwachsen vom Kind zum Erwachsenen berücksichtigt.

Nichts über uns, ohne uns

Die Ziele der Jugendpolitik (Wohlergehen und steigende Autonomie) können nicht ohne die jungen Menschen umgesetzt werden. Sie erfordert ihre Mitwirkung und ihre wachsende Verantwortung. Sie ruft sie auf, sich einzubringen. Aus diesem Grund ist Jugendpolitik partizipativ und transparent in ihren Prozessen und ihrer Führung. Die Vielfältigkeit der Akteure auf den unterschiedlichen Ebenen erfordert einen konstanten Dialog und die Interaktion von Politik und Praxis. Jugendpolitik etabliert

und benutzt wohldurchdachte offene Prozesse der Mitwirkung und die notwendigen Strukturen, die die Existenz, die Qualität und die Legitimität der Partizipation garantieren. Jugendpolitik reagiert immer auf die Ergebnisse dieser Partizipation.

Interaktiver Bereich mit mehrpoliger Lenkung und demokratischer Führung

Die europäische Jugendpolitik ist ein Hybrid, der heterogenen Quellen entstammt. Sie vergrößert das Dreieck auf Politik, Forschung und Praxis zu einem interaktiven Bereich mit verschiedenen Akteuren aus verschiedenen Staaten, Sektoren, Rollen, Disziplinen und Berufen, die unterschiedlich intensiv beteiligt sind. Sie schließt die Zivilgesellschaft sowie die jungen Menschen selbst ein. Sie wird angetrieben von einer interdisziplinären und multiprofessionellen Koalition der Zuständigen und Betroffenen. Sie weist eine Netzwerkstruktur mit verschiedenen Naben und Clustern auf. Sie ermöglicht eine mehrpolige Lenkung und basiert auf einer demokratischen Führung.

Kooperation in der EU und im Europarat und offen für die Welt

Die europäische Jugendpolitik basiert auf der Zusammenarbeit im Jugendbereich in der EU und im Europarat, jeweils im Rahmen ihrer/seiner eigenen gesetzlichen Zuständigkeiten: zwischenstaatlich beim Europarat und supranational (aber in den Grenzen der Subsidiarität) bei der EU. Sie zielt auf stärkere Verbindungen und eine stärkere Zusammenarbeit zwischen beiden internationalen Institutionen ab. Gleichmaßen verfolgt sie das Ziel, politische Entscheidungen auf europäischer und Mitgliedstaatenbene im Hinblick auf den gesetzlichen Rahmen und auf konkrete Maßnahmen herbeizuführen, um auf allen Ebenen die Qualität der Praxis zu unterstützen. Sie schließt alle drei Sektoren ein: den „Staat“ und seine öffentlichen Vertreter (Organisationen und Gremien der EU und des Europarats, der Mitgliedstaaten, Parlamente, etc.); den „Markt“ und private Unternehmen und Stiftungen; und die „Zivilgesellschaft“ und gemeinnützige Organisationen. Die europäische Jugendpolitik berührt alle Ebenen, von der lokalen bis zur regionalen, von der nationalen bis zur europäischen Ebene. Sie steht der Welt offen und hat eine globale Dimension.

Eine solide Basis, auf der man aufbauen kann: Jugendarbeit

Jugendpolitik ist ein umfassendes Konzept mit einem ganzheitlichen Ansatz. Sie hat ihre spezifischen Themen und Praktiken. Um ihre Ziele umzusetzen, baut sie auch auf der Praxis und den Erfahrungen vor Ort auf, wo dieser ganzheitliche Ansatz durch eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure umgesetzt wird: staatliche Dienste, NRO auf allen Ebenen, Jugendorganisationen und Initiativen, Expertenverbände und regionale und lokale Behörden (des Jugendbereichs). Eine wichtige Rolle wird von Fachleuten (bezahlten und freiwilligen) gespielt, die mit jungen Menschen arbeiten. Eine weitere spezifische Rolle spielen Jugendorganisationen, in denen junge Menschen anderen jungen Menschen Chancen bieten. Die Jugendpolitik schätzt die Jugendarbeit dieser Akteure, schafft optimierte gesetzliche Rahmen, unterstützt die Qualität ihrer Arbeit, bei gleichzeitiger Achtung ihrer Kompetenzen und, wo relevant, ihres autonomen Status.

Sektorübergreifende Politik für ein vielfältiges Leben

Jugendpolitik ist ein umfassendes Konzept mit einem ganzheitlichen Ansatz. Aus diesem Grund ist es eine sektorübergreifende Politik: Sie befasst sich mit allen Aspekten des Lebens junger Menschen und involviert alle staatlichen Ministerien und Sektoren, die diese vielfältigen Aspekte bedienen. Sie erfordert eine Koordinierung auf politischer und administrativer Ebene. Sie baut auf der Erfahrung aus dem Jugendsektor auf, der bei der Ausarbeitung von politischen Maßnahmen die Führung übernimmt. Und sie verfügt über eigene klar definierte mittel- und langfristige Jugendpolitikprozesse und -planungen zu vorrangigen Themen.

Verknüpfung von Fachwissen mit Politik und Praxis

Die europäische Jugendpolitik ist wissensbasiert. Die europäische Jugendpolitik, die dem Wissen und der Erfahrung vielfältiger Quellen in diesem interaktiven Feld entspringt, sieht neue Trends und Entwicklungen voraus und analysiert diese, bietet tiefreichende Einblicke und Fachkenntnisse über Politik und Praxis, prüft die politischen Ziele und Maßnahmen auf Stimmigkeit und schlägt Wege und Maßnahmen vor. Neue Formen der europäischen Jugendberichte und Monitoringsysteme ermöglichen den Aufbau einer zuverlässigen Verbindung zur politischen Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene und eine praktische Verbindung für die Umsetzung der Maßnahmen.

Plattformen für Debatten und Entwicklung

Die europäische Jugendpolitik weist ihre spezifischen und regulären Plätze und Räume für Dialog, Partizipation, Kooperation und Transparenz u. a. auf jährlichen Konferenzen, thematischen Gruppen, Sektorengruppen, Langzeitprozessen und virtuellen Plattformen. Eine jährlich stattfindende „European Convention on Youth Policy and Youth Work“ ist ihre regelmäßige Plattform. Sie arbeitet langfristig, in verschiedenen Peer Learning-Gruppen zu vorrangigen Themen für den Austausch, die Kooperation und das Festlegen einer Agenda. Sie versammelt außerdem die Akteure aus den verschiedenen Bereichen der Jugendpolitik, um ihnen die weitere Ausarbeitung der Praxis zu ermöglichen. Sie verfügt über eine eigene überspannende virtuelle Plattform für den kontinuierlichen Austausch aller involvierten Akteure.

Vertreter, Antriebsmotoren und „Transferagenturen“

Neben dem politischen Rahmen und den politischen Prozessen weist das interaktive Feld der europäischen Jugendpolitik mehrere unterschiedliche zentrale Knotenpunkte auf, die als Antriebsmotoren für Prozesse und Inhalte, als „Transferagenturen“ zwischen den verschiedenen Ebenen und Sektoren und als Vertreter von Ideen und Konzepten fungieren. Aus diesem Grund wird die europäische Jugendpolitik von verschiedenen Strukturen auf europäischer Ebene unterstützt, z. B. vom spezialisierten Europäischen Zentrum für Jugendpolitik und Jugendarbeit und vom europäischen NRO-Sektor (Europäisches Jugendforum, usw.), aber auch von den Strukturen des EU-Jugendprogramms (nationale Agenturen, SALTO Ressourcententren,

der Partnerschaft aus Europarat – EU, usw.). Gleichzeitig weist die europäische Jugendpolitik entsprechende Unterstützungsstrukturen auf nationaler Ebene auf.

Ein konkretes und unabhängiges Finanzinstrument und eine rechtliche Grundlage

Das aktuelle Jugend-in-Aktion-Programm ist das wichtigste Finanzierungsinstrument auf europäischer Ebene zur Förderung der Weiterentwicklung und Umsetzung der europäischen Jugendpolitik und der Jugendpolitik in Europa. Mit dem neuen Programm für Bildung und Ausbildung, Jugend und Sport ist es in einen größeren politischen Rahmen eingebettet. Verbindungen zwischen Bildung, Ausbildung und Jugendarbeit sind Realität, ebenso der Beitrag der Jugendarbeit zur europäischen Strategie für ein lebenslanges Lernen und zur Europa 2020-Strategie. Dessen ungeachtet brauchen die europäische Jugendpolitik und die Jugendpolitik in Europa ein eigenes Finanzinstrument und eine eigene rechtliche Grundlage, die konkret die Ziele und Bedürfnisse des Jugendsektors nennen, einen nachhaltigen systemischen Einfluss auf die Jugendpolitik und die Jugendarbeit auf europäischer und nationaler Ebene anstreben.

ÜBER DAS REDAKTIONSTEAM

Maurice Devlin, PhD ist Jean Monnet Professor und Direktor des Zentrums für Jugendforschung und Entwicklung an der Nationalen Universität Irland, Maynooth. Er ist Vorsitzender des North-South (all-Ireland) Education and Standards Committee for Youth Work, irischer Korrespondent für das Europäische Wissenszentrum für Jugendpolitik und Mitglied des Pools der europäischen Jugendforscher. Derzeit ist er der Co-Vizepräsident für Europa (darunter die Russische Föderation) des Forschungskomitees Jugend des internationalen Soziologinnenverbandes.

Günter J. Friesenhahn, Dr. Phil. ist Professor für European Community Education Studies und Dekan des Fachbereichs Sozialwissenschaften der Hochschule Koblenz/ Deutschland. Derzeit ist er der Vizepräsident der European Association of Schools of Social Work – EASSW. Seine Lehr- und Forschungsgebiete sind: Sozialarbeit in Europa, internationale Jugendarbeit und Diversitäts-Studien.

Matina Magkou ist Beraterin für Kultur- und Jugendprojekte. Sie arbeitet seit 2000 mit Jugendstrukturen und Training auf europäischer Ebene und war Mitglied des European Youth Forum Bureau (2002-2003). Vor kurzem wurde sie Mitglied im Pool der Trainer des Europarates und gab verschiedene Publikationen zum Thema Jugend heraus. Derzeit arbeitet sie an ihrer Doktorarbeit über Freizeitforschung. Sie koordiniert die Verlagsarbeit dieser Publikation.

Koen Lambert besitzt einen Master in Moderner Geschichte der Universität Gent. Er arbeitet als Beamter im flämischen Ministerium für Jugendpolitik in Flandern und wurde 1990 Direktor des JINT, das flämische Wissenszentrum für internationale Jugendmobilität und Jugendpolitik. Die Aufgabe des JINT ist die Unterstützung von jungen Menschen, Jugendorganisationen und Jugendpolitikern bei ihrer internationalen Zusammenarbeit. JINT ist die nationale Agentur des EU-Programms Jugend in Aktion der flämischen Gemeinschaft.

Hans-Joachim Schild ist seit 2005 für die Partnerschaft zwischen der Europäischen Kommission und dem Europarat im Bereich Jugend tätig. Diese konzentriert sich auf die Förderung der wissensbasierten Jugendpolitik, Qualitätsentwicklung und Anerkennung der Jugendarbeit und nichtformalen Lernerfahrungen/Bildung. Davor war er in verschiedenen Bereichen des Jugendsektors tätig, darunter der Abteilung Jugendpolitik in der GD-Bildung und Kultur der Europäischen Kommission, sowie einer NRO in den Bereichen Arbeitsmarkt, allgemeine und berufliche Bildung, soziale Inklusion und Jugend als auch als Trainer und Sozialpädagoge.

Reinhard Schwalbach ist seit 1994 der Geschäftsbereichsleiter der Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland IJAB. Er arbeitete ehrenamtlich in der Jugendarbeit und studierte Politikwissenschaft, Soziologie, europäische Ethnologie und Pädagogik in Marburg/Lahn. Er arbeitete als Trainer im Jugendgemeinschaftsdienst (IJGD 1980-1986). Seit 2008 ist er Präsident des Europäischen Eurodesk Netzes.

Alex Stutz ist Geschäftsführer der National Youth Agency, der führenden Hilfsorganisation für Jugendarbeit und Jugendarbeiter in England, die die Arbeit der Jugendarbeiter fördert, ermöglicht und für die Anerkennung der Jugendarbeit als Beruf eintritt. Er arbeitet seit mehr als acht Jahren für die NYA und ist zuständig für die Politik, Information und Forschung der Agentur.

Leena Suurpää arbeitet als Forschungsdirektorin im finnischen Jugendforschungsnetz, einer fachübergreifenden Forschungsgemeinschaft für akademische und angewandte Forschung im Bereich Jugend, Jugendkultur, Jugendarbeit und Jugendpolitik. Ihre fachübergreifenden Forschungsinteressen umfassen Multikulturalismus und Rassismus sowie das Engagement Jugendlicher in diversen Bereichen der Zivilgesellschaft, Politik und Sozialstrukturen.

Tineke Van de Walle arbeitet an der Universität Gent als Forscherin für die Jugendforschungsplattform (JOP), ein politisch ausgerichtetes Netz für Jugendliche in Flandern. Ihre Forschung konzentriert sich auf den Zugang diverser Jugendgruppen zur Jugendarbeit und organisierten Freizeitaktivitäten. Zu ihren Forschungsgebieten zählen weiterhin die Verbindung zwischen akademischer Forschung, Politik und Praxis im Jugendbereich.

Dr. Howard Williamson ist Professor für europäische Jugendpolitik an der Universität Glamorgan. Er ist auch Affiliate Professor der Youth and Community Studies der Universität Malta und Gastdozent am Institut für Sozialforschung in Zagreb. Davor war er an den Universitäten Oxford, Cardiff und Kopenhagen tätig. Er ist qualifizierter JNC Jugendarbeiter und seit vielen Jahren in der Jugendarbeit tätig. Er arbeitete an einer Reihe von Jugendfragen wie Lernerfahrungen, Justiz, Drogenmissbrauch, Ausgrenzung und Bürgerschaft auf europäischer und nationaler Ebene. Derzeit koordiniert er die internationale Überprüfung der nationalen Jugendpolitik des Europarates.

Antonia Wulff kommt aus dem Organising Bureau for European School Student Unions (OBESSU) und ist die ehemalige Leiterin des Jugendbeirates des Europarates. Sie hat einen Master in Sozialwissenschaften und arbeitet derzeit in der internationalen Bildungspolitik.

Abstracts / Résumés / Zusammenfassungen

Der Generationenvertrag wurde aufgekündigt

Karl Wagner

Zusammenfassung

The generations currently in charge of managing the earth intend to leave their children and grandchildren an indebted, exploited planet, riddled by resource constraints and the threat of climate change. In doing so, they have essentially cancelled the intergenerational contract. Young generations will have to take charge of creating the fundamental change needed. They cannot leave it to those generations that have caused the problems.

A young generation is emerging which is global, educated, knowledgeable and perfectly capable of managing the transition to a safe world with opportunities for all.

Les générations qui ont actuellement la responsabilité de prendre soin de la planète ont l'intention de laisser à leurs enfants et à leurs petits-enfants une planète endettée, exploitée, menacée par des ressources limitées et par le changement climatique. Ce faisant, elles ont finalement annulé le contrat intergénérationnel. Les jeunes générations devront se charger d'apporter les changements fondamentaux requis car elles ne peuvent s'en remettre aux générations qui sont à l'origine des problèmes.

Une nouvelle génération est en train de naître. Elle est globale, instruite, bien informée et parfaitement capable de gérer la transition vers un monde sûr, avec des possibilités pour chacun.

Die Generationen, die gegenwärtig diese Erde verwalten, haben die Absicht, ihren Kindern und Enkelkindern einen verschuldeten, ausgebeuteten Planeten zu hinterlassen, der von Ressourcenknappheit geplagt wird und sich mit einem drohenden Klimawandel konfrontiert sieht. Damit haben sie im Wesentlichen den Generationenvertrag aufgekündigt. Jüngere Generationen müssen die Verantwortung dafür übernehmen, den erforderlichen grundlegenden Wandel herbeizuführen. Sie können es nicht jenen Generationen überlassen, die diese Probleme verursacht haben.

Gegenwärtig entsteht eine Generation, die global, gut ausgebildet, informiert und absolut in der Lage ist, den Übergang in eine sichere Welt zu schaffen, die Chancen für alle bietet.

Generationswandel, Generationsunterschiede und -konflikte: Ansichten aus dem Süden

Magda Nico

Zusammenfassung

The exceptional times most of Europe is experiencing legitimately dispose social scientists to look at other singular episodes in history in their search for a better understanding of the present and future of the social phenomenon and of the population most affected by it. In this article, it will be argued that the economic crisis that Europe, and especially some European countries and the younger population in a significant way, is experiencing, is an extraordinarily relevant moment for youth researchers to use, adapt and reflect on the concept of generation to analyse and revisit processes of social change and its political and social consequences for young people.

Using the specific case of a southern European country – Portugal – and its less protective regime of youth transitions, employment and migration consequences of the current economic context, and some of the recent political and politicised statements and events, the triangle between trends in youth studies, politics of youth and social reality will be discussed. In this sense, through a national approach (on Portugal, one of the countries where the crisis is most felt and the effects on young people are most severe and worrisome), this article articulates current trends and events related to the specificity of this national reality with theoretical implications (including the re-assessment of concepts such as generational change, gaps and conflicts), on one hand, and political, on the other. This articulation is developed by resorting to important literature in the field of youth studies and sociology of youth, to secondary sources concerning current indicators of emigration flows and unemployment rates, and to extensive research in the field of transitions to adulthood. The article intends to reflect, more than to offer answers, on what is still an ongoing process.

La situation exceptionnelle à laquelle la plupart des pays européens doivent faire face conduit légitimement les chercheurs en sciences sociales à se référer à d'autres épisodes historiques extraordinaires dans leur quête pour mieux comprendre le présent et l'avenir du phénomène social et de la population qui est la plus touchée par ce phénomène. Dans cet article, l'auteur soutiendra que la crise économique qui touche l'Europe, et plus particulièrement certains pays européens et les jeunes, est un moment extraordinairement opportun pour que les chercheurs dans le domaine de la jeunesse utilisent, adaptent et étudient la notion de *génération* et analysent et réexaminent les processus de *changement social* et leurs conséquences politiques et sociales pour les jeunes.

En s'appuyant sur la spécificité d'un pays d'Europe du Sud – le Portugal – et sur son régime moins protecteur de transition des jeunes (Walther, 2006), sur les conséquences en termes d'emploi et de migration du contexte économique actuel, et sur certains des récents événements et déclarations politiques et politisés, le triangle entre les *tendances qui ressortent des études sur la jeunesse, les politiques de la jeunesse* et la *réalité sociale* sera examiné. En ce sens, en prenant l'exemple d'une approche nationale (le Portugal, l'un des pays où la crise est la plus ressentie et où les effets sur les jeunes sont les plus importants et les plus préoccupants), cet article articule les tendances actuelles et les événements

liés à la spécificité de cette réalité nationale avec, d'une part, des implications théoriques (y compris la réévaluation de notions telles que le changement générationnel, les différences de mentalité et les conflits entre générations), et, d'autre part, des implications politiques. Pour ce faire, l'auteur cite une littérature importante dans le domaine des études sur la jeunesse et de la sociologie de la jeunesse, des sources secondaires concernant les indicateurs actuels des flux d'émigration et des taux de chômage ainsi que des études détaillées dans le domaine des transitions vers l'âge adulte. L'article propose une réflexion, plus qu'il n'apporte de réponses, sur ce qui est toujours un processus en cours.

Die Ausnahmesituation, die der Großteil von Europa gerade erlebt, erlaubt es den Sozialwissenschaftlern legitimerweise auf andere einzigartige Episoden in der Geschichte zurückzugreifen, um ein besseres Verständnis der Gegenwart und der Zukunft des sozialen Phänomens und des am stärksten betroffenen Bevölkerungsteils zu erhalten. In diesem Artikel wird argumentiert, dass die Wirtschaftskrise, die Europa und insbesondere einige europäische Staaten und die jüngere Bevölkerung in drastischer Weise erleben, ein außerordentlich wichtiger Moment für die Jugendforscher ist, um das Konzept der *Generation* zu nutzen, anzupassen und zu reflektieren, um die Prozesse des *sozialen Wandels* und dessen politische und soziale Folgen für junge Menschen zu analysieren und zu überarbeiten.

Es werden, unter Rückgriff auf die konkreten Bedingungen eines südeuropäischen Staates, i. e. Portugal, und seiner weniger leistungsstarken Schutzvorkehrungen für die Übergänge von Jugendlichen (Walther, 2006), die Folgen auf Beschäftigung und Migration im aktuellen wirtschaftlichen Kontext und einige neuere politische und politisierte Aussagen und Ereignisse die *Trends in der Jugendforschung*, der *Jugendpolitik* und der *sozialen Realität* behandelt. In diesem Sinne erläutert der Artikel, anhand eines nationalen Ansatzes (in Bezug auf Portugal, eines der Länder, in denen die Krise am stärksten zu spüren ist und die Folgen für junge Menschen am schwersten und besorgniserregend sind), aktuelle Trends und Ereignisse in Bezug auf die Besonderheiten dieser Nation, indem er einerseits die theoretischen Auswirkungen (einschließlich der erneuten Beurteilung bekannter Konzepte, i. e. Generationswandel, Gräben und Konflikte) anführt, und andererseits die politischen Auswirkungen erläutert. Diese Erläuterung erfolgt durch einen Rückgriff auf die wichtigste Fachliteratur im Bereich Jugendforschung und Jugendsoziologie, die Sekundärquellen über aktuelle Indikatoren für Auswanderungsbewegungen und Beschäftigungsraten und durch Nutzung der umfangreichen Forschung zum Thema Eintritt ins Erwachsenenalter. Der Artikel beabsichtigt, die laufenden Prozesse darzulegen und nicht, Antworten zu geben.

Jugendjustiz in einem sich wandelnden Europa: Krise und alternative Visionen

Barry Goldson

Zusammenfassung

Europe is currently experiencing a formidably hostile economic climate within which crisis conditions are consolidating and millions of young Europeans have been, and

will continue to be, especially disadvantaged. The crisis conditions raise big questions of youth justice systems in Europe and it is timely to think about the manner in which such systems might respond in the future. Thinking in this way invokes alternative visions. The “utopian vision” conceptualises youth justice as progressing steadily and incrementally towards a state of penal tolerance, where the “best interests” of children and young people prevail and where recourse to correctional intervention – particularly custodial detention – is only ever mobilised as a “last resort”. In stark contrast, the “dystopian vision” emphasises the emergence, consolidation and development of a harsh “culture of control”. At face value both the utopian and dystopian visions provide seductive conceptual typologies or “totalising narratives” for comprehending pan-European (even global) trends in youth justice but, ultimately, each is singularly inadequate. Neither provides a defensible comprehensive account of the complexity, contradictory nature and profound incoherence of transnational youth justice in Europe and/or beyond. Notwithstanding this, a crucial juncture has been reached as the separate European countries are currently facing fundamental choices as to the kind of society they want to build for the future. What this will mean for youth justice in 2020 is far from clear, but there are grounds for believing that – despite crisis conditions – “humane pragmatism” will ultimately prevail.

L'Europe connaît actuellement un climat économique redoutablement hostile dans lequel les conditions de crise s'intensifient. Dans ce contexte, des millions de jeunes Européens sont particulièrement désavantagés et continueront de l'être. Les conditions de crise soulèvent d'importantes questions sur les systèmes de justice des mineurs en Europe et il est opportun de réfléchir à la manière dont ces systèmes pourraient évoluer à l'avenir. Cette réflexion aboutit à deux visions. La « vision utopique » conceptualise la justice des mineurs comme évoluant constamment et progressivement vers une situation de tolérance pénale, où l'« intérêt supérieur » des enfants et des jeunes prévaut et le recours à une intervention correctionnelle – en particulier la détention – est toujours une solution de « dernier ressort ». A l'opposé, la « vision dystopique » souligne l'émergence, la consolidation et le développement d'une « culture du contrôle » rigoureuse. A première vue, tant la vision utopique que la vision dystopique proposent des typologies conceptuelles séduisantes ou des « récits totalisateurs » qui rendent compte des tendances paneuropéennes (voire mondiales) de la justice des mineurs mais, en fin de compte, elles sont toutes les deux particulièrement insuffisantes. Aucune des deux visions ne tient compte, de manière exhaustive et défendable, de la complexité, de la nature contradictoire et de la profonde incohérence de la justice transnationale des mineurs en Europe et/ou au-delà de ses frontières. Néanmoins, le moment est crucial car chaque pays européen se trouve face à des choix essentiels quant au type de société qu'il veut construire pour l'avenir. Ce que cela signifiera pour la justice des mineurs en 2020 est loin d'être clair mais nous avons des raisons de penser que – malgré les conditions de crise – le « pragmatisme humain » finira par s'imposer.

Europa erlebt gegenwärtig ein außerordentlich feindliches Wirtschaftsklima, in dem sich die Bedingungen verfestigen und Millionen junger Europäer besonders benachteiligt wurden und werden. Die Krisenbedingungen werfen wichtige Fragen im Bereich der Jugendjustizsysteme in Europa auf, und es ist Zeit, darüber nachzudenken, wie diese Systeme in Zukunft reagieren könnten. Ein diesbezüglicher

Denkansatz führt alternative Visionen ins Feld. Die „utopische Vision“ betrachtet die Jugendjustiz als ein System, das sich stetig und schrittweise einem Zustand der strafrechtlichen Toleranz annähert, bei der das „Wohl“ der Kinder und Jugendlichen Vorrang genießt und bei der der Rückgriff auf ein korrigierendes Eingreifen, insbesondere staatlicher Gewahrsam, nur als „letztes Mittel“ bemüht wird. Im absoluten Gegensatz dazu steht die „dystopische Vision“, die das Entstehen, die Konsolidierung und Entwicklung einer harschen „Kultur der Kontrolle“ betont. Beide Visionen, sowohl die utopische als auch die dystopische, bieten verführerische konzeptionelle Typologien oder „Gesamterzählungen“ für das Verstehen paneuropäischer (oder sogar globaler) Trends in der Jugendjustiz, aber letztendlich sind beide auf jeweils eigene Weise unzureichend. Keine der beiden Visionen bietet eine verfechtbare umfassende Darstellung der Komplexität, widersprüchlichen Natur und profunden Inkohärenz der transnationalen Jugendjustiz in Europa und/oder darüber hinaus. Dessen ungeachtet wurde ein kritischer Augenblick erreicht, da die europäischen Staaten sich gegenwärtig mit grundlegenden Entscheidungen konfrontiert sehen, welche Art von Gesellschaft sie in der Zukunft aufbauen wollen. Was dies für die Jugendjustiz bedeuten wird, ist noch völlig offen, aber es gibt Gründe für die Annahme, dass trotz der Krisenbedingungen ein „humaner Pragmatismus“ letztendlich überwiegen wird.

Die Zukunft der sozialen Dimension in der europäischen Hochschulbildung: Universität für alle, aber ohne Studentenförderung?

Lorenza Antonucci

Zusammenfassung

The mass expansion of higher education is one of the most relevant changes that has occurred in European societies and young people's lives over the past 40 years. This expansion was supported by the double scope of ensuring equal opportunities and creating a competitive knowledge-based economy to compete in the global market. This double-faced rhetoric is now increasingly problematic, given the rising level of youth unemployment among graduates. Moreover, austerity measures across Europe are putting the systems of student support that sustain young people embarking into higher education under pressure.

The paper offers an overview of the ongoing trends of student support in Europe, by conducting a policy analysis of official documents, both at the national and at the European level. The analysis of policy changes will distinguish: the tools of student support policies (for example, grants and the increasing use of loans), the degrees of universalism and means-testing and the settings (for example, the increasing selectivity in student support). The article argues that the mass participation in higher education will not decrease in 2020. It also states that the impact of austerity measures on student support will result in a differentiated experience of higher education, where an increasing number of students will need to privately meet the costs of higher education, in particular through labour-market participation and family support. Finally, the paper discusses elements that could reverse the existing

trends, underlining the ongoing processes of integration and Europeanisation of higher education, recently culminating with the creation of the European Higher Education Area (EHEA).

Le développement considérable de l'enseignement supérieur est l'un des changements les plus importants qu'aient connu les sociétés européennes et les jeunes ces 40 dernières années. Cette évolution s'est faite dans l'objectif non seulement de garantir l'égalité des chances mais également de créer une économie de la connaissance compétitive pour faire face à la concurrence sur le marché mondial. Cette rhétorique à double objectif est désormais de plus en plus problématique, compte tenu du taux de chômage en hausse chez les jeunes diplômés (Bell et Blanchflower, 2010). En outre, les mesures d'austérité appliquées dans toute l'Europe exercent une pression sur les systèmes d'aide aux jeunes qui se lancent dans des études supérieures.

L'article propose une vue d'ensemble des tendances actuelles de l'aide aux étudiants en Europe, en procédant à une analyse politique de documents officiels, aux niveaux national et européen. L'analyse des changements intervenus au niveau des politiques distingue : les instruments des politiques d'aide aux étudiants (p. ex. les bourses et le recours de plus en plus important aux prêts), les degrés d'universalisme et la mise en place des conditions de ressources (p. ex. la sélection de plus en plus stricte pour l'octroi d'une aide aux étudiants). Selon l'article, la participation massive à l'enseignement supérieur ne baissera pas en 2020. L'auteur indique également que l'incidence des mesures d'austérité sur l'aide aux étudiants se traduira par une expérience différenciée de l'enseignement supérieur car de plus en plus d'étudiants devront payer eux-mêmes leurs études supérieures, notamment en participant au marché du travail et en se faisant aider par leurs familles. Enfin, l'article passe en revue des éléments qui pourraient inverser les tendances actuelles et met l'accent sur les processus d'intégration et d'eupéanisation de l'enseignement supérieur qui ont récemment abouti à la création de l'Espace européen de l'enseignement supérieur (EEES).

Die große Ausweitung der höheren Bildung ist eine der wichtigsten Veränderungen, die in den letzten 40 Jahren in den europäischen Gesellschaften und im Leben junger Menschen stattgefunden hat. Diese Ausweitung wurde durch einen doppelten Ansatz unterstützt, zum einen die Gewährleistung der Chancengleichheit und zum anderen durch die Schaffung einer auf Wettbewerb ausgerichteten wissensbasierten Wirtschaft, um auf dem Weltmarkt zu konkurrieren. Dieser zweigleisige Ansatz wird nun angesichts der steigenden Zahlen arbeitsloser junger Schulabgänger immer schwieriger (Bell und Blanchflower, 2010). Darüber hinaus üben die Sparmaßnahmen in Europa Druck auf die Studienförderung für junge Menschen aus, die ihnen eine höhere Bildung zugänglich macht.

Der Artikel bietet einen Überblick der laufenden Trends in der Studienförderung in Europa, indem er eine politische Analyse der offiziellen Dokumente sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene durchführt. Die Analyse der politischen Änderungen wird eingeteilt in: Instrumente der Studienförderungs politik (i.e. Stipendien und stärkere Nutzung von Darlehen), den Grad des Universalismus und Methodentestläufe und die Bedingungen (z. B. steigende Selektion bei der Studienförderung). Der Artikel argumentiert, dass die Massenbeteiligung an der höheren Bildung bis 2020 nicht abnehmen wird. Er erklärt auch, dass die Auswirkungen der Sparmaßnahmen auf die Studienförderung zu einer differenzierten Erfahrung der höheren Bildung führen

wird, wobei eine steigende Zahl von Studierenden privat die Kosten der höheren Bildung aufbringen muss, insbesondere durch eine Annahme einer Beschäftigung und Unterstützung durch die Familie. Schließlich behandelt der Artikel Aspekte, die die bestehenden Trends umkehren könnten, und betont die laufenden Prozesse der Integration und der Europäisierung der höheren Bildung, die kürzlich zur Schaffung des Europäischen Hochschulraums (EHEA) führte.

Zukunftsvision für die Kategorie der NEET

Valentina Cuzzocrea

Zusammenfassung

This paper assesses the category of the NEET (not in education, employment or training) as an instrument for future analyses of youth transitions and the full inclusion of youth in society.

Firstly, this paper examines the history of the category and its use within European policy and scholarly debate. Not only has this category catalysed the work of policy makers; it also constitutes a necessary point of reference for researching the field of youth. Yet, few contributions have so far been offered from scholars in terms of analysing and discussing conceptual problems and inconsistencies arising from its use. This paper is therefore intended to fill this gap.

Secondly, it endorses the need to find a category around which discussions about youth inclusion across Europe might develop. However, to be successful this category has to be meaningful whichever welfare systems youth are included in. Currently, the usefulness of the category of the NEET is doubtful at least when, for example, comparing youth living in countries where citizens are entitled to state support regardless of their employment status v. countries where this is a relevant factor; countries where training systems ensure a smooth transition into work v. countries where this is inefficient; or countries where markers of adulthood have very different cultural meanings. Not considering such differences might result in a rushed operation of “putting people in boxes”; which risks drawing a comparative picture not representative of the real needs of youth, and consequently designing inefficient measures.

Thirdly, after discussing these cross-cutting themes, the final section of the paper concentrates on the case of Italy, where the problematic traits of the NEET category are especially relevant, and anticipates future scenarios if such concerns are not incorporated in the discussion.

Cet article passe en revue la catégorie des NEET (ni étudiant, ni employé, ni stagiaire) en tant qu'instrument pour de futures analyses de transition des jeunes et la pleine intégration des jeunes dans la société.

Dans un premier temps, cet article examine l'historique de la catégorie et son utilisation dans la politique européenne et les débats universitaires. Cette catégorie a non seulement catalysé le travail des responsables politiques mais elle constitue également un point de référence nécessaire pour réaliser des études dans le domaine

de la jeunesse. Pourtant, jusqu'à présent les experts ont peu contribué à l'analyse et à l'examen des problèmes conceptuels et des incohérences résultant de l'utilisation de cette catégorie. Cet article vise à combler les lacunes identifiées.

Dans un deuxième temps, il soutient la nécessité de trouver une catégorie autour de laquelle pourraient naître des débats sur l'intégration des jeunes à travers l'Europe. Cependant, pour être retenue, cette catégorie doit présenter de l'intérêt, quel que soit le système de protection sociale dont dépendent les jeunes. A l'heure actuelle, on peut douter de l'utilité de la catégorie des NEET au moins lorsque, par exemple, on compare les jeunes qui vivent dans des pays où les citoyens bénéficient d'une aide de l'Etat quelle que soit leur situation relative à l'emploi par opposition aux pays dans lesquels cet élément est pris en considération ; les pays où les systèmes de formation facilitent une transition vers le monde du travail par opposition aux pays où ces systèmes sont inefficaces ; ou les pays dans lesquels les marqueurs de l'âge adulte revêtent des significations culturelles très différentes. En ne tenant pas compte de ces différences, on pourrait mettre hâtivement « les gens dans des cases », risquer de brosser un tableau comparatif non représentatif des véritables besoins des jeunes et par conséquent élaborer des mesures inefficaces.

Enfin, après avoir examiné ces aspects transversaux, la dernière partie de l'article s'attarde sur le cas de l'Italie, où les caractéristiques problématiques de la catégorie des NEET s'appliquent tout particulièrement, et envisage de futurs scénarios si ces préoccupations ne sont pas prises en considération dans les débats.

Dieser Artikel beurteilt die Kategorie der NEET (Not in Education, Employment or Training = nicht in Schule, Beschäftigung oder Ausbildung) als Instrument für die zukünftige Analyse von Jugendübergängen und die vollständige Eingliederung der Jugend in die Gesellschaft.

Zunächst untersucht dieser Artikel die Geschichte dieser Kategorie und ihren Gebrauch in der europäischen Politik und akademischen Debatte. Diese Kategorie hat nicht nur die Arbeit der politischen Entscheidungsträger richtungsweisend beeinflusst, sondern sie ist auch ein notwendiger Referenzpunkt für die Jugendforschung. Bisher gab es aber von wissenschaftlicher Seite nur wenige Analysen und Besprechungen der konzeptionellen Probleme und Ungereimtheiten, die sich aus der Verwendung dieser Kategorie ergeben. Dieser Artikel möchte diese Lücke schließen.

Zweitens befasst er sich mit der Notwendigkeit, eine Kategorie zu finden, die Ausgangspunkt für Diskussionen über Jugendintegration in Europa sein könnte. Dafür müsste diese Kategorie jedoch aussagekräftig genug sein, ungeachtet des Wohlfahrtsystems, in das Jugendliche integriert werden. Momentan ist der Nutzen der Kategorie NEET zweifelhaft, zumindest wenn z. B. Jugendliche in Staaten, in denen die Bürger ungeachtet ihres Beschäftigungsstatus eine Förderung erhalten, mit Staaten verglichen werden sollen, in denen dies ein relevanter Faktor ist; Staaten, in denen das Ausbildungssystem einen reibungslosen Übergang in die Arbeitswelt sicherstellt, mit Staaten, in denen dieses System ineffizient ist; oder Staaten, in denen Marker für das Erwachsensein unterschiedliche kulturelle Bedeutungen haben. Lässt man diese Unterschiede außer Acht, kann dies dazu führen, Menschen vorschnell „in Schubladen zu stecken“, was die Gefahr birgt, eine vergleichende Darstellung zu formulieren, die nicht repräsentativ ist für die realen Bedürfnisse der Jugend und letztendlich zur Ausarbeitung ineffizienter Maßnahmen führt.

Drittens konzentriert sich, nach der Erörterung dieser Themen, der Schlussteil des Artikels auf Italien, wo die problematischen Aspekte der NEET-Kategorie besondere Relevanz haben, und nimmt zukünftige Szenarien vorweg, wenn diese Bedenken nicht in die Diskussion aufgenommen werden.

2020 gehört jungen Unternehmern

Ajsa Hadzibegovic

Zusammenfassung

This paper tackles the trends regarding youth employment, education and use of new technologies. The thinking presented in the paper is based on findings described in the EU Youth Report from 2012 and the author's prediction of possible shifts in the next period. Specifically, the paper looks into education and the transformations it needs to undergo, as well as the relations between education, non-formal education and employability of youth. The author analyses possible roles that young people might have in society when supported through the "right" educational process and envisages young people with a leading role in building future sustainable societies.

The paper also looks into re-defining the concept of transitional societies from the perspective of the fast development and modernisation of contemporary societies. The author takes on the challenge to draw parallels between the state of youth in the ex-Yugoslav post-conflict societies from the 1990s and youth in the newly united Europe of 2020. The challenges of living in a transitional society, as Europe 2020 will undoubtedly be, and their implications for youth are explored.

L'article intitulé « Young Entrepreneurs owning 2020 » aborde les tendances concernant l'emploi et l'éducation des jeunes et l'utilisation de nouvelles technologies. L'auteur fonde sa réflexion sur les conclusions décrites dans le Rapport 2012 de l'UE sur la jeunesse et sur les possibles changements auxquels il estime que l'on peut s'attendre au cours des années à venir. Plus précisément, l'article examine l'éducation et les transformations qu'elle doit subir, ainsi que les relations entre l'éducation, en particulier l'éducation non formelle, et l'employabilité des jeunes. L'auteur analyse le rôle que les jeunes pourraient potentiellement jouer dans la société lorsqu'ils bénéficient du « bon » processus éducationnel et imagine que les jeunes pourraient jouer un rôle prépondérant dans la construction de futures sociétés durables.

L'article se penche également sur la redéfinition de la notion de sociétés transitionnelles sous l'angle des développements rapides et de la modernisation des sociétés contemporaines. L'auteur s'attèle à la tâche d'établir des parallèles entre la situation des jeunes en ex-Yougoslavie dans les années 90, après la guerre, et dans la nouvelle Europe unie de 2020. Les difficultés liées au fait de vivre dans une société transitionnelle, comme le sera certainement l'Europe en 2020, ainsi que leurs implications pour les jeunes sont analysées.

Der Artikel „Young Entrepreneurs owning 2020“ (2020 gehört jungen Unternehmern) befasst sich mit den Trends in der Jugendbeschäftigung, der Bildung und der Verwendung neuer Technologien. Die in diesem Artikel vorgestellte Argumentation

basiert auf den Erkenntnissen, die im EU-Jugendbericht 2012 enthalten sind, sowie auf der Vorhersage des Autors bezüglich möglicher Verschiebungen im kommenden Zeitraum. Der Artikel befasst sich insbesondere mit der Bildung und den Veränderungen, die diese durchlaufen muss, sowie mit der Beziehung zwischen Bildung, insbesondere der nicht-formalen Bildung, und der Beschäftigungsfähigkeit von jungen Menschen. Die Autorin analysiert die mögliche Rolle, die junge Menschen in der Gesellschaft spielen können, wenn sie durch die „richtigen“ Bildungsprozesse unterstützt werden, und erörtert die Führungsrolle, die junge Menschen beim Aufbau zukünftiger nachhaltiger Gesellschaften einnehmen können.

Der Artikel befasst sich auch mit einer Neudefinition des Konzepts der Übergangsgesellschaften und der Modernisierung zeitgenössischer Gesellschaften. Die Autorin stellt sich der Herausforderung, Parallelen zwischen dem Status der Jugend in den Nachkriegsgesellschaften im ehemaligen Jugoslawien im Zeitraum der Neunziger und im neu vereinten Europa von 2020 zu ziehen. Die Herausforderungen eines Lebens in einer Übergangsgesellschaft, die Europa 2020 zweifellos sein wird, und deren Auswirkungen auf die Jugend werden untersucht.

Infragestellung strukturierter Mitsprachemöglichkeiten

Tomi Kiilakoski und Anu Gretschel

Zusammenfassung

This article claims that young people interact more widely with societies where the formal structures for engaging them are too narrow to encourage their participation. The paper analyses the scope of democratic culture by looking at different theories of democracy. Representative democracy and its ideal conception of citizens electing delegations is contrasted with the ideals of direct, participatory, deliberative and counter-democracy and, respectively, the ideals of direct decision making, participation, democratic discussion and surveillance. These theoretical perspectives are combined with the outcomes of empirical youth studies showing the increasing array of methods for conducting everyday politics used by the young. As a practical example, the article analyses three cases of examining and promoting youth participation. It is argued that the issue of uninterested and passive youth might be misguided because the nature of democracy from which the young are supposedly disengaged is not based on a sufficiently wide understanding of democracy.

Selon cet article, les jeunes s'impliquent davantage dans le débat sociétal lorsque les structures formelles de participation ne sont pas suffisamment développées. L'article analyse l'étendue de la culture démocratique en passant en revue les différentes théories de la démocratie. La démocratie représentative et sa conception idéale des citoyens qui élisent des délégations contraste avec les idéaux de démocratie directe, participative, délibérative et de contre-démocratie et respectivement, avec les idéaux de prise de décision et de participation directes, de débats et de surveillance démocratiques. Ces perspectives théoriques sont associées aux résultats d'études empiriques sur les jeunes qui montrent que les responsables disposent de plus en plus de méthodes pour mener des politiques utilisées quotidiennement par les jeunes. A titre d'exemple pratique, l'article analyse trois cas d'étude et de promotion de la

participation des jeunes. L'auteur soutient que la question d'une jeunesse désintéressée et passive peut être mal comprise car la nature de la démocratie à laquelle les jeunes sont censés de plus participer n'est pas basée sur une compréhension suffisamment large de la démocratie.

Dieser Artikel behauptet, dass junge Menschen stärker mit den Gesellschaften interagieren, wenn die formalen Strukturen für deren Einbindung zu eng gesteckt sind, um ihre Partizipation zu fördern. Der Artikel analysiert den Umfang der demokratischen Kultur, indem er sich mit den verschiedenen Demokratietheorien befasst. Die repräsentative Demokratie und ihre ideale Vorstellung von Bürgern, die Vertreter wählen, wird dem Ideal einer direkten, partizipatorischen, deliberativen und Gegendemokratie und den Idealen der direkten Entscheidungsfindung, Partizipation, demokratischen Diskussion und Überwachung gegenübergestellt. Diese theoretischen Ansichten werden mit den Ergebnissen empirischer Jugendstudien kombiniert, die eine wachsende Palette von Methoden für die Durchführung der alltäglichen Politik aufzeigt, die junge Menschen benutzen. Als Praxisbeispiel werden drei Fälle der Untersuchung und Förderung der Jugendpartizipation analysiert. Es wird argumentiert, dass die Frage nach desinteressierten und passiven Jugendlichen irreführend ist, weil die Natur von Demokratie, der die Jugendlichen mutmaßlich entfremdet sind, nicht auf einem ausreichend weit gefassten Verständnis von Demokratie basiert.

Active Citizenship 3.0/2020 – Kritik und Perspektiven eines ambivalenten Begriffs

Benedikt Widmaier

Zusammenfassung

The discussion about democracy theory has been dominated by citizen-orientated theories during the last decade. In America (engaged citizenship) as well as in Europe (active citizenship) or in Germany (*Bürgerschaftliches Engagement*), these theories were dominated by the belief that there are spill-over effects between social and political engagement and participation: citizens that are integrated and engaged in civil society organisation will – sooner or later – also be engaged in political affairs. In particular, in the European version of “active citizenship” we can show that this belief is mostly based on Robert Putnam’s theory of “social capital”.

The essay will present some facts about this development of democracy theory and discuss it especially against the background of the “active citizenship”- philosophy in European documents (Council of Europe, CRELL Institute and others). It will then show that in recent years, doubts about expected spill-over effects are growing in social sciences.

These democracy-theory discussions are not only highly relevant for the future of democracy (post-democracy?) but also for the development of new concepts of citizenship education. In the essay, I will demand that concepts of citizenship education should focus more closely on political issues than in the past few years. The question is, whether we do need more “political capital” beside (the of course necessary) “social capital”, and how we can generate such “political capital”.

I will at least offer a concrete pedagogical concept for the development of European citizenship education. This idea of "Transnational Learning Active Politics Laboratories" was already born in a conference on international youth work by IJAB and the German Ministry of Youth some years ago.

Au cours de la dernière décennie, les débats sur la théorie de la démocratie ont été dominés par des théories axées sur les citoyens. En Amérique (citoyenneté engagée) comme en Europe (citoyenneté active) ou en Allemagne (Bürgerschaftliches Engagement), ces théories étaient dominées par la conviction qu'il existe des effets d'entraînement entre l'engagement social et la participation politique : les citoyens qui sont intégrés et engagés dans une organisation de la société civile finiront également – tôt ou tard – par prendre part aux affaires politiques. Surtout dans la version européenne de la « citoyenneté active », nous pouvons montrer que cette conviction repose pour l'essentiel sur la théorie du « capital social » (Robert Putnam).

L'essai présentera certains faits sur l'évolution de la théorie de la démocratie qu'il examinera plus particulièrement dans le contexte de la philosophie de la « citoyenneté active » présentée dans des documents européens (Conseil de l'Europe, Institut CRELL et autres). Il montrera ensuite que depuis quelques années, les doutes concernant les effets d'entraînement attendus se sont intensifiés dans le domaine des sciences sociales.

Ces débats sur la théorie de la démocratie présentent non seulement un grand intérêt pour l'avenir de la démocratie (postdémocratie ?) mais également pour le développement de nouveaux concepts d'éducation à la citoyenneté. Dans l'essai, je demanderai que les concepts de l'éducation à la citoyenneté soient davantage axés sur des questions politiques que par le passé. La question est de savoir si nous avons besoin de davantage de « capital politique » en plus du « capital social » (bien entendu nécessaire) et comment nous pouvons créer ce « capital politique ».

Enfin, je proposerai un concept pédagogique concret pour le développement de l'éducation à la citoyenneté européenne. L'idée de « laboratoires transnationaux pour des politiques actives d'apprentissage » a déjà été évoquée lors d'une conférence sur l'avenir de l'emploi international des jeunes organisée par l'IJAB et le ministère allemand de la Jeunesse il y a quelques années.

Die Diskussion über Demokratietheorie wurde im letzten Jahrzehnt von bürgerorientierten Theorien dominiert. In den USA (engagierte Bürgerschaft) wie auch in Europa (aktive Bürgerschaft) oder in Deutschland (Bürgerschaftliches Engagement) wurden diese Theorien von der Überzeugung dominiert, dass es Übertragungseffekte zwischen sozialem und politischem Engagement und Partizipation gibt: Bürger, die integriert und in die Organisationen der Zivilgesellschaft eingebunden sind, werden über kurz oder lang auch in politische Angelegenheiten eingebunden. Besonders anhand der europäischen Version der „aktiven Bürgerschaft“ können wir zeigen, dass diese Überzeugung vorwiegend auf der Theorie des „sozialen Kapitals“ (Robert Putnam) basiert.

Der Essay präsentiert einige Fakten zu dieser Entwicklung der Demokratietheorie und diskutiert diese insbesondere vor dem Hintergrund der Philosophie der „aktiven Bürgerschaft“ in den europäischen Dokumenten (Europarat,

CRELLInstitut u. a.). Anschließend zeigt er, dass in den letzten Jahren die Zweifel an den Übertragungseffekten in den Sozialwissenschaften gewachsen sind.

Diese Diskussionen über die Demokratietheorie sind nicht nur für die Zukunft der Demokratie (Postdemokratie?) von höchster Relevanz, sondern auch für die Entwicklung neuer Konzepte der Bürgererziehung. Im Essay fordere ich, dass sich die Konzepte der Bürgererziehung stärker und enger auf politische Fragen beziehen sollten, als dies in den letzten Jahren der Fall war. Die Frage lautet, ob wir mehr „politisches Kapital“ neben dem (natürlich erforderlichen) „sozialen Kapital“ brauchen und wie wir dieses „politische Kapital“ generieren können.

Zumindest stelle ich ein konkretes pädagogisches Konzept für die Ausarbeitung einer europäischen Bürgererziehung vor. Diese Idee von „transnationalen Laboren zum Erlernen aktiver Politik“ wurde bereits vor einigen Jahren auf einer Zukunftskonferenz über internationale Jugendarbeit des IJAB und des deutschen Ministeriums für Jugend geboren.

Ideenschmiede für Jugendpolitik in Europa

Hans-Joachim Schild, Howard Williamson, Hans-Georg Wicke und Koen Lambert

Zusammenfassung

At the start of March 2012, a group of some 20 individuals with lengthy experience in research, policy and practice in the youth field, especially at the European level, gathered together for the first time to debate the existing state of play regarding “youth in Europe” and to consider prospective trajectories for the future. The meeting was held in the context of considerable concerns in relation to the two major European institutions taking the European youth agenda forward – the Council of Europe and the European Commission. In view of the continuing economic and political crisis, which has had a disproportionately negative impact on the lives of millions of young people across Europe, the think tank decided to meet a second time in Brussels almost a year later. Following an introduction by Hans-Joachim Schild, the reflections of the think tank meetings are documented here in two contributions: (1) Howard Williamson undertook to synthesise the comments projected during the Berlin meeting and the “key concerns” provided on paper by those who participated in the first think tank meeting; (2) Koen Lambert and Hans-Georg Wicke reworked a document on the “Characteristics of a European youth policy and of youth policy in Europe in 2020” which served as an input for the discussions on a future European youth policy and fits well with the expectation for this first issue of *Perspectives on youth*, which is to envision the future.

Au début de mars 2012, un groupe d’une vingtaine de personnes jouissant d’une longue expérience en matière de recherche, de politique et de pratique dans le domaine de la jeunesse, notamment au niveau européen, s’est réuni pour la première fois afin de débattre de la situation concernant la « jeunesse en Europe » et d’examiner les trajectoires potentielles de demain. La réunion s’est déroulée sur

fond de sérieuses inquiétudes quant aux deux grandes institutions européennes chargées de faire progresser l'agenda en matière de jeunesse européenne : le Conseil de l'Europe et la Commission européenne.

Compte tenu de la crise économique et politique pandémique qui a considérablement compromis la vie de millions de jeunes à travers l'Europe –, le groupe de réflexion a décidé de se réunir à nouveau, près d'un an plus tard à Bruxelles. Selon l'Introduction de Hans-Joachim Schild, les réflexions des réunions du groupe sont ici rapportées à travers deux contributions : a) Howard Williamson a entrepris de faire la synthèse à la fois des commentaires émis durant la réunion à Berlin et des préoccupations principales que les participants ont transmises par écrit lors de la première réunion du groupe de réflexion ; b) Koen Lambert et Hans-Georg Wicke ont élaboré un document sur les « Caractéristiques d'une politique de jeunesse dans l'Europe de 2020 », qui a servi d'un point de départ aux discussions sur l'avenir de la politique de jeunesse européenne et est parfaitement adapté aux attentes formulées dans ce premier numéro de *Perspectives on Youth* (perspectives sur la jeunesse), qui entend donner une vision sur l'avenir.

Anfang März 2012 traf sich zum ersten Mal eine Gruppe von etwa 20 Personen mit langjähriger Erfahrung in Forschung, Politikgestaltung und Praxis im Bereich Jugend, insbesondere auf europäischer Ebene, um den aktuellen Stand zum Thema „Jugend in Europa“ zu besprechen und Zukunftsperspektiven zu erörtern. Das Treffen fand im Kontext beträchtlicher Fragen in Bezug auf die zwei großen europäischen Institutionen statt, die die europäische Jugendagenda vorantreiben, i. e. Europarat und Europäische Kommission. Angesichts der anhaltenden ökonomischen und politischen Krise, die einen unverhältnismäßig negativen Einfluss auf das Leben Millionen junger Menschen in Europa hat, beschloss diese Ideenschmiede, sich ein Jahr später ein zweites Mal in Brüssel zu treffen. Nach einer Einleitung durch Hans-Joachim Schild sind die Überlegungen der Ideenschmiede hier in zwei Beiträgen dokumentiert: a) Howard Williamson unternahm es, die geleisteten Beiträge und die „wichtigsten Bedenken“, die von den Teilnehmern des ersten Treffens in Berlin in schriftlicher Form vorgelegt worden waren, zusammenzufassen; b) Koen Lambert und Hans Georg-Wicke überarbeiteten ein Dokument über die „Merkmale einer europäischen Jugendpolitik und der Jugendpolitik in Europa im Jahr 2020“, welches als Impuls für die Diskussionen über eine zukünftige Jugendpolitik gedient hatte und welches hervorragend zu den rahmengebenden Erwartungen für diese erste Ausgabe von *Perspectives on Youth* passt, in der die Zukunft Gegenstand der Betrachtung ist.

Über die Autoren

Karl Wagner ist ausgebildeter Biologe, der den Umweltschutz zu seinem Beruf gemacht hat. Er hat mehrere erfolgreiche große Kampagnen, sowohl im nationalen als auch im internationalen Rahmen konzipiert, entwickelt und geleitet. Bei den meisten Kampagnen handelte es sich um WWF-Aktionen wie z. B. die weltweite „Living Planet Campaign“ und um EU-Kampagnen mit dem Fokus auf den Verordnungen, die die Fischerei oder die Chemikalien betreffen (REACH-Verordnung). Seit über 25 Jahren ist er der führende Kopf bei vielen Kampagnen für zahlreiche internationale Organisationen aus der ganzen Welt, an denen er mitgewirkt oder die er geleitet hat. Derzeit bekleidet Karl das Amt des Direktors für Außenbeziehungen des Club of Rome in Winterthur.

Magda Nico ist Soziologin und forscht im Anschluss an ihre Promotion am Centro de Investigação e Estudos de Sociologia (CIES-IUL) – Instituto Universitário in Lissabon (Portugal). Seit kurzem beschäftigt sie sich vor allem mit Themenbereichen wie dem Übergang ins Erwachsenenendasein in Portugal und Europa, der De-Normierung des Lebenslaufs, Generationsansätzen für Studien zum sozialen Wandel und Forschungsmethoden zum Lebensablauf.

Professor **Barry Goldson** hat den Charles Booth Chair für Sozialwissenschaften an der Universität Liverpool, UK inne, an der er zuvor als Professor für Kriminologie und Sozialpolitik tätig war. Er ist auch Gastprofessor an der juristischen Fakultät der Universität New South Wales, Sydney, Australien und Dozent für Sozialjustiz an der Liverpool Hope Universität, UK. Er ist Mitglied des Pools der europäischen Jugendforscher (PEYR), einer Expertengruppe des Europarates und der Europäischen Kommission, die sich mit gesamteuropäischer Jugendpolitik und Forschung beschäftigt. Professor Goldson forschte und publizierte ausführlich insbesondere im Bereich Jugend/Jugendjustiz. Zu seinen jüngst verfassten und/oder verlegten Büchern zählen: *Youth Crime and Justice* (Sage, 2006, mit Muncie), *Comparative Youth Justice* (Sage, 2006, mit Muncie), *Dictionary of Youth Justice* (Willan, 2008), *Youth Crime and Juvenile Justice* (drei Bände über internationale „große Werke“, Sage 2009, mit Muncie) und *Youth in Crisis? 'Gangs', Territoriality and Violence* (Routledge, 2011). Er ist der Gründer von *Youth Justice: An international journal* (Sage) - <http://yjj.sagepub.com/>.

Lorenza Antonucci ist als Dozentin an der School of Social Sciences der Universität von West Schottland (UWS) tätig. Sie besitzt einen Master-Abschluss mit Auszeichnung der London School of Economics im Bereich der Gesellschaftspolitik; für ihre laufende Promotion über Jugendliche in Europa an der Universität in Bristol wurde sie mit dem ersten Policy & Politics Stipendium des Herausgebers „The Policy Press“ ausgezeichnet. Lorenza hat im Bereich von Hochschulstudien und jungen Menschen sowie der Gesellschaftspolitik veröffentlicht (sie ist Mitherausgeberin der nächsten Ausgabe von „Young People and Social Policy“ bei Palgrave) und sie war Vorsitzende der Leistungsgruppe „Young People and Social Policy“ bei der letzten ESPAnet Konferenz 2012.

Valentina Cuzzocrea besitzt einen Master- und einen Doktor-Abschluss in Soziologie der Universität in Essex (UK). Derzeit ist sie Lehrbeauftragte an der Universität in Cagliari (Italien) und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität in Kent (UK). Valentina ist Vorstandsmitglied in der ESA RN Youth & Generation und hat beim Jugendprojekt des Europarates „Edgeryders“ als Forscherin mitgewirkt.

Ajsa Hadzibegovic ist Jugendarbeiterin und Lehrerin mit einem Master-Abschluss in „Applied Conflict Transformation“, momentan ist sie Programm-Managerin bei Civic Alliance. Sie war Vizepräsidentin des Jugendbeirats des Europarats und Mitglied der Expertengruppe des Europarats für die Entwicklung und die Pilotevaluation des Europäischen Portfolios für Jugendarbeiter und Jugendleiter (2004-2006). Sie nahm an der Ausarbeitung des ersten Nationalen Aktionsplans für Jugend in Montenegro teil (2005-2006). Sie hat mehrere Artikel über die Herausforderungen in der Jugendarbeit, die Anerkennung der außerschulischen Bildung und das Konzept des Ko-Managements veröffentlicht.

Anu Gretschel und **Tomi Kiilakoski** sind promovierte bzw. kurz vor der Promotion stehende Wissenschaftler des Finnischen Jugendforschungsnetzes. Ihre Kenntnisse beruhen auf verschiedenen Projekten der letzten Jahre im Rahmen der Beteiligung von Jugendlichen auf kommunaler und regionaler Ebene: Sie betreuten das Forschungsnetz „Gemeinden von Kindern und Jugendlichen“, das die Ergebnisse in Buchform 2007 und 2012 sowie eine vergleichende Untersuchung von Finnland und Deutschland (Feldmann-Wojtachnia et al. 2010) veröffentlichte. Gretschel hat ferner zur Erstellung von Europaratsübersichten über die Politik hinsichtlich der Partizipation von Kindern und Jugendlichen beigetragen (Finnland). Kiilakoski hat außerdem kürzlich zur Weiterentwicklung des UNICEF-Konzepts der kinderfreundlichen Stadt beigetragen, bei dem es darum geht, vor Ort ein System guter Verwaltung aufzubauen, das darauf ausgerichtet ist, die Rechte der Kinder zu gewährleisten.

Benedikt Widmaier ist Direktor der Akademie für politische und soziale Bildung der Diözese Mainz „Haus am Maiberg“. Er arbeitet seit 1977 in den Bereichen staatsbürgerlicher Bildung und in internationaler Jugendarbeit und hat an verschiedenen deutschen und ausländischen Universitäten gelehrt. Er ist Vorstandsmitglied des DVPB (Deutscher Verband für Politische Bildung), Mitglied in der Jury des „Joseph-Schmitt-Preises für Internationale Jugendarbeit“, dem Redaktionsbeirat des „Journals für Politische Bildung“ sowie der Buchreihe „Nicht-formale Politische Bildung“.

Hans-Joachim Schild ist seit 2005 für die Partnerschaft zwischen der Europäischen Kommission und dem Europarat im Bereich Jugend tätig. Diese konzentriert sich

auf die Förderung der wissensbasierten Jugendpolitik, Qualitätsentwicklung und Anerkennung der Jugendarbeit und nichtformalen Lernerfahrungen/Bildung. Davor war er in verschiedenen Bereichen des Jugendsektors tätig, darunter der Abteilung Jugendpolitik in der GD-Bildung und Kultur der Europäischen Kommission, sowie einer NRO in den Bereichen Arbeitsmarkt, allgemeine und berufliche Bildung, soziale Inklusion und Jugend als auch als Trainer und Sozialpädagoge.

Dr. Howard Williamson ist Professor für europäische Jugendpolitik an der Universität Glamorgan. Er ist auch Affiliate Professor der Youth and Community Studies der Universität Malta und Gastdozent am Institut für Sozialforschung in Zagreb. Davor war er an den Universitäten Oxford, Cardiff und Kopenhagen tätig. Er ist qualifizierter JNC Jugendarbeiter und seit vielen Jahren in der Jugendarbeit tätig. Er arbeitete an einer Reihe von Jugendfragen wie Lernerfahrungen, Justiz, Drogenmissbrauch, Ausgrenzung und Bürgerschaft auf europäischer und nationaler Ebene. Derzeit koordiniert er die internationale Überprüfung der nationalen Jugendpolitik des Europarates.

Koen Lambert besitzt einen Master in Moderner Geschichte der Universität Gent. Er arbeitet als Beamter im flämischen Ministerium für Jugendpolitik in Flandern und wurde 1990 Direktor des JINT, das flämische Wissenszentrum für internationale Jugendmobilität und Jugendpolitik. Die Aufgabe des JINT ist die Unterstützung von jungen Menschen, Jugendorganisationen und Jugendpolitikern bei ihrer internationalen Zusammenarbeit. JINT ist die nationale Agentur des EU-Programms Jugend in Aktion der flämischen Gemeinschaft.

Hans-Georg Wicke ist Sozialwissenschaftler und seit 1995 der Leiter des Büros JUGEND für Europa, eines Zentrums für europäische Jugendarbeit und Jugendpolitik in Deutschland, das auch Träger der deutschen Nationalagentur für das EU-Programm „Jugend in Aktion“, des „SALTO Training and Cooperation Resource Centre“ oder auch der „Service- und Transferagentur für die Implementierung der EU-Jugendstrategie in Deutschland ist“. Er konzentriert sich in seiner Arbeit auf die Förderung der informellen und non-formellen Lehrerfahrungen der Jugendlichen aufgrund der Bildungsmobilität in der Jugendarbeit und auf die Entwicklung einer europäischen Kooperation im Bereich der Jugendarbeit und einer europäischen Dimension in Bereichen der Jugendarbeit und Jugendpolitik.

Sales agents for publications of the Council of Europe

Agents de vente des publications du Conseil de l'Europe

BELGIUM/BELGIQUE

La Librairie Européenne -
The European Bookshop
Rue de l'Orme, 1
BE-1040 BRUXELLES
Tel.: +32 (0)2 231 04 35
Fax: +32 (0)2 735 08 60
E-mail: info@libeurop.eu
<http://www.libeurop.be>

Jean De Lannoy/DL Services
Avenue du Roi 202 Koningslaan
BE-1190 BRUXELLES
Tel.: +32 (0)2 538 43 08
Fax: +32 (0)2 538 08 41
E-mail: jean.de.lannoy@dl-servi.com
<http://www.jean-de-lannoy.be>

BOSNIA AND HERZEGOVINA/ BOSNIE-HERZÉGOVINE

Robert's Plus d.o.o.
Marka Marulića 2/V
BA-71000 SARAJEVO
Tel.: + 387 33 640 818
Fax: + 387 33 640 818
E-mail: robertsplus@bih.net.ba

CANADA

Renouf Publishing Co. Ltd.
22-1010 Polytek Street
CDN-OTTAWA, ONT K1J 9J1
Tel.: +1 613 745 2665
Fax: +1 613 745 7660
Toll-Free Tel.: (866) 767-6766
E-mail: order.dept@renoufbooks.com
<http://www.renoufbooks.com>

CROATIA/CROATIE

Robert's Plus d.o.o.
Marasovičeva 67
HR-21000 SPLIT
Tel.: + 385 21 315 800, 801, 802, 803
Fax: + 385 21 315 804
E-mail: robertsplus@robertsplus.hr

CZECH REPUBLIC/ RÉPUBLIQUE TCHÈQUE

Suweco CZ, s.r.o.
Klecakova 347
CZ-180 21 PRAHA 9
Tel.: +420 2 424 59 204
Fax: +420 2 848 21 646
E-mail: import@suweco.cz
<http://www.suweco.cz>

DENMARK/DANEMARK

GAD
Vimmelskftet 32
DK-1161 KØBENHAVN K
Tel.: +45 77 66 60 00
Fax: +45 77 66 60 01
E-mail: reception@gad.dk
<http://www.gad.dk>

FINLAND/FINLANDE

Akateeminen Kirjakauppa
PO Box 128
Keskuskatu 1
FI-00100 HELSINKI
Tel.: +358 (0)9 121 4430
Fax: +358 (0)9 121 4242
E-mail: akatilaus@akateeminen.com
<http://www.akateeminen.com>

FRANCE

Please contact directly /
Merci de contacter directement
Council of Europe Publishing
Editions du Conseil de l'Europe
FR-67075 STRASBOURG cedex
Tel.: +33 (0)3 88 41 25 81
Fax: +33 (0)3 88 41 39 10
E-mail: publishing@coe.int
<http://book.coe.int>

Librairie Kléber

1 rue des Francs-Bourgeois
FR-67000 STRASBOURG
Tel.: +33 (0)3 88 15 78 88
Fax: +33 (0)3 88 15 78 80
E-mail: librairie-kleber@coe.int
<http://www.librairie-kleber.com>

GREECE/GRÈCE

Librairie Kauffmann s.a.
Stadiou 28
GR-105 64 ATHINAI
Tel.: +30 210 32 55 321
Fax.: +30 210 32 30 320
E-mail: ord@otenet.gr
<http://www.kauffmann.gr>

HUNGARY/HONGRIE

Euro Info Service
Pannónia u. 58.
PF. 1039
HU-1136 BUDAPEST
Tel.: +36 1 329 2170
Fax: +36 1 349 2053
E-mail: euroinfo@euroinfo.hu
<http://www.euroinfo.hu>

ITALY/ITALIE

Licosa SpA
Via Duca di Calabria, 1/1
IT-50125 FIRENZE
Tel.: +39 0556 483215
Fax: +39 0556 41257
E-mail: licosa@licosa.com
<http://www.licosa.com>

NORWAY/NORVÈGE

Akademika
Postboks 84 Blindern
NO-0314 OSLO
Tel.: +47 2 218 8100
Fax: +47 2 218 8103
E-mail: support@akademika.no
<http://www.akademika.no>

POLAND/POLOGNE

Ars Polona JSC
25 Obroncow Street
PL-03-933 WARSZAWA
Tel.: +48 (0)22 509 86 00
Fax: +48 (0)22 509 86 10
E-mail: arspolona@arspolona.com.pl
<http://www.arspolona.com.pl>

PORTUGAL

Marka Lda
Rua dos Correeiros 61-3
PT-1100-162 LISBOA
Tel: 351 21 3224040
Fax: 351 21 3224044
Web: www.marka.pt
E-mail: apoio.cientes@marka.pt

RUSSIAN FEDERATION/ FÉDÉRATION DE RUSSIE

Ves Mir
17b, Butlerova ul. - Office 338
RU-117342 MOSCOW
Tel.: +7 495 739 0971
Fax: +7 495 739 0971
E-mail: orders@vesmirbooks.ru
<http://www.vesmirbooks.ru>

SWITZERLAND/SUISSE

Planetis Sàrl
16 chemin des Pins
CH-1273 ARZIER
Tel.: +41 22 366 51 77
Fax: +41 22 366 51 78
E-mail: info@planetis.ch

TAIWAN

Tycoon Information Inc.
5th Floor, No. 500, Chang-Chun Road
Taipei, Taiwan
Tel.: 886-2-8712 8886
Fax: 886-2-8712 4747, 8712 4777
E-mail: info@tycoon-info.com.tw
orders@tycoon-info.com.tw

UNITED KINGDOM/ROYAUME-UNI

The Stationery Office Ltd
PO Box 29
GB-NORWICH NR3 1GN
Tel.: +44 (0)870 600 5522
Fax: +44 (0)870 600 5533
E-mail: book.enquiries@tso.co.uk
<http://www.tsoshop.co.uk>

UNITED STATES and CANADA/ ÉTATS-UNIS et CANADA

Manhattan Publishing Co
670 White Plains Road
USA-10583 SCARSDALE, NY
Tel: + 1 914 472 4650
Fax: +1 914 472 4316
E-mail: coe@manhattanpublishing.com
<http://www.manhattanpublishing.com>

Council of Europe Publishing/Editions du Conseil de l'Europe
FR-67075 STRASBOURG Cedex

Tel.: +33 (0)3 88 41 25 81 – Fax: +33 (0)3 88 41 39 10 – E-mail: publishing@coe.int – Website: <http://book.coe.int>

Perspectives on youth ist eine neue Reihe, herausgegeben von der Partnerschaft zwischen *Europäischer Union und dem Europarat* im Jugendbereich mit der Unterstützung von fünf Staaten – Belgien, Finnland, Frankreich, Deutschland und Großbritannien – sowie vom Nordischen Ministerrat. Die Publikation möchte die Jugendpolitik der einzelnen Länder näher zusammenbringen und den laufenden (vorwiegend europäischen) Dialog über die größten Probleme der nationalen und supranationalen Jugendpolitik im Hinblick auf Inhalt, Fachwissen und Politik auf ein solides Fundament stellen. Daher hat die Reihe zum Ziel, ein Forum für den Austausch von Informationen, Diskussionen und Reflektionen zu bieten, sowie einen Dialog zwischen politischen Entscheidungsträgern, Forschern und Fachleuten über europäische Entwicklungen im Bereich der Jugendpolitik zu unterstützen.

Die konzeptuelle Strategie dahinter ist, in einer kritischen und antizipativen Art die Europäischen Jugendpolitiken zu spiegeln, und ihre Relevanz und ihren Einfluß auf die Jugend zu untersuchen. Bevorzugt werden dabei Tendenzen im Jugendsektor, die innovative und zukunftsorientierte Strategien beinhalten. Die Reihe hat auch zum Ziel dazu beizutragen, eine auf Fachkenntnissen und partizipatorischen Prinzipien basierte Jugendpolitik und Jugendarbeit zu entwickeln und zu fördern. Das gegenseitige Lernen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie des Europarats soll zugleich unterstützt werden. Geplant ist, die Publikation *Perspectives on youth* mindestens einmal im Jahr erscheinen zu lassen. Die erste Ausgabe befasst sich mit dem Thema „2020 – Was sehen SIE?“, und sie enthält eine Zukunftsperspektive auf das Leben junger Menschen in Europa und darüber hinaus, auf der Grundlage von Forschung, gesellschaftlichen Trends, politischer Planung, einer sich verändernden Demografie, von Beschäftigungsaussichten, einer nachhaltigen Entwicklung und Sicherheit und vieles andere mehr....

<http://youth-partnership-eu.coe.int>
youth-partnership@partnership-eu.coe.int



Der Europarat ist die führende Menschenrechtsorganisation auf dem Kontinent. Er hat 47 Mitgliedstaaten, von denen 28 Mitglieder der Europäischen Union sind. Alle Mitgliedstaaten des Europarats haben die Europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnet, die Menschenrechte, Demokratie und das Rechtsstaatsprinzip schützt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte überwacht die Umsetzung der Konvention in den Mitgliedstaaten.

www.coe.int

Die Europäische Union ist eine einzigartige wirtschaftliche und politische Partnerschaft zwischen 28 demokratischen europäischen Staaten. Ihre Ziele sind Frieden, Wohlstand und Freiheit für 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger in einer sicheren und gerechteren Welt. Um dies zu gewährleisten, haben die EU-Mitgliedstaaten ein institutionelles Gefüge gegründet, das nicht nur die allgemeine politische Richtung der EU festlegt, sondern auch die gesetzgebende Gewalt ausübt: die wichtigsten sind das Europäische Parlament (vertritt die europäischen Bürgerinnen und Bürger), der Rat der Europäischen Union (vertritt die Regierungen der einzelnen Mitgliedsländer), die Europäische Kommission (vertritt das allgemeine EU Interesse).

<http://europa.eu>



<http://book.coe.int>
 ISBN 978-92-871-7856-5
 €27/US\$54

